

**Das notwendige Übel; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/anschlag-in-der-tuerkei-merkel-reist-zu-erdogan-a-1057364.html>**

SPIEGEL ONLINE

12. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 622 words

**Byline:** als/dpa/Reuters/AFP

**Highlight:** Der türkische Präsident Erdogan steht nach dem Anschlag von Ankara schwer in der Kritik. Doch die Bundesregierung braucht wegen der **Flüchtlingskrise** weiter Kontakt zu ihm: Kanzlerin Merkel reist nun zu Gesprächen in die Türkei.

## Body

---

Als Themen nannte Regierungssprecher Steffen Seibert den Syrienkrieg, die **Flüchtlingskrise** - und den Kampf gegen den Terror: Kanzlerin Merkel kommt am Sonntag in der Türkei mit Präsident Recep Tayyip Erdogan und Premier Ahmet Davutoglu zusammen. Auch um bilaterale Themen soll es in Ankara gehen.

Der Besuch der Kanzlerin findet rund zwei Wochen vor der Parlamentswahl in der Türkei am 1. November - und wenige Tage nach dem verheerenden Anschlag von Ankara statt. "Eine stabile Türkei ist in deutschem und auch in europäischem Interesse." Die Kanzlerin habe mit "großer Bestürzung" auf den Anschlag reagiert, sagte Seibert.

Bei einem Bombenattentat auf eine regierungskritische Demonstration waren am Samstag nach offiziellen Angaben fast hundert Menschen getötet und mehr als 500 weitere verletzt. Die prokurdische Oppositionspartei HDP gibt der Regierung und Erdogan eine Mitschuld.

Doch wegen der Flüchtlingskrise ist Erdogan nach wie vor ein wichtiger Gesprächspartner von Deutschland und der EU. Brüssel will die Türkei dazu bewegen, angesichts des anhaltenden Andrangs noch enger mit der EU zusammenzuarbeiten. Sie erhofft sich davon eine Begrenzung des Flüchtlingszustroms.

"Anschlag macht alles noch komplizierter"

Auch die CDU setzt bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise auf Erdogan - trotz seiner umstrittenen Rolle. "Wir haben viel Kritik an Herrn Erdogan. Er ist in vielem sicher nicht der Wunschgesprächspartner, den man sich erdenken kann. Aber ohne ihn wird eine Lösung nicht möglich sein", sagte CDU-Vize Armin Laschet. "Der Anschlag macht es alles noch komplizierter." In der Türkei lebten aber zwei Millionen Menschen in Flüchtlingslagern. "Denen eine Perspektive dort zu geben, wird nur mit Herrn Erdogan gelingen und deshalb müssen die Gespräche weitergehen", forderte Laschet.

Das notwendige Übel <http://www.spiegel.de/politik/ausland/anschlag-in-der-tuerkei-merkel-reist-zu-erdogan-a-1057364.html>

Ähnlich äußerte sich auch EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU): "Wir brauchen die Türkei (...). Ohne die Türkei ist eine Bewältigung der Flüchtlingsansturm kaum vorstellbar." Bis zur Parlamentswahl am 1. November werde Ankara aber mit Sicherheit nur eingeschränkt für Verhandlungen und Abstimmungen bereitstehen.

Merkel hatte sich vergangene Woche offen dafür gezeigt, mit der Türkei auch über Visa-Erleichterungen zu reden und dem Land den Status als sicheres Herkunftsland zu geben, wenn die Regierung in Ankara in der Flüchtlingsfrage kooperiere. Über die Türkei kommen derzeit die meisten Flüchtlinge in die EU. Der Status als sicheres Herkunftsland ermöglicht beschleunigte Asylverfahren für Antragsteller aus solchen Ländern.

#### Die Türkei als Schlüsselland

Auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hofft, dass der schwere Anschlag in der Türkei nicht die Verhandlungen um eine engere Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik behindert. "Ich habe Verständnis dafür, (...) dass jetzt prioritär natürlich ermittelt werden muss", sagte der SPD-Politiker am Montag am Rande eines Treffens mit EU-Amtskollegen in Luxemburg. "Aber ich hoffe dennoch, dass die ermutigend begonnenen Gespräche mit der Türkei über eine gemeinsame Migrationspolitik möglich bleiben." Steinmeier bezeichnete die Türkei mit Blick auf Migration und Flüchtlinge als "das Schlüsselland für Europa".

Ganz anders äußerte sich Grünen-Chef Cem Özdemir. Er forderte die EU auf, Gespräche mit Erdogan auf Eis zu legen. "Wir dürfen bis zur Wahl am 1. November nichts tun, was als Stärkung von Erdogan verstanden werden könnte", sagte Özdemir dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, dem mehr als 30 Tageszeitungen angehören. "Jedes Abkommen wäre ein Signal, dass Erdogan für uns ein normaler Gesprächspartner wäre. Das kann aber kein Staatschef sein, der den Tod seiner Bürger, Polizisten und Soldaten in Kauf nimmt."

als/dpa/Reuters/AFP

**Load-Date:** October 19, 2015

---

End of Document

[280.000 Fälle entschieden, mehr als 670.000 offen;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-frank-juergen-weise-kuendigt-beim-bamf-verbesserungen-an-a-1075806.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-frank-juergen-weise-kuendigt-beim-bamf-verbesserungen-an-a-1075806.html)

SPIEGEL ONLINE

05. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 419 words

**Byline:** vek/heb

**Highlight:** Frank-Jürgen Weise leitet seit knapp fünf Monaten das Flüchtlingsamt Bamf - jetzt zieht er Bilanz: "Die Situation ist nicht akzeptabel."

## Body

---

Frank-Jürgen Weise hat erstmals Bilanz gezogen. Seit wenigen Monaten führt er das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Bereits zu Beginn seiner Pressekonferenz an diesem Freitag kündigte er an, Transparenz zu schaffen. Sein Amt arbeite "Höchstlast" und müsse trotzdem viele Grundlagen verbessern.

Für 2015 listete er folgende Zahlen auf:

280.000 Anträge seien im vergangenen Jahr entschieden worden.

670.000 bis 700.000 Fälle seien noch nicht entschieden. Diese Zahl setze sich aus 370.000 Anträgen zusammen, die von Flüchtlingen gestellt, aber noch nicht entschieden wurden. Bei den anderen Fällen handelt es sich laut Bamf um unregistrierte Flüchtlinge, die Zahl sei eine Schätzung. "Bei denen vermuten wir, sie sind da."

"Diese Situation ist nicht akzeptabel", sagte Weise. "Es ist für die Menschen schlimm und nicht akzeptabel, so lange zu warten. Es ist für die Integration und auch für den Arbeitsmarkt schlecht."

Der Bamf-Chef betonte, dass seine Behörde die Arbeitsabläufe ständig verbessere. "Wollen wir eine Million bewältigen, brauchen wir 6000 Entscheidungen am Tag." Gab es Anfang 2015 noch täglich 600 Asylentscheidungen, waren es Ende des Jahres 2000.

Das Bamf wird bis Mitte des Jahres 6300 Stellen besetzen. Die Zahl der Entscheider, das sind die Mitarbeiter, die die Asylverfahren entscheiden, soll Ende März 1700 betragen. Anfang 2015 waren es noch 360, Ende 2015 waren es 1000.

Scharfe Kritik aus Bundesländern

280.000 Fälle entschieden, mehr als 670.000 offen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-frank-juergen-weise-kuendigt-beim-bamf-verbesserungen-a....>

Weise und seine Behörde waren immer wieder von den Bundesländern scharf kritisiert worden. Diese forderten flexiblere Arbeitsmodelle und Überstunden. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) etwa hatte gesagt, "Dienst von Montag bis Freitag" gehe in diesen Zeiten nicht mehr.

Ende Januar war dann bekannt geworden, dass die Bamf-Mitarbeiter auch an Samstagen arbeiten sollen. Bis zu 40 Stunden pro Monat müssen die Mitarbeiter gegebenenfalls künftig mehr arbeiten - und dafür auch an Samstagen zur Arbeit kommen. Dafür erhalten sie keinen Freizeitausgleich, sondern eine finanzielle Vergütung.

Auch vor Weises Pressekonferenz machten die Bundesländer noch mal Druck: Der Abbau unbearbeiteter Asylanträge müsse schneller werden, verlangte Bundesratspräsident Stanislaw Tillich (CDU). Dem Bamf stehe endlich mehr Personal zur Verfügung. "Entscheidend ist nun, dass es in den nächsten Wochen und Monaten flächendeckend zu einer wirklichen Beschleunigung der Asylverfahren kommt und die Rückstände abgebaut werden."

vek/heb

**Load-Date:** February 5, 2016

---

End of Document

[Hunderte Flüchtlinge verlassen Lager in Idomeni und Piräus;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-und-piraeus-hunderte-  
fluechtlinge-verlassen-lager-a-1086895.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-und-piraeus-hunderte-fluechtlinge-verlassen-lager-a-1086895.html)

SPIEGEL ONLINE

13. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 243 words

**Byline:** kev/AFP/dpa

**Highlight:** 10:17:00 Griechenland will die Flüchtlinge aus den Elendslagern in Idomeni und Piräus in organisierte Unterkünfte bringen. Bislang weigerten sich die meisten Migranten. Jetzt aber machen sich Hunderte auf den Weg.

## Body

---

Die griechische Regierung macht Druck: Bis Mai will sie die Flüchtlingslager in Idomeni an der mazedonischen Grenze und im Hafen von Piräus räumen. Tatsächlich verlassen offenbar immer mehr Migranten die provisorischen Zeltstädte, die zum Symbol einer gescheiterten Flüchtlingspolitik geworden sind. Allein am Dienstag seien mehr als 1000 Migranten aus Piräus weggegangen, berichtete das Staatsfernsehen (ERT). Im Lager befänden sich noch etwa 3800 Menschen.

"Piräus wird langsam evakuiert ohne Gewalt", sagte der Sprecher des Stabes für die Flüchtlingskrise, Giorgos Kyritsis, dem Staatssender. Nach Angaben der Küstenwache vom Dienstag kommen die Schutzsuchenden in ein neu gebautes Lager im Westen der Stadt.

Am Vorabend hatten rund 500 Migranten auch das Lager von Idomeni, in dem etwa 11.000 Menschen festsitzen, verlassen. Auch sie sollen in andere Aufnahmelager gebracht werden. "In Idomeni bewegen sich zum ersten Mal massiv Leute weg", sagte der Sprecher des Krisenstabs. Die Räumung werde noch einige Tage andauern.

Trotzdem bleibt die Situation angespannt. Am Sonntag hatten Migranten versucht, den mazedonischen Zaun zu überwinden, um weiter Richtung Norden und Deutschland zu gelangen. Die mazedonische Polizei stoppte sie mit Tränengas und Gummigeschossen.

Viele Menschen wollen die Hoffnung auf eine Weiterreise in Richtung Norden nicht aufgeben - und harren deshalb unter katastrophalen Umständen in den Lagern aus.

kev/AFP/dpa

**Load-Date:** April 13, 2016

Hunderte Flüchtlinge verlassen Lager in Idomeni und Piräus <http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-und-piraeus-hunderte-fluechtlinge-verlassen-lager-a-108....>

---

End of Document

[Pro Asyl kritisiert Abschiebungspläne der EU-Innenminister;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-pro-asyl-kritisiert-  
abschiebungsplaene-der-eu-a-1056741.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-pro-asyl-kritisiert-abschiebungsplaene-der-eu-a-1056741.html)

SPIEGEL ONLINE

08. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 539 words

**Byline:** vek/AFP/Reuters

**Highlight:** Die EU-Innenminister wollen einen Plan zur "Zukunft der EU-Rückführungspolitik" verabschieden. Kritik kommt von Pro Asyl: Damit werde "das Recht auf Schutz und Asyl ausgehebelt".

## Body

---

Pro Asyl hat die Pläne der EU-Innenminister in der Flüchtlingskrise scharf kritisiert. Geplant ist, Flüchtlinge in als sicher geltende Lager in Nachbarstaaten von Konfliktländern zurückzuschicken. Damit werde "das Recht auf Schutz und Asyl ausgehebelt", sagte der Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation, Günter Burkhardt, der Nachrichtenagentur AFP. "Wenn Nachbarn von Krisenländern systematisch zu sicheren Aufnahmeländern erklärt werden, bricht das internationale Flüchtlingsrecht zusammen."

Die EU-Innenminister wollen am Donnerstag einen zehnsseitigen Plan zur "Zukunft der EU-Rückführungspolitik" verabschieden. Ziel ist es, Abschiebungen von Flüchtlingen schneller umzusetzen, die kein Asyl in Europa bekommen. Laut Beschlussvorlage soll dabei auch geprüft werden, ob in Drittstaaten "sichere und tragfähige Aufnahmekapazitäten" geschaffen werden können. EU-Staaten könnten dann Asylanträge der Menschen, die aus diesen Lagern kommen, nach Artikel 33 der EU-Asylverfahrensrichtlinie als unzulässig einstufen und sie zurückschicken.

Pro-Asyl-Chef Burkhardt befürchtet, dass damit auch Syrer, die derzeit ohne Weiteres in der EU als schutzbedürftig anerkannt werden, in Lager in Nachbarstaaten wie Jordanien, Libanon oder die Türkei zurückgeschickt werden. "Hier würde eine Argumentation für Abschiebungen herbeigezaubert, bei der zweifelhaft ist, ob sie völkerrechtskonform ist", sagte er. "Man weitet damit das Konzept sicherer Drittstaaten aus und versucht, die Verantwortung für die Aufnahme auf die Nachbarländer von Konfliktstaaten abzuschieben."

Auch den Rest des 17 Punkte umfassenden Konzepts sieht der Pro-Asyl-Geschäftsführer kritisch. Gemeinsame Abschiebeflüge der EU-Staaten sowie von der EU-Grenzagentur Frontex organisierte Rückführungen sind darin geplant. "Weil Europa sich nicht auf eine solidarische Politik der Flüchtlingsaufnahme einigen kann, zieht man die Schotten hoch und setzt auf Rückführung", sagte Burkhardt. "Dabei will die EU mit Staaten kooperieren, wo die Menschenrechte mit Füßen getreten werden."

Pro Asyl kritisiert Abschiebungspläne der EU-Innenminister <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-pro-asyl-kritisiert-abschiebungsplaene-der-eu-a-10...>

"Keine Chance mehr auf Schutz in Ungarn"

Auch Amnesty International kritisiert ein Land für ihren Umgang mit der Flüchtlingskrise: Ungarn arbeite unter Hochdruck an einer vollständigen Abschottung seiner Grenzen nach Serbien und Kroatien, heißt es in einem Bericht der Menschenrechtsorganisation. "Asylsuchende haben dann praktisch keine Chance mehr auf Schutz in Ungarn", sagte Marie Lucas von Amnesty in Deutschland.

In Ungarn würden Asylanträge in Schnellverfahren abgelehnt, die nicht den internationalen Standards entsprächen, kritisieren die Menschenrechtler. Deshalb sollten andere EU-Länder keine Flüchtlinge nach Ungarn zurückschicken, sagte Lucas. "Die EU darf dem nicht länger zusehen und muss Ungarn dazu drängen, seine Migrations- und Flüchtlingspolitik mit internationalen Standards in Einklang zu bringen."

Als "äußerst beunruhigend" bezeichnete Amnesty auch die Befugnis für Polizei und Militär zum Einsatz von Gummigeschossen und Tränengas an der Grenze gegen Flüchtlinge. Die in Ungarn nun geltende Haftandrohung bei irregulärer Einreise stufte die Menschenrechtsorganisation als "durch die Genfer Flüchtlingskonvention verboten" ein.

vek/AFP/Reuters

**Load-Date:** October 8, 2015

---

End of Document



[Orbán ruft Österreich und Deutschland zur Grenzschließung auf;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/orban-oesterreich-und-deutschland-  
sollen-grenzen-wieder-schliessen-a-1051690.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/orban-oesterreich-und-deutschland-sollen-grenzen-wieder-schliessen-a-1051690.html)

SPIEGEL ONLINE

07. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 429 words

**Byline:** vek/dpa

**Highlight:** Mit einer Ausnahmeregelung haben Österreich und Deutschland Tausende **Flüchtlinge** aus Ungarn aufgenommen. Regierungschef Orbán befürchtet weitere Millionen Hilfesuchende und fordert, sie klar abzuweisen.

## Body

---

Nach dramatischen Szenen von überfüllten Aufnahmelagern in Ungarn und kilometerlangen **Flüchtlingstrecks** haben Deutschland und Österreich reagiert - und ihre Grenzen mit einer Ausnahmeregel geöffnet. Tausende Hilfesuchende gelangten so nach Wien und München und wurden dort von freiwilligen Helfern in Empfang genommen. Doch Ungarns Regierungschef Viktor Orbán fordert nun ein Ende dieser Praxis: Österreich und Deutschland sollen ihre Grenzen wieder schließen, sagte er im ORF-Fernsehen .

Beide Länder sollten "klar sagen", dass keine weiteren Flüchtlinge mehr aufgenommen würden, sagte Orbán. Ansonsten würden weiterhin "mehrere Millionen" Menschen nach Europa kommen. Er wiederholte seine Kritik der vergangenen Tage: Die Einreise in die EU ohne Papiere entspreche nicht den Regeln, trotzdem habe Österreich die Migranten ungehindert einreisen lassen.

Orbán bezeichnete einen Großteil der Hilfesuchenden als Wirtschaftsflüchtlinge. Ungarn habe ausreichend "finanzielle und polizeiliche Kraft", für alle Schutzsuchenden Verpflegung und Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Doch alle wollten nach Deutschland: "Das Problem liegt nicht auf unserer Seite."

Die Ausnahmeregel an den Grenzen hatten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr österreichischer Kollege Werner Faymann am Freitagabend in Absprache mit der ungarischen Regierung vereinbart. Faymann kündigte bereits am Sonntagabend an, die Notmaßnahmen Schritt für Schritt aufzuheben. Zudem werde es auch wieder stichprobenartige Personenkontrollen an der Grenze zu Ungarn geben.

Am Münchner Hauptbahnhof kamen daraufhin deutlich mehr Flüchtlinge an als erwartet. Man gehe allein für den Sonntag von 13.000 Menschen aus, sagte Simone Hilgers, Sprecherin der Bezirksregierung von Oberbayern. Am Samstag wurden 6900 Neuankömmlinge gezählt. Das sind fast 20.000 Menschen binnen 48 Stunden. Die Schutzsuchenden wurden zum Teil in München und Bayern untergebracht, zum Teil auch in andere Bundesländer weitergeleitet.

Orbán ruft Österreich und Deutschland zur Grenzschießung auf <http://www.spiegel.de/politik/ausland/orban-oesterreich-und-deutschland-sollen-grenzen-wieder-schl....>

Bei einem Treffen des Koalitionsausschusses im Kanzleramt einigten sich die Spitzen von Union und SPD am Sonntagabend noch auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket: Drei Milliarden Euro mehr sollen 2016 für die Bewältigung der Asylsituation ausgegeben werden, winterfeste Erstaufnahmeeinrichtungen sollen gebaut, zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschaffen sowie die Höchstdauer zur Aussetzung von Abschiebungen von sechs auf drei Monate reduziert werden. ( Die Details zu dem Maßnahmenpaket finden Sie hier. )

vek/dpa

**Load-Date:** September 7, 2015

---

End of Document

**[Tschechien weist Vorwurf mangelnder Solidarität zurück;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-tschechien-wehrt-sich-  
gegen-vorwurf-mangelnder-solidaritaet-a-1069237.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-tschechien-wehrt-sich-gegen-vorwurf-mangelnder-solidaritaet-a-1069237.html)**

SPIEGEL ONLINE

23. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 337 words

**Byline:** aar/dpa/AFP

**Highlight:** Ja, Tschechien sei in der **Flüchtlingskrise** solidarisch. Nein, man brauche dafür keinen Zwang aus Brüssel. Ministerpräsident Bohuslav Sobotka hat in einem Interview Kritik an seiner Regierung zurückgewiesen - und gegen Angela Merkel ausgeteilt.

## Body

---

Tschechien hat den Vorwurf mangelnder Solidarität bei der Bewältigung der **Flüchtlingskrise** zurückgewiesen. "Wir sind solidarisch. Wir haben Polizisten nach Slowenien, Ungarn und Mazedonien geschickt. Wir haben Slowenien, Kroatien und Serbien humanitäre Hilfe gewährt", sagte Ministerpräsident Bohuslav Sobotka der "Süddeutschen Zeitung". "Dazu musste uns niemand aus Brüssel zwingen."

Tschechien akzeptiere zudem das EU-Programm zur Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen und klinge anders als Ungarn und die Slowakei nicht dagegen. Sein Land bestehe aber darauf, dass die nationalen Regierungen die Kontrolle behalten, sagte Sobotka. "Druck zu einer zentral geführten Migrationspolitik lehnen wir ab, das stärkt nur die Radikalen und kann der europäischen Idee schaden."

Die Einführung eines permanenten EU-weiten Verteilungssystems lehnte Sobotka ab. "Das System funktioniert nicht, gegen den Willen und die Wünsche der Flüchtlinge ist es undurchführbar", sagte er. Die meisten Flüchtlinge wollten nach Deutschland oder Schweden.

Sobotka bekräftigte zugleich die Kritik an Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Entscheidung, zunächst unbegrenzt Bürgerkriegsflüchtlinge insbesondere aus Syrien aufzunehmen. "Deutschland hat ein Signal ausgesandt, das in weiten Teilen des Nahen Ostens und Nordafrikas zu hören und zu sehen war. Das hat zur illegalen Migration in Richtung Europa gereizt. Das lässt sich leider nicht leugnen."

Entschieden wandte sich der Sozialdemokrat gegen die Drohung des österreichischen Bundeskanzlers Werner Faymann, EU-Mittel zu kürzen. "So eine Argumentation spaltet Europa nur weiter. Wenn wir so weiter machen, entstehen Gräben, die wir später nur sehr schwer werden zuschütten können."

Tschechien weist Vorwurf mangelnder Solidarität zurück <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-tschechien-wehrt-sich-gegen-vorwurf-mangelnder-solidar....>

In Tschechien haben in diesem Jahr knapp 1400 Ausländer Asyl beantragt. Davon wurden nach Angaben des Innenministeriums 70 positiv beschieden. Deutschland verzeichnete Anfang Dezember offiziell eine Million Flüchtlinge seit Jahresbeginn .

aar/dpa/AFP

**Load-Date:** December 24, 2015

---

End of Document

**"Mit der Ware Mensch lässt sich Kasse machen";  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-zahl-der-festgenommen-schleuser-verdoppelt-a-1048340.html>**

SPIEGEL ONLINE

16. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 866 words

**Byline:** heb/dpa/AFP

**Highlight:** Für Schleuser sind Menschen, die verzweifelt nach Westeuropa wollen, ein einträgliches Geschäft. Die Bundespolizei hat 2015 schon mehr als tausend mutmaßliche Schleuser festgenommen. Doch der Ruf nach stärkeren Grenzkontrollen greift zu kurz.

## Body

---

450.000 Asylbewerber - so viele Menschen hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch vor wenigen Monaten prognostiziert. Die Zahl wird erheblich höher sein, das hat Innenminister Thomas de Maizière (CDU) in dieser Woche inzwischen zumindest endlich eingeräumt. Die meisten Menschen kommen mithilfe von Schleusern nach Deutschland, oftmals sind sie wochen-, wenn nicht monatelang unterwegs: Sie kommen aus Syrien, Afghanistan oder aus afrikanischen Staaten wie Eritrea, aber auch vom Westbalkan, etwa aus dem Kosovo und Albanien.

Für die Schleuser sind die Flüchtlinge ein großes Geschäft - die Bundespolizei hat allein im ersten Halbjahr 1420 mutmaßliche Menschenschmuggler in Deutschland festgenommen, berichtet die "Welt am Sonntag".

Damit hat sich die Zahl der von der Polizei gefassten Schleuser im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast verdoppelt: Damals waren es noch 773 gewesen. Insgesamt griffen die Beamten demnach im vergangenen Jahr 2149 Schleuser auf. 2013 waren im ganzen Jahr 1535.

"Mit der Ware Mensch lässt sich zurzeit mehr Kasse machen als mit Waffen und Drogen", sagte Bundespolizeipräsident Dieter Romann der Zeitung. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) forderte, die Polizeikontrollen an den Grenzen weiter auszubauen: "Angesichts der riesigen Probleme an der südbayerischen Grenze zu Österreich muss die Bundespolizei deutlich verstärkt werden." In Bayern saßen derzeit mehr als 500 Schleuser in Untersuchungshaft.

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, rief die Bundesregierung auf, mehr Druck auf die anderen EU-Staaten auszuüben: "Unsere Nachbarstaaten dürfen Flüchtlinge nicht einfach durchreisen lassen. Falls sie dies weiterhin tun, benötigen wir stationäre Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen." Damit würde

" Mit der Ware Mensch lässt sich Kasse machen" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-zahl-der-festgenommen-schleuser-verdoppelt-a-1048340.html>

Deutschland das Schengener Abkommen aussetzen - ein Thema, das auch in der CDU in Sachsen diskutiert wird. Bürger des Schengen-Raumes können sich ohne Passkontrollen innerhalb der Mitgliedstaaten bewegen.

Allein im Freistaat würden zusätzlich tausend Bundespolizisten benötigt, so Wendt. Über den Freistaat reisen nach Angaben der Bundespolizei täglich rund tausend Menschen unerlaubt nach Deutschland ein.

Steinmeier: Schnellere Abschiebung von Asylbewerbern vom Westbalkan

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier forderte eine rasche Abschiebung abgelehnter Asylbewerber vom Westbalkan. "Für diese Gruppe gibt es keine Chance auf Anerkennung auf Asyl", sagte der SPD-Politiker der "Bild am Sonntag". "Da müssen die Entscheidungen deutlich schneller fallen und nach den Entscheidungen auch tatsächlich Rückführungen stattfinden."

Albanien, Mazedonien und Kosovo suchten die Annäherung an die Europäische Union. Deshalb könnten sie nicht gleichzeitig als Staaten behandelt werden, in denen Menschen verfolgt würden, argumentierte Steinmeier. Steinmeier plädierte erneut dafür, nach Serbien, Mazedonien und Bosnien weitere Länder in der Region zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. "Ihre Anerkennung als sichere Herkunftsstaaten könnte Entlastung bringen."

Sichere Herkunftsstaaten sind Länder, von denen die Behörden annehmen, dass den Menschen dort politisch keine Gefahr droht ( Lesen Sie hier mehr zu dem Thema ). Flüchtlinge aus diesen Staaten können leichter abgeschoben werden. Die Opposition kritisiert jedoch, dass zum Beispiel Roma im Kosovo massiv diskriminiert werden.

Grünen-Politiker hält Herkunftsstaaten-Debatte für überflüssig

Niedersachsens grüner Vizeministerpräsident Stefan Wenzel widersprach Steinmeier: "Die tatsächlichen Probleme sind anders gelagert." Um das Problem in den Griff zu bekommen, solle die Bundesregierung sich vordringlich mit der Lösung der praktischen Probleme im Bundesinnenministerium und beim Bundesamt für Flüchtlinge und Migration beschäftigen. Wenzel sagte, bei einem Besuch im Flüchtlingslager Friedland habe er festgestellt, dass die angekündigten Aufstockungen von Personal nicht vorankämen, dass Büroräume fehlten und gleichzeitig aber im gleichen Gebäude eine andere Bundesbehörde Akten lagere und BAföG-Anträge bearbeite.

Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann hatte sich zuvor offen gezeigt, über die Ausweitung des Sichere-Herkunftsstaaten-Status zu verhandeln. Für diese Länder könnten die Asylverfahren verkürzt werden.

Vor allem die Union hatte immer wieder gefordert, weitere Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Zuletzt bahnte sich eine Vereinbarung mit dem Koalitionspartner SPD an: Sollten die Sozialdemokraten die Pläne unterstützen, könnten CDU/CSU im Gegenzug einem von der SPD geforderten Einwanderungsgesetz zustimmen.

Zusammengefasst: Die Bundespolizei hat im ersten Halbjahr dieses Jahres 1420 mutmaßliche Schleuser in Deutschland festgenommen. Damit hat sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast verdoppelt. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) fordert eine rasche Abschiebung abgelehnter Asylbewerber vom Westbalkan. Niedersachsens Vizeministerpräsident Stefan Wenzel von den Grünen hält die Debatte, weitere Länder der Balkanregion zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, für überflüssig.

heb/dpa/AFP

**Load-Date:** August 16, 2015

[Dänemark will Eigentum von Flüchtlingen beschlagnahmen;](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-daenemark-will-eigentum-beschlagnahmen-a-1067430.html)  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-daenemark-will-eigentum-beschlagnahmen-a-1067430.html>

SPIEGEL ONLINE

11. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 432 words

**Byline:** Niels Reise

**Highlight:** Es kommen doch eh nur die Flüchtlinge, die es sich leisten können - so offenbar die Theorie der dänischen Regierung.

## Body

---

Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung nach Dänemark kommen, will die Regierung unter Lars Løkke Rasmussen womöglich schon bei der Ankunft im Lande zur Kasse bitten. Wie die Tageszeitung "Politiken" am Freitag meldet, sieht das geplante "Asylpaket" der Regierung vor, dass Asylsuchende nur noch Geld und Wertgegenstände in einer bestimmten Größenordnung behalten dürfen.

Mit Berufung auf das dänische Ministerium für Ausländer und Integration heißt es bei "Politiken", Flüchtlinge dürften dann nur noch solche Werte behalten, die zur Sicherung eines "bescheidenen Lebens" genügen würden.

In der Praxis bedeute das, "dass kleinere persönliche Gebrauchsgegenstände, wie zum Beispiel Eheringe, Uhren oder Mobiltelefone (von der Beschlagnahme) ausgenommen sind," schreibt das Ministerium. Außerdem seien "kleinere Barschaften unter einem Wert von 3000 Kronen ausgenommen". Das entspricht einer Summe von etwa 350 Euro.

Eine große Mehrheit im dänischen Parlament unterstützt offenbar den Vorschlag der Regierung. Der integrationspolitische Sprecher der konservativen Partei, Naser Khader, der selbst einen Migrationshintergrund hat, erklärte gegenüber "Politiken", warum er diese Maßnahme für richtig hält.

Menschen, die fliehen, seien in der Regel diejenigen, die es sich leisten könnten, während die anderen zurückblieben: "Es ist nicht in Ordnung, wenn dänische Steuerzahler für Asylsuchende bezahlen sollen, die ein Vermögen mitgebracht haben."

Der Vorsitzende der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei, Martin Henriksen, erklärt in dänischen Medien: "Wir verbrauchen viele Mittel, um Menschen unterzubringen, die zu uns kommen. Dafür ist es nicht mehr als recht und billig, dass Menschen, die zu uns kommen und die es sich leisten können, auch für ihren eigenen Lebensunterhalt aufkommen."

Dänemark will Eigentum von Flüchtlingen beschlagnahmen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-daenemark-will-eigentum-beschlagnahmen-a-1067430.html>

"Brauchen außergewöhnliche Entscheidungen"

Auch die oppositionellen Sozialdemokraten stimmen dem sogenannten "Asylpaket" zu. Der an den Verhandlungen mit der Regierung beteiligte Nicolai Wammen sagt, Dänemark befinde sich in einer "außergewöhnlichen Situation, in der täglich bis zu 200 Flüchtlinge kommen, und in der wir außergewöhnliche Entscheidungen brauchen".

Lediglich die sozialistische Volkspartei (grün-sozialdemokratisch) widersetzt sich der Regierungsinitiative. Ihr Parteivorsitzender Jacob Mark findet, das Paket sei ein gefährliches Signal, wenn man "die Taschen der Menschen durchwühlen würde". Es verschwende die Zeit der Polizisten. "Falls tatsächlich Menschen mit Geld in der Tasche kommen, dann geben sie es ohnehin in der dänischen Gesellschaft aus."

**Load-Date:** December 24, 2015

---

End of Document



[Schwimmbad-Verbot für männliche Flüchtlinge;  
http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/bornheim-maennliche-fluechtlinge-erhalten-schwimmbad-verbot-a-1072150.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/bornheim-maennliche-fluechtlinge-erhalten-schwimmbad-verbot-a-1072150.html)

SPIEGEL ONLINE

15. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 259 words

**Byline:** sms/dpa

**Highlight:** Im nordrhein-westfälischen Bornheim haben Flüchtlinge im Schwimmbad angeblich mehrfach Frauen belästigt. Die Stadt reagiert mit einem pauschalen Verbot.

## Body

---

In Bornheim bei Bonn dürfen männliche Flüchtlinge nicht mehr das städtische Hallenbad besuchen. Die Stadt habe ihnen den Zutritt verboten, weil sich immer mehr Besucherinnen und Angestellte über sexuelle Belästigungen durch Männer aus einer nahen Asylbewerberunterkunft beschwert hätten, sagte Sozialdezernent Markus Schnapka.

Zugleich räumte er ein, es habe sich nicht um Straftaten gehandelt. Das Verbot sei bei den Bewohnern der Unterkunft auf Verständnis gestoßen. "Sobald wir von den Sozialdiensten die Mitteilung bekommen, dass die Botschaft angekommen ist, beenden wir diese Maßnahme wieder", sagte Schnapka.

### Absage in Rheinberg

In Rheinberg am Niederrhein war zuvor der Karnevalsumzug abgesagt worden. Ein Vertreter der Stadt sagte, ein Grund für die Entscheidung sei gewesen, dass die Strecke für den Zug in der Nähe einer Flüchtlingsunterkunft liege. Polizei und Stadt hielten ein Sicherheitskonzept für erforderlich, das der Karnevalsverein im Ortsteil Orsoy so rasch nicht habe vorlegen können.

Die Menschen in der Flüchtlingsunterkunft würden keinen Karneval kennen und sich möglicherweise falsch verhalten, sagte der Stadtvertreter. 4500 Deutsche trafen auf 500 Ausländer. "Das ist bisher auch nicht dagewesen." Die Übergriffe in Köln spielten bei den Sicherheitsüberlegungen ebenfalls eine Rolle.

In Köln hatten in der Silvesternacht offenbar vor allem junge Migranten massenhaft Frauen belästigt und bestohlen. Der Stadtvertreter in Rheinberg sagte, man könne nicht ausschließen, dass sich so etwas wiederhole.

sms/dpa

Schwimmbad-Verbot für männliche Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/bornheim-maennliche-fluechtlinge-erhalten-schwimmbad-verbot-a-1072150.ht...>

**Load-Date:** January 15, 2016

---

End of Document

**"Multikulti bleibt eine Lebenslüge";**

**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-angela-merkel-spricht-von-historischer-bewaehrungsprobe-fuer-europa-a-1067685.html>**

SPIEGEL ONLINE

14. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 924 words

**Byline:** heb/syd

**Highlight:** Angela Merkel gibt sich auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe kämpferisch. Die Vorsitzende versucht, ihrer Partei Mut in der Flüchtlingskrise zu machen - und fordert die Asylbewerber zur Integration auf.

## **Body**

---

Knapp zehn Minuten brauchte Angela Merkel, bis sie zum ersten Mal das Thema Flüchtlinge in ihrer 70-minütigen Rede auf dem CDU-Parteitag ansprach. Immer wieder wurde sie dabei von Beifall unterbrochen.

"Tausende Flüchtlinge waren in Budapest gestrandet, sie machten sich zu Fuß über die Autobahn nach Österreich. Das war eine Lage, die unsere europäischen Werte auf den Prüfstand gestellt hat. Das war nicht mehr und nicht weniger als ein humanitärer Imperativ", sagte sie über die Nacht Anfang September, in der die Bundesregierung Tausenden Flüchtlingen die Einreise erlaubt hatte. Kritiker warfen Merkel immer wieder vor, damit der unkontrollierten Migration die Tür geöffnet zu haben.

"Was wir im Fernsehen gesehen haben, kommt nun buchstäblich bis an unsere Haustür", sagte die CDU-Vorsitzende. "Das ist eine historische Bewährungsprobe für Europa. Ich möchte, wir möchten, dass Europa diese Bewährungsprobe besteht", betonte sie. "Manchmal ist es zum Verrücktwerden, es war aber nie einfach in Europa", sagte Merkel über das Agieren der EU in der Flüchtlingskrise.

"Die Aufgabe ist riesig", betonte die Christdemokratin. "Wir wollen und werden die Zahl der Flüchtlinge spürbar reduzieren." Das sei im Interesse Deutschlands, Europas und sei auch im Interesse der Migranten. "Niemand verlässt leichtfertig seine Heimat", erklärte sie.

"Türkei hat Schlüsselrolle"

Erneut warb Merkel für eine EU-weite Lösung der Flüchtlingskrise: "Es lohnt sich, in den Kampf für ein einheitliches europäisches Vorgehen zu gehen." Sie betonte: "Wir müssen unsere Kräfte auf den humanitären Schutz konzentrieren, deshalb müssen wir abgewiesene Asylbewerber konsequenter zurückführen."

Die Regierungschefin machte deutlich, dass der Türkei eine Schlüsselrolle zukomme. Darum werde die EU drei Milliarden Euro an Ankara zahlen, um die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in der Türkei zu verbessern.

"Multikulti bleibt eine Lebenslüge" [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-angela-merkel-spricht-von-historischer-bewaehrungsprobe-fuer-europa-a....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-angela-merkel-spricht-von-historischer-bewaehrungsprobe-fuer-europa-a...)

Merkel ging auch auf ihr Leitmotto in der Flüchtlingskrise ein, für das sie ebenfalls oft kritisiert wurde. Ungeachtet dieser Stimmen wiederholte sie es: "Wir schaffen das! Ich kann das sagen, weil es zur Identität unseres Landes gehört, Großes zu schaffen." Das habe Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Wiedervereinigung bewiesen.

Merkel betonte die Anforderungen an die Flüchtlinge: "Wer bei uns Schutz sucht, muss unsere Gesetze und Traditionen achten und er muss deutsch lernen", sagte die Kanzlerin. "Multikulti führt in Parallelgesellschaften und Multikulti bleibt damit eine Lebenslüge."

An die Rechtspopulisten gerichtet, sagte Merkel: "Sie haben in diesem Land keine Chance."

Seehofer kommt am Dienstag

"Es kommt auf CDU und CSU an, egal was es mal für einen Parteitag gibt. Langweilig war der letzte nicht", sagte die Kanzlerin in Anspielung an den CSU-Parteitag, auf dem Merkel auf offener Bühne von Seehofer abgekanzelt worden war. Der hatte vor dem CDU-Parteitag aus München am Montag Widerstand gegen den Asyl-Kompromissantrag der CDU angekündigt - Seehofer darf erst am Dienstag bei der CDU reden. Offenbar will man eine offene Konfrontation vermeiden, der Montag steht bei den Christdemokraten ganz im Zeichen der Flüchtlingspolitik.

Als Merkel später in ihrer Rede ihren "Freund" Seehofer noch einmal erwähnte, animierte sie die Delegierten mit einer Armbewegung zum Klatschen.

Am Sonntagabend hatte der CDU-Bundesvorstand seinen Antrag zur Asylpolitik verschärft. Die CDU sei "entschlossen, den Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen durch wirksame Maßnahmen spürbar zu verringern. Denn ein Andauern des aktuellen Zuzugs würde Staat und Gesellschaft auch in einem Land wie Deutschland dauerhaft überfordern". Sollten europäische Maßnahmen nicht funktionieren, würden Grenzkontrollen intensiviert, heißt es nun.

Die von der CSU geforderte nationale Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen, die auch von Teilen der CDU verlangt wird, steht nicht in dem Antrag.

Eine Gruppe um den CDU-Innenexperten Wolfgang Bosbach drängt in einem Änderungsantrag darauf, dass "Personen, welche aus einem sicheren Herkunftsland oder über einen sicheren Drittstaat illegal nach Deutschland einreisen wollen", an der Grenze abgewiesen werden.

Langer Applaus schon zur Eröffnung

Merkel sprach auch das Thema Terror an: "Wir werden siegreich sein", rief sie. Die CDU-Chefin, die seit 15 Jahren im Amt ist, sprach von einem "unglaublichen Jahr", das schwer zu fassen sei. "So etwas habe auch ich noch nicht erlebt."

Sie nannte unter anderem den Anschlag auf die Satirezeitschrift "Charlie Hebdo" im Januar ("blanker Hass des internationalen Terrorismus"), die Verhandlungen in Minsk über die Ostukraine ("Es ging um Krieg und Frieden.") und die monatelangen Griechenland-Verhandlungen. Ausdrücklich lobte sie den Bundesfinanzminister für sein Handeln in der Krise mit Athen. "Herzlichen Dank Wolfgang Schäuble", sagte die Kanzlerin unter dem Beifall der Delegierten.

Merkel bekam am Ende rund neun Minuten lang Applaus, sie beendete ihn dann selbst mit den Worten: "Danke, danke, aber wir haben noch zu arbeiten."

Die rund tausend CDU-Delegierten hatten bereits zu Beginn des Parteitags ein deutliches Zeichen der Harmonie gesetzt: Sie erhoben sich, als Merkel an ihr Rednerpult ging. Lang und herzlich spendeten sie Applaus für ihre Chefin, als ob es die Auseinandersetzungen über Obergrenzen für Flüchtlinge nie gegeben habe. "Ich hab doch

"Multikulti bleibt eine Lebenslüge" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-angela-merkel-spricht-von-historischer-bewaehrungsprobe-fuer-europa-a....>

noch gar nichts gemacht", wunderte sich auch Merkel. Erst als sie sagte: "Wir haben hier ja heute noch was vor", klang der Beifall allmählich ab.

heb/syd

**Load-Date:** December 24, 2015

---

End of Document

**Flüchtlinge sollen doch nicht in ehemaliger KZ-Außenstelle leben;**  
**<http://www.spiegel.de/panorama/halle-116-in-augsburg-keine-fluechtlinge-in-ehemaliger-kz-aussenstelle-a-1016375.html>**

SPIEGEL ONLINE

02. Februar 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / DEFAULT

**Length:** 270 words

**Highlight:** In Augsburg werden keine **Flüchtlinge** in einer ehemaligen KZ-Außenstelle untergebracht werden. Das Vorhaben der Stadt war heftig kritisiert worden. Jetzt intervenierte der Freistaat Bayern.

## Body

---

Augsburg - Die Pläne, in Gebäuden eines ehemaligen KZ-Außenlagers in Augsburg **Flüchtlinge** unterzubringen, sind offenbar vom Tisch. Wie "Augsburger Allgemeine" und der Bayerische Rundfunk berichten, wird der Freistaat Bayern diese Möglichkeit nicht weiter prüfen.

In der sogenannten Halle 116 auf dem Sheridan-Areal sollten ursprünglich etwa 90 Migranten untergebracht werden. Das Gebäude diente in der NS-Zeit bis zu 2000 Zwangsarbeitern als Unterkunft. Nach dem Krieg hatten US-Streitkräfte die Baracke als Fahrzeughalle genutzt.

Die Stadt Augsburg und der Stadtrat hatten zunächst beschlossen, die Halle trotz der belasteten Vergangenheit anzubieten. Die Entscheidung sei aus dem großen Druck heraus gefällt worden, möglichst zügig Asylbewerber unterbringen zu müssen, hieß es. Aber München gebot den Plänen jetzt Einhalt.

Augsburgs Oberbürgermeister und Rechtsanwalt Kurt Gribl (CSU) und Sozialreferent Stefan Kiefer erklärten am Montag, sie seien sich der "sensiblen Historie" bewusst gewesen. Die Halle solle nun zu einem "Lern- und Denkort Frieden" entwickelt werden.

Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde in München, Charlotte Knobloch, hatte entsetzt auf das Augsburger Vorhaben reagiert. Es sende ein "verheerendes Zeichen" und bedeute das "Ende der dringend notwendigen Erinnerungskultur". Dem hatte Sozialreferent Kiefer widersprochen.

Auch im nordrhein-westfälischen Schwerte sollen Asylbewerber auf dem Gelände eines früheren KZ-Außenlagers unterkommen. Das Gebäude, in dem die 21 Flüchtlinge wohnen sollen, wurde allerdings erst nach dem Krieg errichtet.

**Load-Date:** February 3, 2015

Flüchtlinge sollen doch nicht in ehemaliger KZ-Außenstelle leben <http://www.spiegel.de/panorama/halle-116-in-augsburg-keine-fluechtlinge-in-ehemaliger-kz-aussen....>

---

End of Document

[IS-Anhänger wollten angeblich als Flüchtlinge nach Norwegen;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/is-islamischer-staat-wollte-  
fluechtlinge-nach-norwegen-schicken-a-1036500.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/is-islamischer-staat-wollte-fluechtlinge-nach-norwegen-schicken-a-1036500.html)

SPIEGEL ONLINE

01. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 410 words

**Byline:** anr

**Highlight:** Die Terrormilizen IS und Nusra-Front sollen versucht haben, Anhänger heimlich nach Norwegen zu bringen. Berichten zufolge waren die Extremisten angeblich unter von der Uno ausgewählten Flüchtlingen.

## Body

---

Es ist ein Albtraum der europäischen Sicherheitsdienste: Islamistische Terroristen, die sich als Flüchtlinge tarnen. In Norwegen hat der polizeiliche Sicherheitsdienst PST offenbar genau dieses Szenario gerade eben noch verhindern können.

Sowohl die Miliz "Islamischer Staat" (IS) als auch die Nusra-Front, die syrische al-Qaida, sollen versucht haben, Anhänger als Flüchtlinge nach Norwegen einzuschleusen. Der PST habe dies bestätigt, meldet die Zeitung "Dagbladet".

Dem Bericht zufolge deckte der Sicherheitsdienst bei Aufenthalten im Nahen Osten auf, dass fünf bis zehn Personen, die als Flüchtlinge nach Norwegen wollten, Verbindungen zum "Islamischen Staat" oder der Nusra-Front hatten. Die Islamisten waren unter ausgesuchten Personen, die als sogenannte Kontingentflüchtlinge nach Norwegen kommen sollten. Solche Schutzsuchenden müssen nicht das normale Asylverfahren durchlaufen, sondern erhalten direkt eine Aufenthaltserlaubnis. Sie werden zum Beispiel in Flüchtlingslagern vom Hilfswerk UNHCR ausgewählt. Einzelheiten, etwa wie er auf die Islamisten aufmerksam wurde, will der PST laut "Dagbladet" nicht nennen.

Meldungen, dass der IS versuchen wolle, Terroristen als Flüchtlinge einzuschleusen, hatte es bereits häufiger gegeben. Deutsche Behörden haben aber bislang keine Erkenntnisse darüber, dass unter den Asylbewerbern aus Syrien IS-Anhänger sind. "Derzeit liegen keine konkreten Hinweise vor, dass sich in dieser Gruppe Terroristen des 'Islamischen Staates' befinden", sagte eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums im März. Personenbezogene Daten, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von jedem Asylbewerber aufnimmt, würden immer sofort mit den Sicherheitsbehörden abgeglichen.

Das Thema ist sehr heikel: Menschen, die aus Syrien flüchten, fliehen meist selbst vor der Terrormiliz IS oder dem Assad-Regime. Sie drohen nun unter Generalverdacht zu geraten.



IS-Anhänger wollten angeblich als Flüchtlinge nach Norwegen [http://www.spiegel.de/politik/ausland/is-islamischer-staat-wollte-fluechtlinge-nach-norwegen-schicke....](http://www.spiegel.de/politik/ausland/is-islamischer-staat-wollte-fluechtlinge-nach-norwegen-schicke...)

Große Sorgen bereiten den Sicherheitsbehörden die rund 200 Deutschen, die bereits aus den Kampfgebieten in Syrien und im Irak zurückgekehrt sind. Manche haben sich vom IS desillusioniert abgewendet, andere könnten jedoch weiterhin eine Gefahr darstellen. Viele von ihnen werden daher mit beträchtlichem Aufwand überwacht.

Anschläge wie in Paris und Kopenhagen zeigen außerdem, dass die Ideologie des IS auch Menschen in Europa mobilisieren kann, die offenbar keinen direkten Kontakt mit der Miliz im Irak oder in Syrien hatten.

anr

**Load-Date:** June 15, 2015

---

End of Document

[Schwedens neue Abschreckungskultur;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-will-signal-der-  
abschreckung-an-fluechtlinge-senden-a-1074382.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-will-signal-der-abschreckung-an-fluechtlinge-senden-a-1074382.html)

SPIEGEL ONLINE

28. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 618 words

**Byline:** anr

**Highlight:** Die schwedische Regierung will verhindern, dass immer mehr Flüchtlinge ins Land kommen. Die Ankündigung geplanter Massenabschiebungen soll ein neues Signal der Härte senden.

## Body

---

Die Regierung in Stockholm arbeitet derzeit engagiert daran, ein anderes Bild ihres Landes zu zeichnen - nicht mehr das des offenen Schwedens, des Klassenbesten in Sachen liberaler Flüchtlingspolitik.

Der Hintergrund ist: Schweden hat im vergangenen Jahr im Verhältnis zur Bevölkerung mehr Flüchtlinge aufgenommen als jedes andere EU-Land. Und viel mehr als seine Nachbarländer Dänemark und Norwegen.

Bis zum Spätsommer behielt die Mitte-Links-Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven ihren Willkommenskurs bei, dann kapitulierte sie: Man könne nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen. Es gab keine Unterkünfte mehr, erstmals mussten Asylsuchende auf der Straße schlafen. Bei der Erklärung der neuen Politik kamen einer grünen Ministerin auf einer Pressekonferenz die Tränen - so sehr haderte sie damit.

Schweden bereitet Massenabschiebungen vor

Seit diesem Kurswechsel der Regierung hat sich einiges getan. Grenzkontrollen wurden eingeführt, Flüchtlinge sollen bereits dort zurückgewiesen werden können, wenn sie keine gültigen Papiere haben. Aufenthaltsgenehmigungen sollen verkürzt, der Familiennachzug erschwert werden.

Und nun diese Meldung: Zehntausende Flüchtlinge sollen abgeschoben werden, Polizei und Migrationsbehörde sollen Vorbereitungen dazu einleiten, verkündet der Innenminister Anders Ygeman. Normalerweise würden abgelehnte Asylbewerber mit Linienflügen abgeschoben. Angesichts der hohen Zahl würden nun aber Charterflugzeuge angemietet. Vermutlich werde sich das über mehrere Jahre hinziehen. Auch mit Deutschland sollten die Abschiebungen koordiniert werden, so ein Bericht von "Dagens Industri".

Die greifen durch - auf genau diese Botschaft setzt die schwedische Regierung. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich die Meldung weniger dramatisch. Die "bis zu 80.000" sind eine Schätzung, die darauf beruht, wie viele

Schwedens neue Abschreckungskultur <http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-will-signal-der-abschreckung-an-fluechtlinge-senden-a-1074382.html>

Asylbewerber schätzungsweise abgelehnt werden. Rund 160.000 Menschen haben 2015 in Schweden einen Asylersantrag gestellt, Berichten zufolge wird derzeit nur knapp die Hälfte aller Gesuche positiv beschieden.

#### Ringen um einen Kurs in der Flüchtlingskrise

So als sei man selbst ein bisschen überrascht von der Wirkung des neuen Kurses, berichten schwedischen Medien darüber, dass die Meldung über die Abschiebungen es in die Topnachrichten deutscher und britischer Medien geschafft hat.

Für Schweden ist die Ankündigung nur der letzte Schritt in einer Art Wettbewerb der skandinavischen Ländern um mehr Strenge in der Asylpolitik. Auch Dänemark und Norwegen haben in den vergangenen Wochen - genau wie Deutschland - Verschärfungen beschlossen und beäugen sich gegenseitig in der Flüchtlingskrise. Gibt es in einem Land schärfere Gesetze, werden auch bei den Nachbarn Härten geplant - so der Eindruck. Bloß nicht anziehender für Flüchtlinge wirken als die anderen. ( Hier ein Überblick über die Initiativen der einzelnen skandinavischen Länder )

Die Regierung in Oslo warnte Afghanen schon vor Monaten auf Facebook davor, nach Norwegen zu kommen. Zuletzt beschloss das dänische Parlament neue Regeln . Künftig darf zum Beispiel Bargeld ab einem Betrag von 10.000 Kronen, rund 1340 Euro, pro Flüchtling von den Behörden beschlagnahmt werden.

In Schweden ringen auch die Behörden um ihren Kurs in der Flüchtlingskrise - Anschläge auf Unterkünfte für Flüchtlinge haben zugenommen, in den Flüchtlingsheimen selbst kommt es zu Gewalt . Zuletzt erregte Aufsehen, dass die Stockholmer Polizei sexuelle Übergriffe auf Mädchen, angeblich durch junge Asylbewerber, vertuschte. In der vergangenen Woche wurde bekannt, dass die Polizei Verbrechen von oder gegen Flüchtlinge verheimlichen will .

anr

**Load-Date:** January 28, 2016

## Der Schicksalsbrief

SPIEGEL ONLINE

26. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA

**Length:** 980 words

**Byline:** Marianne Wellershoff

**Highlight:** Flüchtlingsheim am Grenzweg

### Body

---

Erst erreichen Briefe die Bewohner des Flüchtlingsheims in Rahlstedt nicht, weil der Bote sie nicht zustellt. Dann kommt die Post wieder an - mit einer schlechten Nachricht für eine Familie aus dem Irak.

Der Schicksalsbrief kommt im gelben DIN-A4-Umschlag - Behördenpost vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ist der Asylantrag positiv beschieden? Oder wird wenigstens sogenannter subsidiärer Schutz gewährt, weil eine Rückkehr in die Heimat lebensgefährlich wäre? Oder wird der Antrag abgelehnt und die Ausreise aus Deutschland binnen 30 Tagen angeordnet?

Am 22. August hatten die irakischen Kurden Ashna und Awat Rashid ihre zweite Anhörung beim Bamf, wie das Amt abgekürzt heißt. Am 29. August wurde ihr Bescheid abgeschickt, aber er kam nie an, weder in der Turnhalle in Hamburg-Osdorf, wo sie monatelang mit ihren drei Kindern untergebracht waren, noch in der Erstaufnahme in Hamburg-Rahlstedt, wo sie seit Eröffnung des Containerdorfs leben.

Für die Rashids bedeutete das: warten. Und bangen: Was wird in dem Bescheid stehen, Daumen rauf, Daumen runter? Wird das Bamf ihre tragische Geschichte als Asylgrund anerkennen, den Suizid der - auf Anordnung des Großvaters und Familienoberhaupts - zwangsverheirateten Tochter, die Todesdrohungen gegen den Sohn, wenn die andere Zwillingstochter sich nicht auch einer Zwangsehe fügen würde?

#### Der Post-Streit

Mitte November hatten die Malteser, die die Erstaufnahme in Rahlstedt leiten, genug vom Warten, und sie baten das Bamf, den Bescheid nochmals abzuschicken. Doch der kam wieder nicht an und auch der zum dritten Mal am 12. Dezember verschickte Behördenbrief nicht. Und dann rief das Bamf bei den Maltesern an: Warum würden die Briefe denn immer wieder zurückgeschickt?

Auf das "Warum" gibt es verschiedene Antworten, je nachdem, wen man fragt. Fest steht: Am 22. November gab es einen Streit zwischen dem Zusteller der Post und dem Wachdienst der EA Rahlstedt. Die Version des Postboten: Er habe die Behördenpost, die von den Maltesern quittiert werden muss, am Infopoint auf dem Gelände des Containerdorfs abgeben wollen, sei auf dem Weg dorthin und zurück vom Wachdienst begleitet worden und

## Der Schicksalsbrief

habe sich am Ausgang mit "mehreren Sicherheitskräften" konfrontiert gesehen. In der Folgezeit habe er das Gelände dann nicht betreten, wenn der Wachdienst auf ihn zugekommen sei, weil er sich "bedroht" gefühlt habe.

Die Behördenpost schickte er zurück ans Bamf. Eine Benachrichtigungskarte für den Empfänger hinterließ der Postbote nicht, und er deponierte den Bamf-Brief auch nicht zur Abholung in einer Postfiliale, wie es der Vorschrift entsprochen hätte. Auf den Umschlägen vermerkte er: "Zustellung nicht möglich, Wachdienst verweigert Zugang."

## Die Lösung

Die Wachleute und die Malteser erzählen eine andere Version der Ereignisse. Danach habe der Postzusteller sich nicht ausweisen wollen, was aber von jedem verlangt werde, der das Gelände betrete; selbst der Einrichtungsleiter Olav Stolze müsse Tag für Tag seinen Quartierspass zücken. Der Darstellung des Postboten, er sei an der ordentlichen Zustellung der Briefe gehindert worden, "müssen wir an dieser Stelle aufs Schärfste widersprechen", so die Malteser.

Außerdem habe ein Mitarbeiter der Malteser den Zusteller so verstanden, dass dieser nicht gerade glücklich darüber sei, eine Flüchtlingsunterkunft auf seiner Route zu haben. Und der Postbote habe Mitarbeiter des Wachdienstes beleidigt - von denen viele einen Migrationshintergrund haben. Der Postbote bestreitet das alles, und er verweist darauf, "dass er in einem Unternehmen arbeitet, in dem viele verschiedene Nationalitäten beschäftigt sind und er auch in diesem Zusammenhang keinerlei negative Haltungen gegen Ausländer oder Flüchtlinge gezeigt" habe.

Und dann stehen am Vormittag des 19. Dezember der Postbote, sein Vertreter, sein Chef, Olav Stolze und ein Mann vom Sicherheitsdienst am Eingang der EA Rahlstedt und diskutieren. Es hagelt Vorwürfe und Versionen, wer hat wen bedroht oder auch nicht, wer hat wen beleidigt oder auch nicht, und die ganze Zeit hält der Zusteller zwei dieser gelben Behördenbriefe in der Hand. Am Ende des Gesprächs quittiert Olav Stolze die Annahme und nimmt die Umschläge mit. Zwei Tage später erhält Stolze einen Anruf vom Vorgesetzten des Postboten: In Zukunft werde die Zustellerin eines anderen Bezirks die Briefe für EA Rahlstedt austragen.

Einen Tag danach kommt der Bamf-Brief für die Rashids an. Ihr Antrag ist abgelehnt, subsidiärer Schutz wird nicht gewährt, sie sollen binnen 30 Tagen Deutschland verlassen und in den Irak zurückkehren. Ashna Rashid weint. Mohammed, ihrem Sohn, drohe im Irak der Tod; in Deutschland dagegen, sagt der Vater Awat Rashid, sei er sicher und habe endlich Chancen auf Bildung - Mohammed möchte Zahnarzt werden.

Seit Kurzem besucht Mohammed die Rudolf Steiner Schule in Hamburg Farmsen, sein Lehrer Christian int'Veld sagt über ihn: "Er ist ein ruhiger und aufmerksamer Schüler", aber er habe großen Nachholbedarf beim Lernstoff. Mohammed gehe "offen, ohne aufdringlich zu sein," auf seine Mitschüler zu und sei "in der Klasse gut angenommen" worden.

Die Rashids haben einen Anwalt engagiert, Hartmut Jacobi, er ist Spezialist für Asylrecht. Er wird Klage beim Verwaltungsgericht Hamburg einreichen gegen den Bescheid. Wegen der Flüchtlingskrise hat das Bamf viele neue Mitarbeiter eingestellt, und offenbar waren nicht alle so qualifiziert wie jene, die den Job schon ein paar Jahre machen. Die Folge: Die Stapel mit den abgelehnten Fällen wandern vom Bamf zu den Verwaltungsgerichten, die dann die Entscheidungen überprüfen müssen.

Und das dauert. Vor 2018, sagt Jacobi, rechne er nicht mit einem Urteil. Und es gibt doch noch eine gute Nachricht für die Rashids: Ob abgelehnte Asylbewerber wirklich abgeschoben werden, entscheiden die Länder. 2016 hat Hamburg niemanden in den Irak abgeschoben.

**Load-Date:** December 26, 2016

[Selbst in Bayern klappt es ohne Bargeld nicht;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sachleistungen-fuer-fluechtlinge-selbst-in-bayern-klappt-es-nicht-a-1082282.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sachleistungen-fuer-fluechtlinge-selbst-in-bayern-klappt-es-nicht-a-1082282.html)

SPIEGEL ONLINE

20. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 649 words

**Highlight:** 10:50:00 Mit dem Prinzip "Kein Bargeld an Flüchtlinge" wollte Bayern seine harte Linie gegen Asylsuchende untermauern. Doch tatsächlich zahlen auch Erstaufnahmeeinrichtungen im Freistaat das Taschengeld weiter aus.

## Body

---

In der Flüchtlingskrise muss sich die Kanzlerin immer wieder harte Kritik aus der CSU anhören. Parteichef Horst Seehofer fordert seit Monaten eine Obergrenze für Flüchtlinge. Und der Freistaat rühmt sich, abgelehnte Asylbewerber konsequenter als in vielen anderen Bundesländern abzuschieben. Als im Herbst das "Asylpaket I" verhandelt wurde, setzten die Bayern durch, dass der Staat Asylbewerbern das sogenannte Taschengeld kürzen kann. Stattdessen sollten Menschen in der Erstaufnahme nur noch Sachleistungen und Gutscheine bekommen.

Jetzt aber zeigt sich: Selbst in Bayern klappt diese Umstellung von Bargeld auf Sachleistungen nicht.

Das ist das Ergebnis von Anfragen von SPIEGEL ONLINE bei den betroffenen Städten und Landkreisen. Die sieben bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen geben das Taschengeld - monatlich rund 140 Euro pro Erwachsenen - weiter aus. Nur eine Zweigstelle der Donauwörther Erstaufnahme in Augsburg hat komplett auf Sachleistungen umgestellt, dort bleiben die Asylbewerber aber maximal nur eine Woche. Alle anderen Standorte sowie die beiden Abschiebezentren für Menschen aus Balkanstaaten in Bamberg und Manching setzen weiter auf Bargeld.

Die Stadt Ingolstadt, zuständig für die Leistungen im oberbayerischen Manching, erklärte zum Beispiel: "Nach wie vor wird das Sachleistungsprinzip noch nicht umgesetzt, mit Ausnahme von Unterkunft, Verpflegung und Gesundheitspflege. Deshalb zahlen wir als Stadt das Taschengeld noch in voller Höhe aus." Mit dem Bargeld können sich Asylbewerber Leistungen kaufen, die sie brauchen, die der Staat aber nicht bereitstellt. Die Regelsätze sind dabei gesetzlich vorgeschrieben.

Das Sozialministerium weiß erst von nichts

Unwissend gab sich zunächst die Staatsregierung in München: "Bayern vollzieht in allen Erstaufnahmeeinrichtungen konsequent das Sachleistungsprinzip", hieß es aus dem Sozialministerium. Man habe die Vollzugsbehörden angewiesen, die Umstellung auf Sachleistungen einzuleiten. Erst auf Nachfrage räumte das

Selbst in Bayern klappt es ohne Bargeld nicht <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sachleistungen-fuer-fluechtlinge-selbst-in-bayern-klappt-es-nicht-a-1082....>

Ministerium ein: Das Taschengeld werde immer noch ausbezahlt. Wo und in welchem Umfang, darüber könne man keine Angaben machen, da die Städte und Landkreise für die Ausgabe zuständig seien.

Der Wechsel von Geld- zu Sachleistungen sei ein langwieriger Prozess, oft müssten vor Ort erst die nötigen Strukturen geschaffen werden. "Erst, wenn eine Sachleistung tatsächlich eingeführt wurde, kann auch das Taschengeld entsprechend gekürzt werden - nicht vorher", erklärt ein Sprecher.

Kein Bargeld an Flüchtlinge - damit galten die Bayern auch im CDU-Landtagswahlkampf als großes Vorbild. In Rheinland-Pfalz warf die Spitzenkandidatin Julia Klöckner SPD, Grünen und Linken vor, Sachleistungen statt Bargeld abzulehnen. Und der CDU-Spitzenkandidat in Baden-Württemberg, Guido Wolf, sagte in einem TV-Duell mit Ministerpräsident Kretschmann: "In Bayern hat man bereits vollständig auf Sachleistungen umgestellt."

#### Eine Hintertür in der Anweisung

Doch das ist ein Irrtum. In Bayern zeigt sich jetzt auch, warum andere Bundesländer die vollständige Umstellung auf Sachleistungen als zu bürokratisch zurückgewiesen haben. Jede zusätzliche Sachleistung muss genau dokumentiert und mit dem Taschengeld gegengerechnet werden. Ein Mehraufwand, den die Behörden vor Ort oft nicht bewältigen können.

Gegenüber SPIEGEL ONLINE verwiesen manche bayerische Kommunen auf einen Passus des Asylbewerberleistungsgesetzes: Dort steht zwar, dass Sachleistungen das Bargeld ersetzen sollen - allerdings nur, wenn der Verwaltungsaufwand vertretbar ist. Wird dieser zu groß, dürfen die Gemeinde eigenmächtig von der Vorschrift abweichen.

Für Flüchtlingsverbände ist der verordnete Bargeldverzicht ohnehin verfassungswidrig: "Das ist eine Rückkehr in die migrationspolitische Steinzeit und eine menschenunwürdige Praxis, die zudem mehr Bürokratie für die Ausländer- und Sozialbehörden produziert", sagt etwa Pro Asyl.

**Load-Date:** March 20, 2016

**Bürgermeister von Kos warnt vor gewalttätigen Protesten;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-buergermeister-von-kos-fuerchtet-ausschreitungen-gegen-fluechtlings-hotspot-a-1076130.html>**

SPIEGEL ONLINE

08. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 353 words

**Byline:** aar/AFP/dpa

**Highlight:** Auf Druck der EU wird auf der griechischen Insel Kos ein Registrierzentrum für **Flüchtlinge** gebaut. Erste Randalen gab es bereits. Nun wendet sich der Bürgermeister mit einem Appell an die Regierung in Athen.

## Body

---

Der Bürgermeister von Kos hat an die Regierung in Athen appelliert, auf die Einrichtung eines sogenannten Hotspots zur Registrierung von **Flüchtlingen** auf der griechischen Insel zu verzichten. Andernfalls fürchte er gewalttätige Proteste der Bewohner, schrieb Giorgos Kiritis in einem Brief an Ministerpräsident Alexis Tsipras. Die amtliche Nachrichtenagentur ANA veröffentlichte das Schreiben.

Am Freitag war es bereits zu Auseinandersetzungen zwischen Einwohnern und der Polizei in der Nähe des Geländes gekommen, auf dem das Registrierzentrum gebaut wird. Drei Menschen wurden dabei verletzt.

Die griechische Regierung entsandte daraufhin mehr Polizisten nach Kos. Das war ein Fehler, wie nun der Bürgermeister der Insel sagte. Die Sicherheitskräfte sollten wieder abberufen werden, um die Lage zu entschärfen, schrieb Kiritis an Tsipras. Auf die Ferieninsel Kos setzen täglich Hunderte Migranten über, die türkische Küste ist nur wenige Kilometer entfernt.

Unter dem Druck der EU hat Athen zugesagt, den Bau der Aufnahmezentren zur Registrierung und Verteilung Asylsuchender zügig voranzutreiben: Binnen zwei Wochen sollen die Hotspots auf den Inseln Kos, Chios, Samos und Leros fertig sein, ein weiterer auf Lesbos ist bereits in Betrieb. Zudem sind zwei große Aufnahmelager für jeweils 4000 Menschen nahe Athen und Thessaloniki geplant.

Während sich die Verwaltungen auf vier Ägäisinseln einverstanden erklärten, protestierte Kos von Anfang an gegen das Vorhaben. Örtliche Behörden streiten mit der Regierung in Athen über den Standort des Registrierungs zentrums; zudem fürchten viele Einwohner Nachteile für den Tourismus.

Nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR setzten seit Jahresbeginn bis zum 6. Februar insgesamt 68.023 Menschen von der türkischen Ägäisküste zu den griechischen Inseln über. Mindestens 366 Menschen sind demnach seit Jahresbeginn im Mittelmeer gestorben.



Bürgermeister von Kos warnt vor gewalttätigen Protesten <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-buergermeister-von-kos-fuerchtet-ausschreitungen-gege....>

Mehr zum Thema:

Neue Uno-Zahlen: In Griechenland kommen weiter Zehntausende Flüchtlinge an Interview mit Griechenlands Migrationsminister: "Deutschland ist die Stimme der Vernunft in Europa"

aar/AFP/dpa

**Load-Date:** February 8, 2016

---

End of Document

## Griechenland will "eine große Zahl Migranten" aufs Festland bringen

SPIEGEL ONLINE

28. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 409 words

**Byline:** Anna-Lena Roth

**Highlight:** Die Lage in den Flüchtlingscamps auf griechischen Inseln ist teils chaotisch. Das sei auch schuld der EU-Länder, sagt Europaminister Xydakis. Nun würden Migranten in "bewachte Räumlichkeiten" auf dem Festland gebracht.

### Body

---

Entgegen bisheriger Pläne will Griechenland Flüchtlinge nicht länger in den überfüllten Lagern auf den Ostägäis-Inseln festhalten. "Wir werden in Kürze damit beginnen, eine große Zahl Migranten auf das Festland zu bringen, um die Inseln in der Ostägäis zu entlasten", sagte der stellvertretende griechische Außenminister und Europaminister Nikos Xydakis der "Welt".

"Das wird sehr gut organisiert sein und auf legale Weise durchgeführt werden." Man kenne die Namen und die Bedürfnisse der betroffenen Migranten. Sie würden in "bewachte Räumlichkeiten" untergebracht, sagte Xydakis.

Der Flüchtlingsdeal zwischen der Türkei und der EU sieht vor, dass die vor allem aus Syrien stammenden Menschen möglichst auf den griechischen Inseln bleiben, damit sie an einer Weiterreise gehindert und in die Türkei zurückgeschickt werden können. Für jeden Syrer, den die Türkei zurücknimmt, kann sie einen anderen Syrer auf legalem Weg in die EU schicken. Die EU hat sich bereit erklärt, über diesen sogenannten 1:1-Mechanismus bis zu 72.000 Syrer aufzunehmen.

#### Vorwurf an die EU

Xydakis machte die EU-Länder für die Gewalt in den griechischen Flüchtlingslagern mitverantwortlich: "Die Brände und Unruhen in einigen Flüchtlingscamps auf den Inseln sind in gewisser Weise auch die Folge einer fehlenden Umverteilung von Flüchtlingen auf alle Mitgliedstaaten und der mangelnden Unterstützung durch die EU-Länder."

Derzeit könnten 7000 Flüchtlinge sofort aus Griechenland auf andere EU-Staaten umverteilt werden, alle Formalitäten dafür seien erfüllt. Aber das passiere nicht. "Die meisten EU-Staaten nehmen uns viel zu wenige Flüchtlinge ab, einige Länder antworten nicht einmal auf unsere Anfragen", sagte Xydakis. Seinen Angaben zufolge sind seit September 2015 nur rund 3500 der vereinbarten 65.000 Flüchtlinge auf andere europäische Länder verteilt worden.

## Griechenland will "eine große Zahl Migranten" aufs Festland bringen

Wie zuvor bereits seine Kollegen kritisierte nun auch Xydakis das Vorhaben von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), Flüchtlinge wieder nach Griechenland zurückzuschicken. Man werde keine Migranten aus EU-Ländern wie Deutschland zurücknehmen, sagte er. "Es ist nicht realistisch, auf eine Durchsetzung der Dublin-Verordnung zu bestehen und Flüchtlinge aus anderen Ländern wieder nach Griechenland abzuschieben. Das würde mein Land überfordern." Es gebe bereits 60.000 Flüchtlinge in Griechenland. "Das bringt uns an die Grenze der Belastbarkeit."

aar/dpa

**Load-Date:** September 28, 2016

---

End of Document

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/ukrainer-in-deutschland-vom-krieg-ins-exil-verbannt-a-1065478.html>

SPIEGEL ONLINE

26. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 824 words

**Byline:** Peter Maxwill

**Highlight:** Sie kamen für eine Woche und konnten nicht mehr zurück: Eine Gruppe junger Ukrainer ist in Deutschland gestrandet - wegen des Kriegs im Donbass, staatliche Unterstützung bekommen sie nicht. Über ein Leben ohne Perspektive.

## Body

---

Die größte Meinungsverschiedenheit des Trios? Vielleicht die Frage, was von Bremen zu halten ist: "Wunderbar gemütlich", sagt Alexander in perfektem Deutsch; "ziemlich stressig und eng" ist die Stadt in Yana's Augen. "Einfach schön" sei Bremen aber in jedem Fall, wirft Alevtina ein - da nicken alle drei. "Bloß keinen Streit jetzt", fügt Alexander hinzu und nippt an seinem Kaffee. Alle lachen.

Harmonie ist den drei Ukrainern besonders wichtig, wenn sie sich treffen - so wie an diesem Wintertag in einem Bremer Café am Weserufer. Denn viel mehr als einander haben sie derzeit nicht: Vor anderthalb Jahren waren die angehenden Dolmetscher aus Donezk für eine siebentägige Studienreise nach Bremen geflogen, dann überrollte der Krieg zwischen Regierungstruppen und prorussischen Kämpfern ihre Heimat und versperrte ihnen den Weg zurück. Seitdem sitzen sie in Deutschland fest, ohne staatliche Unterstützung, ohne Familie, Freunde, Perspektive.

Yana Lysenko, Alevtina Artash und Alexander Starostin sind Opfer eines Krieges, den niemand so nennt, und einer Flüchtlingskrise, die kaum jemand kennt. Rund 6700 Menschen aus der Ukraine haben laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seit dem Ausbruch des Konflikts vor zwei Jahren in Deutschland Asyl beantragt. Die tatsächliche Zahl der Einwanderer aus der Ukraine ist vermutlich deutlich höher.

Die Ukraine ist derzeit Schauplatz einer weitgehend unbeachteten humanitären Krise: Seit der Konflikt mit prorussischen Kämpfern das Land zerrüttet, herrschen vor allem im umkämpften Gebiet Donbass schlimme Zustände: Fünf Millionen Menschen sind laut Europarat insgesamt in Not geraten, mehr als 2,4 Millionen haben nach Angaben des ukrainischen Sozialministeriums ihre Heimat verlassen.

Yana, Alexander und Alevtina waren im Juni 2014 noch Studenten der Universität Donezk im Studiengang Dolmetschen, nur einen Monat später waren sie plötzlich Flüchtlinge - auch, wenn sie sich selbst nicht so bezeichnen möchten. Damals zerstörte eine Buk-Rakete das Flugzeug MH17 über der Ostukraine und rund um

Flüchtlinge, die niemand so nennt <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/ukrainer-in-deutschland-vom-krieg-ins-exil-verbannt-a-1065478.html>

Donezk flammten heftige Kämpfe auf. Die Studenten diskutierten bei Bremen gerade mit Altersgenossen in einer NS-Gedenkstätte über den Zweiten Weltkrieg und stellten ein Theaterprojekt auf die Beine, als die Eskalation des Konflikts ihnen den Heimweg versperrte.

So wurde aus ihrer Heimatstadt Donezk das Kriegsgebiet Donezk, ihr Studentenwohnheim sei nun von Separatisten besetzt und in eine Kaserne verwandelt worden. Die Austauschstudenten waren nun Heimatlose, ihre Zukunft ungewiss. "Wir sitzen in der Falle", sagte Alexander damals zu SPIEGEL ONLINE - und viel verändert hat sich daran nicht.

#### Suche nach neuen Perspektiven

Mittlerweile hätten 800.000 Ukrainer im Ausland Asyl beantragt, sagt Bettina Schulte von der Uno-Flüchtlingsorganisation UNHCR - darunter sind viele Kinder und Jugendliche. "Allein im Donbass sind derzeit 2,7 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen", so Schulte. Das ukrainische Sozialministerium registriert zudem 5000 weitere Migranten aus dem Osten des Landes - pro Monat. "Die Flüchtlinge können natürlich nur dann heimkehren, wenn sich die politische Lage im Donbass stabilisiert", sagt Schulte. Das gilt auch für Menschen wie Yana, Alexander und Alevtina.

Sie sind auf der Suche nach neuen Perspektiven im Großraum Bremen geblieben. Viele ihrer Freunde versuchen es inzwischen woanders: Katja, 19, leistet Bundesfreiwilligendienst in Hannover, Jewgenija, 19, ist Au-Pair-Mädchen in Wien, Anja, 23, macht ein Freiwilliges Soziales Jahr im norddeutschen Osterholz-Scharmbeck. Die anderen treffen sich nach wie vor regelmäßig in Bremen, Alevtina und Yana haben eine WG gegründet, Alexander stößt aus dem nahen Wörpswede oft dazu.

In Deutschland ist ihr Status völlig unklar. "Eine Behördenpraxis besteht bezogen auf Asylantragsteller aus der Ukraine aktuell nicht", teilte die Bundesregierung im Juni 2015 mit. "Einschlägige Rechtsprechung gibt es dazu bisher nicht."

Die Behörden wissen also nicht, was sie mit Menschen machen sollen, die der ukrainische Konflikt nach Deutschland gebracht hat. So gelten sie derzeit in Bremen als Studenten aus einem Nicht-EU-Land. Das bedeutet: Sie müssen ein Konto mit knapp 8000 Euro Guthaben vorweisen und erhalten keine Unterstützung als Asylbewerber, kein Hartz IV, kein Bafög, kein Kindergeld.

Stattdessen leben Alevtina, Alexander und Yana nun von Stipendien, Nebenjobs, Spenden. Mehr über ihr Leben erzählen sie hier:

Zusammengefasst: Hunderttausende Ukrainer haben wegen des Konflikts im Donbass ihr Heimatland verlassen. Viele sind auch nach Deutschland gekommen, manche eher unfreiwillig - so wie die Studenten Yana, Alexander und Alevtina. Die drei können nicht zurück in ihre Heimatstadt Donezk und bauen sich nun in Deutschland ein neues Leben auf. Das ist ziemlich schwierig, denn sie sind weder EU-Bürger noch anerkannte Flüchtlinge.

**Load-Date:** January 26, 2016

## Attentäter erhielt kurz vor der Tat Abschiebeanordnung

SPIEGEL ONLINE

25. Juli 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 539 words

**Byline:** Swantje Unterberg

**Highlight:** Flüchtlinge müssen in dem Land Asyl beantragen, in dem sie in die EU einreisen. Der Attentäter von Ansbach sollte deshalb nach Bulgarien abgeschoben werden. Den Bescheid bekam er zwölf Tage vor der Tat.

### Body

---

Der Attentäter von Ansbach hat nach Angaben des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann (CSU) kurz vor seiner Tat eine Abschiebeanordnung erhalten. Ob diese Anordnung die Attentatsabsicht beschleunigt habe, sei im Moment aber Spekulation, sagte Herrmann am Montag in der ARD.

Der 27-Jährige Syrer Mohammad Daleel, der sich am Sonntagabend mit einem Sprengsatz selbst getötet hatte und dabei 15 Menschen verletzte, sollte nach Bulgarien abgeschoben werden.

Der Flüchtling war offenbar in Bulgarien in die EU eingereist und dort als Asylbewerber registriert worden. Später reiste er nach Deutschland weiter, doch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) lehnte seinen Asylantrag gemäß der Dublin-Verordnung ab und ordnete seine Rückkehr nach Bulgarien an. Ein Verwaltungsgericht habe die Entscheidung bestätigt, so Herrmann.

Das sogenannte Dublin-Abkommen der EU sieht vor, dass Flüchtlinge in dem Land Asyl beantragen müssen, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten.

Seehofer fordert härtere Abschiebepaxis

Das Bamf habe dann aber selbst die Abschiebeanordnung wieder aufgehoben, wohl wegen gesundheitlicher Probleme des jungen Mannes. Vor zwölf Tagen habe das Bamf dann neuerlich eine Abschiebung nach Bulgarien unter dem sogenannten Dublin-Verfahren angeordnet, sagte Herrmann. Die Anordnung wäre innerhalb von 30 Tagen zu vollziehen gewesen.

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) forderte am Tag nach der Tat eine härtere Linie bei Abschiebungen. "Bislang bestand Konsens, dass man abgelehnte Asylsuchende nicht in ein Kriegsgebiet abschiebt", sagte Seehofer dem "Münchner Merkur". "Man muss ernsthaft überlegen, wie solche Personen künftig behandelt werden, wenn sie mit dem Gesetz in Konflikt kommen beziehungsweise wenn von ihnen eine Gefahr ausgeht."

Bundesanwaltschaft übernimmt Ermittlungen

## Attentäter erhielt kurz vor der Tat Abschiebeanordnung

Der Generalbundesanwalt in Karlsruhe hat unterdessen die Ermittlungen zum Attentat an sich gezogen. Die Ermittlungsbehörde des Bundes geht damit davon aus, dass es sich um ein terroristisches Verbrechen handelt.

In der Unterkunft Daleels waren Materialien zum Bombenbau gefunden worden. Auf einem Handy fand sich eine Drohung, "im Namen Allahs" einen Racheakt gegen Deutsche durchzuführen. Sie würden Muslime töten, als Vergeltung werde er einen Anschlag verüben. In dem sichergestellten Video bezeugt eine verummte Person seine Zugehörigkeit zu Abu Bakr al-Baghdadi, dem Anführer der Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS).

Nach dem gegenwärtigen Ermittlungsstand sei davon auszugehen, "dass es sich hierbei um Mohammad D. handelt". Damit stehe Daleel im Verdacht, die Tat als Mitglied des IS begangen zu haben. Es müsse nun geklärt werden, ob es weitere bislang unbekannte Tatbeteiligte oder Hintermänner gab. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen werden vom Polizeipräsidium Mittelfranken fortgeführt.

Die Bundesanwaltschaft habe Ermittlungen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung, versuchten Mordes und anderer Straftaten gegen nicht namentlich bekannte Beschuldigte aufgenommen und das Verfahren der Staatsanwaltschaft Ansbach übernommen.

Im Video: Attentäter kündigte "Racheakt" an

sun/dpa

**Load-Date:** July 26, 2016

[Die Verzweifelten von Budapest;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-ungarn-verzweifelte-lage-in-budapest-a-1050648.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-ungarn-verzweifelte-lage-in-budapest-a-1050648.html)

SPIEGEL ONLINE

31. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 754 words

**Byline:** Keno Verseck

**Highlight:** Tausende Flüchtlinge warten seit Tagen in Budapest auf ihre Weiterreise - doch Ungarns Regierung ließ sie bisher nicht. Am Bahnhof herrscht Chaos. Erst jetzt zog sich die Polizei zurück, auf die Züge begann ein Massenansturm.

## Body

---

"Deutschland! Deutschland!", "Germany, help us", "Wir wollen hier weg!" - seit Samstag protestieren verzweifelte Flüchtlinge mit Sprechchören und Parolen auf Pappschildern am Budapester Ostbahnhof. Sie versammeln sich auf der Treppe vor dem Bahnhofsgebäude, in Unterführungen oder auf dem weitläufigen Platz vor dem Bahnhof. Die Polizei treibt die Menschen immer wieder auseinander, später kommen sie dann wieder zusammen, um erneut zu protestieren.

Die ungarische Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán betreibt die härteste Anti-Flüchtlingspolitik der Europäischen Union - und hat damit ein Flüchtlingschaos im Land provoziert, so wie am Budapester Ostbahnhof.

Erst am Montagmittag änderte sich die Lage. Den ungarischen Behörden war die Situation so sehr über den Kopf gewachsen, dass Polizeirazzien in Zügen Richtung Österreich anscheinend ausgesetzt wurden. Das Nachrichtenportal "Origo" berichtete, am Morgen seien Hunderte Flüchtlinge ungehindert in Züge gestürmt. Dies bestätigt auch internationale Nachrichtenagenturen. Die Züge seien unter anderem nach Wien, München und Berlin gefahren.

Seit Tagen hatte die Polizei immer wieder Flüchtlinge mit gültigen Fahrkarten aus den Zügen nach Österreich geholt und sie so an der Weiterfahrt in Richtung Westen gehindert. Die Zahl der Flüchtlinge in einer sogenannten Transitzone auf dem Bahnhof wuchs daher stetig. Dort schlafen die Menschen auf dem Boden oder in Zelten, zum Waschen gibt es nur einige wenige Wasserhähne.

Getränke und Verpflegung werden lediglich von ehrenamtlichen privaten Helfern gebracht. Sie sind es auch, die eine medizinische Versorgung organisieren und beim Übersetzen helfen - denn Informationen ungarischer Behörden gibt es für Flüchtlinge nur in ungarischer Sprache. "Alles, was wir hier an den Budapester Bahnhöfen



Die Verzweifelten von Budapest <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-ungarn-verzweifelte-lage-in-budapest-a-1050648.html>

machen, wäre eigentlich Aufgabe des Staates", kritisiert András Léderer, ein ehrenamtlicher Helfer der Facebook-Gruppe Migration Aid.

Die Budapester Stadtverwaltung will in den kommenden Tagen beginnen, auf einem großen unbebauten Gelände neben dem Ostbahnhof eine besser ausgestattete Transitzone einzurichten. Dagegen protestierten inzwischen Aktivisten der rechtsextremen Jobbik-Partei - sie besetzten das Gelände am Montagvormittag und wollen notfalls auch mit Gewalt gegen die Einrichtung einer Transitzone vorgehen, kündigten sie an. Budapest dürfe sich nicht in ein Flüchtlingslager verwandeln, so der Budapester Jobbik-Politiker János Stummer.

Wer trägt die Verantwortung für die Zustände?

Die Schuld für das Chaos sieht die Regierung in Budapest offenbar vor allem in Deutschland. Sie hat Berlin daher aufgefordert, rechtliche Klarheit zu den Reisen von Flüchtlingen innerhalb der EU zu schaffen. "Um die intransparente und widersprüchliche Lage zu beenden, fordern wir Deutschland auf, die rechtliche Situation zu klären", sagte ein Sprecher der ungarischen Regierung der ungarischen Nachrichtenagentur MTI.

Nach den Regeln des Schengenraums dürften Flüchtlinge aus Ungarn nur mit gültigen Reisedokumenten und mit einem Visum des Ziellandes ausreisen. Dies habe dazu geführt, dass sich eine wachsende Zahl an Migranten, die in Ungarn als Asylbewerber registriert sind, aber nach Deutschland wollen, in den Bahnhöfen aufhalten.

In Budapest und Berlin machten am Montag Gerüchte die Runde, die Bundesregierung plane, syrische Kriegsflüchtlinge mit Sonderzügen von den Bahnhöfen in Budapest nach Deutschland zu bringen. Sowohl das Auswärtige Amt als auch das Bundesinnenministerium und Regierungssprecher Steffen Seibert dementierten dies. "An dem Gerücht ist absolut nichts dran", schrieb Seibert SPIEGEL ONLINE. Das Auswärtige Amt sprach auf Twitter von einer Ente. Seibert stellte klar: Wer nach Ungarn komme, müsse sich dort registrieren und sich dort einem Asylverfahren stellen.

Die Orbán-Regierung steht derzeit massiv in der Kritik. Sie versucht, mit einem 175 Kilometer langen Zaun an der Grenze zu Serbien Flüchtlinge abzuhalten. "Es ist eine Illusion zu glauben, mit derartigen Maßnahmen Flüchtlinge abzuhalten. Die werden Wege finden", sagte Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner am Montag. Zuvor hatte bereits Frankreich Ungarns Abschottungsversuche scharf kritisiert: Das Land respektiere europäische Werte nicht, sagte Außenminister Laurent Fabius. Ende Oktober soll der Zaun noch mit einem bis zu vier Meter hohen Maschendrahtzaun ergänzt werden.

Video: Wie Flüchtlinge in der Transitzone in Budapest ausharren

Mitarbeit: Christina Hebel, Severin Weiland

**Load-Date:** August 31, 2015

[Merkel unterstützt Pläne für Einwanderungsgesetz;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-unterstuetzt-nun-einwanderungsgesetz-a-1045182.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-unterstuetzt-nun-einwanderungsgesetz-a-1045182.html)

SPIEGEL ONLINE

24. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 392 words

**Highlight:** Die CDU steht vor einer Wende in der Migrationspolitik. Nach SPIEGEL-Informationen stellt sich Parteichefin Merkel hinter Pläne für ein Einwanderungsgesetz. Ein entsprechender Antrag für den Bundesparteitag ist in Arbeit.

## Body

---

Die CDU vollzieht einen Kurswechsel in der Zuwanderungspolitik: Nach Informationen des SPIEGEL soll bei einer Vorstandssitzung im September die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz beschlossen werden. Zugrunde liegt der Bericht einer Arbeitsgruppe unter Leitung des nordrhein-westfälischen Landeschefs Armin Laschet, die Anfang 2014 vom Parteivorstand eingesetzt worden war. Darin heißt es, es gebe bereits zahlreiche gesetzliche Regelungen zur Einwanderung. "Wir müssen diese guten Ansätze widerspruchsfrei und besser miteinander verknüpfen und in einem Gesetz zusammenführen."

Der Bericht soll vom CDU-Bundesvorstand als Antrag für den Parteitag im Dezember verabschiedet werden. CDU-Chefin Angela Merkel hat intern Zustimmung signalisiert. Ihrem Generalsekretär Peter Tauber schwebt ein einfaches, übersichtliches Einwanderungsgesetz vor, in dem "die schon bestehenden guten Regelungen zusammengefasst werden".

Tauber hatte sich bereits zu Jahresbeginn für ein Einwanderungsgesetz ausgesprochen, war aber auf heftigen Widerstand von Innenminister Thomas de Maizière gestoßen. Merkel hat sich nun auf die Seite Taubers gestellt und ihren Parteifreund de Maizière dazu verdonnert, mit ihrem Generalsekretär zusammenzuarbeiten.

Die SPD fordert schon lange ein Einwanderungsgesetz, um die Migration von Ausländern nach bestimmten Kriterien zu regeln, konnte sich damit aber bisher in der Koalition nicht durchsetzen. Aktuell gibt es in Deutschland einen Zustrom an Flüchtlingen wie lange nicht mehr. Die politische Debatte über den Umgang mit dem Thema wird immer wieder überschattet von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte.

Unterdessen wartet der Erste Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz mit einem eigenen Vorschlag auf, die Zahl der Flüchtlinge vom Balkan zu reduzieren. SPD-Mann Scholz schlägt im SPIEGEL vor, Menschen aus Albanien und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die einen Arbeitsplatz in Deutschland nachweisen können, die legale Einreise zu ermöglichen. "Das hat früher bei dem Anwerbeabkommen mit Jugoslawien, zu dessen Teilrepubliken viele dieser Länder gehörten, auch gut funktioniert", so Scholz.

Merkel unterstützt Pläne für Einwanderungsgesetz <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-unterstuetzt-nun-einwanderungsgesetz-a-1045182.html>

"Vor allem wird diese Option helfen, dass all jene, die eigentlich Arbeit suchen, nicht mehr den falschen Weg über einen Asylantrag gehen." Scholz' Vermutung: "Den meisten geht es doch um einen Arbeitsplatz."

**Load-Date:** July 24, 2015

---

End of Document

**[Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsheime hat sich verdreifacht;  
http://www.spiegel.de/panorama/justiz/asylbewerber-pegida-motiviert-  
offenbar-rechtsextreme-gewalttaeter-a-1017692.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/asylbewerber-pegida-motiviert-offenbar-rechtsextreme-gewalttaeter-a-1017692.html)**

SPIEGEL ONLINE

10. Februar 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / JUSTIZ

**Length:** 227 words

**Highlight:** Ende des vorigen Jahres hatten die Pegida-Demos hohen Zulauf - zugleich nahm die Zahl der Angriffe auf Asylbewerber drastisch zu. Experten sehen einen Zusammenhang.

## Body

---

Die Zahl rassistischer Angriffe auf deutsche **Asylbewerberheime** ist stark angestiegen. Wie der "Tagesspiegel" berichtete, zählten die Behörden im vorigen Jahr 150 rechtsextremistisch motivierte Straftaten, dreimal mehr als 2013. Allein im vergangenen Quartal waren es 67 Taten.

Die Angriffe richteten sich gegen Unterkünfte oder ihre Bewohner - sie reichten von Volksverhetzung bis zu Angriffen mit Waffen oder Brandsätzen. Die Zeitung berief sich auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction im Bundestag.

### Pegida-Demos als Rechtfertigung

Migrantenorganisationen und Konfliktforscher sehen nicht nur einen Zusammenhang mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen. Sie vermuten auch, dass die Kundgebungen der Dresdner Pegida-Bewegung den Nährboden für diese Delikte bereitet haben, die im letzten Quartal 2014 eine große mediale Aufmerksamkeit erfuhren.

Der Bielefelder Gewaltforscher Andreas Zick sagte dem Blatt: "Die menschenfeindliche Stimmung führt nicht automatisch zu Taten, aber sie motiviert gewaltbereite Personen und Gruppen und wird von den Tätern zur Rechtfertigung herangezogen."

Im ersten Quartal von Januar bis März hatte es demnach noch 32 Angriffe gegeben, im zweiten Quartal von April bis Juni 22 Delikte und im dritten Quartal von Juli bis September 29 Delikte.

sms/dpa

**Load-Date:** March 10, 2015

Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsheime hat sich verdreifacht

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/asylbewerber-pegida-motiviert-offenbar-rechtsextreme-gewaltta....>

---

End of Document

## **Merkels Sommer der leichten Entspannung**

SPIEGEL ONLINE

11. Juli 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 755 words

**Byline:** Severin Weiland

**Highlight:** Die **Flüchtlingszahlen** sinken, die Werte für die Union steigen, die AfD ist tief zerstritten: Gelingt Kanzlerin Angela Merkel der Wiederaufstieg? Sie solle sich keine Illusionen machen, heißt es ausgerechnet aus den eigenen Reihen.

### **Body**

---

Die Lage hat sich entspannt. Sichtbar und deutlich. Noch vor einem Jahr mussten mitunter täglich über 1000 Menschen vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) in Berlin ausharren. Die chaotischen Bilder machten bundesweit Schlagzeilen. Mancher sah darin sein Urteil über die Verwaltung in der Hauptstadt bestätigt: Sie sei unfähig, mit der **Flüchtlingskrise** angemessen umzugehen, "failed state" Berlin kommentierte damals SPIEGEL ONLINE.

Im Juli 2016 warten kaum mehr als 100 Menschen vor dem Lageso. Was sich in Berlin abspielt, wiederholt sich auch im übrigen Bundesgebiet: Die **Flüchtlingskrise** hat sich seit dem Schließen der Balkanroute und dem Abkommen der EU mit der Türkei entschärft. Zumindest für die deutsche Regierung; für die Fliehenden dagegen hat sich kaum etwas verbessert. In der Koalition atmen sie dennoch auf. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach kürzlich davon, dass die **Flüchtlingskrise** zwar nicht gelöst sei. "Aber ihre Lösung kommt in Europa gut und in Deutschland sehr gut voran", gibt er sich optimistisch.

Die Kanzlerin sieht das ähnlich. Im Sommer-Interview mit dem ZDF verteidigte sie am Sonntag ihren Weg in der Flüchtlingspolitik vehement. "Ich stehe zu jeder der Entscheidungen, die ich, die wir, seit August vergangenen Jahres getroffen haben", sagte die CDU-Chefin. Ausdrücklich warb sie für das Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei, das mit dazu beigetragen hat, die Flüchtlingszahlen zu reduzieren. Dazu gehört aus Merkels Sicht auch die Unterbindung der illegalen Migration: "Wir können Menschen nicht zumuten, dass sie unter unsäglichen Umständen zu uns kommen, und Hunderte, im Mittelmeer sogar Tausende, ihr Leben verlieren."

Die Flüchtlingszahlen gehen zurück, die rechtspopulistische AfD steckt im tiefen Streit und sackt in Umfragen auf den tiefsten Stand seit Januar ab, die Union ist erstmals wieder im Aufwind, auch die Popularitätswerte der CDU-Chefin zeigen seit Längerem nach oben - wird das für Merkel der Sommer des Wiederaufstiegs? In der neuesten Umfrage von Emnid erreichen CDU und CSU mit 35 Prozent immerhin ihren besten Wert seit März.

Und die jüngsten Flüchtlingszahlen sprechen für eine Atempause: Von Anfang Januar bis Ende Juni dieses Jahres wurden insgesamt 222.264 Neuankömmlinge registriert (lesen Sie hier mehr zu dem Thema). Noch im

## Merkels Sommer der leichten Entspannung

Januar, vor der Schließung der Balkanroute, wurden in einem einzigen Monat rund 92.000 Flüchtlinge in Deutschland erfasst.

Wird alles wieder gut? Skeptisch ist CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach, der von Anbeginn die Politik der Kanzlerin in der Flüchtlingskrise kritisch begleitete: "Würde die Balkanroute auch nur für kurze Zeit geöffnet, würde sich sofort zeigen, dass die Flüchtlingskrise noch lange nicht überwunden ist." Die Fluchtursachen seien die gleichen wie vor einem Jahr und der Wunsch der Migranten "nach einem Leben in Frieden und Freiheit im Herzen Europas ebenso", so der Christdemokrat zu SPIEGEL ONLINE.

Es ist ein gemischtes Bild, das sich in diesem Sommer für Merkel und ihre Große Koalition abzeichnet. Immer mehr Turnhallen und Notunterkünfte werden in den Bundesländern frei gemacht, können wieder für Sportunterricht genutzt werden:

Auf dem Arbeitsmarkt ist das Bild ähnlich: Zwar haben mindestens 30.000 Flüchtlinge nach Angaben von Frank-Jürgen Weise, dem Chef der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, seit dem Frühjahr 2015 einen Job gefunden. "Auf der anderen Seite haben wir aus dem Kreis der Asylbewerber heute schon 130.000 Menschen, die arbeitslos in der Grundsicherung leben", so Weise in der "Rheinischen Post".

Es bleibt also viel zu tun, auch bei der Integration, bei der Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen. Bei der CSU sieht man daher trotz der sinkenden Flüchtlingszahlen daher auch keinen Grund für übertriebenen Optimismus. "Wer Realist ist und vorausschauend handelt, gibt keine Entwarnung", erklärt CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer gegenüber SPIEGEL ONLINE. Der Vertraute von CSU-Chef Horst Seehofer verweist auf die anhaltende Fluchtbewegung, die derzeit allein über das Mittelmeer fast täglich Flüchtlinge nach Italien bringt. "In der Zeit einer neuzeitlichen Völkerwanderung weltweit bleibt das Top-Thema", sagt er. Daher hält Scheuer an der Forderung fest, die die CSU seit Monaten auch an die Adresse Merkels richtet: "Wir müssen bei der Zuwanderung nach Europa und Deutschland besser steuern, ordnen und begrenzen."

Mit Material von dpa

**Load-Date:** July 11, 2016

[Söder stellt Grundrecht auf Asyl infrage;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-soeder-will-grundrecht-auf-  
asyl-antasten-a-1056013.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-soeder-will-grundrecht-auf-asyl-antasten-a-1056013.html)

SPIEGEL ONLINE

03. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 482 words

**Byline:** wit/dpa/AFP

**Highlight:** Angesichts hoher Flüchtlingszahlen fordert Bayerns Finanzminister Markus Söder erneut eine Begrenzung der Zuwanderung. "Wir können nicht die ganze Welt retten", sagt der CSU-Politiker - und stellt auch das Grundrecht auf Asyl infrage.

## Body

---

Länder und Kommunen in Deutschland versuchen täglich, Tausende Flüchtlinge unterzubringen. Während die Kanzlerin Zuversicht verströmt, plant die CSU, schnell den Zuzug einzuschränken. Der bayerische Finanzminister Markus Söder will angesichts der hohen Flüchtlingszahlen sogar das Grundrecht auf Asyl antasten.

"Wir fordern eine massive Begrenzung der Zuwanderung", sagte Söder der "Passauer Neuen Presse". Er sei überzeugt davon, dass dies passieren werde. "Ebenso werden wir über das Grundrecht auf Asyl reden." Er "hoffe nur, dass es bis dahin nicht zu spät ist".

Söder hatte bereits zuvor vorgeschlagen, das deutsche Asylrecht niedrigeren Standards in anderen europäischen Ländern anzupassen. Dabei stellte er auch das individuelle Asylrecht grundsätzlich infrage. Bei der SPD und der Opposition stieß Söder mit den Forderungen auf scharfe Kritik, Unterstützung erhielt er aus der CDU.

Der CSU-Politiker warnte in der Regionalzeitung zudem vor Religionskonflikten. Die Flüchtlinge sieht er als Herausforderung für hiesige Normen. "Wer zu uns kommt, hat sich unseren Regeln anzupassen - nicht umgekehrt."

"Niemand weiß, wie viele sich mittlerweile bei uns aufhalten"

Auch Innenminister Thomas de Maizière (CDU) verlangt, Flüchtlinge aus anderen Kulturkreisen müssten die deutschen Gesetze strikt befolgen und die freiheitliche Werteordnung hierzulande akzeptieren. Die Garantien des Grundgesetzes wie Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung der Frau und die Meinungsfreiheit seien unverhandelbar, sagte er im SWR.

Auf der anderen Seite sollten die Migranten selbstverständlich ihre Religion ausüben dürfen. De Maizière mahnte, auch die Deutschen müssten sich angesichts der gestiegenen Flüchtlingszahlen verändern. "Wir müssen offene Herzen haben. Wir müssen zuhören."



Söder stellt Grundrecht auf Asyl infrage <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-soeder-will-grundrecht-auf-asyl-antasten-a-1056013.html>

Söder beklagte, dass die Registrierung und Kontrolle von Flüchtlingen in Deutschland gegenwärtig Glücksache sei. "Niemand weiß, wie viele sich mittlerweile bei uns aufhalten." Europa müsse daher die Außengrenzen wieder schützen, Recht wieder anwenden und Ordnung durchsetzen. Und Deutschland dürfe sich nicht wegducken.

"Wir brauchen ein Bekenntnis, dass es für Zuwanderung Obergrenzen und Kontingente geben muss - wir können nicht die ganze Welt retten", sagte Söder. Ohne eine Sicherung der Grenzen, ohne das klare Signal, dass nicht jeder nach Deutschland kommen könne, werde der Flüchtlingszustrom nicht gestoppt. Es könne nicht sein, dass jeden Tag über Passau und Freilassing zehntausend Flüchtlinge kämen.

In dieser Frage vertrete die CSU derzeit die Meinung weiter Teile der CDU. "Wir sind an dieser Stelle mehr CDU als die CDU-Führung selbst", sagte Söder. Der Druck auf Angela Merkel wächst mit Äußerungen wie diesen weiter. SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte im Interview mit SPIEGEL ONLINE vor einer drohenden Überforderung Deutschlands gewarnt.

wit/dpa/AFP

**Load-Date:** October 3, 2015

---

End of Document

**Jetzt gilt es, Herr Präsident!; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/juncker-rede-die-eu-braucht-einen-grossen-plan-kommentar-a-1051973.html>**

SPIEGEL ONLINE

09. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 645 words

**Byline:** Peter Müller

**Highlight:** Euro-Chaos und **Flüchtlinge** - die EU taumelt von Krise zu Krise. Wenn die Gemeinschaft künftig mehr als Milchsubventionen regeln will, muss Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker heute zeigen, dass er einen Plan hat.

## Body

---

Zehntausende **Flüchtlinge** erreichen Bayern, die Lage an der ungarischen Grenze bleibt angespannt und Frankreichs Präsident denkt laut über Luftangriffe auf IS-Terroristen in Syrien nach - doch in Brüssel herrscht Alltag. Hunderte Traktoren blockierten zu Beginn der Woche das Europaviertel. Hinter Barrikaden aus Stacheldraht feilschen die Politiker um Millionen für Milchbauern, davor recken Landwirte Mistgabeln in den Himmel und Transparente mit Aufschriften wie: "Eure Politik vernichtet die Milchbauern".

Natürlich sind solche Demonstrationen das gute Recht der Bauern. Doch in diesen Tagen werfen sie kein gutes Licht auf Europa. In Afrika und im Nahen Osten brechen Hunderttausende auf, um auf dem alten Kontinent ein Leben ohne Armut und Angst zu suchen - und Europa debattiert ungerührt über Subventionen für seine Landwirtschaft.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker weiß, worum es geht, wenn er heute um neun Uhr im Europäischen Parlament ans Rednerpult tritt. Die Rede in Straßburg ist womöglich die wichtigste in seiner Karriere. Er wird mehr Kompetenzen für Brüssel in der Wirtschafts- und Währungsunion fordern, damit der Euro eine stabile Währung bleibt. Vor allem aber muss er den Europäern die Zuversicht geben, dass sie die Flüchtlingskrise meistern können.

Die EU ist die Antwort der Europäer auf zwei Weltkriege und ihren schwindenden Einfluss in der globalisierten Welt. Entsprechend groß sollte Junckers Antwort heute ausfallen: Think big, Mr. President!

Europa ist für große Aufgaben gemacht

Die Vorschläge, mit denen die EU-Kommission die Flüchtlingskrise in den Griff kriegen will, sind weitgehend bekannt. Juncker plant, insgesamt 160.000 Migranten in der EU umzuverteilen, um Italien, Griechenland und Ungarn zu entlasten. Zudem soll es künftig einen dauerhaften Mechanismus für Notfälle geben. Erstmals will sich die EU zudem auf eine Liste mit sicheren Herkunftsländern einigen, in die Asylbewerber einfacher abgeschoben werden können.

Jetzt gilt es, Herr Präsident! <http://www.spiegel.de/politik/ausland/juncker-rede-die-eu-braucht-einen-grossen-plan-kommentar-a-1051973.html>

All das ist nicht falsch. Und es ist auch ungerecht, sich über die EU-Kommission zu empören, weil die Vorschläge spät kommen oder zu mickrig ausfallen. Schließlich waren es die Mitgliedstaaten, die sich noch vor wenigen Monaten weigerten, gerade mal 40.000 Flüchtlinge umzuverteilen.

Doch anders als beim Aushandeln der Fischfangquoten ist es bei der Flüchtlingskrise mit der Verteilung allein nicht getan. Die Mitgliedstaaten stehen vor der Aufgabe, die Migranten zu integrieren. Und die EU muss einen Beitrag dazu leisten, dass die weltweiten Flüchtlingsströme künftig abnehmen.

Juncker sollte ankündigen, dass die Union ihre Entwicklungshilfebudgets deutlich erhöht. Es ist beschämend, dass die EU bis heute ihr Versprechen nicht eingelöst hat, bis 2015 immerhin 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an 19656Entwicklungshilfe zu zahlen. Juncker sollte, zweitens, Soforthilfen für die Flüchtlingslager in Jordanien und der Türkei in Aussicht stellen. Dort leben Flüchtlinge aus dem 23109syrischen Bürgerkrieg bereits seit Jahren, auch weil sie dort keine Zukunft sehen, machen sich viele von ihnen jetzt auf den Weg. Und Juncker sollte, drittens, ambitionierte Klimaschutzziele für die Konferenz in Paris benennen, denn auch der 13113Klimawandel ist eine Ursache für Migration. Doch bislang gibt es für die Konferenz im Dezember noch nicht mal einen halbwegs belastbaren Vertragsentwurf, viele europäische Staats- und Regierungschefs wehren sich gegen verbindliche Ziele.

Klingt nach Gutmenschentum, utopisch und reichlich naiv? Mag schon sein. Aber genauso muss sich die Idee eines über Jahrzehnte friedlichen Europas früher einmal für die Heimkehrer aus dem Zweiten Weltkrieg angehört haben. Europa ist für große Aufgaben gemacht. An die Alternative mag man gar nicht denken: Eine EU, die sich im Kampf um Subventionen für Landwirte verschleißt, braucht im Jahr 2015 keiner mehr.

**Load-Date:** September 10, 2015

---

End of Document

[Ein Lager ist geräumt, Dutzende entstehen neu;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-letzte-hoffnung-klein-idomeni-a-1095027.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-letzte-hoffnung-klein-idomeni-a-1095027.html)

SPIEGEL ONLINE

31. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 646 words

**Byline:** Giorgos Christides

**Highlight:** 19:46:00 Das Lager in Idomeni ist Geschichte, doch nur die Hälfte der Flüchtlinge ist in offizielle Aufnahmезentren gezogen. Die anderen harren an der Grenze aus - in trostlosen wilden Camps.

## Body

---

Als die Bulldozer in Idomeni anrückten, war das berüchtigte Flüchtlingscamp an der griechisch-mazedonischen Grenze innerhalb von drei Tagen geräumt. Die zuletzt dort ausharrenden 8400 Bewohner sollten in neue Aufnahmезentren gebracht werden. Doch die Realität sieht anders aus: Fast die Hälfte der Migranten hält sich noch immer in der Region auf - oder die Flüchtlinge kehrten frustriert wieder dorthin zurück und hausen jetzt in wilden Lagern.

Eines dieser Camps hat sich in Evzoni gebildet, einem kleinen Dorf mit 300 Einwohnern, nur ein paar Kilometer von der Grenze entfernt. Das Ziel von Abdul aus Afghanistan und seiner Familie ist das Hotel Hara in Evzoni. Direkt davor stehen die Zelte der Flüchtlinge, ein Idomeni im Kleinformat.

Abdul sagt, er sei entmutigt gewesen, als er das Aufnahmелager im Westen der Großstadt Thessaloniki sah. Auch Hilfsorganisationen berichten über die trostlosen Lebensumstände dort, es gebe zudem keine Möglichkeit, Asylanträge zu stellen. Die staatlichen Camps wurden hastig erbaut, sie liegen entweder auf dem Gelände von verfallenen Industrieanlagen oder weit abseits irgendwo im Nirgendwo.

Eine Delegation des Europarats kritisierte Anfang der Woche ebenfalls die Situation in den Lagern Sindos, Oreokastro und Softex bei Thessaloniki: Die Flüchtlinge dort hätten keinerlei Privatsphäre, keine Beleuchtung und keine Belüftungsanlagen.

Abdul beschloss deshalb, seine Habseligkeiten zusammenzupacken und sich wieder auf den Weg zu machen, so wie er es schon Dutzende Male seit der Flucht aus Afghanistan getan hat. Und so steht er nun mit seiner Frau und den drei Kindern auf der Standspur an der Autobahn E75, die die Region Thessaloniki mit dem Balkan verbindet. 70 Kilometer sind es bis zur Grenze, die Reise dauert zu Fuß und mit Kindern mehr als 14 Stunden. 40 Kilometer haben sie geschafft. Sein jüngster Sohn schläft in eine karierte Decke gehüllt, obwohl die Lastwagen dicht an ihnen vorbeidonnern.

Ein Lager ist geräumt, Dutzende entstehen neu <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-letzte-hoffnung-klein-idomeni-a-1095027.html>

20 Kilometer sind es jetzt noch für sie bis zum Hotel Hara, was das griechische Wort für Freude ist. Doch Evzoni ist jetzt kein Ort der Freude. In den Camps mit den Zelten auf den Parkplätzen direkt an der Straße zwischen Hotels und Tankstellen ist es heiß, die Temperaturen nähern sich 40 Grad. Und die Versorgung erfolgt nur durch Hilfsorganisationen.

Die Lage dort kann lebensgefährlich werden: In der Nacht auf Dienstag wurde nach Informationen von SPIEGEL ONLINE auf einen Migrant aus Pakistan geschossen. Er hatte sich mit seinem ebenfalls aus Pakistan kommenden Schleuser gestritten, dem er 1300 Euro bezahlt hatte, damit der ihn nach Deutschland bringe. Die Kugel durchschlug die Schulter des Flüchtlings, er kam in das nächstgelegene Krankenhaus in Kilkis. "Der Mann hatte Glück", sagt ein Polizist.

Dennoch ziehen die Flüchtlinge die wilden Camps den neuen staatlichen Lagern vor. Evzoni hat für sie gleich mehrere Vorteile - ähnlich wie im geräumten Idomeni, wo es die Migranten trotz der schlimmen Zustände monatelang aushielten:

Viele Flüchtlinge versuchen auch in diesen Tagen wieder, über die Grenze nach Mazedonien zu kommen. SPIEGEL ONLINE beobachtete ein paar Kilometer von Idomeni entfernt eine etwa zehnköpfige Gruppe, die versteckt in der Nähe eines Flusses auf eine günstige Gelegenheit wartete. Doch meistens werden die, die es über die Grenze schaffen, von der Polizei in Mazedonien festgenommen und einfach heimlich durch ein Loch im Grenzzaun wieder nach Griechenland geschickt. Auf das langwierige offizielle Rücknahmeprozedere mit Athen haben die Mazedonier offenbar keine Lust.

Doch das Ende der wilden Camps, der Mini-Idomenis, naht. Nach Informationen von SPIEGEL ONLINE bereitet die Regierung bereits die Räumung vor. Ein Behördenvertreter sagt: "Die Schließung von Idomeni hat gezeigt, dass eine friedliche und schnelle Evakuierung durch die Polizei möglich ist".

mit Material von AFP

**Load-Date:** June 1, 2016

**"Dann sollte de Maizière zurücktreten";  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/de-maiziere-spd-bringt-ruecktritt-ins-spiel-a-1053823.html>**

SPIEGEL ONLINE

20. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 492 words

**Byline:** jok/dpa

**Highlight:** Die SPD verliert in der **Flüchtlingsfrage** die Geduld mit Thomas de Maizière. Parteivize Stegner fordert, der Innenminister müsse endlich das Problem der langen **Asylverfahren** angehen - sonst bleibe nur der Rücktritt.

## **Body**

---

Der Koalitionspartner erhöht den Druck auf Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und fordert nun sogar seinen Rücktritt, falls die **Asylverfahren** nicht beschleunigt werden. "Die Geduld mit dem Bundesinnenminister schwindet", sagt der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner in der "Bild am Sonntag".

Stegner weiter: "Statt das Asylrecht zu schleifen, muss de Maizière endlich die Asylverfahren beschleunigen, wie das Länder und Kommunen seit vielen Monaten fordern."

De Maizière hatte sich im aktuellen SPIEGEL für ein neues europäisches Asylrecht ausgesprochen, das die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland begrenzen soll. Man könne sich in Europa zwar nicht abschotten, so der Minister. "Wir können aber auch nicht alle Menschen aus Krisengebieten und alle Armutsflüchtlinge, die nach Europa und nach Deutschland möchten, aufnehmen." (Das komplette Interview mit de Maizière finden Sie hier.)

Der Minister setzte sich für feste Flüchtlingskontingente in Europa ein. Wenn die ausgeschöpft sind, will de Maizière sogar politisch Verfolgte in ihre Heimatregionen zurückschicken. Man müsse dann eben sicherstellen, dass sie in der Region, aus der sie kommen, sicher und ohne Verfolgung leben könnten.

Für viele in der SPD ist de Maizière mittlerweile zum Problemfall geworden, die Genossen werfen ihm in der Flüchtlingskrise Unvermögen vor. Parteivize Stegner: "Wenn er bei diesem Kernproblem weiter versagt, reicht es nicht, wenn nur der Bamf-Chef abtritt. Dann sollte de Maizière als verantwortlicher Minister zurücktreten."

Am Donnerstag hatte der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Manfred Schmidt, seinen Posten geräumt - nach wochenlanger Kritik an seiner Behörde. Schmidt gab an, er trete aus "persönlichen Gründen" ab. Kritiker der Opposition - aber auch aus den Reihen der Union und vom Koalitionspartner SPD - vermuten hinter der Personalentscheidung jedoch einen Winkelzug des Innenministers.

"Dann sollte de Maizière zurücktreten" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/de-maiziere-spd-bringt-ruecktritt-ins-spiel-a-1053823.html>

Die jüngste Kritik am Minister im Überblick:

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt nannte Schmidts Abgang ein "klassisches Bauernopfer". Die politische Verantwortung für das Chaos im Amt liege im Bundesinnenministerium, de Maizière müsse "jetzt endlich seinen Job machen". Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Stephan Weil monierte, die von de Maizière vor Monaten versprochenen zusätzlichen 2000 Mitarbeiter für das Bamf reichten "schon längst nicht mehr aus". De Maizière will dieses Problem unter anderem in den Griff bekommen, indem er Beamte aus dem Ruhestand zurückholt. Laut "Bild am Sonntag" sind bisher 220 Pensionäre dem Aufruf gefolgt. Auch in der CSU gibt es Unmut über den Minister - wenn auch bislang nur intern. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer gehörte am Dienstagabend zu jenen Länderchefs, die beim Treffen im Kanzleramt in Berlin deutliche Kritik an der Haltung des Bundes äußerten - und damit natürlich auch de Maizière meinten.

jok/dpa

**Load-Date:** September 20, 2015

---

End of Document

[Industrielobby will Mindestlohn für Flüchtlinge aussetzen;  
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/dihk-will-fluechtlinge-beim-mindestlohn-wie-langzeitarbeitslose-behandeln-a-1064251.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/dihk-will-fluechtlinge-beim-mindestlohn-wie-langzeitarbeitslose-behandeln-a-1064251.html)

SPIEGEL ONLINE

24. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 263 words

**Byline:** ssu/dpa

**Highlight:** Nach dem Arbeitgeberverband fordert nun auch der DIHK, den Mindestlohn bei Flüchtlingen auszusetzen - und Migranten wie Langzeitarbeitslose zu behandeln.

## Body

---

Angesichts des Zuzugs vieler Flüchtlinge plädiert der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) für eine Aussetzung des Mindestlohns. Flüchtlinge müssten behandelt werden wie Langzeitarbeitslose, bei denen der Mindestlohn für eine gewisse Zeit nicht gelte, sagte Eric Schweitzer am Dienstag im ZDF-"Morgenmagazin".

Asylbewerber sollten für sechs Monate Praktika machen können, wobei der Mindestlohn dann ausgesetzt werden solle. Eine generelle Ausnahme für Geflüchtete vom Mindestlohn hält der DIHK-Präsident aber für falsch. "Dann würden sie auch das Gefühl bei den deutschen Arbeitnehmern bekommen, hier soll gegeneinander ausgespielt werden."

Ähnlich hatte sich am Sonntag der Hauptgeschäftsführers des Arbeitgeberverbands BDA, Reinhard Göhner, geäußert. Um junge Flüchtlinge ausbildungsfähig zu machen, seien zwölfmonatige Praktika in den Unternehmen nötig, sagte er dem "Tagesspiegel". In dieser Zeit sollte es den Firmen erlaubt werden, einen Stundenlohn unterhalb der gesetzlichen 8,50 Euro zu zahlen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wies Forderungen nach einer Ausweitung von Mindestlohnausnahmen zurück. "Wir warnen davor, Einstiegsqualifizierungen und Praktika als Einfallstor zur Aushebelung des Mindestlohns zu nutzen", sagte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell.

Dauern freiwillige Praktika länger als drei Monate, sei der Mindestlohn vom ersten Tag an fällig. Dabei solle es bleiben. "Schlimm genug, dass es noch Ausnahmen gibt für Langzeitarbeitslose, Minderjährige, Zeitungszusteller sowie bestimmte Praktikanten."

ssu/dpa



Industrielobby will Mindestlohn für Flüchtlinge aussetzen <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/dhk-will-fluechtlinge-beim-mindestlohn-wie-langzeitarbeitsl....>

**Load-Date:** November 24, 2015

---

End of Document

**[Sachsen-Anhalt will maximal 12.000 Flüchtlinge aufnehmen;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-haseloff-will-obergrenze-fuer-bundeslaender-a-1064227.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-haseloff-will-obergrenze-fuer-bundeslaender-a-1064227.html)**

SPIEGEL ONLINE

24. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 828 words

**Byline:** anr/dpa/AFP

**Highlight:** Kanzlerin Merkel will keine Obergrenze für **Flüchtlinge** - nun versucht es CDU-Ministerpräsident Haseloff über einen Umweg: Die Bundesländer sollten Limits festlegen. "Wenn wir die Integration nicht hinbekommen, geben wir Raum für Terrorzellen."

## Body

---

Im Streit über eine Begrenzung der **Flüchtlingszahlen** gibt es einen neuen Vorstoß aus den Reihen der Bundesländer. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) verlangte im "Handelsblatt", die einzelnen Länder sollten Obergrenzen für die Aufnahme von **Flüchtlingen** festlegen. Für sein Land liege die Grenze bei 12.000 Menschen pro Jahr.

Auch die anderen Bundesländer sollten Zahlen nennen, die dann den Bundeswert ergäben. "Wir müssen in den Kommunen und in den Ländern abfragen, wer wie viele Menschen dauerhaft aufnehmen und erfolgreich integrieren kann. Dann wissen wir, wie viele **Flüchtlinge** wir vernünftig und menschenwürdig aufnehmen können", sagte Haseloff. Diese Zahl müsse dann auch aktiv in die **Fluchtländer** kommuniziert werden und notfalls müsse man sagen: "Mehr geht nicht", so der CDU-Politiker.

Was diese Ansage allerdings an der Situation der Flüchtlinge, die vor Krieg und Gewalt fliehen, ändern soll, erläuterte Haseloff nicht.

Er verlangte, der CDU-Bundesparteitag im Dezember solle einen Beschluss zu Flüchtlingsobergrenzen fassen. "Wir müssen sagen, wie unser Plan aussieht, um der Migration Herr zu werden und die Steuerungsfähigkeit zurückzugewinnen". Nötig sei "eine Obergrenze, die unsere Leistungsfähigkeit berücksichtigt".

Die deutsche Obergrenze solle Deutschland dann in Europa vertreten. "Dann sollten sich die EU-Staaten nach einem Schlüssel ebenfalls verpflichten, eine bestimmte Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen und zu integrieren", sagte Haseloff weiter. "Wenn wir die Integration nicht hinbekommen und den Menschen keine Perspektive bieten, dann geben wir Raum für Terrorzellen wie in Frankreich oder Belgien."

SPD-Chef Gabriel: "Kontrolle wiedergewinnen"

Sachsen-Anhalt will maximal 12.000 Flüchtlinge aufnehmen

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-haseloff-will-obergrenze-fuer-bundeslaender-a-10...>

Die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel lehnt eine nationale Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen ab. Sie setzt sich für eine europäische Kontingentlösung ein.

Auch der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel sagte, Deutschland müsse "viel mehr tun, um staatliche Steuerung und Kontrolle der Flüchtlingsbewegung wiederzugewinnen". Das erwarte jeder Bürger von seinem Staat und seiner Regierung. Letztlich sei auch eine Entlastung Deutschlands absolut erforderlich, sagte Gabriel der "Süddeutschen Zeitung". Er plädierte dafür, dass Deutschland auch in Zukunft Kontingente syrischer Flüchtlinge aufnimmt, "wie es das bei anderen Bürgerkriegskonflikten getan hat".

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), warnte davor, "überzogene Erwartungen" an Flüchtlingskontingente zu wecken. So richtig diese seien, ein "signifikanter Rückgang" der Flüchtlingszahlen werde dadurch wohl nicht erreicht, sagte Özoguz der "Neuen Osnabrücker Zeitung". Deutschland sei nach der Genfer Flüchtlingskonvention und den EU-Richtlinien auch weiterhin verpflichtet, ein individuelles Recht auf ein faires Asylverfahren zu garantieren. "Nur eine gemeinsame europäische Antwort auf die hohen Flüchtlingszahlen wird deshalb in Deutschland zu einer merklichen Entlastung führen."

CDU-Mann Fuchs: Notfalls EU-Gelder reduzieren

Dagegen vertrat der CDU-Innenpolitiker Ansgar Heveling die Ansicht, die Union werde einer Kontingentlösung nur dann zustimmen können, wenn gleichzeitig der ungeordnete Zuzug über den Weg des Asylrechts gestoppt werde. Kontingente seien eine gute Möglichkeit, den Flüchtlingszuzug nach Europa zu steuern und zu begrenzen, sagte der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses der "Rheinischen Post". "Kontingente sind aber nur denkbar statt des jetzigen ungeordneten Zuzugs und natürlich nicht zusätzlich."

Unionsfraktionsvize Michael Fuchs plädierte dafür, dass Deutschland seine EU-Zahlungen reduziert, wenn sich die anderen EU-Länder in der Flüchtlingsfrage nicht solidarischer zeigen. "Deutschland kann nicht im bisherigen Maß der größte EU-Nettozahler bleiben, wenn die übrigen EU-Staaten nicht bereit sind, einer Kontingentlösung für ganz Europa zuzustimmen und spürbar mehr Flüchtlinge aufzunehmen", sagte der CDU-Politiker der "Rheinischen Post".

Deutschland und Schweden sind innerhalb der EU die Hauptzielländer für Hunderttausende Flüchtlinge, die sich seit Monaten aus den Krisenregionen in Richtung EU auf den Weg machen.

Trotz Kälte und Schnee kommen immer mehr Flüchtlinge in Deutschland an. Für den November spricht die Bundespolizei schon jetzt von rund 180.000 Einreisenden. Die Zahlen der Bundespolizei beruhen auf Kontrollen im Grenzgebiet, durch sie werden jedoch längst nicht alle Migranten erfasst. Der bisherige Monatsrekord wurde im Oktober mit 181.000 registrierten neuen Flüchtlingen erreicht.

Zusammengefasst: Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff fordert, dass die Bundesländer feste Obergrenzen für Flüchtlinge festlegen - und stellt sich damit gegen Kanzlerin Angela Merkel. In der Regierungskoalition wird über Wege debattiert, wie die Flüchtlingszahlen reduziert werden können. Viele Politiker drängen auf Kontingente - und erhöhen den Druck auf andere EU-Länder.

anr/dpa/AFP

**Load-Date:** November 24, 2015

[Kein Abschiebestopp im Winter ;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-kein-abschiebestopp-  
im-winter-a-1058898.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-kein-abschiebestopp-im-winter-a-1058898.html)

SPIEGEL ONLINE

21. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 352 words

**Byline:** brk/dpa

**Highlight:** Einen generellen Abschiebestopp aus Deutschland im Winter soll es nicht geben. Als letztes Land verzichtet auch Thüringen darauf.

## Body

---

Als "einen humanitären Akt" hatte die rot-rot-grüne Regierung in Thüringen im vergangenen Winter einen befristeten Abschiebestopp verhängt. Damit war sie dem Beispiel Schleswig-Holstein gefolgt. Abgelehnte Asylbewerber sollten so davor geschützt werden, bei der Rückkehr in ihre Herkunftsländer Kälte und Schnee ausgesetzt zu sein.

Einen solchen generellen Abschiebestopp wird es in diesem Winter aller Voraussicht nach nicht geben. Nach Schleswig-Holstein verzichte nun auch Thüringen als letztes Bundesland angesichts der vielen Flüchtlinge auf einen pauschalen Abschiebestopp, bestätigte die Staatskanzlei in Erfurt. In den übrigen Ländern hatte es derartige Erlasse zuletzt ohnehin nicht gegeben.

Die Landesregierung in Erfurt setzt jedoch weiter auf eine humanitäre Einzelfallprüfung, sagte Linke-Ministerpräsident Bodo Ramelow der "Thüringer Allgemeinen". Thüringen und Schleswig-Holstein waren im vergangenen Jahr die beiden einzigen Bundesländer, die den befristeten Abschiebestopp für Flüchtlinge aus bestimmten Ländern erlassen hatten.

Zahl der Rückführungen steigen

Ramelow rechnet laut dem Zeitungsbericht damit, dass das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration schon in den kommenden Wochen "eine vierstellige Zahl" von Anträgen Thüringer Asylbewerber ablehnen werde. Dementsprechend werde die Zahl der Rückführungen steigen. "Den Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, muss dies auch klar gemacht werden", sagte der Linke-Politiker.

Die Situation in den inzwischen zehn Erstaufnahmestellen des Landes ist nach Angaben der Staatskanzlei nach wie vor angespannt. Dort seien derzeit knapp 4500 Flüchtlinge untergebracht. Seit Januar wurden in Thüringen mehr als 16.900 Flüchtlinge registriert; allein im Oktober waren es bislang 2761.

Kein Abschiebestopp im Winter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-kein-abschiebestopp-im-winter-a-1058898.html>

Der Koalitionspartner SPD begrüßte die Kurskorrektur von Ramelow. "Es ist wichtig, dass nun endlich auch durch den Ministerpräsidenten das Signal gesetzt wurde, dass wir bei allen Ausreisepflichtigen, deren Ausreise nicht freiwillig erfolgte, zu einer konsequenten Abschiebepolitik übergehen", sagte der SPD-Landesvorsitzende Andreas Bausewein.

brk/dpa

**Load-Date:** October 21, 2015

---

End of Document

## Flüchtling stirbt bei Schlägerei im "Dschungel" von Calais

SPIEGEL ONLINE

26. Juli 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 252 words

**Byline:** Vanessa Steinmetz

**Highlight:** Im "Dschungel" von Calais sammeln sich Migranten, die illegal nach Großbritannien gelangen wollen. Die Zustände dort werden seit Jahren kritisiert. Bei einer Schlägerei in dem Camp ist nun ein Mann gestorben.

### Body

---

Im Flüchtlingscamp im französischen Calais kommt es immer wieder zu Gewalt - nun ist ein 37-jähriger Äthiopier bei einer Schlägerei ums Leben gekommen. Todesursache war vermutlich ein Messerstich in den Brustkorb des Mannes, wie die Präfektur des nordfranzösischen Verwaltungsbezirks Pas-de-Calais mitteilte.

Bei zwei Schlägereien in der Nacht zum Dienstag seien Afghanen und Afrikaner aneinander geraten. Sechs weitere Migranten wurden dabei verletzt. Eine Untersuchung soll die Hintergründe klären.

Nach Angaben der Regionalzeitung "La Voix du Nord" wurden in der Nacht zum Dienstag zudem brennende Hindernisse auf dem Hafenzubringer errichtet. Migranten versuchen dort immer wieder, den Verkehr zu stoppen, um auf Lastwagen nach Großbritannien zu klettern.

In der Stadt am Ärmelkanal sammeln sich seit Jahren Migranten, die illegal auf die britische Insel gelangen wollen. In der als "Dschungel von Calais" bekannten Hüttensiedlung in der Nähe des Hafens leben mehrere Tausend Menschen. Zudem gibt es dort seit einigen Monaten auch ein vom Staat finanziertes Containerlager. An den Zuständen in dem Lager wird immer wieder Kritik laut.

Ende Mai waren bei einer Massenschlägerei unter Migranten mindestens 20 Menschen verletzt worden. Es habe eine Schussverletzung gegeben und mehrere Beteiligte seien durch Messer verletzt worden, teilte die französische Polizei damals mit. An den Auseinandersetzungen waren rund 200 afghanische und sudanesishe Flüchtlinge beteiligt.

vks/dpa/AFP

**Load-Date:** July 26, 2016

**CSU-Minister wettert gegen Taschengeld für Asylbewerber;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-vom-balkan-joachim-herrmann-nennt-taschengeld-zumutung-a-1048406.html>**

SPIEGEL ONLINE

17. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 812 words

**Byline:** heb

**Highlight:** In der **Flüchtlingsdebatte** wird der Ton rauer. Bayerns Innenminister Herrmann nennt das Taschengeld für **Flüchtlinge** vom Balkan eine "Zumutung" für die Steuerzahler. In der Bundesregierung gibt es bereits Überlegungen für eine Kürzung.

## Body

---

In wenigen Wochen eröffnet Bayern sein Express-Abschiebezentrum: Der Freistaat will Balkan-**Flüchtlinge** zentral sammeln, um sie schneller abschieben zu können. Doch dabei soll es nach dem Willen von Innenminister Joachim Herrmann (CSU) nicht bleiben: Er will das Taschengeld für **Flüchtlinge** vom Balkan kürzen. Derzeit bekommen **Asylbewerber** 143 Euro Taschengeld im Monat zusätzlich zu ihrer Verpflegung und Unterkunft.

"Diese Zahlungen sind ein Anreiz für viele Menschen vom Balkan, nach Deutschland zu kommen und das Geld mit nach Hause zu nehmen", sagte Herrmann der "Welt". "Deshalb sollte vor allem für **Asylbewerber** vom Balkan das Taschengeld von vornherein massiv zusammengestrichen werden."

Die Chancen für Flüchtlinge vom Westbalkan, etwa aus dem Kosovo und Albanien, Asyl in Deutschland zu erhalten, sind gering. Nach dem deutschen Recht wird Flüchtlingen Asyl gewährt, wenn sie in ihren Heimatstaaten politisch verfolgt werden. Wirtschaftliche Gründe spielen keine Rolle.

In der vergangenen Woche hatte bereits Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) eine Überprüfung der Leistungen für Asylbewerber gefordert. Viele seiner europäischen Kollegen seien der Ansicht, dass die Standards in Deutschland sehr hoch seien, hatte er im ZDF gesagt. "Das heißt, wir brauchen eine Debatte über europäische Standards der Menschenwürde und der Leistungen."

De Maizière wies darauf hin, dass die Zahlungen nach dem deutschen Asylbewerberleistungsgesetz genauso hoch seien wie das Monatseinkommen eines Polizisten im Kosovo und in Albanien. Die unterschiedlichen Lebensstandards erwähnte er bei diesem Vergleich allerdings nicht.

Herrmann verschärft die Rhetorik nun: "Die Zuwendungen für diese Gruppe ( Asylbewerber vom Balkan - d. Red. ) sind eine Zumutung für die deutschen Steuerzahler", sagte er der "Welt". Und weiter betonte der CSU-Politiker: "Wir müssen uns fragen, ob sich der deutsche Sozialstaat die jetzige Großzügigkeit noch leisten kann."

## CSU-Minister wettet gegen Taschengeld für Asylbewerber

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-vom-balkan-joachim-herrmann-nennt-taschengeld-zum....>

Sachleistungen sollten Vorrang vor Geldleistungen haben. "Echte Flüchtlinge wollen auch nur in Sicherheit leben, eine Unterkunft haben, täglich gepflegt werden und etwas zum Anziehen haben."

CSU-Chef und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hatte in der Vergangenheit immer wieder den Spruch "Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt" bemüht. Eine Parole, welche die rechtsextreme NPD und die rechtskonservative AfD in ähnlicher Formulierung immer wieder benutzen. Die Christsozialen geben sich in der Asylpolitik als Hardliner - gemäß dem Spruch von Franz Josef Strauß, rechts von der CSU dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben.

Vorsichtiger äußerte sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Er hat die Überlegungen zur Einschränkung von Bargeldleistungen zwar als grundsätzlich richtig bezeichnet, aber vor übertriebenen Erwartungen gewarnt. "Ein kleiner Baustein ist es schon", sagte der DStGB-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg am Montag im ZDF-"Morgenmagazin". Eine solche Maßnahme allein werde aber nicht zu einem starken Rückgang des Zustroms von Flüchtlingen aus den Ländern des Westbalkans führen.

Leistungen für Asylbewerber können in Deutschland nicht beliebig reduziert werden: Das Bundesverfassungsgericht hatte entschieden, dass Hartz IV eine Frage der Menschenwürde sei - das gelte auch für Asylbewerber.

Im Herbst hatte die Bundesregierung Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Dies sind Länder, von denen die Behörden annehmen, dass den Menschen dort politisch keine Gefahr droht (lesen Sie hier mehr zu dem Thema ). Flüchtlinge aus diesen Staaten können leichter abgeschoben werden. Die Opposition kritisiert jedoch, dass zum Beispiel Roma im Kosovo massiv diskriminiert werden.

#### "Rücksichtsloses Verhalten"

Der bayerische Innenminister attackierte in der "Welt" zudem die Regierungen in Italien und Griechenland. "Der Skandal ist doch, dass sowohl Italien als auch Griechenland krass gegen das Schengen-Abkommen und gegen die Dublin-Verordnung verstoßen, nach der ein Flüchtling in dem Staat ein Asylverfahren erhält, in dem er den EU-Raum erstmals betreten hat." Herrmann legte nach: "Dieses rücksichtslose Verhalten geht vor allem zulasten der deutschen Steuerzahler."

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte es im ZDF-Interview moderater ausgedrückt: Sie forderte eine einheitliche Linie in der europäischen Asylpolitik. Nötig seien gemeinsame Einschätzungen und einheitliche Asylstandards.

De Maizièrè will am kommenden Donnerstag eine neue Prognose für die Asylbewerberzahlen vorstellen. Bisher hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von 450.000 für das Jahr 2015 gesprochen. Die Zahl werde erheblich höher sein, sagte der Bundesinnenminister vergangene Woche. Sein bayerischer Kollege Herrmann erklärte sogar: "Wir steuern auf 600.000 und mehr zu."

heb

**Load-Date:** August 17, 2015



<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-verhaengt-krisenzustand-in-fluechtlingskrise-a-1081432.html>

SPIEGEL ONLINE

09. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 488 words

**Byline:** heb/cht/Reuters/dpa/AP

**Highlight:** 13:33:00 Die Balkanroute ist geschlossen. Jetzt reagiert die ungarische Regierung und schickt mehr Soldaten und Polizisten an die Grenze. Notfalls will sie binnen zehn Tagen einen Zaun im Südosten bauen.

## Body

---

Seit Mitternacht haben die Länder an der Balkanroute, Slowenien, Kroatien, Serbien und Mazedonien, ihre Grenzen für **Flüchtlinge** geschlossen. Einlass gewähren die Staaten nur noch streng nach den Schengen-Regeln: Einreisende müssen einen gültigen Pass und Visum vorzeigen.

Ungarn reagierte am Mittwoch. Innenminister Sandor Pinter erklärte auf einer Pressekonferenz in Budapest, seine Regierung habe den Krisenzustand über das gesamte Land verhängt. "Wir erklären wegen der Migration den Krisenzustand für das gesamte Land."

Das sei eine nötige Voraussetzung, um zusätzliche 1500 Soldaten zu mobilisieren. "Ungarn wird seinen Grenzschutz verstärken", kündigte Pinter an. Polizei und Militär sollen an der Grenze verstärkt werden - laut Pinter eine Vorsichtsmaßnahme. Die Reaktion der Flüchtlinge, die sich nun in den direkten Nachbarländern Ungarns aufhalten, sei nach den Grenzschießungen nicht absehbar, sagte der Innenminister.

Zwar rechne seine Regierung zurzeit nicht mit Vorfällen an der Grenze zu Rumänien, sagte Pinter. Dennoch werde sie auch Vorbereitungen treffen, um an der Grenze zu Rumänien, das im Südosten Ungarns liegt, notfalls rasch einen Zaun errichten zu können. Ein solcher Schritt solle innerhalb von zehn Tagen möglich sein, betonte der Innenminister.

Ungarn hatte im Zuge der Flüchtlingskrise bereits vor einigen Monaten an der Grenze zu Serbien und Kroatien einen Zaun errichtet.

Mazedonien schloss nach Kroatien, Serbien und Slowenien am Mittwoch seine Grenze für Flüchtlinge - das letzte Tor zur Balkanroute. In Zukunft dürften auch hier noch Menschen mit gültigen Reisepässen und Visa einreisen, hieß es in Medienberichten. Damit ist die Balkanroute, über die im vergangenen Jahr mehr als eine Million Menschen nach Österreich und vor allem nach Deutschland gekommen waren, faktisch dicht.

Ungarn verhängt Krisenzustand <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-verhaengt-krisenzustand-in-fluechtlingskrise-a-1081432.html>

EU-Ratspräsident Donald Tusk begrüßte in zwei Twitter-Nachrichten die Schließung der Balkanroute für Flüchtlinge und erklärte, sie beruhe auf einer gemeinsamen Entscheidung aller EU-Länder.

"Bei den irregulären Migrationsströmen entlang der Westbalkanroute ist das Ende erreicht", hieß es auf dem offiziellen Twitter-Account des EU-Ratschefs. Die Maßnahmen seien nicht einseitig, sondern von allen 28 EU-Ländern beschlossen worden.

Knapp 36.000 Migranten harren in Griechenland

Nach der faktischen Schließung der Balkanroute ist die Zahl der Migranten in Griechenland auf fast 36.000 gestiegen. Das teilte der griechische Krisenstab am Mittwoch in Athen mit. Die Zahl ändere sich von Stunde zu Stunde, da immer mehr Menschen aus der Türkei ankämen.

Die meisten Flüchtlinge warten im Aufnahmelager von Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze auf ihre Weiterreise. Nach Angaben des Krisenstabes harren dort am Mittwoch rund 8550 Migranten aus. Humanitäre Organisationen schätzten die Zahl dagegen auf bis zu 14.000 Menschen.

Video: Balkanroute geschlossen

[heb/cht/Reuters/dpa/AP](#)

**Load-Date:** March 9, 2016

**Gabriel verlangt "Anstand der Zuständigen";**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-gabriel-will-kommunen-entlasten-a-1037166.html>**

SPIEGEL ONLINE

04. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 410 words

**Byline:** mxw/anr/dpa/AFP

**Highlight:** Sigmar Gabriel hat das Verantwortungs-Geschacher um **Flüchtlinge** scharf kritisiert - der Bund müsse die Kommunen entlasten. "Deutschland ist gefordert, aber nicht überfordert", sagte der SPD-Chef - und forderte Visa für syrische **Flüchtlinge**.

## Body

---

SPD-Chef Sigmar Gabriel hat im Ringen um eine bessere **Flüchtlingshilfe** eine rasche Lösung verlangt. Weltweit seien 51 Millionen Menschen auf der Flucht, da dürfe es kein parteipolitisches Schwarze-Peter-Spiel zwischen SPD und CDU, Bund, Ländern und Kommunen geben.

"Den Aufstand der Anständigen zu fordern nützt nur dann was, wenn der Anstand der Zuständigen sichtbar wird", sagte Gabriel bei einer SPD-Flüchtlingskonferenz in Berlin. Beim Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern am 18. Juni müsse es eine Einigung darüber geben, dass die Kommunen bei den Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen vom Bund entlastet werden.

Gabriel machte sich erneut für feste Aufnahmequoten in der EU stark. Es könne nicht sein, dass einige EU-Staaten sich komplett verweigerten. Syrischen Bürgerkriegsflüchtlingsen, deren Anträge auf Asyl zu fast 100 Prozent anerkannt würden, sollte mit Visa eine legale Einreise mit der Fähre nach Europa ermöglicht werden. "Warum können syrische Flüchtlingsfamilien nicht mit der Fähre nach Europa kommen?" so Gabriel. Ebenso müsse klar sein, dass Menschen aus den Westbalkan-Staaten, die nicht politisch verfolgt würden, "nicht hierbleiben können".

Die Bundesregierung rechnet unter anderem wegen des Kriegs in Syrien für dieses Jahr mit mindestens 400.000 Asylsuchenden. Dazu sagte Gabriel: "Deutschland ist gefordert, aber nicht überfordert."

Maltas Regierungschef Joseph Muscat forderte eine stärkere europäische Solidarität ein. "Unser Mittelmeer ist zu einem Friedhof geworden für jene, die ihren Familien ein besseres Leben bieten wollten." Europa sei sehr schnell gewesen, Banken zu retten - aber blind, Flüchtlinge zu retten.

Bei ihrem Einsatz im Mittelmeer hatte die Bundeswehr in den zurückliegenden Wochen in sechs Einsätzen mehr als 2000 Flüchtlinge aus Seenot gerettet. Erst am Dienstag nahm die "Berlin" gut 90 Kilometer nordöstlich der libyschen Hauptstadt Tripolis 249 Menschen aus zwei Schlauchbooten an Bord. Am Freitag hatten die deutsche

Gabriel verlangt "Anstand der Zuständigen" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-gabriel-will-kommunen-entlasten-a-1037166.html>

Fregatte "Hessen" sowie Einsatzkräfte aus Italien und anderen Ländern mehr als 4200 Flüchtlinge aus Seenot gerettet.

Seit dem Jahresbeginn erreichten etwa 40.000 Flüchtlinge aus Nordafrika über das Mittelmeer die Europäische Union, die meisten von ihnen strandeten in Italien oder Griechenland. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration kamen bis Mitte Mai fast 1800 Menschen auf der gefährlichen Überfahrt ums Leben.

mxw/anr/dpa/AFP

**Load-Date:** June 15, 2015

---

End of Document

**Mehr Einreisen, mehr Anträge, mehr Abschiebungen;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingszahlen-im-september-sechs-grafiken-zu-asylantraegen-und-herkunftslaendern-a-1056918.html>**

SPIEGEL ONLINE

09. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 876 words

**Byline:** Annett Meiritz

**Highlight:** Trotz verschärfter Grenzkontrollen kommen weiter Tausende **Flüchtlinge** nach Westeuropa und vor allem nach Deutschland. Im September waren es besonders viele - der Überblick in Grafiken.

## Body

---

Jetzt im Herbst werden die **Flüchtlingsrouten** nach Nordeuropa immer beschwerlicher. Wie viele Menschen kamen zuletzt nach Deutschland? In der **Flüchtlingskrise** kursieren immer neue Zahlen - welche stimmen?

Der Monat September weist einen besonders hohen Anstieg bei den **Flüchtlingszahlen** aus, das hatte sich schon eine Weile abgezeichnet. Diese Woche veröffentlichte das Innenministerium nun detaillierte Daten .

Demnach kamen von Januar bis September insgesamt rund 577.000 **Flüchtlinge** in die Bundesrepublik, davon stammen die meisten Menschen, rund 198.000, aus Syrien. Allein im September wurden bundesweit rund 164.000 neue Schutzsuchende registriert, mehr als in allen anderen Monaten zuvor.

Bei den Asylanträgen - die man von der reinen Flüchtlingszahl unterscheiden muss - gab es ebenfalls eine steigende Tendenz. So wurden im Verlauf des Monats September rund 43.000 Asylanträge gestellt. Im Vergleich zum September vor einem Jahr ist das eine Steigerung von 126 Prozent.

Die Zahl der Asylanträge liegt deutlich unter jener der neu angekommenen Flüchtlinge insgesamt, da in der Regel einige Zeit vergeht, ehe ein Flüchtling nach seiner Ankunft einen Antrag einreicht.

Viele unbearbeitete Akten

Fest steht aber, dass im September rund 23.000 Asylanträge bearbeitet wurden, 38 Prozent der Antragsteller wurden als Flüchtlinge anerkannt. Die Zahl der Asylanträge, die noch nicht bearbeitet wurden, stieg bis Ende September auf mehr als 300.000 .

Erst vor rund sieben Wochen hatte die Bundesregierung die Prognose gestellt, dass in diesem Jahr mit 800.000 Flüchtlingen und Asylbewerbern zu rechnen sei. Diese Voraussage scheint von der Wirklichkeit eingeholt, jeden Monat steigen die Zuwächse.

## Mehr Einreisen, mehr Anträge, mehr Abschiebungen

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingszahlen-im-september-sechs-grafiken-zu-asylantraegen-und-h....>

Allerdings muss man mit aktuellen Zahlen und Prognosen vorsichtig sein - nicht jeder Flüchtling bekommt automatisch ein Recht auf Asyl, und in einigen Herkunftsländern geht die Zahl derer, die sich auf den Weg nach Deutschland machen, bereits wieder zurück.

Verteilt auf das gesamte Jahr ist der aktuelle Stand folgender: Einen Asylantrag stellten in den ersten neun Monaten 2015 insgesamt 303.443 Menschen.

Wegen möglicher Fehl- und Doppelerfassung von Flüchtlingen sind die Zahlen womöglich nicht exakt. Der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frank-Jürgen Weise, und mehrere Länder haben bereits darauf verwiesen, dass sich Tausende unregistrierte Personen in Deutschland aufhalten. Einige Bundesländer gehen für September daher von mehr als 200.000 Einreisenden aus.

### Deutlich weniger Menschen aus Albanien

Eine interessante Entwicklung gibt es bei der Zusammensetzung der Herkunftsländer. Die größte Gruppe der Schutzsuchenden kam aus dem Bürgerkriegsland Syrien: Im abgelaufenen Monat registrierten die Behörden rund 85.500 Zugänge aus Syrien, das sind deutlich mehr als in den Vormonaten. Im laufenden Jahr liegt die Zahl der aus Syrien eingereisten und registrierten Personen nun bei insgesamt 198.000.

Zugleich stellten im September deutlich mehr Menschen aus Syrien einen Antrag auf Asyl als in den vergangenen Monaten:

Aus Albanien wurden in den ersten drei Quartalen 66.000 Zugänge registriert, auf Afghanistan knapp 52.000 und aus dem Irak rund 47.000. Die Zahl der Zuzüge aus Albanien nahm zuletzt allerdings deutlich ab.

Nachdem Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien im November 2014 zu sicheren Drittstaaten erklärt wurden, sollen jetzt auch Albanien, Montenegro und das Kosovo in diesen Kreis aufgenommen werden. Diese Entscheidung zeigt anscheinend allmählich Wirkung: Im September machten die Asylanträge aus diesen Ländern nur noch ein Viertel aus.

Und so verteilen sich die Herkunftsländer der Flüchtlinge auf das laufende Jahr:

In den vergangenen Wochen wurden die Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber noch einmal drastisch verstärkt. Seit Ende Juli wurden in 20 Charterflügen 1900 Menschen wieder zurück nach Albanien gebracht, berichten die Behörden vor Ort. Nur 700 von ihnen hätten ihrer Abschiebung auch zugestimmt. Bis Jahresende sind weitere 39 Flüge mit jeweils zwischen 100 und 160 abgelehnten Asylbewerbern angekündigt.

So verteilen sich die Asylanträge derzeit auf die einzelnen Bundesländer:

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte angekündigt, die Flüchtlingspolitik stärker selbst in die Hand nehmen. Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) soll die Flüchtlingspolitik in ihrem Haus politisch koordinieren.

Merkel sagte im Interview mit ARD-Moderatorin Anne Will, dass sie sich nicht an Prognosen beteiligen werde, wie viele Flüchtlinge Deutschland in Zukunft zu erwarten habe - sondern dass es nun vor allem darum ginge, einen geordneten Prozess im Flüchtlingskrisenmanagement möglich zu machen.

Zusammengefasst: Im September kamen bundesweit rund 164.000 neue Flüchtlinge nach Deutschland, nicht eingerechnet ist die Dunkelziffer unregistrierter Flüchtlinge. Insgesamt kamen von Januar bis September 2015 rund 577.000 Flüchtlinge in die Bundesrepublik. Die Tendenz ist weiter steigend, auch bei der Zahl der Asylanträge. In einigen Herkunftsländern, etwa Albanien, geht die Zahl derer, die sich auf den Weg nach Deutschland machen, aber bereits wieder zurück.

Mit Material von Reuters, dpa, AFP

Mehr Einreisen, mehr Anträge, mehr Abschiebungen  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingszahlen-im-september-sechs-grafiken-zu-asylantraegen-und-h....>

**Load-Date:** October 9, 2015

---

End of Document

**[Amnesty wirft Europa Gefährdung von Flüchtlingen vor;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-amnesty-international-  
wirft-eu-gefaehrung-vor-a-1063158.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-amnesty-international-wirft-eu-gefaehrung-vor-a-1063158.html)**

SPIEGEL ONLINE

17. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 252 words

**Byline:** ler/dpa

**Highlight:** Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisiert die europäische **Flüchtlingspolitik**. Die derzeitige Krise sei eine gewaltige Herausforderung - aber Zäune und Abschottung seien keine Lösung.

## Body

---

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hat die **Flüchtlingspolitik** der EU-Länder scharf kritisiert. Mit ihrer "Politik der Zäune" und der Abschottung gefährde die EU das Leben von **Flüchtlingen**. Die Strategie der "Festung Europas" führe zu Verletzungen der Menschenrechte, trage aber nicht dazu bei, den **Flüchtlingszustrom** zu bremsen, heißt es einem Amnesty-Bericht.

"Die weltweite Flüchtlingskrise stellt eine gewaltige Herausforderung für die EU dar, aber ist bei weitem keine existenzielle Gefahr", meint Amnesty. Europa solle legale und sichere Routen öffnen und Familienzusammenführungen zulassen, fordert Amnesty am Dienstag.

Stattdessen habe Europa mehr als 235 Kilometer Zäune gebaut, was 175 Millionen Euro gekostet habe. Allein 175 Kilometer Zaun seien an der ungarisch-serbischen Grenze entstanden, weitere 30 Kilometer an der bulgarisch-türkischen Grenze.

"Statt die Menschen aufzuhalten, haben die Zäune den Flüchtlingsstrom lediglich auf andere Landrouten oder gefährlichere Meeresrouten umgelenkt", schreibt Amnesty. Allein bis zum 10. November seien dieses Jahr fast 3500 Menschen im Mittelmeer ums Leben gekommen.

Amnesty wirft der EU vor allem vor, es Ländern wie der Türkei und Marokko zu überlassen, Flüchtlinge nach Europa schon an deren Grenzen zurückzuweisen. "Die Türkei hat Migranten und Asylsuchende ohne Zugang zu Anwälten inhaftiert und Flüchtlinge zwangsweise nach Syrien und in den Irak zurückgewiesen." Dies sei eine klare Verletzung internationaler Rechte.

ler/dpa

**Load-Date:** November 17, 2015



Amnesty wirft Europa Gefährdung von Flüchtlingen vor <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-amnesty-international-wirft-eu-gefaehrdung-vor-a-1063158....>

---

End of Document

[Mehr als 1300 Flüchtlinge landen in der Ägäis an;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/mehr-als-1300-fluechtlinge-in-der-aegaeis-aufgegriffen-a-1037028.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/mehr-als-1300-fluechtlinge-in-der-aegaeis-aufgegriffen-a-1037028.html)

SPIEGEL ONLINE

03. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 449 words

**Byline:** kah/kry/dpa/AFP

**Highlight:** Die Lage ist dramatisch: Die Flüchtlingsunterkünfte auf den griechischen Inseln Kos, Samos oder Lesbos sind völlig überfüllt, die Behörden sind überfordert - und immer noch kommen Tausende Migranten an.

## Body

---

Die griechische Küstenwache hat in der Ägäis mehr als 1300 Flüchtlinge innerhalb der vergangenen zwei Tage aufgegriffen. Allein auf der Insel Lesbos kamen nach offiziellen Angaben mehr als 700 Menschen an. Die Lage sei Berichten der örtlichen Medien zufolge dramatisch - die Flüchtlinge können längst nicht mehr untergebracht werden.

Hunderte Migranten erreichten auch die Inseln Samos, Kos, Inousses und Chios, teilte die Küstenwache mit. Migrantenfamilien benutzten sogar Mülltonnen mit Rädern, um ihre Kinder von der Küste zu den nächsten Aufnahmestellen zu bringen, berichteten Medien der Insel Lesbos.

Behörden und humanitäre Organisationen seien mit der Lage inzwischen restlos überfordert, berichtete das Staatsfernsehen. Hunderte Menschen verbringen die Nacht auf den Inseln im Freien, weil alle Aufnahmelager restlos überfüllt seien.

Durch die Ägäis sowie durch das Mittelmeer führen Flüchtlingsrouten, über die Schleuserbanden Migranten nach Europa bringen. Beim EU-Flüchtlingsgipfel beschlossen die Mitgliedstaaten einen Rettungsplan.

Auch die Bundesregierung beteiligt sich an der Seenotrettung: Die Fregatte "Hessen" und das Versorgungsschiff "Berlin" sind bereits seit einem Monat im Mittelmeer im Einsatz. Nun soll ein weiteres Schiff der Bundesmarine die Flüchtlinge retten. Der Tender "Werra" lief am heutigen Mittwoch aus und soll in knapp zwei Wochen das Einsatzgebiet südlich von Italien erreichen.

An Bord der "Werra" sind neben 66 Soldaten der Stammbesatzung Ärzte, Sanitäter und ein Pfarrer. Zur Erstversorgung der Geretteten führt das Schiff zum Beispiel Sanitäts- und Hygienematerial, Planen, Windeln und Babynahrung mit. "Mein Auftrag ist es, Menschenleben zu retten", sagte Korvettenkapitän Stefan Klatt, der das Schiff kommandiert. Die rund hundert Meter lange "Werra" kann im Normalfall etwa hundert bis 150 Menschen zusätzlich aufnehmen, im Ernstfall möglicherweise auch mehr.

Mehr als 1300 Flüchtlinge landen in der Ägäis an <http://www.spiegel.de/politik/ausland/mehr-als-1300-fluechtlinge-in-der-aegaeis-aufgegriffen-a-1037028.html>

Bei ihrem Einsatz im Mittelmeer hatte die Bundeswehr in den zurückliegenden Wochen in sechs Einsätzen mehr als 2000 Flüchtlinge aus Seenot gerettet. Erst am Dienstag nahm die "Berlin" gut 90 Kilometer nordöstlich der libyschen Hauptstadt Tripolis 249 Menschen aus zwei Schlauchbooten an Bord. Am Freitag hatten die deutsche Fregatte "Hessen" sowie Einsatzkräfte aus Italien und anderen Ländern mehr als 4200 Flüchtlinge aus Seenot gerettet.

Seit dem Jahresbeginn erreichten etwa 40.000 Flüchtlinge aus Nordafrika über das Mittelmeer die Europäische Union, die meisten von ihnen strandeten in Italien oder Griechenland. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration kamen bis Mitte Mai fast 1800 Menschen auf der gefährlichen Überfahrt ums Leben.

kah/kry/dpa/AFP

**Load-Date:** June 15, 2015

---

End of Document

[Dutzende pöbeln vor Flüchtlingsheim - zweite Nacht in Folge;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bischofswerda-dutzende-poebeln-vor-fluechtlingsheim-in-sachsen-a-1053755.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bischofswerda-dutzende-poebeln-vor-fluechtlingsheim-in-sachsen-a-1053755.html)

SPIEGEL ONLINE

18. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 230 words

**Byline:** kbl/dpa

**Highlight:** Wieder rassistische Übergriffe, wieder in Sachsen: Als **Flüchtlinge** ihre Unterkunft in Bischofswerda beziehen wollten, mussten sie sich von Pöblern beschimpfen lassen. Die Polizei rückte an.

## Body

---

Vor einer Notunterkunft für **Flüchtlinge** im sächsischen Bischofswerda ist es den zweiten Abend in Folge zu ausländerfeindlichen Pöbeleien gekommen. Mehr als 50 Menschen versammelten sich vor dem früheren Bekleidungsbetrieb und skandierten fremdenfeindliche Parolen. Die Stimmung sei "durchaus aggressiv", sagte ein Polizeisprecher. Die Polizei sei vor Ort, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Bereits die Ankunft der ersten Flüchtlinge in der Nacht zu Freitag war von ausländerfeindlichen Pöbeleien von etwa 50 bis 70 Menschen begleitet worden. Die Migranten konnten letztlich nur mit Hilfe der Polizei einziehen.

Für Freitagabend meldete dann eine rechte Initiative kurzfristig einen Protestmarsch durch die benachbarten Straßen an. Zuvor hatte es Aufrufe in sozialen Netzwerken gegeben. Nach einem kurzen Marsch stoppten die Teilnehmer erneut vor dem Heim. Einige versperrten vorübergehend die Zufahrt zu dem Gelände, wie der Polizeisprecher sagte. Sie kamen aber der Aufforderung nach, den Bereich zu räumen.

Ein Bus mit weiteren Flüchtlingen wurde nach Angaben des Sprechers mit zahlreichen "verbalen Entgleisungen" empfangen. Die Parolen seien jedoch strafrechtlich nicht als Volksverhetzung zu werten. Es sei auch zu keiner Gewalt gekommen.

Der Hass auf Flüchtlinge nimmt in Sachsen zu. Rechtsextremisten heizen gezielt die Stimmung gegen Asylbewerber an.

kbl/dpa

**Load-Date:** September 19, 2015

Dutzende pöbeln vor Flüchtlingsheim - zweite Nacht in Folge  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bischofswerda-dutzende-poebeln-vor-fluechtlingsheim-in-sac....>

---

End of Document

[De Maizières härteste Bewährungsprobe;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-innenminister-de-maiziere-in-der-kritik-a-1053417.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-innenminister-de-maiziere-in-der-kritik-a-1053417.html)

SPIEGEL ONLINE

17. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 891 words

**Byline:** Severin Weiland

**Highlight:** In der **Flüchtlingskrise** zeigen sich die Defizite von Innenminister Thomas de Maizière: Oft wirkt er nicht wie ein zupackender Politiker, eher wie ein penibler Behördenleiter. Seine Führungsqualität steht infrage.

## Body

---

Thomas de Maizière ist nicht zu beneiden. Der Innenminister hat eine Herkulesaufgabe zu lösen: Er muss die **Flüchtlingsverteilung** in Europa organisieren - und einen Ton finden, mit dem er in der öffentlichen Debatte durchdringt. Am Mittwoch war er im TV-Talk bei Anne Will, am Donnerstag reiste er ins bayerisch-österreichische Grenzgebiet.

Erkennbar ist: Der Politiker sucht verstärkt die Öffentlichkeit.

Der 61-Jährige steht unter Druck. Seit Donnerstag muss er auch an der Spitze des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) für eine Neubesetzung sorgen, nachdem Behördenleiter Manfred Schmidt seinen Rücktritt bekannt gab. Aus "persönlichen Gründen", wie der Jurist mitteilen ließ.

Schmidt war in den vergangenen Tagen massiv für die schleppende Arbeit des Bamf kritisiert worden. Von mindestens 800.000 Flüchtlingen geht die Bundesregierung für 2015 aus - aber im ersten Halbjahr schaffte das Bamf nicht mehr als die Bearbeitung von 116.000 Asylanträgen. Heißt: Der Abgang könnte für de Maizière auch eine Chance sein, sich Luft zu verschaffen. Noch aber steht er im Feuer:

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt nennt Schmidts Abgang ein "klassisches Bauernopfer". Die politische Verantwortung für das Chaos im Amt liege im Bundesinnenministerium, de Maizière müsse "jetzt endlich seinen Job machen".

Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Stephan Weil moniert, die von de Maizière vor Monaten versprochenen zusätzlichen 2000 Mitarbeiter für das Bamf reichten "schon längst nicht mehr aus".

Es scheint, als rieben sich alle am Bundesinnenminister. Auch in der CSU ist das Murren über den Christdemokraten zu vernehmen - wenn auch bislang nur intern. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer gehörte

De Maizières härteste Bewährungsprobe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-innenminister-de-maiziere-in-der-kritik-a-1053417.html>

am Dienstagabend zu jenen Länderchefs, die beim Treffen im Kanzleramt in Berlin deutliche Kritik an der Haltung des Bundes äußerten - und damit natürlich auch de Maizière meinten.

Einst ein potenzieller Merkel-Nachfolger

Lange Zeit galt de Maizière als ein potenzieller Nachfolger der Kanzlerin, beide verbindet eine Vergangenheit aus anderen, turbulenten Tagen: Er kennt sie seit der Endphase in der DDR, als er im Frühjahr 1990 als Westjurist und sie als Pressesprecherin der ersten und letzten demokratischen Regierung der DDR arbeiteten.

Über den Innenminister heißt es, seine Vorzüge seien seine Loyalität, auch seine Unaufgeregtheit in einer an Aufgeregtheiten nicht armen Zeit.

In der jetzigen Lage aber zeigen sich seine Defizite: Oftmals wirkt er nicht wie ein zupackender Politiker, eher wie ein penibler Behördenleiter. Bereits in seiner Amtszeit als Verteidigungsminister war das zu erkennen, da musste er sich viel Kritik rund um das gescheiterte Drohnenprojekt "Euro Hawk" anhören.

Nun steht er einer Behörde vor, die weitaus stärker in Sicherheitskategorien denkt - Stichwort Terrorismusbekämpfung -, als dass sie im Umgang mit einer Flüchtlingskrise erfahren ist. Ein SPD-Bundestagsabgeordneter sagt es so: "Der Bundesinnenminister steht vor seiner größten Bewährungsprobe, in der sich entscheiden wird, ob er ein großer Bundesinnenminister ist." Angesichts des bisherigen Agierens fügt der Politiker hinzu: "Ich habe da so meine Zweifel."

Fairerweise muss man anmerken, dass manche, die ihren Ärger beim Innenminister abladen, ihre eigenen Versäumnisse zu kaschieren suchen.

Das Land Nordrhein-Westfalen, wo sich SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft als Kritikerin des Bundes hervortut, gibt nach Angaben der oppositionellen NRW-CDU nur 30 bis 50 Prozent der für Flüchtlinge vorgesehenen Bundeshilfen an die Kommunen weiter. Andere Länder wie Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland leiteten bislang fast hundert Prozent weiter.

Wie geht es weiter mit Thomas de Maizière? Von Rücktritt jedenfalls mag kaum jemand sprechen in Berlin. Sein Verhältnis zur Kanzlerin ist nach wie vor vertrauensvoll. Es gibt auch keinen Ersatz in einer personell ausgedünnten CDU.

Zudem muss sein Ministerium im Eilverfahren wichtige Gesetze ändern, ein Ministerwechsel würde das alles nur verzögern.

Am Donnerstag sickerte durch, dass de Maizière drastische Leistungskürzungen und strengere Regeln für Asylbewerber plant. So sollen dem Gesetzesentwurf zufolge Flüchtlinge, für deren Asylverfahren eigentlich ein anderer Mitgliedstaat zuständig ist, künftig keine Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mehr erhalten, sondern lediglich eine Reisebeihilfe in Form einer Fahrkarte sowie Reiseproviant. Auch wird über Arbeitsverbote für jene nachgedacht, die etwa ihre Pässe weggeworfen haben, um ihre Herkunft zu kaschieren. Und: Die Balkanstaaten Albanien, Kosovo und Montenegro sollen zu weiteren sicheren Herkunftsländern erklärt werden.

An der SPD-Basis regt sich bereits Widerstand gegen Kürzungen beim Asylbewerberleistungsgesetz - der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration, Aziz Bozkurt, wirft dem Innenminister "Verfassungsbruch" vor, fordert die SPD-Führungspolitiker auf, unmissverständlich deutlich zu machen, dass mit der SPD "solche Schikanen und Rechtsbrüche nicht machbar ist."

Es sind harte Worte. Dabei hat de Maizière oft genug gezeigt, dass er kein innenpolitischer Scharfmacher ist. Aber auch keiner, der sich Illusionen macht. Ein Satz von ihm während seines Auftritts bei Anne Will zeigte das: "Es ist nicht mit Beifall am Münchner Hauptbahnhof getan."

Mitarbeit: Anna Reimann

De Maizières härteste Bewährungsprobe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-innenminister-de-maiziere-in-der-kritik-a-1053417.html>

**Load-Date:** September 18, 2015

---

End of Document



**CDU und AfD fordern Grenzkontrollen;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-sachsen-cdu-und-afd-fordern-grenzkontrollen-a-1047740.html>**

SPIEGEL ONLINE

12. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 378 words

**Byline:** vek

**Highlight:** Die CDU in Sachsen will über das Schengen-Abkommen diskutieren und Grenzkontrollen wieder einführen. So sollen **Flüchtlinge** an der Einreise gehindert werden. Damit teilt die Regierungspartei eine Forderung der AfD.

## Body

---

Die sächsischen Christdemokraten wollen **Flüchtlinge** an der Einreise nach Deutschland hindern und drängen deshalb laut einem Bericht des MDR darauf, Grenzkontrollen wieder einzuführen - eine alte Forderung der Alternative für Deutschland (AfD).

Angesichts der aktuellen Entwicklung sei es "legitim", über eine Aussetzung des Schengen-Abkommens zu diskutieren, sagte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Christian Hartmann, MDR INFO. "In der jetzigen Situation sollten wir Kontrollstellen einrichten, sowohl im unmittelbaren Grenzumfeld als auch im Grenzeinzugsbereich." Dazu müsse Sachsen über den Bund Druck auf die Europäische Union machen. Es gehe aber nicht darum, den freien Reiseverkehr in den Schengen-Staaten einzuschränken, so Hartmann.

Auch die sächsische AfD bekräftigte ihre Forderung nach Kontrollen. Sebastian Wippel, der innenpolitische Sprecher in Dresden, erklärte, zunächst sollten provisorisch die alten Grenzposten wieder besetzt werden. Es sei aber auch zu überlegen, ob dauerhafte feste Kontrolleinrichtungen sinnvoll wären.

Kritik kommt aus der Opposition: Der innenpolitische Sprecher der sächsischen Grünen, Valentin Lippmann, nannte den Vorschlag einen Angriff auf die europäische Idee. Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen wollten, hätten einen Anspruch auf ein geordnetes Verfahren und "dafür müssen sie hier erst mal reingelassen werden", zitiert ihn der MDR. Statt Geld in den Aufbau von Grenzkontrollen zu stecken, sollte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell aufgestockt werden, so Lippmann. Dann könnten Asylverfahren schneller bearbeitet werden.

Auch der Chef der Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hatte bereits die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum gefordert. In der "Passauer Neuen Presse" forderte er von der Regierung tausend zusätzliche bundespolizeiliche Unterstützungskräfte, um die Einsatzkräfte an den Grenzen in Süddeutschland zu verstärken.

CDU und AfD fordern Grenzkontrollen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-in-sachsen-cdu-und-afd-fordern-grenzkontrollen-a-1047740.html>

Der Vorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft, Ernst Walter, schloss sich Wendt an: "Uns fehlt schlicht das Personal, um des Ausnahmezustands an der Grenze administrativ Herr zu werden", teilte er in einer Erklärung mit. Die Bundespolizei im Süden leide unter "katastrophalen Arbeitsbedingungen".

vek

**Load-Date:** August 12, 2015

---

End of Document

[Grüne fordern realistische Prognosen zu Flüchtlingszahlen;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-goering-eckhardt-  
unterstuetzt-laender-forderungen-a-1025050.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-goering-eckhardt-unterstuetzt-laender-forderungen-a-1025050.html)

SPIEGEL ONLINE

23. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 576 words

**Highlight:** Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Göring-Eckhardt unterstützt die Länder in ihrer Forderung, die vorhergesagten Asylbewerberzahlen anzuheben. Auch bei den Kosten müsse eine "anständige Lastenverteilung" her.

## Body

---

Berlin - Immer mehr **Flüchtlinge** kommen nach Deutschland. Jetzt fordern mehrere Bundesländer vom Bund, die vorhergesagten Zahlen anzuheben, die bisherige Prognose sei viel zu niedrig. Zustimmung dafür kommt von der Opposition: "Die Ministerpräsidenten haben recht, es muss zu realistischen Schätzungen kommen, damit die sich auch darauf einstellen können", sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckhardt im ARD-"Morgenmagazin".

Es müsse auch zu einer "anständigen Lastenverteilung" bei den Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge kommen. "Ich finde, dass der Bund hier wirklich in die Pflicht gehört. Es kann nicht sein, dass diese Last jetzt bei den Ländern und Kommunen ist", sagte die Grünen-Politikerin.

Es helfe nicht, wenn der Bund noch einmal mit der Gießkanne Geld an die Länder verteile, sagte auch Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken-Fraktion: "Der Bund muss komplett für die Versorgung von Asylsuchenden aufkommen." Im vergangenen Jahr sei verabredet worden, dass der Bund die Länder in diesem und im kommenden Jahr mit jeweils 500 Millionen Euro entlaste. "Nun zeigt sich: Angesichts weiter steigender Flüchtlingszahlen reicht das Geld nicht aus."

Die Länder befürchten, dass der Zustrom von Flüchtlingen in diesem Jahr wegen der Krisen und Kriege in der Welt wesentlich größer sein wird als vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) prognostiziert. Das BAMF geht bislang für 2015 von 300.000 Asylanträgen aus. Nun haben die Kommunen einen neuen Aktionsplan gefordert, um diese Herausforderung zu bewältigen.

Vor allem den Kommunen drohe eine finanzielle Überforderung, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, der "Welt". Die Länder müssten "sofort die Zahl ihrer Erstaufnahmeeinrichtungen weiter erhöhen", damit eine ordnungsgemäße spätere Verteilung auf die Kommunen möglich sei.

## Grüne fordern realistische Prognosen zu Flüchtlingszahlen

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-goering-eckhardt-unterstuetzt-laender-forderung...>

Es sei wichtig, diese Verteilung "mit rechtzeitiger Vorankündigung" für die Kommunen vorzunehmen, sagte Landsberg weiter. Danach sollten die Asylbewerber sofort arbeiten können und an von Bund und Ländern zu finanzierenden Integrationsmaßnahmen, Sprachunterricht und weiteren Maßnahmen teilnehmen. Landsberg plädierte auch für das sogenannte Bremer Modell, bei dem Flüchtlinge eine Gesundheitskarte der gesetzlichen Krankenkassen erhalten.

Regierungsvertreter aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein und Brandenburg hatten sich in der "Welt am Sonntag" für eine Anhebung der Prognose des BAMF ausgesprochen. "Aufgrund unserer Erfahrung wird die Zahl in diesem Jahr wohl angesichts der weltweiten Krisen deutlicher steigen", sagte Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD). Die Länder benötigten vom BAMF eine "realistische Einschätzung" zur Planung.

Schleswig-Holstein rechnet 2015 bundesweit mit mehr als einer halben Million Asylanträgen, wie Innenminister Stefan Studt (SPD) bereits am Mittwoch deutlich machte. "Wenn wir unsere Zahlen hochrechnen, müssen wir 2015 in Deutschland mit 500.000 bis 550.000 neuen Asylbewerbern rechnen und nicht nur mit 300.000, wie vom Bundesamt angegeben", sagte er. Studt verlangte vom Bund, bei den Prognosen ehrlich zu sein.

Das Bundesamt lehnt jedoch eine Korrektur seiner Prognose von Februar dem Zeitungsbericht zufolge derzeit ab. Man halte eine Anpassung für das laufende Jahr für verfrüht, erklärte die Behörde.

vek/dpa/AFP

**Load-Date:** April 18, 2015

## 1250 Sicherheitskräfte im "Dschungel" im Einsatz

SPIEGEL ONLINE

24. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 560 words

**Byline:** Katharina Graça Peters

**Highlight:** In der Nacht brannten Mülltonnen, am Tag ist die Lage ruhig - das Flüchtlingslager in Calais wird geräumt. Vor einer Registrierungsstelle bilden sich lange Schlangen.

### Body

---

Die Auflösung des illegalen Flüchtlingslagers im nordfranzösischen Calais ist entgegen der Befürchtungen ruhig angelaufen. Bereits im Morgengrauen warteten mehrere Hundert Menschen mit Rollkoffern und Taschen gepackt vor einem Registrierzentrum in der Nähe des Camps. Die Menschen werden nun mit Bussen auf Regionen in ganz Frankreich verteilt.

In der wilden Zelt- und Hüttensiedlung, die unter dem Namen "Dschungel" bekannt geworden ist, hatten sich in den vergangenen Jahren Flüchtlinge gesammelt, die illegal über den Ärmelkanal Großbritannien erreichen wollten. Zuletzt hatten dort etwa 6500 Menschen gelebt. Die meisten kamen aus Ländern wie Afghanistan, Äthiopien, Eritrea und dem Sudan.

Noch in der Nacht hatten in dem Camp Mülltonnen gebrannt, es gab Ausschreitungen, die Polizei setzte Tränengas ein. Die Behörden hatten befürchtet, dass Aktivisten die Auflösung des Lagers auch am Tag mit gewaltsamen Protesten begleiten würden. Bewaffnete Polizisten patrouillierten am Morgen im Camp. Im Einsatz sind nach offiziellen Angaben rund 1250 Sicherheitskräfte.

Die französische Regierung äußerte sich zufrieden über den Beginn der Räumung. Innenminister Bernard Cazeneuve sprach von einer "ruhigen und geordneten Operation". Die vollständige Räumung soll noch eine Woche dauern. Für Montag war nicht geplant, die Hütten einzureißen.

Bei der Präfektur sprach man von einer "noch nie da gewesenen Operation":

Man setze darauf, dass sich die Menschen freiwillig meldeten, so ein Sprecher des Pariser Innenministeriums. "Keiner wird gezwungen, sich in einen Bus zu setzen."

Hilfsorganisationen warnten aber, es werde nicht lange ruhig bleiben in Calais: Rund 2000 Flüchtlinge wollten die Region nicht verlassen, weil sie heimlich nach Großbritannien gelangen wollten, sagte der Leiter der Organisation L'Auberge des Migrants, Christian Salomé. Derzeit laufe alles gut, weil jene Flüchtlinge zu den Bussen kämen, die

## 1250 Sicherheitskräfte im "Dschungel" im Einsatz

"ungeduldig darauf gewartet haben wegzugehen". Er mache sich aber Sorgen über die folgenden Tage. "Dann sind nur noch die Leute hier, die nicht weg- und weiterhin nach Großbritannien gelangen wollen."

Im Video: Nächtliche Ausschreitungen vor Beginn der Räumung des Lagers

Wer sich weigert, bei der Schließung des Lagers zu kooperieren, dem droht nach Einschätzung von Hilfsorganisationen die Abschiebung in sein Heimatland. Das gilt etwa für Flüchtlinge, die nicht in die bereitgestellten Busse steigen wollen. Oder für solche Flüchtlinge, deren Asylantrag in Frankreich bereits abgelehnt wurde.

In dem Registrierungszentrum werden unbegleitete Minderjährige, Familien und Kranke oder Schwangere getrennt von den anderen Migranten erfasst.

Kinder und Jugendliche, die alleine unterwegs sind, durften zunächst in Containern in Calais bleiben. Für ihr Aufnahmeverfahren gibt es besondere Regeln. Zuletzt sollen sich im "Dschungel" rund 1300 unbegleitete minderjährige Flüchtlingen aufgehalten haben. Rund 40 Prozent von ihnen geben an, in Großbritannien Angehörige zu haben - viele von ihnen wollen unbedingt dorthin weiterreisen. Sie können nun darauf hoffen, im Zuge des Familiennachzugs dort aufgenommen zu werden.

London ist auch bereit, als besonders "verletzlich" angesehene minderjährige Flüchtlinge ohne Verwandte in Großbritannien aufzunehmen. In der Regel betrifft das junge Mädchen.

kgp/dpa/AFP

**Load-Date:** October 24, 2016

---

End of Document

**[SPD-Ortsverband sagt Demo gegen Asylbewerberheime ab;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/essen-spd-sagt-demo-gegen-fluechtlingsheime-ab-a-1073568.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/essen-spd-sagt-demo-gegen-fluechtlingsheime-ab-a-1073568.html)**

SPIEGEL ONLINE

23. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 531 words

**Byline:** mhe

**Highlight:** In Essen wollten lokale SPD-Funktionäre gegen die Aufnahme weiterer **Flüchtlinge** demonstrieren. "Genug ist genug - Integration hat Grenzen!" lautete das Motto. Die Reaktionen waren harsch, jetzt machen die Organisatoren einen Rückzieher.

## Body

---

Auf die Proteste einiger SPD-Ortsverbände gegen eine angeblich unfaire Verteilung von **Flüchtlingsunterkünften** in Essen hat es scharfe Reaktionen gegeben. "Die NRWSPD steht für eine offene und vielfältige Gesellschaft und eine Willkommenskultur für **Flüchtlinge**. Protestaktionen, die das in Frage stellen könnten, lehnen wir entschieden ab", sagte Hannelore Kraft, Landesvorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen.

Hintergrund der umstrittenen Protestaktion ist die Tatsache, dass Flüchtlinge in Essen bislang offenbar überwiegend im armen Norden der Stadt untergebracht wurden. Deswegen hatten die Essener Ortsverbände Altenessen, Karnap und Vogelheim zu einem "Solidaritätslauf" am Dienstag aufgerufen - unter dem Motto: "Genug ist genug - Integration hat Grenzen - der Norden ist voll".

In einer Mitteilung auf der Homepage des Ortsvereins Essen-Altenessen steht: "Der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund beträgt hier derzeit über 40 Prozent. Mit dem Zuzug weiterer Migranten in die geplanten Massenunterkünfte sind die Menschen vor Ort nicht mehr bereit und in der Lage, weitere Integrationsleistungen zu schultern."

### Heftige Reaktionen von Grünen und SPD

Eine sachliche Diskussion darüber, wie Flüchtlinge idealerweise verteilt werden sollten, um eine bestmögliche Integration zu gewährleisten, wird durch solche Töne natürlich nicht erleichtert. "Wer den Aufruf der drei SPD-Ortsvereine liest, fragt sich, ob die Genossen im Essener Norden Maß und Mitte verloren haben und AfD und NPD nachlaufen wollen. Über diesen Populismus sind wir entsetzt und rufen die SPD auf, zu Sacharbeit und Besonnenheit zurückzukehren", keilte Kai Gerhing, für die Essener Grünen im Bundestag, entsprechend giftig zurück.

SPD-Ortsverband sagt Demo gegen Asylbewerberheime ab <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/essen-spd-sagt-demo-gegen-fluechtlingsheime-ab-a-1073568.html>

Stephan Duda, einer der Initiatoren der Demo und SPD-Lokalpolitiker, rechtfertigt sich angesichts der Proteste: "Es wird wohl einiges missverstanden. Ich bin selber Ehrenamtler und aktiv in der Flüchtlingshilfe tätig. Ich freue mich, wenn ich sehe, wie dankbar die Menschen sind. Hier geht es einzig und allein um die geplante Standortauswahl der zukünftigen Unterkünfte und die damit ungerechte Verteilung."

Kai Gehring von den Grünen wies zudem auf die Mitverantwortung der SPD für die Probleme hin: "Die SPD trägt als Teil der Großen Koalition im Stadtrat Verantwortung dafür, dass sich die Verwaltung viel zu langsam um die Unterbringung Geflüchteter gekümmert hat und die Hilfen des Landes zu zögerlich annimmt."

Auch Hannelore Kraft nahm die Regierenden in Essen in die Pflicht: "Wenn es Probleme mit der Verteilung der Flüchtlinge in der Stadt Essen gibt, muss das im Rat der Stadt diskutiert und entschieden werden. Hier ist der Oberbürgermeister gefordert", sagte sie.

Auf der Facebook-Seite der SPD Essen-Karnap blies Stephan Duda inzwischen die Protestveranstaltung ab. "Da die AfD und die NPD diese Demo als ihre Plattform nutzen wollen, werden wir die Demo absagen", heißt es dort.

Bleibt zu hoffen, dass nach all der Aufregung schnell wieder Sachlichkeit einzieht - und das eigentlich wichtige Anliegen einer vernünftigen Unterbringung und nachhaltigen Integration von Flüchtlingen in Essen seriös diskutiert werden kann.

mhe

**Load-Date:** January 24, 2016



**Flüchtlingsandrang auf dem Balkan ungebrochen;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-tausende-kommen-ueber-die-balkanroute-a-1069933.html>**

SPIEGEL ONLINE

29. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 635 words

**Byline:** asc/dpa

**Highlight:** Trotz massiver Grenzzäune ist die Route über den Balkan weiterhin stark frequentiert. Nach wie vor kommen täglich Tausende in Slowenien an, um weiter nach Deutschland zu gelangen. Dort zoffen sich Koalitionspolitiker über den richtigen Umgang mit ihnen.

## Body

---

Die Hoffnung vieler Politiker, wonach die winterliche Jahreszeit die Menschen in **Flüchtlingslagern** der Türkei oder Jordanien von einem Aufbruch nach Europa abhalten würde, bestätigt sich offenbar nicht. Auch zum Jahresende kommen weiter täglich Tausende **Flüchtlinge** über die Balkanroute nach Österreich und Deutschland. Allein am Dienstag seien bis zum Mittag in Slowenien 2000 **Migranten** gezählt worden, berichtete Innenstaatssekretär Bostjan Sefic in Ljubljana. Am Vortag seien es 4200 gewesen, über das Weihnachtswochenende seien fast 11.000 Menschen registriert worden.

Seit Ungarn Mitte Oktober seine Grenzen mit einem Zaun dichtgemacht hat und die Balkan-Flüchtlingsroute über das EU- und NATO-Land Slowenien läuft, sind danach knapp 372.000 Menschen in Richtung Westeuropa durchgereist.

Während Tausende Asylsuchende nach Deutschland unterwegs sind, gibt es Ärger in der Koalition, wie man mit ihnen hierzulande umgehen soll. Grund für die Streitigkeiten ist ein Unionsvorstoß zur Integrationspflicht. Länger bleibende Migranten sollen nach dem Willen der CSU zu Deutschkursen und einem Grundwertebekenntnis verpflichtet werden - sonst drohen notfalls Leistungskürzungen. Auch die CDU von Kanzlerin Angela Merkel hat sich bereits für die Einführung verbindlicher Integrationsvereinbarungen starkgemacht.

Unionsvorstoß stößt auf Kritik

SPD-Vize Thorsten Schäfer-Gümbel sagte am Dienstag im Deutschlandfunk, angesichts ungenügender Angebote an Sprachkursen sei es "völlig absurd, jetzt über die Frage von Integrationsvereinbarungen zu reden". Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), warf den Unionsparteien vor, "Nebelkerzen zu werfen, um Ressentiments zu bedienen". CDU-Vize Julia Klöckner bezeichnete Äußerungen führender SPD-Politiker als naiv und betonte: "Das Grundgesetz ist noch kein Integrationskonzept."

Flüchtlingsandrang auf dem Balkan ungebrochen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-tausende-kommen-ueber-die-balkanroute-a-1069933.html>

Die CSU-Landesgruppe im Bundestag will ihre Forderungen Anfang Januar bei ihrer Klausur in Kreuth durchsetzen. In der Vorlage heißt es, jeder müsse sich "im Rahmen einer Integrationsvereinbarung zu unseren Werten, unserer Rechtsordnung und den Regeln eines friedlichen Zusammenlebens bekennen".

Özoguz sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, natürlich müsse sich jeder an Regeln und Gesetze halten. Wer solche Bekenntnisforderungen aufstelle, müsse aber auch sagen, wie er sie umzusetzen gedenke. Hier stelle sich die Frage: "Wollen die Unionsparteien zur Überprüfung von Einstellungen eine Gesinnungspolizei einsetzen?" Schäfer-Gümbel hielt der CSU vor, sich an einem "Schäbigkeitswettbewerb" zu beteiligen. "Der subtile Text dessen, was die Union im Moment wieder macht, insbesondere (die) CSU, ist zu sagen, eigentlich wollen die alle nicht."

Unterstützung aus dem Saarland

Klöckner sagte, es gehe um wechselseitige Pflichten von Staat und Migranten. Dazu zählten ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen sowie die Teilnahme daran. "Wir dürfen die Integration so vieler Menschen nicht dem Zufall überlassen, sondern müssen sie begleiten und mangelnde Bereitschaft notfalls auch ahnden." Da helfe es nicht, Flüchtlingen bei der Einreise ein Grundgesetz in die Hand zu drücken, das in ihre Muttersprache übersetzt wurde.

Der saarländische Innenminister Klaus Bouillon unterstützt die Pläne der CSU. "Integration kann nur dann gelingen, wenn die Menschen unsere Sprache kennen und verstehen", sagte der CDU-Politiker, der 2016 den Vorsitz der Länder-Innenminister übernimmt, in der ARD. Die vergangenen Monate hätten gezeigt, dass sich nicht alle Ankommenden schnell integrieren wollten. "Wenn man das gesetzlich noch einmal fixiert, wenn es in den Fokus der Öffentlichkeit gelangt, dann wird es einfacher, die Dinge zu machen." Die "weitaus überwiegende Anzahl" der Flüchtlinge sei aber bereit zur Integration.

asc/dpa

**Load-Date:** December 30, 2015

---

End of Document

[Große Koalition einigt sich auf neues Asylpaket;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bundesregierung-  
einigt-sich-auf-neues-asylpaket-a-1074539.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bundesregierung-einigt-sich-auf-neues-asylpaket-a-1074539.html)

SPIEGEL ONLINE

28. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 730 words

**Byline:** syd/flo/aar/dpa/Reuters/AFP

**Highlight:** Die Koalitionsspitzen haben sich laut Sigmar Gabriel auf einen Kompromiss beim Asylpaket II verständigt. Den Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz wollen sie für zwei Jahre aussetzen.

## Body

---

Die Chefs von CDU, SPD und CSU haben sich auf ein zweites Gesetzespaket mit Asylrechtsänderungen verständigt. Für Flüchtlinge, "die nicht unmittelbar persönlich verfolgt" seien, werde der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt, sagte Vizekanzler Sigmar Gabriel in Berlin nach Beratungen mit Kanzlerin Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer.

Darunter fallen jene Flüchtlinge, die sich nicht auf das Grundrecht auf Asyl berufen können und auch keinen Schutzstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention genießen, aber dennoch nicht heimgeschickt werden, weil ihnen dort zum Beispiel Todesstrafe oder Folter droht.

"Das Asylpaket II, das steht jetzt und kann sehr schnell ins Kabinett gehen", sagte Gabriel. Von Merkel hieß es, die Koalition, aber auch alle staatlichen Ebenen seien "sehr handlungsfähig" in der Flüchtlingskrise.

Die Koalitionsparteien hatten sich schon im November 2015 grundsätzlich auf ein neues Asylpaket verständigt - über die Details wurde seither heftig gestritten.

Kern des Asylpakets II ist die Einrichtung von besonderen Aufnahmeeinrichtungen, in denen die Anträge bestimmter Schutzsuchender im Schnellverfahren erfolgt.

Im November hatte sich die Große Koalition bereits darauf geeinigt, den Familiennachzug für Flüchtlinge mit sogenanntem subsidiären Schutz für zwei Jahre auszusetzen. Die SPD stimmte dem zu, weil nach damaligem Sachstand die Zahl der davon betroffenen Flüchtlinge sehr klein und Syrer grundsätzlich ausgenommen waren.

Inzwischen ist man allerdings auch bei syrischen Flüchtlingen wieder zu einer Einzelfallprüfung übergegangen, wodurch auch Tausende aus dieser Gruppe von der Familiennachzugsverschärfung betroffen wären.

Große Koalition einigt sich auf neues Asylpaket <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bundesregierung-einigt-sich-auf-neues-asylpaket-a-1074539....>

Allerdings solle es bei den angestrebten Kontingenten, mit denen syrische Flüchtlinge aus Lagern in der Türkei, Jordanien und dem Libanon nach Europa geholt werden sollen, einen Vorrang für den Familiennachzug von Flüchtlingen aus dieser Gruppe geben. Das Problem: Die Kontingente müssen erst noch mit diesen drei Ländern vereinbart werden - bestenfalls gemeinsam mit weiteren EU-Staaten. Allerdings steht und fällt mit der Kontingentfrage die gesamte Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.

Nordafrikaner sollen schneller abgeschoben werden

Die Koalition habe sich auch darauf verständigt, Marokko, Algerien und Tunesien zu "sicheren Herkunftsstaaten" zu erklären, sagte Gabriel. Asylbewerber aus diesen Ländern sollen so schneller wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden.

Dieser Plan ist allerdings nicht an das Asylpaket gekoppelt. Die entsprechenden Regelungen brauchen eine Zustimmung im Bundesrat: Dafür sind auch Stimmen der Grünen notwendig. Bei den zuletzt erfolgten Erweiterungen der Liste der sicheren Herkunftsstaaten hatten das grün-rot regierte Baden-Württemberg und das schwarz-grün regierte Hessen zugestimmt. Merkel äußerte sich nach einem Treffen mit den Ministerpräsidenten der Länder jedoch zuversichtlich, dass im Bundesrat die nötige Mehrheit für die Einstufung der nordafrikanischen Länder zusammenkommt. "Ich sehe ganz gute Chancen", sagte sie. Die Bundesregierung werde dazu schnell einen Gesetzentwurf ins Kabinett einbringen.

Die Große Koalition reagiert damit auf die Ereignisse der Silvesternacht in Köln. Dort hatten Gruppen von Männern massenweise Diebstähle und sexuelle Übergriffe auf Frauen begangen. Bei den Tätern soll es sich überwiegend um Migranten aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum handeln.

Außerdem hätten, so Gabriel, Union und SPD eine Änderung für junge Flüchtlinge vereinbart: Wer als Asylbewerber nach Deutschland kommt, eine Ausbildung beginnt und diese erfolgreich abschließt, soll anschließend zwei Jahre in Deutschland arbeiten dürfen. Die Eigenbeteiligung von Asylbewerbern für Integrationskurse solle zehn Euro im Monat betragen.

Später am Abend kamen die Ministerpräsidenten aller Länder mit der Bundesregierung im Kanzleramt zusammen. Dort einigten sie sich auf die Gründung einer Bund-Länder-AG, um gemeinsam ein Integrationskonzept für Flüchtlinge zu erarbeiten. Bis Ende Februar sollen erste Eckpunkte, bis Ende März ein Konzept vorliegen, wie Merkel nach dem Treffen mitteilte. Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) nannte die Einrichtung der AG einen Meilenstein und einen großen Schritt hin zur "Beherrschbarkeit der Situation" ( mehr zum Spitzentreffen lesen Sie hier ).

syd/flo/aar/dpa/Reuters/AFP

**Load-Date:** January 29, 2016

[Darüber streiten Union und SPD;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-der-streit-um-  
transitzonen-und-einreisezentren-a-1060703.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-der-streit-um-transitzonen-und-einreisezentren-a-1060703.html)

SPIEGEL ONLINE

02. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 1179 words

**Byline:** Annett Meiritz

**Highlight:** CDU und CSU wollen manche Flüchtlinge direkt an der Grenze abweisen. Solche Transitzonen lehnt die SPD aber strikt ab, verurteilt sie als menschenunwürdig. Doch auch ihr Alternativ-Vorschlag hat Schwächen. Der Überblick.

## Body

---

Ein Ort, wo die "Spreu vom Weizen" getrennt wird - so erklärte Bayerns Ex-Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) am Sonntag bei Günther Jauch die Transitzone. Die Metapher mag fragwürdig sein, doch sie spitzt zu, was CDU und CSU erreichen wollen: Asylbewerber ohne Bleibeperspektive sollen nicht erst durch die halbe Republik reisen, sondern an Ort und Stelle zurückgeschickt werden.

In der Realität müsste man dafür Flüchtlinge festhalten, während ihr Status überprüft wird. Für die SPD ist das undenkbar: Vizekanzler Sigmar Gabriel lehnt Transitzonen weiter komplett ab. "Wenn es da keine Einigung gibt, dann gibt es eben keine Einigung", sagte er am Montag.

Video: Sigmar Gabriel - "Wir müssen Richtiges tun, nicht Symbolhaftes"

Wegen des Transitzonen-Streits war ein Flüchtlingsgipfel der schwarz-roten Koalition gescheitert, am Donnerstag will man sich erneut treffen. Warum raufen sich Union und SPD nicht zusammen? Wie praktikabel sind Transitzonen, wie sinnvoll die von der SPD favorisierten Einreisezentren? Gibt es eine Lösung, die beide Seiten zufriedenstellt? Der Überblick.

Warum will die Union unbedingt Transitzonen?

Transitzonen sollen dafür sorgen, dass über das Asylgesuch eines Flüchtlings entschieden wird. Geht es nach der Union, sollen Flüchtlinge künftig noch vor der offiziellen Einreise eine solche Transitzone nahe der deutschen Grenze passieren.

In diesem Zwischenbereich würde dann geprüft, ob die Flüchtlinge einen Asylgrund vorweisen können oder nicht. Stammen sie etwa aus einem sicheren Herkunftsland, sollen sie sofort zurückgeschickt werden. Die Union erhofft sich dadurch schnellere Asylverfahren - und nicht zuletzt einen Abschreckungseffekt. Angesichts

Darüber streiten Union und SPD <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-der-streit-um-transitzonen-und-einreisezentren-a-1060703.html>

sinkender Umfragewerte will man ein sichtbares Zeichen setzen, dass Deutschland die Flüchtlingszahlen in den Griff bekommen möchte.

Vorbild ist das sogenannte Flughafenverfahren: Asylsuchende, die keine oder gefälschte Ausweise bei sich haben, können in Flughafengebäuden aufgehalten und vorübergehend festgesetzt werden, bis über ihren Asylgrund entschieden wurde. Das Bundesverfassungsgericht sieht darin - anders als der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte - keinen Freiheitsentzug.

Auf diese Einschätzung verweisen nun Unionspolitiker. Ihrer Argumentation nach wäre ein temporäres Festsetzen von Flüchtlingen an der deutschen Grenze keine Inhaftierung - weil sie ja jederzeit den Weg zurück antreten könnten. Justizminister Heiko Maas (SPD) spricht hingegen von "Haftzonen". Grundsätzlich erlaubt die Europäische Union ihren Mitgliedern, an Binnengrenzen Transitzonen einzurichten ( siehe EU-Richtlinie Artikel 31, Absatz 8 ).

Wie praktikabel sind Transitzonen?

In dem Positionspapier , auf das sich CDU und CSU am Sonntag einigten, steht kaum Konkretes über die Umsetzung von Transitzonen. So ist unklar, wie man Flüchtlinge dazu bekommen will, anstatt illegal, über die grüne Grenze durch ein Transitcenter zu laufen. Eine komplette Grenzsicherung ist nahezu ausgeschlossen: Allein der Streifen zwischen Deutschland und Österreich ist mehr als 800 Kilometer lang.

Offen ist auch, auf welche Weise man Flüchtlinge in den Transitzonen festhalten könnte. Die Union vermeidet es, von Zäunen oder festen Gebäuden zu sprechen. Allerdings könnte man ohne entsprechende Abriegelung wohl keinen Flüchtling zu einer Prüfung zwingen.

"Praktisch ist das gar nicht anders denkbar als riesige Lager, in denen ganze Familien, Männer, Frauen und Kinder eingesperrt werden", sagt die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD).

In der Union gibt es Gedankenspiele, eine Transitzone mit einem Türen-Prinzip auszustatten: So könnte ein akzeptierter Asylbewerber durch eine "Tür" zu einem Bus gelangen, der ihn zur nächsten Erstaufnahme bringt. Ein abgelehnter Asylbewerber müsste dann die "Tür" zurück nach Österreich nehmen. Allerdings könnte den Abgelehnten wohl kaum jemand davon abhalten, es über die grüne Grenze gleich noch einmal zu versuchen.

Die SPD drängt auf "Einreisezentren" - was ist der Unterschied?

Die SPD verurteilt abriegelte Transitzonen als menschenunwürdig. Sie schlägt stattdessen sogenannte Einreisezentren vor: Sie würden deutschlandweit an Erstaufnahmestellen und Wartezentren für Asylbewerber andockt. Hier müssten sich Flüchtlinge zwar auch registrieren lassen, der Festhalte-Charakter einer Transitzone fiele aber weg.

Verweigert ein Flüchtling die Registrierung, sinkt sein Anspruch auf Sach- und Geldleistungen aus dem Asylgesetz - so sieht es das SPD-Konzept vor. Auch die Chance auf einen erfolgreichen Asylantrag würde für Verweigerer schwinden. Betreut würden die Einreisezentren vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf).

Für den SPD-Vorschlag spricht, dass die meisten Flüchtlinge sowieso in einer Erstaufnahme landen, man also bestehende Infrastruktur nutzen könnte. Allerdings soll jedes Bundesland selbst entscheiden dürfen, ob es mitmacht - das klingt nicht gerade nach Schnelligkeit und Effizienz.

In der Vergangenheit scheiterten ähnliche Versuche: Im Spätsommer hatten sich Bund und Länder auf sogenannte Verteilzentren geeinigt , die durch ein Drehkreuz-Prinzip die Flüchtlingsverteilung besser koordinieren sollten. Konkret daraus geworden ist bislang nichts.

Welcher Kompromiss ist denkbar?

Darüber streiten Union und SPD <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-der-streit-um-transitzonen-und-einreisezentren-a-1060703.html>

Beide Seiten haben sich aufeinander zubewegt. So hatte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) ursprünglich vorgeschlagen, Transitzonen ließen sich "nur im Fall einer freiheitsentziehenden Maßnahme umsetzen". Davon ist bei der Union inzwischen nichts mehr zu hören. Die SPD zeigt sich intern wiederum offen für die Idee, Flüchtlinge grundsätzlich verstärkt in Grenznähe registrieren zu lassen.

Der größte Knackpunkt, das Festhalte-Prinzip von Transitzonen, ist jedoch nicht abgeräumt. Die Union möchte Flüchtlingen de facto die Weiterreise verwehren, solange ihr Status nicht geklärt ist. Mit Freiwilligkeit habe das nichts zu tun, hält die SPD dagegen. "Das ist für Sigmar Gabriel nicht verhandelbar", heißt es von den Sozialdemokraten. Es ist absolut unklar, wie Merkel diesen Konflikt aus dem Weg räumen will.

Womöglich könnte man sich am Ende auf Registrierungszentren in Grenznähe einigen, die irgendeine Art von Anreiz beinhalten, damit die Flüchtlinge nicht einfach - wie bisher zum Großteil - über die grüne Grenze laufen.

Doch ob dezentral oder konzentriert an der Grenze: So oder so bräuchte man viele geschulte Mitarbeiter. Woher die kommen sollen, ist ungeklärt. Es gibt nicht einmal genug Personal, um bereits gestellte Asylanträge zu bearbeiten - rund 300.000 Asylverfahren sind offen.

Zusammengefasst: Der Koalitionsstreit um die Flüchtlingspolitik konzentriert sich auf die Frage, auf welche Weise man die chaotische Registrierung von Flüchtlingen ordnen, und das Abschiebesystem entlasten könnte. Die Lösungsansätze von Union und SPD könnten unterschiedlicher nicht sein - beide Modelle, ob Transitzonen oder Einreisezentren, würden aber neue Probleme bringen.

Mitarbeit: Florian Gathmann und Sebastian Fischer

**Load-Date:** November 3, 2015

[CSU keilt gegen Merkels Flüchtlingspolitik;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-csu-kritisiert-angela-merkel-a-1052401.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-csu-kritisiert-angela-merkel-a-1052401.html)

SPIEGEL ONLINE

11. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 493 words

**Byline:** syd/kev/dpa/Reuters

**Highlight:** "Beispiellose politische Fehlleistung", "naiv und blauäugig": Mit scharfen Worten kritisieren CSU-Politiker die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin. Merkel kontert: Das Recht auf Asyl kenne keine Obergrenze.

## Body

---

Angela Merkel besucht Asylunterkünfte, posiert für Selfies mit Flüchtlingen, signalisiert den Menschen in Deutschland, dass die Bundesrepublik die Einwanderung von Hunderttausenden Asylsuchenden stemmen kann. Doch aus der CSU kommen kritische Stimmen, die der Bundesregierung Naivität vorwerfen.

Am deutlichsten äußerte sich Unionsfraktionsvize Hans-Peter Friedrich: Die Entscheidung, Flüchtlinge aus Ungarn unkontrolliert und unregistriert ins Land zu lassen, sei "eine beispiellose politische Fehlleistung" der Bundesregierung und werde "verheerende Spätfolgen" haben, sagte der CSU-Politiker der "Passauer Neuen Presse".

Angesichts Zehntausender Flüchtlinge, die sich unkontrolliert und unregistriert durch Deutschland und Europa bewegten, beklagte der frühere Bundesinnenminister: "Wir haben die Kontrolle verloren." Friedrich warnte davor, dass IS-Kämpfer und islamistische Schläfer mit den Flüchtlingen unbemerkt ins Land kommen könnten. "Ich bin jedenfalls überzeugt, dass kein anderes Land der Welt sich so naiv und blauäugig einer solchen Gefahr aussetzen würde", kritisierte Friedrich.

Auch Bayerns Finanzminister Markus Söder kritisierte die Entscheidung der Kanzlerin, alle Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. "Der Zustrom und die Sogwirkung werden erkennbar immer größer. Das beginnt, uns zu überfordern", warnte der CSU-Politiker im "Münchner Merkur". Überdies hätte es seine Partei "besser gefunden, wenn man vor solch wichtigen Fragen miteinander spricht".

Außerdem wirke sich die hohe Zahl der Flüchtlinge "auf die kulturelle Statik einer Gesellschaft aus". Deutschland verändere sich in diesen Tagen "grundlegender, als wir im Moment vermuten". Viele Flüchtlinge hätten "nun einmal andere Wert- und Weltbilder als wir".

Angesichts des Flüchtlingsandrangs in Ungarn hatte sich die Bundesregierung vergangene Woche bereit erklärt, die Menschen auch ohne vorherige Registrierung in Ungarn aufzunehmen. In der Nacht haben mehr als 2000



CSU keilt gegen Merkels Flüchtlingspolitik <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-csu-kritisiert-angela-merkel-a-1052401.html>

weitere Flüchtlinge die österreichisch-ungarische Grenze bei Nickelsdorf überquert. Die meisten der aus Ungarn in Österreich eintreffenden Migranten waren zuletzt nach Deutschland weitergereist. Seit vergangenem Samstag trafen in der bayerischen Landeshauptstadt München rund 40 000 Menschen ein.

Merkel betonte ihrerseits, dass die Bundesregierung nicht einfach eine Höchstzahl aufzunehmender Flüchtlinge festlegen könne. "Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze", sagte die Kanzlerin der "Rheinischen Post". "Das gilt auch für die Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen."

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen (CDU), wies Friedrichs Kritik zurück. "Ich halte das Verhalten der Regierung und das der Bundeskanzlerin für eine der größten Leistungen, die sie bisher erbracht haben", sagte Röttgen im ARD-"Morgenmagazin". "Hans-Peter Friedrich liegt hier völlig falsch."

syd/kev/dpa/Reuters

**Load-Date:** September 11, 2015

---

End of Document

[De Maizière blockt Gabriel-Vorstoß ab:  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/geld-fuer-fluechtlinge-de-maiziere-  
gegen-gabriel-vorstoss-a-1027902.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/geld-fuer-fluechtlinge-de-maiziere-gegen-gabriel-vorstoss-a-1027902.html)

SPIEGEL ONLINE

10. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 415 words

**Highlight:** Bei einem Besuch in Sachsen-Anhalt hat Vizekanzler Sigmar Gabriel den Kommunen mehr Hilfe für die Versorgung von Flüchtlingen in Aussicht gestellt. Das sieht Innenminister Thomas de Maizière anders.

## Body

---

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sieht vorerst keinen Bedarf für zusätzliche Hilfen für die Kommunen in der Flüchtlingspolitik. Es gebe eine bestehende Vereinbarung, nach der die Länder und Gemeinden für dieses und das kommende Jahr eine Milliarde Euro vom Bund erhalten, sagte ein Sprecher de Maizières. Somit sei die Frage für die Jahre 2015 und 2016 "abschließend" geregelt.

Darüber hinaus könne die Frage in den laufenden Verhandlungen über die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern besprochen werden, fügte der Sprecher hinzu. Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen fordern die Bundesländer deutlich mehr Hilfe vom Bund. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) prognostiziert bislang für 2015 300.000 Asylanträge. Die Bundesländer sprechen von wesentlich mehr Flüchtlingen, von bis zu 500.000 ist die Rede.

Länder und Kommunen fühlen sich unter anderem finanziell überfordert mit der Versorgung und Unterbringung von Asylbewerbern. Doch ihre Appelle haben bisher nichts gebracht: Bereits Ende März hatte die Bundesregierung Forderungen von Ländern und Kommunen nach zusätzlichen Finanzhilfen abgeblockt.

Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) hatte am Donnerstag den Burgenlandkreis besucht (Lesen Sie hier den Bericht), dort liegt die 2700-Einwohner-Gemeinde Tröglitz. Am vergangenen Samstag war dort ein künftiges Asylbewerberheim angezündet worden (Lesen Sie hier einen Bericht über die Stimmung im Ort).

Bei einem Gespräch mit dem zuständigen Landrat Götz Ulrich (CDU) sagte Gabriel, er wolle die Kommunen von den Kosten für die Flüchtlingsunterbringung entlasten. Die bisher zugesagte eine Milliarde Euro vom Bund hält er nicht für ausreichend. "Es darf nicht sein, dass die Kommunen am Ende nicht mehr für ihre originären Aufgaben aufkommen können", sagte er. Genau darauf kochten die Rechten "ihr Süppchen", so Gabriel. "Dem müssen wir den Boden entziehen. Ansonsten drohen soziale Spannungen, die weit über das hinausgehen, was wir bisher erlebt haben."

De Maizière blockt Gabriel-Vorstoß ab <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/geld-fuer-fluechtlinge-de-maiziere-gegen-gabriel-vorstoss-a-1027902.html>

Gabriel schweben dauerhafte Entlastungen der Kommunen vor, vor allem im Bereich der Unterbringung von Flüchtlingen. Bei seinem Besuch in Naumburg kündigte der Vizekanzler eine Arbeitsgruppe innerhalb der Bundesregierung mit Vertretern der Länder an, die sich um mögliche Lösungen kümmern soll. Zudem plädiert der SPD-Chef dafür, dass die Frage auch innerhalb der Gespräche über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen erörtert werden müsse.

vme/heb/AFP

**Load-Date:** April 28, 2015

---

End of Document

**[Marokko will abgelehnte Asylbewerber wieder aufnehmen;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-marokko-will-ausgewiesene-asylbewerber-a-1079865.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-marokko-will-ausgewiesene-asylbewerber-a-1079865.html)**

SPIEGEL ONLINE

29. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 391 words

**Byline:** brk/dpa

**Highlight:** Marokkanische Staatsbürger könnten künftig schneller aus Deutschland abgeschoben werden. Innenminister de Maizière hat sich mit seinem Amtskollegen auf ein vereinfachtes Verfahren verständigt.

## Body

---

Deutschland und Marokko haben sich auf ein schnelleres Abschiebungsverfahren für abgelehnte **Asylbewerber** geeinigt. Der nordafrikanische Staat sei bereit, ausreisepflichtige Staatsbürger wieder aufzunehmen. Das sagte der marokkanische Innenminister Mohamed Hassad nach einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Thomas de Maizière.

Damit könnten abgelehnte Asylbewerber aus Marokko künftig schneller in ihre Heimat abgeschoben werden. Dabei wolle man sich zunächst auf diejenigen konzentrieren, die im vergangenen Jahr mit den Flüchtlingsströmen nach Deutschland gekommen seien und sich als Syrer ausgegeben hätten, sagte Hassad.

Die Identifizierung solle anhand von Fingerabdrücken geschehen, sagte de Maizière. Die marokkanische Seite habe zugesagt, entsprechende Anfragen binnen 45 Tagen zu bearbeiten. Im vergangenen Jahr waren nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge rund 10.000 Marokkaner nach Deutschland gekommen. Die Anerkennungsquote für Asylbewerber aus dem nordafrikanischen Land lag bei 3,7 Prozent.

Im vergangenen Jahr hatte es laut SPIEGEL-Informationen allerdings nur 136 Abschiebungen in die Maghreb-Staaten Marokko, Algerien und Tunesien gegeben. Häufig scheiterten die Abschiebungen dorthin daran, dass die Herkunftsländer sich weigerten, die nötigen Rückreisepapiere auszustellen.

Bundesregierung sichert Marokko Unterstützung zu

Zugleich einigten sich beide Minister auf den baldigen Abschluss eines Sicherheitsabkommens, das seit Langem verhandelt wird. Nur noch wenige technische Details müssten geklärt werden, dann sei das Abkommen unterschriftsreif, sagte de Maizière.

Außerdem sagte die Bundesregierung der marokkanischen Seite zu, ein Berufungsverfahren der EU gegen ein Agrar- und Fischereiabkommen mit Marokko zu unterstützen. Der Europäische Gerichtshof hatte im Dezember

Marokko will abgelehnte Asylbewerber wieder aufnehmen  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-marokko-will-ausgewiesene-asylbewerber-a-1079865.ht...>

2015 das Abkommen teilweise für ungültig erklärt, weil darin auch die umstrittenen Gebiete der Westsahara eingeschlossen worden waren. Marokko hatte die frühere spanische Kolonie nach dem Abzug der Spanier 1976 annektiert. Die Zugehörigkeit des Wüstengebiets zu dem nordafrikanischen Land wurde aber international nicht anerkannt.

Marokko ist die erste Station einer Reise de Maizières durch den Maghreb. Bis Dienstagabend sind weitere Gespräche mit den Regierungen Algeriens und Tunesiens geplant.

brk/dpa

**Load-Date:** February 29, 2016

---

End of Document

## **Bundesregierung schickt Syrer wieder in EU-Staaten zurück**

SPIEGEL ONLINE

10. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA

Length: 433 words

### **Body**

---

Dieser Beitrag wurde am 10.11.2015 auf bento.de veröffentlicht.

Was ist passiert?

Die Bundesregierung hat erneut das Asylverfahren verschärft. **Syrische Flüchtlinge sollen in die EU-Staaten zurückgeschickt werden, über die sie in die Europäische Union eingereist sind.** Die meisten Syrer haben auf ihrer Flucht andere EU-Staaten betreten. Deutschland liegt inmitten Europas und ist für syrische Flüchtlinge außer über Flughäfen nicht anders zu erreichen.

**Das Verfahren nennt sich Dublin-Übereinkunft und ist geltendes EU-Recht.** Allerdings hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) das Verfahren zuvor für Syrer monatelang ausgesetzt. Ziel war es damals, die Asylverfahren zu beschleunigen und überforderte Länder wie beispielsweise Italien zu entlasten. Durch das Dublin-Verfahren müssen Länder am Rande Europas besonders viele Flüchtlinge aufnehmen.

**Die neue Regelung gelte schon seit dem 21. Oktober, teilte ein Sprecher der Bundesinnenministeriums mit.** Ausgenommen sei lediglich Griechenland. Das allerdings macht keinen großen Unterschied. Selbst wenn ein Syrer über Griechenland einreist, muss er auf seinem Weg nach Deutschland in der Regel ein weiteres EU-Land betreten.

Dem Dublin-Verfahren können Flüchtlinge nur entgehen, wenn sie eine Registrierung auf der Durchreise vermeiden. Zuletzt war das immer mehr Flüchtlingen gelungen auch weil die Länder auf den Flüchtlingsrouten zum Teil kein Interesse daran hatten, sie zu registrieren.

Warum ist das wichtig?

Einerseits hat die Änderung der Asylpraxis **ganz konkret Auswirkungen für die vielen Syrer, die nach Deutschland geflüchtet sind.** Flüchtlingen, die auf ihrer Flucht in einem anderen EU-Land registriert wurden, droht die Ausweisung.

Darüber hinaus könnte es erneut **Streit zwischen SPD** auf der einen, **und CDU sowie CSU** auf der anderen Seite geben. Offenbar wusste die SPD bis heute nicht von der neuen Regelung.

Die Chaos-Kommunikation des Innenministers

## Bundesregierung schickt Syrer wieder in EU-Staaten zurück

**Schon vergangene Woche hatte Innenminister De Maizière mit einem nicht abgesprochenen Vorstoß für Aufsehen gesorgt.** Erst ließ er wie beiläufig verkünden, dass Syrer ihre Familien nicht mehr nachholen dürften. Dann nahm er die Aussage nach vehementer Kritik aus der SPD wieder zurück. Viele CDU- und CSU-Politiker unterstützen seinen Vorschlag trotzdem.

**Die Integrationsbeauftragte des SPD, Aydan Özoguz, kritisierte De Maizière deutlich:** "Es kann nicht sein, dass der Bundesinnenminister statt für Ordnung zu sorgen, die Abläufe fast täglich chaotisiert. Erst sein Vorstoß bei der Familienzusammenführung, jetzt die Wiedereinsetzung des Dublin-Verfahrens für Syrer."

**Load-Date:** September 29, 2020

---

End of Document

**Die Asylbehörde als Lügenfabrik;**

<http://www.spiegel.de/kultur/literatur/shumona-sinhas-erschlagt-die-armen-asylbehoerde-als-luegenfabrik-a-1059080.html>

SPIEGEL ONLINE

23. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR / LITERATUR

**Length:** 990 words

**Byline:** Thomas Andre

**Highlight:** Der verstörendste Roman des Jahres: Shumona Sinha schildert in "Erschlagt die Armen!" auf drastische Art und Weise die Unaushaltbarkeit des europäischen Asylsystems. Für die Autorin hatte das Buch ernste Konsequenzen.

## Body

---

Man muss damit anfangen, dass der Titel dieses außergewöhnlich-radikalen, schmalen Romans den Titel eines Baudelaire-Gedichts zitiert: "Erschlagt die Armen!". Bei Baudelaire greift ein Mann einen Bettler an. In Shumona Sinhas zweitem Roman, der 2011 im französischen Original erschien und nun auf Deutsch vorliegt, ist es die namenlose Ich-Erzählerin, die in der Pariser Metro einem Asylbewerber eine Weinflasche überzieht.

Eine ungeheuerliche Tat, um die sich dieser wütende Text dreht und die er nicht komplett erklären kann. Dabei gibt es einiges zu erklären: Die Täterin, aus deren alleiniger Sicht "Erschlagt die Armen!" erzählt wird, ist selbst als Migrantin nach Frankreich gekommen. Und sie arbeitet als Dolmetscherin der Asylbehörde, wo die Fremden vorstellig werden, um ihr Recht zum Bleiben in jenem reichen Land zu erlangen.

In glänzend geschriebener, bildhafter Zorn-Prosa beschreibt Sinha, die 1973 in Kalkutta geboren wurde und seit 2001 in Paris lebt, das abgeschmackte Schauspiel auf dem Amt, in dem zugereiste Bittsteller auf müde Verwalter und Abwehrer treffen. Die Erzählerin, nach dem Übergriff selbst zum Objekt des staatlichen Interesses geworden, rekapituliert im Verhör bei der Polizei ihre Begegnungen mit "der endlosen Kolonne von Männern", den Asylbewerbern, denen sie täglich bei bürokratischen Akten assistieren muss. Vor denen sie nur noch fliehen will, weil sie nicht länger "in diese vor Klagen tiefenden, von Drohungen und Beschimpfungen überschäumenden Gesichter schauen" kann.

Mit der Zwiebel in der Hosentasche: Tränen für Frankreich

Es ist, zumal in einer Zeit der hysterischen Flüchtlingsdebatte, in der die Globalisierung mit ihren Herausforderungen und Zumutungen ernst macht, provozierend und verstörend, wie offen Sinha die ewige Wiederkehr des Immergleichen ausstellt: Für die Parteien dies- und jenseits des Schreibtischs gibt es keine



Die Asylbehörde als Lügenfabrik <http://www.spiegel.de/kultur/literatur/shumona-sinhas-erschlagt-die-armen-asylbehoerde-als-luegenfabrik-a-1059080.html>

Gemeinsamkeit bis auf die des geteilten Augenblicks. Eine krasse existenzielle Kluft: Für die einen geht es um alles, für die anderen nur darum, die Statistik zu füttern.

"Lügenfabrik" nennt die Erzählerin ihren Arbeitsort, sie weiß: "im Existenzkampf (ist) die Ehrlichkeit ein Luxus", und deshalb ist die Asylbehörde ein Hort der Märchen, der abstrusen Erfindungen. Die Einwanderwilligen überbieten sich mit Geschichten, in denen sie von terroristischen Bedrohungen, Verfolgungen und Vergewaltigungen schwadronieren - was ist Wahrheit, was ist Dichtung? Kommt es darauf überhaupt an? Sie berichtet von den Lachattacken, die die Sachbearbeiterinnen und sie, die Dolmetscherin, unterdrücken müssen, und von den Zwiebeln, die die Asylbewerber in ihren Taschen tragen. Tränen für die Zukunft im gelobten Land.

Die unwürdige Situation ist nach allem, was an politisch umsetzbaren Konzepten bekannt ist, unlösbar: "Erschlagt die Armen!" ist ein Abbild der emotionalen Unaushaltbarkeit des Asylsystems. In dem agieren die, die Privilegien und ein funktionierendes staatliches, genau abgemessenes Gebilde verteidigen sollen, gegen die, die ein besseres Leben wollen. Der Roman ist eine Art perverse Hommage an die Sachwalter, die den Akt der Ablehnung vollziehen, um der Form genüge zu tun. Und er bietet, im Hinblick auf seine eskalierende Protagonistin, eine adäquate Schilderung der psychischen Abfuhrkräfte, die destruktiv ihren Weg nach draußen suchen.

Die Sprache ist zu schön für die Hässlichkeit der Zustände

Auf einer zweiten Ebene erzählt "Erschlagt die Armen!" eine Geschichte der heterosexuellen Entsinnlichung. Der weibliche Ekel vor dem herrschsüchtigen, triebhaft übergriffigen Mann schlägt um in einen sexuellen Nihilismus, den die Protagonistin in ihrem promiskuen Lifestyle geradezu sucht; es ist ein ins Leere zielender Befreiungsschlag der Frau.

Die Sprache Shumona Sinhas ist präzise und viel zu schön für die Hässlichkeit der Zustände, die sie formulieren: "Die Migranten überleben trotz allem, wie rebellische Halme, die aus einer unfruchtbaren Erde wachsen."

Ob sie glaube, dass sie das Recht habe, "ein angebliches Lügensystem ganz alleine zu korrigieren", fragt der Ermittler die Delinquentin und Metro-Angreiferin, die auf einem ganz harten Stil-Trip ist, der sich von Empathie für die Migranten in Ablehnung verkehrt: "In meinen Augen rechtfertigte ihr Leid nicht ihre Ungeschicklichkeiten und ihre Lügen, ihre Aggressivität und ihre Mittelmäßigkeit."

Nach der Buchveröffentlichung wurde Sinha entlassen

In der aktuellen Literatursaison ist "Erschlagt die Armen!" der poetische und dunkle Zwilling von Jenny Erpenbecks Roman "Gehen, ging, gegangen", in dem die Autorin die Geschehnisse der Berliner Migranten aufgreift, die seit Ende 2012 den Oranienplatz und mehrere Gebäude besetzten, um ein Bleiberecht in Deutschland zu erzwingen.

Auch hier erzählen die Zugereisten Geschichten, und es ist erkennbar die Absicht Erpenbecks, ihre afrikanischen Helden der Anonymität zu entreißen. Sie kämpfen genauso verzweifelt um Asyl wie ihre Pariser Komplementärfiguren, sie treffen auf behördliche Ablehnung, aber den guten Willen der engagierten Zivilmenschen. Und hinsichtlich der mentalitätsmäßig interessanten Haltung der deutschen Urbevölkerung zu den Asylbewerbern und Neuankömmlingen gelingt Erpenbeck mit ihrem Helden Richard, einem emeritierten Professor, und dessen bildungsbürgerlicher Peergroup eine wunderbare Milieustudie.

Es ist die Moral der späten Jahre, die sich in der Hilfsbereitschaft dieser Wohlstandsclique Bahn bricht, die viel Zeit hat und auch ein wenig unter der Langeweile der eigenen Saturiertheit leidet: Damit symbolisieren der Professor und sein Gefolge die Verfassung eines ganzen Landes.

Um ein derartiges Portrait einer Gesellschaft geht es der gnadenvoll-gnadenlosen Moralistin Sinha nicht. In ihrer Wahlheimat Frankreich arbeitete die Schriftstellerin bis 2011 wie ihre Protagonistin als Dolmetscherin in der Behörde. Nach der Veröffentlichung von "Erschlagt die Armen!" wurde sie entlassen.

Die Asylbehörde als Lügenfabrik <http://www.spiegel.de/kultur/literatur/shumona-sinhas-erschlagt-die-armen-asylbehoerde-als-luegenfabrik-a-1059080.html>

**Load-Date:** October 23, 2015

---

End of Document

**Überleben ist Glückssache; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/mexiko-fluechtlinge-auf-gefaehrlichem-trip-in-die-usa-a-1055477.html>**

SPIEGEL ONLINE

30. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 853 words

**Byline:** Klaus Ehringfeld

**Highlight:** Experten sprechen von der gefährlichsten **Flüchtlingsroute** der Welt: Auf dem Weg aus Zentralamerika in die USA sterben Tausende. Nun wurden 150 Menschen aus einem Lkw gerettet - kurz vor dem Erstickungstod.

## Body

---

Der Fall des Lastwagens voller Leichen auf einer österreichischen Autobahn ging um die Welt. 71 **Flüchtlinge** starben Ende August qualvoll - weil sie sich skrupellosen Schleusern anvertraut hatten. Nun haben die Behörden in Mexiko offenbar einen ähnlichen Fall in letzter Minute verhindert und 150 **Flüchtlinge** aus Zentralamerika vor dem möglichen Erstickungstod gerettet.

Der Fall erinnert daran, dass auch in Zentralamerika und Mexiko täglich Hunderte Menschen unter lebensbedrohlichen Bedingungen ihre Heimat verlassen, um in den USA ein besseres Leben zu suchen. Je nach Herkunftsland und Route durch Mexiko sind das bis zu 4000 Kilometer. Der Trip dauert oft mehrere Wochen.

Die Migranten, unter ihnen 25 Kinder, wurden in einem Lkw-Anhänger im zentralen Bundesstaat Zacatecas gefunden. Nach Angaben der Einwanderungsbehörde hätten die Menschen 14 Stunden auf engstem Raum ohne Essen und ohne Wasser zugebracht. Mehrere Flüchtlinge seien der Ohnmacht nah gewesen.

Die Polizei nahm die Fahrer des Lkw fest, der als Ziel Monterrey im Norden nahe der Grenze zu den USA nannte. Nach Angaben der Flüchtlinge nahmen die Schlepper ihnen umgerechnet zwischen 1500 und 2500 Euro für den Trip von Zentralamerika bis zur US-Grenze ab.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) hält den Korridor Mexiko für die gefährlichste und meistfrequentierte Migrationsroute der Welt. Laut US-Behörden versuchen jeden Tag mindestens tausend Menschen die gut 3000 Kilometer lange Grenze zwischen Mexiko und den USA ohne Papiere zu passieren. Vergangenes Jahr haben die USA 257.000 Migranten an ihrer Grenze aufgegriffen und nach Hause geschickt, fast alle waren entweder Mexikaner oder Zentralamerikaner.

Offizielle Zahlen, wie viele Flüchtlinge die Reise mit dem Leben bezahlen, gibt es in den Auswanderer-Ländern kaum. Allein die US-Behörden zählen jedes Jahr rund 400 Menschen, die in der Wüste tot aufgefunden werden. Unzählige Männer, Jugendliche und inzwischen auch Frauen sind zudem über die Jahre von Gangsterbanden in

Überleben ist Glückssache <http://www.spiegel.de/politik/ausland/mexiko-fluechtlinge-auf-gefaehrlichem-trip-in-die-usa-a-1055477.html>

Mexiko ermordet worden. Da in den vergangenen Jahren zunehmend auch Frauen auf den langen Marsch gehen, steigt auch die Zahl der Vergewaltigungen deutlich.

Die Menschen fliehen vor Gewalt und Perspektivlosigkeit

Der Fundort des Lkw mit den Flüchtlingen aus Guatemala, El Salvador, Honduras, der Dominikanischen Republik und Ecuador befindet sich rund 650 Kilometer nördlich von Mexiko-Stadt. Er liegt in der Mitte einer von drei Routen durch Mexiko, die Migranten nehmen.

Eine Million Mexikaner und rund 150.000 Zentralamerikaner versuchten jedes Jahr legal oder illegal in die Vereinigten Staaten zu gelangen, schätzt Christopher Gascon, Repräsentant der IOM in Mexiko. Schutzorganisationen wie die Mittelamerikanische Migrationsbewegung - M3 gehen von sehr viel mehr zentralamerikanischen Flüchtlinge aus und kalkulieren ihre Zahl auf rund 300.000.

Vor allem Menschen aus Honduras und El Salvador, aber auch aus Guatemala, fliehen vor der dramatischen Gewalt und der Perspektivlosigkeit in einer der ärmsten Regionen des amerikanischen Kontinents.

Die Gefahren für die Flüchtlinge wachsen stetig. Seit einigen Jahren droht die größte Gefahr durch die organisierte Kriminalität. Banden wie die "Zetas" haben Migranten als Einnahmequelle entdeckt. Sie verschleppen sie, nötigen ihnen unter Folter die Telefonnummern von Angehörigen in den USA ab und erpressen Lösegeld. Frauen und Mädchen werden missbraucht. Fast immer ist die Polizei Komplize, aber auch Bahnangestellte und Lokführer.

Banden werfen die Menschen vom fahrenden Zug

Seit 2006 sind laut der Organisation M3 auf dem Weg durch Mexiko 70.000 Migranten verschwunden oder als Krüppel gestrandet, weil sie vom Zug gefallen sind. Denn bis vor Kurzem reisten die Migranten weite Teile ihres Weges auf "Der Bestie", dem Güterzug, der von Mexikos Südgrenze bis hoch in den Norden fährt. Die Flüchtlinge sitzen dabei bei Wind und Wetter auf den Dächern, hängen auf den Kupplungen, bis sie vor Müdigkeit herunterfallen oder von Banden heruntergeworfen werden.

Doch seit dem vergangenen Jahr ändern sich die Routen. Der Weg auf dem Güterzug wird schwieriger, weil die Strecke von der Polizei bewacht wird. Also weichen die Migranten aus: mit Flößen und Booten über den Pazifik, in Privatwagen der Schlepper, in Überlandbussen, zu Fuß oder eben wie im aktuellen Fall per Lkw.

Ähnlich wie die Flüchtlinge in Europa sparen die Familien in Mexiko und Zentralamerika oft jahrelang auf das Geld für den "Coyote", wie die Schlepper hier genannt werden. Zwischen 500 und 5000 Dollar werden für einen Transport ins gelobte Land fällig. Garantien gibt es auch hier keine, Ankommen ist Glückssache.

Überleben auch.

Zusammengefasst: Auch an der Südgrenze der USA spielt sich ein Flüchtlingsdrama ab - allerdings seit Jahren. Hunderttausende Menschen aus Mexiko und Zentralamerika wollen unbedingt in den reichen Norden. Dabei vertrauen sie sich für viel Geld Schleppern an, die nicht selten auch den Tod der Flüchtlinge in Kauf nehmen. Zuletzt wurden mehr als 150 Menschen in einem Schmuggellaster entdeckt - viele kurz vor dem Erstickungstod.

**Load-Date:** October 1, 2015

[Schaden Flüchtlinge wirklich deutschen Schülern?;  
http://www.spiegel.de/schulspiegel/schaden-fluechtlinge-wirklich-deutschen-schuelern-a-1057919.html](http://www.spiegel.de/schulspiegel/schaden-fluechtlinge-wirklich-deutschen-schuelern-a-1057919.html)

SPIEGEL ONLINE

16. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** SCHULSPIEGEL / DEFAULT

**Length:** 1004 words

**Byline:** Bernd Kramer

**Highlight:** Wenn viele **Flüchtlinge** in einer Klasse sind, sinkt die Leistung - das behauptet der Chef des Gymnasiallehrerverbandes. Doch die Studien, auf die er sich beruft, zeigen: So stimmt das nicht. Die wichtigsten Fakten im Überblick.

## Body

---

Willkommen in Deutschland, willkommen in der Schule: Immer mehr junge **Flüchtlinge** brauchen Unterricht. Lernen deutsche Schüler weniger, wenn in ihrer Klasse viele junge Menschen sitzen, die erst seit kurzem im Land sind? Das suggeriert der Chef des Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger. Er bringt eine **Migrantenquote** für Schulklassen ins Gespräch. Ist das sinnvoll? Oder alarmistisch?

Wie viele **Flüchtlinge** gibt es an deutschen Schulen?

Im vergangenen Jahr sind nach Angaben der Universität Köln knapp 100.000 Flüchtlingskinder im schulpflichtigen Alter nach Deutschland gekommen. Für dieses Jahr gibt es noch keine endgültigen Zahlen. Sicher ist nur: Es werden mehr sein. Die Kultusminister gehen davon aus, dass mit den bereits 2014 eingeschulten Kindern und den neu ankommenden Zuwanderern gut 325.000 Flüchtlingskinder an den deutschen Schulen aufgenommen werden müssen.

Diese Schätzung dürfte eher konservativ sein, denn die Kultusminister stützten sich auf die Prognose, wonach in diesem Jahr 800.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Sollten deutlich mehr Flüchtlinge kommen - wovon inzwischen einige ausgehen -, dürfte wohl auch die Zahl der Schüler steigen.

Dass das Bildungssystem damit automatisch überlastet wäre, lässt sich allerdings nicht sagen. Insgesamt gibt es in Deutschland 11 Millionen Schüler an Grundschulen, weiterführenden Schulen und Berufsschulen. Die Flüchtlinge würden nur einen kleinen Teil ausmachen: rund drei Prozent.

Wie viele Lehrer für neue Klassen werden gebraucht?

Schaden Flüchtlinge wirklich deutschen Schülern? <http://www.spiegel.de/schulspiegel/schaden-fluechtlinge-wirklich-deutschen-schuelern-a-1057919.html>

Die Kultusministerkonferenz (KMK) geht von 20.000 Lehrern aus, die zusätzlich benötigt werden, um die Flüchtlingskinder zu unterrichten. Die Lehrgewerkschaft GEW schätzt den Bedarf auf 24.000 zusätzliche Lehrer. Der Philologenverband geht von 25.000 aus.

Solche Zahlen beruhen allerdings auf Überschlagsrechnungen: Wie viele Schüler kommen heute auf einen Lehrer? Und wie viele Lehrer wären nötig, wenn das Lehrer-Schüler-Verhältnis beibehalten werden soll?

Gesucht werden allerdings vor allem Lehrer für Willkommensklassen, die Flüchtlingen schnell die deutsche Sprache beibringen. Danach sollen die Kinder möglichst in den normalen Klassen mitlaufen. Einige Beispiele, wie die Länder den Lehrbedarf decken könnten, hatte Hessens Kultusminister Alexander Lorz (CDU) kürzlich aufgezählt: etwa durch die Reaktivierung pensionierter Pädagogen, eine Aufstockung der Stundenzahl von Teilzeitkräften und die Weiterqualifizierung aktiver Lehrer für Deutsch als Fremdsprache.

Führen viele Migranten in der Klasse zu einem Leistungsabfall?

Es klingt alarmierend: "Schon wenn der Anteil von Kindern nicht deutscher Muttersprache bei 30 Prozent liegt, setzt ein Leistungsabfall ein. Dieser wird ab 50 Prozent dramatisch", sagte Meidinger der "Neuen Osnabrücker Zeitung". Auch deutschstämmige Schüler würden demnach darunter leiden, wenn sie mit vielen Migranten in dieselbe Schule gehen.

Schaut man in die Studien, auf die Meidinger sich nach eigener Aussage bezieht, ist es etwas komplizierter. Die Bildungsforscherin Petra Stanat hatte in ihrer Untersuchung Pisa-Daten für Hauptschulen aus dem Jahr 2000 ausgewertet. Sie kommt zu dem Ergebnis: Bei einem Migrantenanteil von 40 Prozent und mehr sinken zwar die Leistungen der ganzen Klasse - allerdings hat das vor allem mit dem niedrigen Berufsstatus und Bildungsstand vieler Zuwandererfamilien zu tun. Die Nachteile scheinen jedenfalls "nicht spezifisch an den Migrantenanteil gekoppelt zu sein".

Zum Teil zeigen sich sogar gegenteilige Effekte: In Schulen mit hohem Migrantenanteil ist der Ehrgeiz der Schüler besonders hoch. In Schulen mit hohem Zuwandereranteil scheinen die Jugendlichen einen höheren Bildungsabschluss anzustreben.

Auch eine weitere Studie von 2010, auf die Meidinger sich bezieht, hält fest: Es bestehe "kein eigenständiger Einfluss des Migrantenanteils auf den Kompetenzerwerb". Wieder ist es nicht das Geburtsland, sondern vor allem die soziale Herkunft der Schüler, die das Lernklima in den Klassen bestimmt.

Die Leistungen der Migranten in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren übrigens deutlich verbessert - sie sind keineswegs mehr automatisch Bildungsverlierer. In vielen großen Vergleichsstudien konnten sie enorm aufholen.

Wie sinnvoll ist eine Migrantenquote?

Der "Verband Bildung und Erziehung" (VBE) warnt vor einer Flüchtlingsquote für Schulklassen. Diese Forderung sei "realitätsfremd", sagte VBE-Vorsitzender Udo Beckmann. Eine Quote könnte bedeuten, dass Kinder, die durch die Fluchterlebnisse oft traumatisiert sind, mit Bussen über Land verschickt und auf Schulen verteilt werden müssten.

Philologen-Chef Meidinger stellt klar, dass auch er keine explizite Quote verlangt. Es dürften aber nicht in einigen Klassen nur deutschstämmige Schüler, in anderen nur Flüchtlinge sitzen. "Das Ziel muss sein, ein ausgeglichenes Verhältnis zu bekommen", sagt er SPIEGEL ONLINE.

Bisher gehen Migranten und Deutschstämmige tatsächlich häufig in unterschiedliche Klassen: 41 Prozent der Grundschüler aus Einwandererfamilien besuchen eine der Schulen, an denen mehr als die Hälfte der Schüler einen Migrationshintergrund haben. 15 Prozent aller deutschen Kinder und Jugendlichen haben wiederum überhaupt keinen Mitschüler mit ausländischen Wurzeln in ihrer Klasse ( Hier finden Sie diese und weitere Zahlen, die der Mediendienst Integration zusammengetragen hat).

Schaden Flüchtlinge wirklich deutschen Schülern? <http://www.spiegel.de/schulspiegel/schaden-fluechtlinge-wirklich-deutschen-schuelern-a-1057919.html>

Wie kommt es zu dieser sogenannten Segregation? Viele Migranten wohnen oft in denselben Stadtteilen, und damit im Einzugsbereich derselben Schule. Aber auch deutschstämmige Eltern tragen dazu bei: Sie meiden Schulen mit einem hohen Migrantenanteil, weil sie - oft vorschnell, oft irrtümlich - annehmen, dass ihre Kinder dort schlechter lernen. Besonders eindrücklich hat eine Detailauswertung der Berliner Schulbezirksdaten dieses Verhalten belegt.

Sinnvoller als eine Migrantenquote wäre daher vielleicht eine Deutschenquote an Schulen, wo Zuwandererkinder unter sich zu bleiben drohen.

**Load-Date:** October 16, 2015

---

End of Document

## Zahl der Asylbewerber aus der Türkei steigt

SPIEGEL ONLINE

05. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 374 words

**Byline:** Anna-Lena Roth

**Highlight:** Offenbar fliehen immer mehr Türken aus ihrem Heimatland nach Deutschland: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren es laut einem Zeitungsbericht fast so viele Asylbewerber wie im gesamten Vorjahr.

### Body

---

Angesichts der wachsenden Spannungen in der Türkei beantragen einem Zeitungsbericht zufolge offenbar immer mehr Türken Asyl in Deutschland. Im ersten Halbjahr sei die Zahl fast schon so hoch wie im gesamten Jahr 2015, berichtete der "Tagesspiegel" und beruft sich dabei auf Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf).

Demnach registrierte die Behörde von Januar bis Juni 1719 Anträge von Türken, im vergangenen Jahr waren es 1767. Wie sich die Lage seit dem Putschversuch im Juli entwickelt, könne das Bamf noch nicht sagen.

Die meisten Asylbewerber kommen dem Bericht zufolge aus den Kurdengebieten der Türkei: Dort gibt es regelmäßig Gefechte zwischen der Armee und Rebellen der kurdischen Arbeiterpartei PKK. Von den 1719 Antragstellern in den ersten sechs Monaten dieses Jahres seien 1510 kurdischer Herkunft, heißt es in dem Bericht. Im Jahr zuvor waren demnach unter allen türkischen Asylbewerbern 1428 Kurden.

Trotz der angespannten Situation im Südosten der Türkei sei die Anerkennungsquote bei Asylanträgen deutlich gesunken: Laut Bamf wurden im ersten Halbjahr 5,2 Prozent der Anträge kurdischer Türken positiv beschieden, berichtete die Zeitung. Bei Flüchtlingen aus der Türkei insgesamt seien es 6,7 Prozent gewesen.

Erdogan, Gülen und die US-Regierung

Mitte Juli hatten Teile des türkischen Militärs versucht, die Macht im Land zu übernehmen. Der Putsch scheiterte, seitdem geht Präsident Recep Tayyip Erdogan mit aller Härte gegen all jene vor, die er als Feinde betrachtet.

Nach Regierungsangaben vom Dienstag wurden seit dem Putschversuch 58.611 Staatsbedienstete suspendiert, weitere 3499 wurden dauerhaft entlassen. Nach Angaben des Innenministeriums vom Mittwoch wurden 25.917 Menschen festgenommen, gegen 13.419 Verdächtige wurde Haftbefehl erlassen.

Als Drahtzieher vermutet Erdogan den im US-Exil lebenden Prediger Fethullah Gülen (hier lesen Sie einen Bericht aus Gülen's Exil in den Bergen Pennsylvanias). Er verlangt von den USA, seinen ehemaligen



## Zahl der Asylbewerber aus der Türkei steigt

Verbündeten und aktuellen Erzfeind auszuliefern. Vertreter der US-Regierung reichen die von der Türkei vorgelegten Beweise für eine Verstrickung Gülens in den Militärputsch allerdings bislang nicht aus.

aar/dpa/Reuters

**Load-Date:** August 5, 2016

---

End of Document

**Zahl der Flüchtlinge in der Ägäis vervierfacht;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-zahl-der-fluechtlinge-in-aegaeis-vervierfacht-a-1027701.html>**

SPIEGEL ONLINE

09. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 297 words

**Highlight:** Polizei und Küstenwache in der griechischen Ägäis sind überfordert: Mehr als 10.000 **Flüchtlinge** sind seit Anfang des Jahres aufgegriffen worden - das sind viermal so viele wie im Vorjahreszeitraum.

## **Body**

---

Immer mehr **Flüchtlinge** wollen über Griechenland in die EU: Die Zahl der **Migranten** hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum vervierfacht. Von Januar bis März seien 10.445 **Migranten** in der Ägäis aufgegriffen worden, teilte die griechische Küstenwache mit. Im ersten Quartal 2014 waren es demnach 2863 Menschen.

Polizei und Küstenwache auf der griechischen Insel Kos sind mit den Flüchtlingen restlos überfordert: In einem Brief der Beamten an die Regierung hieß es: "Wir heben die Hände hoch!" - mit der Bitte, nicht noch mehr Migranten aufzunehmen. Auf Fernsehbildern war zu sehen, dass im Hof der Polizei- und Küstenwachstationen Hunderte Migranten auf der Erde schlafen. Medienberichten zufolge brachte das Militär Zelte, um die Menschen unterzubringen.

Die Flüchtlinge stammen hauptsächlich aus Syrien und kommen über die Türkei nach Griechenland. Nach Schätzungen der griechischen Küstenwache warten in der Westtürkei Zehntausende Migranten auf eine Gelegenheit, über Griechenland in die EU einzureisen. Allein in dieser Woche seien knapp 500 Migranten auf den Ägäisinseln Lesbos, Agathonisi, Kos und Rhodos angekommen.

Die Schifffahrtsbranche hat derweil an die Mitgliedsländer der EU appelliert, die humanitäre Krise der Bootsflüchtlinge im Mittelmeer zu lösen. In einem gemeinsamen Schreiben der europäischen und der Weltverbände von Reedern und Gewerkschaften an die EU-Staaten heißt es, ohne zusätzliche Mittel für Rettungsaktionen sei der Verlust von Tausenden Leben zu befürchten.

Regierungschef Alexis Tsipras hatte kürzlich die gleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen auf die gesamte EU gefordert - und damit eine Änderung der EU-Flüchtlingspolitik. Sein Land werde immer mehr zu einem "Auffanglager" für Migranten.

kry/dpa

Zahl der Flüchtlinge in der Ägäis vervierfacht <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-zahl-der-fluechtlinge-in-aegaeis-vervierfacht-a-1027701.html>

**Load-Date:** April 28, 2015

---

End of Document

## Mann fährt Hunderte Kilometer unter Lkw mit

SPIEGEL ONLINE

23. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 247 words

**Byline:** Hendrik Ternieden

**Highlight:** In Italien hat ein **Flüchtling** sein Leben riskiert: Festgeschnallt unter einem Lkw fuhr er offenbar Hunderte Kilometer durch das Land. Auf der Autobahn bemerkte ein überholender Fahrer den 20-Jährigen.

### Body

---

Ein **Flüchtling** aus Afghanistan ist in Italien offenbar mehrere Hundert Kilometer unter der Ladefläche eines Lastwagens mitgefahren.

Laut einem Polizeisprecher alarmierte ein Autofahrer die Polizei, weil er beim Überholen auf der Autobahn Füße unter dem fahrenden Lkw hervorragen sah. Die Beamten stoppten das Fahrzeug am Montag etwa 65 Kilometer südöstlich von Rom und entdeckten den 20-jährigen Afghanen, der sich unter dem Fahrzeug mit Ledergürteln festgezurrt hatte.

Wie lange der junge Mann auf diese Weise mitfuhr, ist nicht gesichert. Die Polizei geht davon aus, dass er sich in der südöstlichen Hafenstadt Brindisi unter den Lastwagen geschnallt hatte - etwa 400 Kilometer vom Ort seiner Festnahme entfernt.

Der Lkw kam aus der Türkei und war vom Hafen in Brindisi auf dem Weg nach Spanien, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Die Fahrer wussten demnach nichts von ihrem blinden Passagier und durften ihre Fahrt fortsetzen.

Der Afghane wirkte den Angaben zufolge erschöpft und wurde kurz ins Krankenhaus und danach in ein Aufnahmезentrum für Flüchtlinge gebracht. Er hatte ein Transitdokument bei sich, das ihm die griechischen Behörden ausgestellt hatten. Da er keinen Asylantrag in Italien stellen wollte, soll er abgeschoben werden.

Seit Schließung der Balkanroute kommen Flüchtlinge wieder vermehrt über Italien nach Europa. Ministerpräsident Matteo Renzi sagte am Montag, seit Jahresbeginn hätten rund 102.000 Flüchtlinge und Migranten Italien erreicht.

hut/dpa/AFP

**Load-Date:** August 24, 2016

Mann fährt Hunderte Kilometer unter Lkw mit

---

End of Document

[Widerstand in der CDU gegen Merkels Einwanderungsgesetz;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-cdu-basis-rebelliert-  
gegen-einwanderungsgesetz-a-1057038.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-cdu-basis-rebelliert-gegen-einwanderungsgesetz-a-1057038.html)

SPIEGEL ONLINE

10. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 492 words

**Highlight:** Tausende CDU-Mitglieder rebellieren gegen Pläne für ein Einwanderungsgesetz. Zugleich gibt es neue Probleme in der Flüchtlingskrise: Nach SPIEGEL-Informationen dauern Asylverfahren noch länger als bislang bekannt.

## Body

---

In der CDU regt sich Widerstand gegen ein Einwanderungsgesetz, das die Führung auf dem Parteitag im Dezember als offizielles Ziel im Programm verankern will. Der fast 17.000 Mitglieder starke Bezirksverband Niederrhein verlangt, einen entsprechenden Satz in dem Antrag einer Kommission unter Parteivize Armin Laschet zu streichen. (Diese Meldung stammt aus dem SPIEGEL. Den neuen SPIEGEL finden Sie hier .)

Die umstrittene Passage enthält das heikle Wort Einwanderungsgesetz schon gar nicht mehr, sondern fordert nur, dass die Zuwanderungsregeln "widerspruchsfrei und besser miteinander verknüpft" und "in einem Gesetz zusammengeführt" werden.

Doch auch dies geht dem Bezirksverband Niederrhein unter Führung von Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, zu weit: Es sei "eine leichtsinnige Annahme und nicht begründbare Hoffnung", heißt es in einem Änderungsantrag, dass eine solche Reform "eine bloße Zusammenfassung" der geltenden Regeln brächte.

Eher sei zu befürchten, dass die Zuwanderung dann "so ausgeweitet würde", dass Menschen "auch in die Arbeitslosigkeit in Deutschland zuwandern dürften".

Asylverfahren dauern länger als offiziell angegeben

Befeuern dürften den Unmut die zunehmenden Probleme im Management der Flüchtlingskrise: Asylverfahren in Deutschland dauern oft deutlich länger als offiziell angegeben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) nennt eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von rund fünf Monaten, doch diese Statistik verzerrt die Wirklichkeit.

Grundlage der Berechnungen ist nicht der Tag, an dem ein Flüchtling deutschen Boden betritt, sondern erst jener, an dem das Bamf den Asylantrag entgegennimmt. Bis zu dieser "Aktenanlage" können jedoch Monate vergehen.

Widerstand in der CDU gegen Merkels Einwanderungsgesetz [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-cdu-basis-rebelliert-gegen-einwanderungsgesetz-a....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-cdu-basis-rebelliert-gegen-einwanderungsgesetz-a...)

Dem SPIEGEL liegen Unterlagen mehrerer Asylbewerber aus Afghanistan vor, die im September nach Deutschland kamen. Ihnen wurden Termine zur "Aktenanlage" im Mai und im Juni 2016 genannt. Sie müssten demnach ein Dreivierteljahr warten, bis ihr Verfahren überhaupt beginnt. Keine Einzelfälle, wie der Frankfurter Asylrechtsanwalt Reinhard Marx versichert. (Diese Meldung stammt aus dem SPIEGEL. Den neuen SPIEGEL finden Sie hier .)

Er vertritt eine afghanische Familie, die seit 14 Monaten darauf wartet, beim Bamf ihren Antrag stellen zu dürfen. Marx will die Behörde mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht zwingen, schneller zu arbeiten.

"Die offiziellen Zahlen über die Dauer der Verfahren sind geschönt", kritisiert auch Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt. "Wir haben eine Warteschleife, deren wahre Länge unbekannt ist." Das Bamf räumt ein, dass es mancherorts zu mehrmonatigen Wartezeiten gekommen sei, insbesondere bei afghanischen Asylbewerbern. "Gründe hierfür sind neben den extrem hohen Zugangszahlen Engpässe bei einigen Dolmetschern." Man arbeite "mit Hochdruck daran, diesen Zustand zu beheben", in "absehbarer Zeit" sollen wieder frühere Termine vergeben werden.

**Load-Date:** October 10, 2015

---

End of Document

## So kämpfen Flüchtlinge in Deutschland für ihr Image

SPIEGEL ONLINE

08. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK

**Length:** 407 words

**Highlight:** "Wir sind hier, weil wir etwas verwirklichen wollen!"

### Body

---

**Dieser Beitrag wurde am 08.01.2016 auf bento.de veröffentlicht.**

Serge Menga Nsibu lebt in Deutschland, weil seine Eltern einst die **Demokratische Republik Kongo** verließen. Er fühlt sich hier wohl. Aber **nach den Übergriffen in Köln** muss er was loswerden und hat auf seinem Facebook-Kanal ein Video hochgeladen. Darin erzählt er, dass er gern in Deutschland lebt, denn in der Heimat seiner Eltern schere sich niemand um die Zukunft der Bürger. **Serge fordert alle in Deutschland lebenden Ausländer auf: Benehmt Euch!**

Seit Serge sein Video am Donnerstag auf Facebook veröffentlicht hat, wurde es schon mehr als **100.000-mal geteilt** und mehr als **zwei Millionen mal geklickt**. Er hat einen Nerv getroffen. Und spricht dabei vielen Ausländern aus der Seele.

"Mit welchem Recht nehmen sich manche Menschen Sachen raus, die im Grunde genommen das Ansehen aller in Deutschland lebenden Ausländer besudeln?"

So wie Serge kämpfen viele für ihr Image im Land und **setzen ein Zeichen**, dass sie Teil ihrer neuen Heimat werden wollen. Sie verteilen Blumen in Berlin und jetzt in Köln. Sie räumen Silvesterknaller von der Straße. Sie kochen für Passanten in Kreuzberg:

Wie ist die Situation der Flüchtlinge aktuell?

Die wenigsten Flüchtlinge, die im vergangenen Jahr nach Deutschland kamen, dürften auf die Beschreibung passen, die Serge in seinem Rant anbringt. Viele träumen von einem Neubeginn, hoffen auf Akzeptanz und Sicherheit. **Sie büffeln in Deutschkursen und engagieren sich in Begegnungsstätten.** Zugezogene schrauben dein Auto, backen dir morgens dein Brötchen, sitzen für dich im Bundestag. Oder schummeln sich in deine Playlist.

Für die wenigsten ist dabei der Start in Deutschland leicht: **Fast 1,1 Millionen Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland, die meisten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan.** Noch nicht mal die Hälfte konnte bislang einen Asylantrag stellen. Denn beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) dauert die Bearbeitung eines Antrages derzeit rund fünf Monate. (tagesschau)



## So kämpfen Flüchtlinge in Deutschland für ihr Image

## Überfüllte Flüchtlingsheime

Das lange Warten in überfüllten Heimen und **das Nichtstun zermürben viele**. In einigen Einrichtungen kam es in der Vergangenheit zu Schlägereien, angespannte Flüchtlinge gerieten aneinander. Rund 40 Prozent der Asylsuchenden leiden nach Angaben der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) unter den extrem belastenden Erlebnisse in ihren Heimatländern. Doch an psychologischer Betreuung fehlt es fast überall. (SPIEGEL ONLINE)

**Load-Date:** September 29, 2020

**Gipfel beendet, Lösung vertagt;**

**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-eu-treffen-zur-fluechtlingskrise-gipfel-beendet-loesung-vertagt-a-1081135.html>**

SPIEGEL ONLINE

08. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 822 words

**Byline:** aar/AP/AFP/Reuters/dpa

**Highlight:** 01:17:00 Die EU setzt bei der Lösung der **Flüchtlingskrise** auf die Türkei - doch die überraschte beim Gipfeltreffen in Brüssel mit neuen Vorschlägen und Forderungen. Eine Einigung könnte es kommende Woche geben.

## **Body**

---

Das Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu in Brüssel ist beendet. Doch ein richtiger Durchbruch sieht anders aus. Die EU werde in der **Flüchtlingskrise** weiter mit der Türkei verhandeln, sagte Ratspräsident und Gastgeber Donald Tusk. Beim nächsten EU-Gipfel Mitte März solle das Paket zur Bewältigung der **Flüchtlingskrise** endgültig vereinbart werden.

Von der EU-Kommission hieß es, man habe sich mit Davutoglu auf wichtige Grundsätze geeinigt, um gemeinsam die **Flüchtlingskrise** zu bewältigen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, man sei "einen qualitativen Schritt weitergekommen". Beim Gipfeltreffen am 17. und 18. März könne es eine Einigung geben. Das Vorhaben wäre "ein Durchbruch", wenn es umgesetzt werde. Bei den Details gebe es aber noch Diskussionsbedarf.

Ähnlich klang das auch beim britischen Premier David Cameron. Es sei die "Basis für einen Durchbruch" mit der Türkei gelegt worden, sagte er. Es gebe die Aussicht, dass in Zukunft alle in Griechenland ankommenden Migranten in die Türkei zurückgeschickt werden könnten. Das würde das Geschäftsmodell von Menschenschmugglern kaputtmachen.

Die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydlo sagte, sollte die Einigung mit der Türkei zustande kommen und umgesetzt werden, wäre das ein "großer Schritt hin zur Lösung der Flüchtlingskrise". Laut Frankreichs Staatspräsident François Hollande nährte der Gipfel die Hoffnung, dass die Flüchtlingsfrage "auf solidarische Art und Weise in Europa" mit der Türkei zusammen angegangen werden könne. Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras warnte vor zu viel Euphorie: Die Ergebnisse seien lediglich ein Schritt nach vorn, es müssten jedoch zahlreiche Schritte unternommen werden.

Gipfel beendet, Lösung vertagt <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-eu-treffen-zur-fluechtlingskrise-gipfel-beendet-loesung-vertagt-a-1081135.html>

Davutoglu hatte die Gipfelteilnehmer zuvor mit völlig neuen Vorschlägen und Forderungen überrumpelt. Dazu zählen unter anderem die folgenden:

Die Türkei werde laut Davutoglu alle "irregulären Migranten" wieder zurücknehmen, die von der Türkei aus auf griechische Inseln übergesetzt haben. Die Kosten solle die EU tragen. Für jeden Syrer, der von Griechenland in die Türkei zurückgeführt wird, soll ein Syrer von der Türkei in die EU umgesiedelt werden. Zudem fordert Ankara bis 2018 weitere drei Milliarden Euro zur Versorgung der Flüchtlinge im eigenen Land, rasche Visa-Erleichterungen für türkische Bürger und Fortschritte bei den EU-Beitrittsverhandlungen (mehr über Davutoglus Vorstoß lesen Sie hier).

#### Grundsätzliche Einigung über Rücksendung von Flüchtlingen

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte in der Nacht zu Dienstag, die EU werde künftig auch unerlaubt einreisende Syrer wieder in die Türkei zurückschicken können. Damit die Türkei mit der Last nicht alleine bleibt, müsse die EU aber für jeden zurückgebrachten Syrer einen syrischen Bürgerkriegsflüchtling auf legalem Weg aufnehmen.

Merkel verteidigte die geplante Rücksendung von Flüchtlingen in die Türkei. Es gebe auch weitere Wege für Asylbewerber, legal in die EU zu kommen. "Wir glauben, dass wir mit der Türkei eine solche rechtskräftige Position entwickeln können. (...) Das schließt nicht aus, dass es eine individuelle Betrachtung auch des Einzelnen gibt", sagte Merkel.

Verhandlungen für einen EU-Beitritt der Türkei seien derzeit kein Thema: "Die Beitrittsfrage stellt sich derzeit nicht", sagte Merkel. Der Konflikt in Syrien und andere Krisen hätten aber klargemacht, wie wichtig es sei, mit der Türkei eine strategische Beziehung zu entwickeln. "Die sehr enge Zusammenarbeit mit der Türkei ist im absoluten geopolitischen Interesse."

Über eine rasche Visa-Erleichterung für türkische Staatsbürger sagte Davutoglu, die EU-Staaten hätten dies bereits grundsätzlich akzeptiert. "Wir hoffen, dass spätestens Ende Juni türkische Bürger ohne Visum in die Schengenzone reisen können."

Gipfel erklärt Balkanroute nicht für "geschlossen"

Im Vorfeld des Treffens hatte es Streit um eine Formulierung in der ursprünglich vorbereiteten Gipfelerklärung gegeben: Darin sollte die Balkanroute für "geschlossen" erklärt werden. Unter anderem Deutschland und Griechenland hatten sich dagegen gewehrt.

Und tatsächlich: In dem Abschlusstext, der am frühen Dienstagmorgen veröffentlicht wurde, wird auf die Bezeichnung verzichtet. Stattdessen heißt es nun: "Irreguläre Ströme von Migranten entlang der Route des westlichen Balkans müssen nun enden."

Merkel im Video: "Türkischer Vorschlag ist ein Durchbruch"

Zusammengefasst: Die Staats- und Regierungschefs der EU haben in Brüssel gemeinsam mit dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu über die Flüchtlingskrise verhandelt - und über seine neuen Vorschläge und Forderungen. Grundsätzlich gab es viel Zustimmung bei den Gipfelteilnehmern, eine endgültige Entscheidung wurde aber bis zum nächsten Treffen in der kommenden Woche vertagt.

aar/AP/AFP/Reuters/dpa

**Load-Date:** March 8, 2016

*In Europa angekommen - und dann?;*

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-so-funktioniert-die-dublin-verordnung-a-1029803.html>

SPIEGEL ONLINE

22. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 741 words

**Byline:** Almut Cieschinger

**Highlight:** Mit der Dublin-Verordnung regelt Europa die Aufnahme von Flüchtlingen. Aber wie funktioniert das System? Und wo liegen seine Schwächen? Der Stichwortcheck.

## Body

---

Dublin-Verordnung - was ist das?

Die Dublin-Verordnung regelt, welcher Staat für die Bearbeitung eines Asylantrags innerhalb der EU zuständig ist. So soll sichergestellt werden, dass ein Antrag innerhalb der EU nur einmal geprüft werden muss. Ein Flüchtling muss in dem Staat um Asyl bitten, in dem er den EU-Raum erstmals betreten hat. Dies geschieht besonders häufig an den EU-Außengrenzen, etwa in Italien, Griechenland oder Ungarn.

Tut er dies nicht und stellt den Antrag beispielsweise in Deutschland, kann er in den Staat der ersten Einreise zurückgeschickt werden - auch zwangsweise.

Die Flüchtlingsfrage wurde europaweit 1990 im Dubliner Übereinkommen geregelt und 2003 durch die Dublin-Verordnung abgelöst. Inzwischen gilt die Dublin-III-Verordnung, die 2013 in Kraft trat.

Wo liegen die Probleme?

Besonders Mittelmeerstaaten wie Griechenland und Italien, aber auch das an den Balkan grenzende Ungarn haben derzeit ohnehin eine sehr großen Zahl an Flüchtlingen zu bewältigen und sind damit zunehmend überfordert: Die Erstunterkünfte sind überfüllt, es herrschen unzumutbare Bedingungen, Antragsverfahren verlaufen schleppend. Teilweise werden Ankommende ganz ohne Verfahren zurückgeschickt ("heiße Abschiebungen").

Die Flüchtlinge selbst versuchen, unerkannt und auf illegalem Weg weiter nach Norden zu gelangen. Andererseits kann Deutschland, das in der Mitte Europas liegt, theoretisch aus rein formalen Gründen viele Flüchtlinge abweisen und sich damit ein komplettes Asylverfahren sparen.

In Europa angekommen - und dann? <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-so-funktioniert-die-dublin-verordnung-a-1029803.html>

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Jahr 2011 werden nach Griechenland wegen der dortigen Bedingungen EU-weit keine "Dublin-Flüchtlinge" mehr zurückgeschickt. Auch eine Rückführung nach Italien ist in Deutschland umstritten.

Wie verläuft das Prozedere?

In einem persönlichen Gespräch ermitteln die Behörden als erstes, wo ein Asylbewerber die EU betreten hat. Beihilflich sind dabei auch EU-weite Datenbanken, die etwa Fingerabdrücke von Flüchtlingen gespeichert haben. Wenn beispielsweise ein Flüchtling in Italien ankommt, dann aber nach Deutschland weiterreist und erst dort einen Asylantrag stellt, können deutsche Behörden die Übernahme des Flüchtlings durch Italien ersuchen.

Mit anderen Worten: Er wird in das Land zurückgeschickt, über das er in die EU gelangt ist. Flüchtlinge haben allerdings das Recht, dagegen kurzfristig Widerspruch einzulegen. Kann die sogenannte Rückführung nicht innerhalb von sechs Monaten erfolgen, muss der Staat, der die Übernahme ersucht, das Asylverfahren durchführen. Diese Frist kann sich aber aus unterschiedlichen Gründen verlängern.

Dublin ermöglicht es den Staaten, ein Asylverfahren einzuleiten, auch wenn sie eigentlich nicht zuständig sind (sogenanntes Selbsteintrittsrecht). Das gilt etwa, wenn dem Flüchtling bei der Abschiebung besondere Härten drohen. Davon hat Deutschland zuletzt etwa bei Ankommenden aus Syrien Gebrauch gemacht.

Was bedeutet das für Deutschland?

In absoluten Zahlen beantragen EU-weit die meisten Flüchtlinge in Deutschland Asyl. Im vergangenen Jahr haben die Behörden 35.115 Übernahme- bzw. Wiederaufnahmeersuchen im Rahmen von Dublin an andere EU-Mitglieder gestellt, aber selbst nur rund 5000 erhalten. Insgesamt hat Deutschland aber nur 4800 Dublin-Fälle tatsächlich in das Einreiseland zurückgeschickt. Insgesamt erklärten sich deutsche Behörden bei etwas mehr als 20 Prozent aller Asyl-Erstanträge für nicht zuständig. Im Jahr zuvor war es noch fast jeder dritte Antrag, der im Zuge des Dublin-Verfahrens weitergereicht wurde.

Wie könnte eine Alternative aussehen?

Schon seit Jahren wird in der EU über eine Aussetzung oder Modifizierung von Dublin diskutiert. Bislang jedoch ohne Erfolg. Zuletzt machte Deutschlands Innenminister Thomas de Maizière (CDU) einen Vorstoß, die Flüchtlinge mittels Quoten, gemessen unter anderem an der Einwohnerzahl, gerechter zu verteilen. Viele EU-Staaten sperrten sich jedoch gegen eine solche Quote, da sie dann mehr Flüchtlinge aufnehmen müssten. Länder wie Italien, aber auch Deutschland würden durch diese Quote wohl entlastet. Schon Anfang vergangenen Jahres stellte der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration ein Konzept vor, wie man die Flüchtlinge gemessen an der Einwohnerzahl und auch an Wirtschaftskraft und Arbeitslosenquote "fair" verteilen kann.

Mitarbeit: Mara Küpper, Mirjam Schlossarek

**Load-Date:** June 10, 2015

**Behörden erwarten mehr Flüchtlinge aus Afghanistan;  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-100-000-verlassen-monatlich-afghanistan-a-1054936.html>**

SPIEGEL ONLINE

27. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 502 words

**Byline:** nck/Reuters/dpa

**Highlight:** Bis zu 100.000 Afghanen im Monat verlassen derzeit ihre Heimat, die Reisepässe werden bereits knapp. Einem Bericht zufolge rechnen deutsche Sicherheitsbehörden mit einem raschen Anstieg der Asylbewerberzahlen.

## Body

---

Die deutschen Behörden rechnen einem Zeitungsbericht zufolge mit einer steigenden Zahl von Asylbewerbern aus Afghanistan. Derzeit verließen monatlich bis zu 100.000 Afghanen ihr Heimatland, berichtet die "Welt am Sonntag" unter Berufung auf Sicherheitskreise.

In diesem Jahr seien bisher etwa 70.000 Afghanen in Europa angekommen, zitiert die Zeitung den Chef der Afghanistan-Mission der Internationalen Organisation für Migration (IOM), Richard Danziger. Während es Arbeitsmigranten vor allem nach Iran, Pakistan oder in die Vereinigten Arabischen Emirate ziehe, fliehen demnach Zehntausende weiter nach Europa und dort oftmals nach Deutschland.

Deutsche Sicherheitsbeamte führten die steigende Flüchtlingszahl aus Afghanistan insbesondere auf eine Entscheidung der Regierung in Kabul zurück, berichtet die Zeitung. Diese habe Anfang des Jahres begonnen, elektronisch lesbare Pässe auszugeben, mit denen eine Ausreise nach Iran möglich sei. Die Nachfrage sei enorm. "Wir haben nicht genug Beamte und technische Möglichkeiten, um rechtzeitig zu liefern", sagte der Leiter der afghanischen Passbehörde, Sayed Omar Saboor.

Nach Angaben aus deutschen Sicherheitskreisen habe sich die Zahl der Flüchtlinge aus Afghanistan zudem erhöht, nachdem die Bundesregierung im August ihre Asylbewerberprognose für 2015 auf insgesamt 800.000 erhöht hatte. In Afghanistan sollen Schleuser daraufhin das Gerücht gestreut haben, dass die Bundesrepublik über diese Zahl hinaus keine Flüchtlinge mehr aufnehmen werde. Die Folge sei eine massenhafte plötzliche Ausreise gewesen. In Deutschland kamen zuletzt etwa elf Prozent der neu eingetroffenen Flüchtlinge aus Afghanistan.

EU-Kommissar rechnet mit mehr Flüchtlingen aus dem Libanon

EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn hält zudem eine starke Zunahme der Fluchtbewegung aus dem Libanon Richtung Europa für möglich. Der Libanon sei "der fragilste Staat" in der Region, sagte Hahn der

Behörden erwarten mehr Flüchtlinge aus Afghanistan <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-100-000-verlassen-monatlich-afghanistan-a-1054936.html>

Tageszeitung "Die Welt". "Von dort könnte die nächste große Flüchtlingswelle kommen." Hahn wies darauf hin, dass derzeit rund eine Million syrischer Flüchtlinge im Libanon lebten. Es gebe dort eine hohe Arbeitslosigkeit und eine ausufernde Staatsverschuldung, dies sei "eine gefährliche Mischung".

Seit er im vergangenen Jahr ins Amt gekommen sei, habe er "immer wieder darauf hingewiesen", dass es rund um Europa 20 Millionen Flüchtlinge gebe und "das enorme Risiko besteht, dass sie sich in Bewegung setzen", sagte Hahn. Nunmehr sei "genau diese Krise eingetreten". Es sei "leider so", dass die Verantwortlichen erst dann reagierten, "wenn die Dinge vor Ort stattfinden". Hahn begrüßte die Ergebnisse des Europäischen Rats aus dieser Woche, sagte aber, dies könne "nur ein Anfang sein".

Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten in der Nacht zum Donnerstag beschlossen, eine Milliarde Euro für die Versorgung von Flüchtlingen rund um Syrien bereitzustellen, stärker mit der Türkei zusammenzuarbeiten und die eigenen Grenzen stärker zu sichern.

nck/Reuters/dpa

**Load-Date:** September 27, 2015

---

End of Document

## Noch härter gegen Flüchtlinge? Ungarn schafft das

SPIEGEL ONLINE

07. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1178 words

**Byline:** Leonie Voss

**Highlight:** Poster mit Hassparolen überall, Tausende "Grenzjäger" auf Patrouille - die Orbán-Kampagne gegen Migranten erreicht neue Tiefpunkte. Der Grund: Bald stimmen die Ungarn über den Flüchtlingskurs ab.

### Body

---

Ungarn ist förmlich zugekleistert mit Plakaten, an manchen Stellen hängen fünf, sechs nebeneinander. "Hätten Sie's gewusst?", steht da, es folgen jeweils verschiedene Antworten: "Es waren Einwanderer, die die Anschläge von Paris begangen haben." Oder: "Letztes Jahr kamen 1,5 Millionen illegale Einwanderer nach Europa."

Tamás Léderer sieht die Plakate jeden Tag, wenn er auf die Straße geht. Und er ist jeden Tag wieder schockiert. "Man muss nicht unbedingt damit einverstanden sein, dass Flüchtlinge in so großer Zahl nach Europa kommen", sagt er. "Aber dass unsere Regierung so ein niedriges und menschenfeindliches Niveau erreicht, ist wirklich nicht notwendig."

In diesen Tagen jähren sich die bewegenden Bilder aus Ungarn zum ersten Mal. Bilder von Zehntausenden Flüchtlingen, die von dort aus Richtung Deutschland strömen - erst in Zügen, später zu Fuß auf Autobahnen. Und es jähren sich die Worte von Kanzlerin Angela Merkel, die den Deutschen zurief: "Wir schaffen das." Ungarn wollte die Menschen aus Krisen- und Armutsregionen nicht haben, schon damals ging die Regierung unter Viktor Orbán rigide gegen sie vor. Léderer schämte sich im Sommer 2015 für seine Regierung und dachte zugleich, viel schlimmer könne es nicht kommen. Er irrte.

Der 43-Jährige ist selbstständiger Finanzberater in Budapest. Im letzten Sommer war er einer der Aktivisten der Facebook-Initiative Migration Aid, in der sich freiwillige Helfer zusammengeschlossen hatten, um gestrandeten Flüchtlingen zu helfen. Damals hatte die ungarische Regierung ihre erste große Plakatkampagne gegen Flüchtlinge gestartet, mit Slogans wie: "Wenn du nach Ungarn kommst, darfst du den Ungarn nicht die Arbeit wegnehmen!" Vorgeblich waren sie an Flüchtlinge gerichtet, geschrieben in ungarischer Sprache.

Die Staatsmedien warnen tagtäglich vor der "Migrantenflut"

Orbán und seine Regierung steigern sich pünktlich zum Jahrestag in ihrem Vorgehen gegen Flüchtlinge in eine in Europa beispiellose propagandistische Hysterie. Derzeit hängen im Land nicht nur Tausende Anti-Flüchtlingsplakate, auch die gleichgeschalteten Staatsmedien warnen in den Nachrichten und mit Werbespots tagtäglich vor der "Migrantenflut".



## Noch härter gegen Flüchtlinge? Ungarn schafft das

Orbán selbst spricht davon, dass die von der "Brüsseler Reichsbürokratie" geförderte illegale Einwanderung das christliche Abendland zerstören werde. Ein Europa-Abgeordneter seiner Partei Fidesz twitterte, man solle zur Abschreckung muslimischer Flüchtlinge Schweineköpfe an die Grenzzäune zu Serbien und Kroatien hängen.

Die Kampagne dient dazu, die ungarischen Bürger vor dem Referendum über die EU-Flüchtlingsquoten auf die Regierungslinie einzuschwören. Die Abstimmung findet am 2. Oktober statt, die Frage lautet: "Wollen Sie, dass die Europäische Union Ungarn auch ohne Zustimmung des ungarischen Parlamentes eine verpflichtende Ansiedlung nicht-ungarischer Staatsbürger vorschreiben kann?"

Parallel zur Referendumskampagne führte die ungarische Regierung Anfang Juli die sogenannte "tiefe Grenzkontrolle" ein : Greift die Polizei Flüchtlinge nach einem illegalen Grenzübertritt in einem acht Kilometer breiten Streifen auf, kann sie sie wieder hinter den Grenzzaun zurückschicken. Das ist seitdem in Hunderten Fällen geschehen - laut internationalen Flüchtlingsorganisationen wie dem UNHCR sind das illegale, der Genfer Flüchtlingskonvention widersprechende Abschiebungen. Ungarische Behörden argumentieren jedoch, dass zwischen Grenzzaun und Grenzlinie zu Serbien noch einige Meter ungarisches Territorium liegen. Flüchtlinge würden also nur auf ungarisches Territorium zu sogenannten Transitzonen geleitet, wo sie legal Asyl beantragen könnten.

Derzeit rekrutiert die ungarische Regierung zusätzlich zu den bereits knapp 10.000 im Einsatz befindlichen Grenzpolizisten und Soldaten weitere 3000 sogenannte "Grenzjäger", die ab Anfang September nach nur wenige Tage dauernden Trainingskursen illegal eingereiste Flüchtlinge abfangen sollen. Orbán kündigte unlängst außerdem an, dass Ungarn an der Grenze zu Serbien und Kroatien weitere Zäune bauen werde. Die Grenze zu beiden Ländern sei zwar durch die vergangenes Jahr errichteten Zäune bereits "hermetisch abgeriegelt", allerdings brauche man ein "massiveres und ernstes Schutzsystem", das auch "mehrere Hunderttausend Menschen aufhalten" könne.

Die Begründung des ungarischen Regierungssprechers Zoltán Kovács für diese Maßnahmen geht so: "Migration ist eine Gefahr, Migration geht mit Terrorismus einher." Vor allem die Anti-Flüchtlingskampagne für das Referendum vom 2. Oktober rechtfertigt er. "Manchmal braucht man solche Mittel, um den Leuten klarzumachen, um welche Gefahr es geht", so Kovács.

Dass das Referendum eine Testabstimmung für einen mittelfristigen ungarischen EU-Austritt sein soll, wie manche ungarische Medien mutmaßen, bestreitet der Sprecher. "Ungarn hat immer zu Europa gehört, und so wird das auch bleiben. Wir möchten aber die EU ändern, damit sie eine Zukunft hat. Es wäre besser, wenn die EU auf Ungarn hören würde."

Ein Akt politischer Kraftmeierei ohne juristische Bedeutung

Der Politologe Attila Tibor Nagy vom Budapester Méltányosság-Institut weist darauf hin, dass das Referendum lediglich ein Akt politischer Kraftmeierei ohne juristische Bedeutung sei, da das ungarische Parlament längst gegen die geplante EU-Flüchtlingsquote gestimmt habe. "Der Orbán-Regierung geht es um eine innenpolitische Bestätigung für ihren Kurs und um ein politisches Signal nach Brüssel", so Nagy. "Sie hofft, dass auch andere Mitgliedstaaten dem Beispiel des ungarischen Referendums folgen werden."

Auch Gábor Iványi schämt sich für dieses Referendum und für die derzeitige Anti-Flüchtlingskampagne. Der korpulente 64-jährige Methodistenpfarrer mit dem langen Rauschebart ist einer der bekanntesten ungarischen Geistlichen. Als junger Mann war er antikommunistischer Bürgerrechtler, seit dem Ende der Diktatur kümmert er sich vor allem um die Armen und Ausgegrenzten - um Obdachlose, um Roma, um Flüchtlinge.

Mit Orbán verbindet ihn etwas sehr Persönliches: Vor einem Vierteljahrhundert war er es, der den damaligen Jungliberalen Orbán und dessen Frau Anikó kirchlich traute, später taufte er zwei der fünf Kinder des Paares. Deshalb wirkt es geradezu bestürzend zynisch, was Iványi vor einigen Wochen erlebte: Als er mit Freunden und Mitarbeitern ins ungarisch-serbische Grenzgebiet fuhr, um gestrandeten Flüchtlingen Essen zu bringen und mobile Toiletten aufzustellen, verweigerten ihm die Behörden des Orbán-Staates den Zutritt. Begründung: Er gefährde die Sicherheit im Grenzgebiet.

## Noch härter gegen Flüchtlinge? Ungarn schafft das

"Es ist sehr schmerzlich", sagt Iványi, "christliche, demokratische und europäische Werte zählen bei uns nichts mehr."

Zusammengefasst: Ungarn steht vor einem Referendum zur Flüchtlingspolitik - und die Regierung von Premier Orbán macht fremdenfeindliche Stimmung. Poster mit eindeutigen Botschaften säumen die Straßen, dazu sollen Tausende neue "Grenzjäger" eingestellt werden. Zudem werden aufgegriffene Flüchtlinge auf rechtlich zweifelhafte Weise zurück an die Grenze zu Serbien gebracht.

**Load-Date:** September 8, 2016

---

End of Document

**Front National unterstellt Deutschland Interesse an Arbeitssklaven;  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/front-national-unterstellt-deutschland-interesse-an-arbeitssklaven-a-1051675.html>**

SPIEGEL ONLINE

06. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 289 words

**Byline:** sun/Reuters/AP

**Highlight:** Der französische Front National hetzt nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen Länder, die sie aufnehmen. Parteichefin Le Pen behauptet, Deutschland wolle die Migranten als billige Arbeitssklaven.

## Body

---

Die Parteichefin des rechtsextremen Front National hat mit abstrusen Thesen Stimmung gegen Flüchtlinge und die sie aufnehmenden Länder gemacht. Auf einem Sommertreffen der Partei im französischen Marseille sagte Marine Le Pen, das Foto des ertrunkenen Flüchtlingsjungen Alan Kurdi werde von Politikern dazu missbraucht, dass sich die Europäer "schuldig fühlen".

Das Foto des toten dreijährigen syrischen Flüchtlingskindes hatte in den vergangenen Tagen weltweit Bestürzung ausgelöst. Die Leiche des Jungen war am Mittwoch am Strand im türkischen Bodrum angespült worden.

Le Pen unterstellte Deutschland - das am Wochenende die unbürokratische Einreise Tausender Flüchtlinge aus Ungarn ermöglichte -, es wolle mit der Öffnung seiner Grenzen für Flüchtlinge und Zuwanderer "Sklaven" ins eigene Land bringen und dort die Löhne drücken. Wörtlich sagte sie: "Deutschland denkt wahrscheinlich, dass seine Bevölkerung dahinsiecht, es zielt wohl auf niedrigere Löhne ab und rekrutiert durch massenhafte Einwanderung weiter Sklaven."

Le Pen warf Berlin zudem vor, seine Einwanderungspolitik der EU aufzwingen zu wollen. "Deutschland will nicht nur über unsere Wirtschaft bestimmen, es will uns auch dazu zwingen, Hunderttausende Asylsuchende zu akzeptieren." Frankreich aber habe weder den Wunsch noch die Mittel, seine Türen für "das Elend dieser Welt" zu öffnen.

Die sozialistische Regierung in Paris sperrt sich nicht gegen die Aufnahme von Flüchtlingen. Präsident François Hollande forderte zuletzt eine größere Solidarität unter den EU-Mitgliedsländern und eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge mittels verbindlicher Quoten. Doch der Front National hat in Frankreich relativ viel Zuspruch.

sun/Reuters/AP

Front National unterstellt Deutschland Interesse an Arbeitssklaven <http://www.spiegel.de/politik/ausland/front-national-unterstellt-deutschland-interesse-an-arb....>

**Load-Date:** September 7, 2015

---

End of Document

[Weniger Asylbewerber aus dem Kosovo;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kosovo-zahl-der-asylbewerber-  
sinkt-a-1021725.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kosovo-zahl-der-asylbewerber-sinkt-a-1021725.html)

SPIEGEL ONLINE

04. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 249 words

**Highlight:** Weniger als 200 Asylbewerber aus dem Kosovo erreichen pro Tag die Bundesrepublik. Das sind deutlich weniger als zu Jahresbeginn. Grenzkontrollen und pauschale Ablehnung der Asylanträge zeigen offenbar Wirkung.

## Body

---

Berlin - Die Zahl von Asylbewerbern aus dem Kosovo geht in Deutschland wieder zurück. Nach Angaben des Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt, seien es derzeit weniger als 200 Kosovaren, die täglich in die Bundesrepublik kommen. Anfang Februar lag die Zahl noch bei etwa 1400. Schmidt sprach von einer "gewissen Entspannung". Es scheine, als hätten die eingeleiteten Schritte gewirkt, sagte er.

In den vergangenen Wochen war die Anzahl der Asylbewerber aus dem Balkanstaat stark angestiegen. Allein im Januar stellten 3630 Menschen aus dem Kosovo einen Asylantrag - 85 Prozent mehr als noch im Dezember.

Die Bundesregierung hatte daraufhin 20 Bundespolizisten an die ungarisch-serbische Grenze geschickt, um dort den Grenzübertritt von Kosovaren in die EU einzudämmen. Das Bundesamt führte Eilverfahren ein, mit dem Ziel, Asylverfahren innerhalb von 14 Tagen abzuschließen.

Der Bund bemühte sich außerdem, im Kosovo über die geringen Asylchancen in der Bundesrepublik aufzuklären. Bis auf einzelne Ausnahmen werden die Asylgesuche abgelehnt. Die Behörden sehen Bürger des Kosovo nicht als politisch verfolgt an. Unter anderem aus Bayern wurde zuletzt die Forderung laut, den Kosovo als sicheres Herkunftsland einzustufen.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) trifft am Mittwoch seinen kosovarischen Amtskollegen Skender Hyseni in Berlin. Bei dem Gespräch soll es auch um das Thema Flucht gehen.

epe/dpa

**Load-Date:** March 19, 2015

Weniger Asylbewerber aus dem Kosovo <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kosovo-zahl-der-asylbewerber-sinkt-a-1021725.html>

---

End of Document

## "Für uns ist immer Winter"

SPIEGEL ONLINE

07. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1043 words

**Byline:** Keno Verseck

**Highlight:** Noch ist Serbien das Land ohne Zäune - und deshalb Auffangstaat für Zehntausende auf der Balkanroute. Nun kippt die Stimmung in der Bevölkerung. Der Sommer ist vorbei, die Helfer sind in Sorge.

### **Body**

---

An einem warmen Vormittag im Spätsommer geht Ana Pavlovic in den Park neben dem Belgrader Busbahnhof. Es ist einer der Orte in der serbischen Hauptstadt, an dem sich tagsüber viele Flüchtlinge aufhalten. Hier verteilen private Hilfsorganisationen Verpflegung und Getränke, hier treffen Flüchtlinge auch Schlepper, die ihnen versprechen, sie in den Westen zu schleusen.

Als Jugendliche dachte die 24-Jährige nicht an Flüchtlinge. Sie mochte fremde Sprachen und studierte nach dem Abitur Arabistik, ein in Serbien eher exotisches Fach. Als im vergangenen Jahr immer mehr Flüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten durch Serbien zogen, beschloss sie zu helfen. Seit Februar arbeitet sie als Arabisch-Dolmetscherin beim "Zentrum für den Schutz von Asylsuchenden" (CZA), einer 2008 gegründeten privaten serbischen Flüchtlingshilfsorganisation.

Ana Pavlovic spricht zuerst eine Irakerin an, die zusammen mit ihrem Bruder aus dem Land geflohen ist, später trifft sie eine Gruppe afghanischer Jugendlicher. Sie fragt nach den Umständen ihrer Flucht, erklärt ihnen, wie sie in Serbien Asyl beantragen können und gibt ihnen die Adresse des CZA-Büros.

In der letzten Zeit hat Ana Pavlovic im Park neben dem Belgrader Busbahnhof immer öfter zu tun. "Eigentlich wollen ja alle Flüchtlinge weiter nach Westen", sagt sie. "Aber die Zahl derjenigen nimmt zu, die ungewollt länger in Serbien und vor allem in Belgrad bleiben. Viele, die aus den südlichen Nachbarländern kommen, warten hier erst einmal längere Zeit ab, wie sich die Lage an den Grenzen zu Ungarn und Kroatien entwickelt."

Von allen Ländern Mittel- und Südosteuropas, durch die seit 2015 in großer Zahl Flüchtlinge kamen, ist Serbien das letzte, das nicht streng militaristisch und mit aller Härte gegen sie vorgeht. Das noch keine Grenzzäune baut und dessen Offizielle sich nicht in xenophober Rhetorik üben. Doch das könnte sich schnell ändern. Denn immer mehr Flüchtlinge stecken in Serbien fest - und der Staat ist überfordert.

Sie kommen illegal von Süden, aus Bulgarien und Mazedonien, über die zumeist schlecht gesicherten Übergänge, während die nördliche und westliche Grenze von den Nachbarn Ungarn und Kroatien nahezu hermetisch

## "Für uns ist immer Winter"

abgeriegelt ist. Laut staatlichen Angaben halten sich in Serbien derzeit rund 4000 von den Behörden erfasste Flüchtlinge auf. Doch die Dunkelziffer, sagt der CZA-Direktor Rados Djurovic, läge mit Sicherheit weitaus höher.

### Serbien ist auf die Flüchtlinge nicht vorbereitet

Mehrere Tausend Flüchtlinge klingt zunächst nicht nach viel, doch Serbien ist selbst auf diese Zahl nicht vorbereitet. Zwar hat das Sieben-Millionen-Einwohner-Land während der Jugoslawienkriege 650.000 und während des Kosovokrieges noch einmal 200.000 Flüchtlinge aufgenommen. Aber das waren Serben. Und selbst heute sind viele von ihnen nicht integriert.

Erst vor wenigen Jahren begann der serbische Staat, Asylgesetze zu verabschieden und eine Infrastruktur für nichteuropäische Flüchtlinge aufzubauen. Doch das Land steht noch am Anfang. Es gibt ein halbes Dutzend Asyl- und Aufnahmelager, die derzeit fast alle überfüllt sind. Zugleich hausen viele nicht erfasste Flüchtlinge in Belgrad und in der Nähe der Grenzen zu Ungarn und Kroatien in leerstehenden Häusern, auf überdachten Parkplätzen oder einfach im Freien.

Bisher machte Serbiens Regierungschef Aleksandar Vucic aus der Not eine Tugend - er präsentierte sein Land als Balkanstaat mit einer "humanistischen Flüchtlingspolitik". Das sollte gut klingen für westliche EU-Staaten und besonders in Deutschland, denn Serbien ist EU-Kandidatenland, Ende 2015 wurden die ersten Verhandlungskapitel eröffnet. Ohnehin bleibt Serbien nicht viel anderes übrig als "Humanismus", denn seine Grenzen zu Bulgarien und Mazedonien sind nicht leicht zu sichern, und die Grenze zum Kosovo erkennt Serbien nicht an - ein offenes Tor für Flüchtlinge.

Doch inzwischen ändert sich Vucics Ton. Der Regierungschef spricht von der Notwendigkeit, Serbien vor einem Flüchtlingsandrang zu schützen. Zur Sicherung der Grenze nach Bulgarien und Mazedonien wurde Militär entsandt. Im August hinderten Grenzpatrouillen mehr als 2000 Flüchtlinge daran, Serbien illegal zu betreten, teilte das Verteidigungsministerium mit.

### Der Winter kommt - und dann?

"Serbien ist bereits ein Flaschenhals und hat riesige Angst, alleingelassen zu werden, wenn weitere Tausende oder sogar Zehntausende Flüchtlinge kommen", sagt der CZA-Direktor Rados Djurovic. "Zugleich hat der Staat keinerlei Migrationsstrategie. Wir sind einfach nicht darauf vorbereitet, einer höheren Anzahl von Flüchtlingen zu helfen."

Beispiel Subotica: Die 100.000-Einwohner-Stadt in Nordserbien, zehn Kilometer von der ungarischen Grenze gelegen, ist ein Zentrum für wartende Flüchtlinge geworden. Auf einem Gelände am Stadtrand haben Behörden schon vor Längerem ein Aufnahmelager eingerichtet, das für 70 Personen gedacht war - inzwischen leben dort zehn Mal so viele, die meisten in Zelten. Andere sammeln sich in der Innenstadt im Ferenc-Rajhl-Park oder am Bahnhof - eine gesicherte Unterkunft haben die meisten nicht.

Noch ist es warm, auch die Nächte sind mild. Aber der Winter kommt, was soll dann sein? Vladimir Cucic, der Direktor des serbischen Kommissariats für Flüchtlinge und Migration und damit Serbiens oberster Flüchtlingsbeamter, reagiert halb ratlos, halb hektisch, wenn man ihn das fragt. "Wer mit Flüchtlingen arbeitet, muss auf das Schlimmste vorbereitet sein", sagt Cucic. "Für uns ist immer Winter. Der eine Winter hat am 30. Juni aufgehört und der andere am 1. Juli begonnen. Wir müssen jetzt sehen, wie wir kältefesten Unterkünften organisieren."

Auch Cucic nennt Serbien düster einen "Flaschenhals", in dem Flüchtlinge feststecken. Auch er gibt zu, dass sein Land auf ihre Ankunft nicht vorbereitet ist. "Ich weiß nicht", sagt er, "wie lange wir unseren humanistischen Ansatz noch durchhalten können." Es wird kälter in Serbien.

Zusammengefasst: Bisher hat Serbien als einziges Land auf dem Balkan die Grenzen für Flüchtlinge noch nicht komplett geschlossen - doch die Regierung könnte ihren Kurs schon bald verschärfen. Hilfsorganisationen warnen: Viele Menschen leben derzeit unter freiem Himmel, ihre Lage könnte sich mit Ende des Sommers erheblich verschärfen.



"Für uns ist immer Winter"

**Load-Date:** September 7, 2016

---

End of Document

## Frontex rechnet mit 300.000 Bootsflüchtlingen aus Libyen

SPIEGEL ONLINE

18. Juni 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 500 words

**Byline:** anr/dpa/Reuters

**Highlight:** 10.000 Menschen pro Woche könnten in den nächsten Monaten von Libyen aus mit dem Boot über das Mittelmeer kommen, schätzt die Grenzschutzagentur Frontex. Immer mehr Migranten kommen dabei ums Leben.

### Body

---

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex rechnet damit, dass in diesem Jahr rund 300.000 Migranten per Boot über das Mittelmeer in die EU kommen. Das berichtet die "Bild"-Zeitung unter Berufung auf Angaben von Frontex-Direktor Klaus Rösler, den Leiter der Abteilung Einsätze. "Wir gehen von 10.000 Ausreisen pro Woche aus Libyen aus", wird Rösler von dem Blatt zitiert. Eine der Ursachen für die hohe Zahl von Migranten auf dieser Flüchtlingsroute aus Libyen sei auch die intensivere Überwachung und Seenotrettung durch die EU.

Das führe dazu, dass Schlepper noch ungehemmter Flüchtlinge in wenig seetüchtigen Booten auf die Reise schickten, weil die Migranten von der EU gerettet würden, so Frontex-Mann Rösler. "Das löst Ausreisen aus", sagte Rösler dem Bericht zufolge. Laut UNHCR sind bis Mitte Juni 2016 in Italien rund mehr als 50.000 Migranten mit dem Boot angekommen.

Die europäischen Regierungen gehen davon aus, dass in Libyen noch weit mehr Menschen auf die Überfahrt nach Europa warten. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sprach zuletzt von rund einer Million Flüchtlinge, die in dem Bürgerkriegsland darauf warteten, in die EU zu reisen. De Maizière berichtete von einer immer professionelleren Organisation der Schlepperbanden, die die Flüchtlinge teilweise sogar per App an die Küste und zu den Booten leiteten.

Auch die Internationale Organisation für Migration (IOM) erklärte, es hielten sich derzeit bis zu einer Million Flüchtlinge und Migranten in Libyen auf. "Es weiß allerdings niemand, wie viele von ihnen nach Europa wollen", so IOM-Missionschef für Libyen, Othman Belbeisi kürzlich. "Einige gehen einfach nach Libyen, um dort zu arbeiten." Die Zahlen stützen sich auf Beobachtungen der IOM und auf Schätzungen von Botschaften in der Region.

Immer mehr Menschen sterben auf seeuntüchtigen Booten bei der Überfahrt von Libyen nach Italien. Die IOM zählt mehr als 3400 Tote und Vermisste seit Jahresbeginn und damit deutlich mehr Verunglückte als im vergangenen Jahr. Verglichen mit den ersten fünf Monaten 2015 stieg die Zahl der Toten und Vermissten um zwölf Prozent. Statistisch betrachtet kamen in den Monaten April, Mai und Juni etwa 50 Menschen je 1000 Ankünfte in der EU ums Leben oder gingen verloren. Ähnlich hohe Verluste im Mittelmeer gab es zuletzt nur im Februar und April 2015.

## Frontex rechnet mit 300.000 Bootsflüchtlingen aus Libyen

Die Mittelmeerroute ist damit weltweit der gefährlichste Fluchtweg. Laut IOM verunglückten 80 Prozent aller registrierten Opfer weltweit im Mittelmeer. Als Gründe hierfür nennt IOM immer skrupellosere Schlepper und längere Routen. Mitunter würden Flüchtlinge ausgeraubt und nur noch auf Boote gesetzt, um sie loszuwerden, sagte ein Sprecher der Organisation der dänischen Nachrichtenseite "Politiken". Die Schiffe würden auch öfter überladen. Boote, die direkt von Bengasi im Osten Libyens oder von Ägypten starten, haben zudem einen deutlich längeren Weg und damit ein höheres Risiko, zu kentern.

Video: Rettungsaktion vor Sizilien

anr/dpa/Reuters

**Load-Date:** June 18, 2016

---

End of Document

## Merkel will weitere Deals mit Drittstaaten

SPIEGEL ONLINE

24. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 618 words

**Byline:** Nicolai Kwasniewski

**Highlight:** Bundeskanzlerin Merkel zeigt eine härtere Linie gegen Flüchtlinge: Die EU-Außengrenzen sollen stärker kontrolliert, weitere Abkommen geschlossen und Menschen ohne Bleiberecht schneller abgeschoben werden.

### Body

---

In der Frage, wie mit Flüchtlingen umgegangen werden soll, ist sich die EU noch lange nicht einig. Klar wurde auf dem Flüchtlingsgipfel in Wien aber: Die Grenzen sollen dicht gemacht und die Mittel für die Frontex-Operationen aufgestockt werden. So soll die Balkanroute ein halbes Jahr nach Schließung der Grenzen noch undurchlässiger werden.

Man sei sich einig, dass die europäische Grenzschutztruppe Frontex dafür aufgestockt werden solle, sagte Österreichs Kanzler Christian Kern nach dem Gipfeltreffen der Staaten der sogenannten Balkanroute in Wien. Einsätze entlang der Strecke wie etwa im Nicht-EU-Land Serbien seien möglich. "Wir brauchen wieder Kontrolle über unsere Außengrenzen", sagte Kern.

Griechenland hat nach Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel Unterstützung von Frontex zur Sicherung der Grenze zu Mazedonien und Bulgarien angefordert. EU-Ratspräsident Donald Tusk sagte schon vor Beginn des Gipfels: "Wir müssen praktisch und politisch sicherstellen, dass die Westbalkanroute für illegale Migration für immer geschlossen ist."

Kern sagte über die Stärkung von Frontex, Merkel habe beklagt, dass trotz der Schließung der Balkanroute im Frühjahr immer noch 50.000 Menschen auf diesem Weg nach Deutschland gekommen seien. Der österreichische Kanzler räumte aber ein: "Wenn wir diese Frontex-Operationen mit größerer Konsequenz in Zukunft durchführen werden, ist es natürlich klar, dass wir in der Peripherie Europas möglicherweise ein Problem bekommen". Es werde dort einen Rückstau von Flüchtlingen geben, sodass man sich auf größere Zahlen einstellen müsse.

Klar sei, dass man etwa Griechenland hier verstärkt helfen müsse, Asylverfahren zu beschleunigen. Zudem müsse eine Lösung für Flüchtlinge aus Afghanistan und Pakistan gefunden werden, die Griechenland nicht zurück in die Türkei abschieben wolle, da die Regierung in Athen den Nato-Partner nicht als sicher einstufe.

Merkel will Drittstaatenabkommen möglichst schnell fertigstellen

## Merkel will weitere Deals mit Drittstaaten

Die Bundeskanzlerin sagte, die Teilnehmerstaaten wollten die illegale Einwanderung stoppen und zugleich ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden. Es sei notwendig, "die Drittstaatenabkommen insbesondere mit Afrika aber auch mit Pakistan, mit Afghanistan möglichst schnell fertigzustellen, damit klar wird: Wer nicht aus humanitärer Sicht in Europa bleiben kann, der wird auch wieder in sein Heimatland zurückgeführt".

Die EU-Staaten hatten im März einen Flüchtlingsdeal mit der Türkei geschlossen. Er sieht vor, dass die Türkei im Gegenzug für EU-Hilfen zur Versorgung der drei Millionen Flüchtlinge im Land alle Migranten zurücknimmt, die von der türkischen Küste auf die griechischen Ägäis-Inseln übersetzen. Seitdem ist die Zahl der Neuankömmlinge in der Ägäis deutlich gesunken, doch wählen nun vermehrt Flüchtlinge den Weg über Ägypten und Libyen.

Merkels Flüchtlingspolitik stößt in Österreich und den Balkanländern auf starke Ablehnung. Insbesondere Ungarns rechtspopulistischer Regierungschef Viktor Orbán lehnt die von ihr geforderte Umverteilung von Flüchtlingen auf die EU-Staaten vehement ab. Ungarn war das erste Land auf der Balkanroute, das seine Grenze mit einem Stacheldrahtzaun abriegelte. Im März zogen dann auch die Länder entlang der Balkanroute nach.

Nach einem Bericht der "Welt am Sonntag" will Deutschland angesichts des schleppenden Verlaufs des Umverteilungsprogramms künftig monatlich 500 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien übernehmen. Dadurch sollten vor allem Familien wieder zusammengeführt werden, die auf der Flucht auseinandergerissen wurden. Die EU-Staaten hatten vereinbart, 160.000 Flüchtlinge vor allem aus Italien und Griechenland umzuverteilen, doch ist bisher wenig geschehen.

nck/AFP/Reuters

**Load-Date:** September 25, 2016

## Unser Partner, der Diktator

SPIEGEL ONLINE

10. Juni 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 970 words

**Byline:** Christoph Titz

**Highlight:** Flüchtlinge bringen die EU an ihre Belastungsgrenze. Damit zumindest aus Afrika weniger kommen, will Europa mit dortigen Staaten kooperieren. Darunter sind sehr fragwürdige Freunde.

### Body

---

Sind es 100.000? Sind es sogar mehr als 200.000, wie Innenminister Thomas de Maizière warnt? Oder sind Berichte über zur Flucht nach Europa entschlossene Afrikaner vielleicht übertrieben?

Sicher ist, dass Zehntausende Menschen allein in diesem Jahr versucht haben, von Libyen und Ägypten aus über das Mittelmeer zu gelangen. Weitere warten noch auf die letzte Etappe ihrer Flucht vor Unterdrückung, Krieg oder Armut. Für viele endet sie tödlich.

Die Menschen kommen aus Ländern, in denen Autokraten herrschen, Krieg tobt und die eigene Arbeitskraft nicht zum Überleben reicht. Bürgerkriegsstaaten, Diktaturen, Autokratien.

Mit solchen Staaten will die Europäische Union vereinbaren, noch enger als bisher an der "Bewältigung der Flüchtlingsströme" zu arbeiten. Bereits der Deal mit der Türkei zur Rücknahme von illegal eingereisten Migranten ist umstritten. Nun komme afrikanische Partner hinzu, die in Sachen Demokratie, Menschen- und Freiheitsrechte weit schlechter abschneiden als die Türken.

Die EU setzt dabei auf zwei Prozesse: Ein neues EU-Partnerabkommen mit Herkunfts- und Transitländern und den sogenannten Karthum-Prozess, vereinbart 2014 zwischen 58 Ländern Europas und Afrikas, mit dem Ziel, Fluchtbewegungen einzudämmen. Zu den Ländern, auf deren Kooperationsbereitschaft die EU hofft, gehören durch die Karthum-Vereinbarung (hier als PDF) auch Eritrea, Somalia, Sudan und Südsudan.

Im EU-Partnerland Südsudan bekriegten sich die Rebellentrupps von Präsident Salva Kiir und dem damaligen Vize Riek Machar zwei Jahre lang: Zehntausende Tote, mehr als 1,5 Millionen Vertriebene waren die Folge. Nun rauchten sich die Kriegsgegner wieder zusammen und erklärten in einem Gastbeitrag in der "New York Times", dass die Gräueltaten der vergangenen Jahre nicht verfolgt werden sollen. Im Namen der Versöhnung versprechen die Kriegstreiber von gestern Straffreiheit "vom ärmsten Bauern bis zum mächtigsten Politiker".

Weiter nördlich steht es nicht viel besser. Ein Drittel des Sudan ist Kriegsgebiet, Präsident Umar al-Baschir regiert seit mehr als 20 Jahren mit beinahe unbeschränkter Machtbefugnis. Wegen Massakern in der Region Darfur

## Unser Partner, der Diktator

wird der Staatschef mit Haftbefehl vom Haager Strafgerichtshof gesucht. Wie der SPIEGEL berichtete, soll Baschirs Reich im Rahmen der Flüchtlingspartnerschaft mit Sicherheitstechnik ausgerüstet werden, federführend dabei ist Deutschland.

Das Partnerland Somalia existiert außerhalb der Hauptstadt Mogadischu und einiger weiterer Städte praktisch nicht. Die Dschihadistenmiliz al-Shabab kontrolliert weite Teile des zerrütteten Landes, das von ausländischen Truppen der Afrikanischen Union notdürftig zusammengehalten wird. Selbst in Mogadischu gibt es immer wieder schwere Terrorakte, auch Militärstützpunkte der Amisom-Länder Äthiopien und Kenia werden attackiert.

Eritrea ist ein Staat, über den selbst Diplomaten offen sagen, er sei eine beinharte Diktatur. Ein Land, aus dem jährlich 60.000 Menschen fliehen, und dessen Bürger 2015 nach den Syrern die größte Zahl der Asylberechtigten in der EU stellten. Die Regierung habe "in den vergangenen 25 Jahren systematisch Menschenrechtsverbrechen begangen", so ein aktueller Uno-Bericht. Sicherheitskräfte würden mit Billigung der Regierung willkürlich inhaftieren, foltern und töten.

Solche Partner braucht Europa nun offenbar. Das neue Partnerschaftsabkommen sieht sogar weitere Flüchtlingsdeals vor - mit Mali, Niger, Nigeria, dem Senegal, Äthiopien, aber auch mit Jordanien und dem Libanon.

Eine Sprecherin der EU-Kommission bekräftigt auf Anfrage von SPIEGEL ONLINE, dass mit ihnen Verträge, sogenannte "compacts", geschlossen werden sollen. Das bedeutet: Es fließt Geld. Acht Milliarden Euro bis 2020, damit "maßgeschneiderte" Deals zustande kommen. Ein Kernpunkt des Abkommens ist, die "Widerstandskraft" der Länder gegen Migration zu stärken und die "illegalen Migrantenströme zu organisieren, einschließlich Rückkehr und Rückführung".

"Partnerschaft ist euphemistisch"

Zum fragwürdigsten Partner, Eritrea, schickt Brüssel ein halbes Dementi: Nach Eritrea fließe zwar Geld, aber nur an Nichtregierungsorganisationen und an die Zivilgesellschaft. Eritrea sei "kein A-Partner". Gespräche werde man aber führen.

Der "Guardian" hatte berichtet, die EU wolle gemeinsam mit dem Sudan und Eritrea regional Migration "bekämpfen". Die EU könnte demnach im Sudan Sicherheitskräfte mit aufbauen und in Eritrea bei der Schaffung eines Justizwesens helfen. Partner in der Zusammenarbeit sei die deutsche Entwicklungshilfeorganisation GIZ, die dem Entwicklungshilfeministerium untersteht.

Deutsche Oppositionspolitiker und Entwicklungshelfer sind entsetzt: "Von einer Partnerschaft zu sprechen ist euphemistisch", erklärt der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen. Zusammenarbeit mit Diktaturen wie Eritrea und dem Sudan bei Grenzmanagement, welche die GIZ bereits begonnen habe, sei völlig inakzeptabel.

Für die Grünen im Bundestag erklärte deren entwicklungspolitischer Sprecher Uwe Kekeritz, es sei "zynisch und kurzsichtig", Entwicklungsgelder als Druckmittel zur Rücknahme von Flüchtlingen einzusetzen. Die EU schließe "Abkommen mit Diktatoren und vermeintlich sicheren Drittstaaten" und schaffe so selbst Fluchtursachen anstatt sie zu bekämpfen.

Zusammengefasst: Mit Partnerschaftsabkommen will die Europäische Union dafür sorgen, dass weniger Menschen aus afrikanischen Krisenregionen die Flucht über das Mittelmeer nach Europa antreten. Einige der Partner - darunter Eritrea, der Sudan und der Südsudan - werden autoritär bis diktatorisch regiert oder sind vom Krieg zerrüttet. Entwicklungsexperten sehen die Zusammenarbeit mit solchen Ländern kritisch.

Unser Partner, der Diktator

---

End of Document



**[Bundespolizei zählt knapp 180.000 Flüchtlinge;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespolizei-knapp-180-000-  
fluechtlinge-im-november-a-1064123.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespolizei-knapp-180-000-fluechtlinge-im-november-a-1064123.html)**

SPIEGEL ONLINE

23. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 239 words

**Byline:** heb/Reuters

**Highlight:** Der Zahl der **Flüchtlinge** in Deutschland wird im November einen neuen Höchststand erreichen. Die Bundespolizei spricht schon jetzt von rund 180.000 Einreisenden.

## Body

---

Trotz Kälte und Schnee kommen immer noch Tausende **Migranten** nach Deutschland. Die Bundespolizei spricht von einem neuen Höchststand im November, seit Monatsbeginn seien bereits knapp 180.000 illegale Einreisen registriert worden, sagte ein Sprecher der Nachrichtenagentur Reuters.

Allein am Wochenende seien 14.482 Flüchtlinge gezählt worden. Am Sonntag seien es 7362 Migranten gewesen, davon 6128 in Bayern, sagte der Sprecher. Am Samstag habe man bundesweit 7120 verzeichnet, 5913 davon seien über Österreich gekommen. Die Zahlen der Bundespolizei beruhen auf Kontrollen im Grenzgebiet, durch sie werden jedoch längst nicht alle Migranten erfasst.

Der bisherige Monatsrekord wurde im Oktober mit 181.000 registrierten neuen Flüchtlingen erreicht. Seit dem 8. November, als mit 8381 Personen zuletzt die 8000er Marke überschritten wurde, kamen in den vergangenen zwei Wochen pro Tag zwischen 7000 und 8000 Menschen illegal in die Bundesrepublik. Mehr als 10.000 Migranten an einem Tag wurden zuletzt am 5. November gezählt.

Die Prognose des Bundes für das Gesamtjahr von 800.000 Flüchtlingen ist damit deutlich überschritten. Bis Ende Oktober hatten die Bundesländer 758.500 Flüchtlinge registriert. Die CSU und der Zentralrat der Juden fordern eine Obergrenze für ankommende Flüchtlinge. Bundeskanzlerin Angela Merkel erteilte dem Vorhaben auf dem CSU-Parteitag am Freitag jedoch erneut eine Absage .

heb/Reuters

**Load-Date:** November 23, 2015

Bundespolizei zählt knapp 180.000 Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespolizei-knapp-180-000-fluechtlinge-im-november-a-1064123.html>

---

End of Document

**Obama lobt Merkel für Aufnahme von Flüchtlingen;**

**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/barack-obama-lobt-angela-merkel-fuer-aufnahme-von-fluechtlingen-a-1050023.html>**

SPIEGEL ONLINE

27. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 256 words

**Byline:** syd

**Highlight:** Barack Obama hat Angela Merkel eine Führungsrolle im Umgang mit der **Flüchtlingskrise** in Europa bescheinigt. In einem Telefonat bedankte sich der US-Präsident besonders für die Aufnahme von Syrern.

## **Body**

---

In Deutschland musste sich Angela Merkel in den vergangenen Wochen viel Kritik für ihre zögerliche Haltung im Umgang mit der **Flüchtlingskrise** gefallen lassen. Aus den USA bekommt die Kanzlerin dagegen Lob von höchster Stelle. Barack Obama hat Merkel angerufen, um ihr für ihren Einsatz zu danken.

"Präsident Obama hat seine Wertschätzung für die Führungsrolle der Kanzlerin im Umgang mit der Migrationskrise in Europa zum Ausdruck gebracht", teilte das Weiße Haus nach dem Telefonat mit. Das gelte besonders "für ihre jüngste Entscheidung, die Lasten der Grenzstaaten zu erleichtern, indem sie syrischen Flüchtlingen Zuflucht gewährt", so die Erklärung des US-Präsidialamts.

Die Bundesregierung hatte unlängst verfügt, dass Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland nicht mehr zurück in den EU-Staat geschickt werden, in dem sie zuerst registriert wurden. Damit sollten Erleichterungen für die Mittelmeerländer Italien und Griechenland geschaffen werden, die mit der Zahl der Flüchtlinge überfordert sind.

Die US-Regierung hatte in dieser Woche angekündigt, bis Ende September 2016 bis zu 10.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen.

Merkel besuchte am Mittwoch erstmals ein Asylbewerberheim im sächsischen Heidenau, vor dem in den vergangenen Tagen Hunderte Rechtsextremisten zum Teil gewaltsam protestiert hatten. Bei ihrem Besuch in dem Vorort von Dresden wurde die Kanzlerin von Hunderten Demonstranten mit Buhrufen und Pfiffen empfangen.

Video: Merkel in Heidenau mit Buhrufen empfangen

syd

**Load-Date:** August 27, 2015

Obama lobt Merkel für Aufnahme von Flüchtlingen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/barack-obama-lobt-angela-merkel-fuer-aufnahme-von-fluechtlingen-a-1050023.....>

---

End of Document

## Polizei räumt Flüchtlingslager in Paris

SPIEGEL ONLINE

04. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 288 words

**Byline:** Christian Teevs

**Highlight:** In Paris löst die Polizei ein Zeltlager von Flüchtlingen auf. Tausende Menschen sollen auf verschiedene Unterkünfte in der Region verteilt werden.

### Body

---

Die französischen Behörden haben mit der Räumung eines Flüchtlingszeltlagers auf den Straßen von Paris begonnen. Rund 600 Polizisten seien seit sechs Uhr im Einsatz, sagte eine Sprecherin der Polizeipräfektur.

Rund um die Metrostation Stalingrad halten sich mehrere Tausend Migranten in Zelten unter freiem Himmel auf. Seit mehr als einem Jahr bilden sich in Paris immer wieder solche Lagerplätze, weil offizielle Unterkünfte voll sind.

Die Sprecherin begründete die Räumung zum einen mit humanitären Gründen, aber auch mit dem Ziel, Sauberkeit und Ordnung in dem betroffenen Viertel wiederherzustellen. Die Menschen sollen nun geordnet untergebracht werden.

Regionalpräfekt Jean-François Carenco sprach von einem großen Einsatz. Einige Flüchtlinge sollten vorübergehend in Sporthallen gebracht werden, bevor sie in andere Unterkünfte können.

Täglich kommen zwischen 50 und 70 Migranten nach Paris

Die Stadt Paris plant anschließend die Öffnung eines humanitären Aufnahmezentrums, um die Entstehung neuer wilder Lager zu verhindern. Dort sollen Neuankömmlinge für einige Tage unterkommen, bevor der Staat ihnen Plätze in anderen Unterkünften zuweisen kann.

Bislang lagerten meist kurz nach der Auflösung eines Lagerplatzes wieder Menschen auf der Straße. Seit Juni 2015 wurden bei 29 Räumungen mehr als 19.000 Migranten untergebracht. Nach Angaben der Stadt Paris kommen täglich zwischen 50 und 70 Migranten in Paris an.

Unterschiedliche Angaben gab es dazu, inwieweit die Räumung des Flüchtlingscamps von Calais die Lage verschärft hatte. Die Behörden hatten das berüchtigte Elendslager am Ärmelkanal vergangene Woche geräumt und Tausende Migranten in Aufnahmezentren in anderen Regionen gebracht.

cte/dpa/AFP

## Polizei räumt Flüchtlingslager in Paris

**Load-Date:** November 4, 2016

---

End of Document

[Steve Jobs, Sohn eines Migranten;  
http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/steve-jobs-graffiti-von-banksy-ein-kommentar-zur-fluechtlingskrise-a-1067445.html](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/steve-jobs-graffiti-von-banksy-ein-kommentar-zur-fluechtlingskrise-a-1067445.html)

SPIEGEL ONLINE

11. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR / GESELLSCHAFT

**Length:** 274 words

**Byline:** skr

**Highlight:** Ein Apple-Rechner in der Hand, ein Müllbeutel auf dem Rücken: Banksy hat ein neues Graffito geschaffen, das auf die Herkunft von Steve Jobs' Vater hinweist, der syrischer Migrant war. Er kommentiert so die Flüchtlingskrise.

## Body

---

Er provoziert mit seiner Kunst - und weist immer wieder auf Missstände hin: Nun hat der Street-Art-Künstler Banksy mit einem Graffito an der Wand eines Camps für Flüchtlinge in Calais Stellung zur Flüchtlingskrise bezogen. Darauf ist ein geduckter Steve Jobs zu sehen, der einen Apple-Computer in der Hand trägt und einen Müllbeutel auf dem Rücken, vielleicht auf der Flucht.

Wie der "Guardian" berichtet, äußerte sich Banksy in einem seiner raren Statements zu dem Graffito: "Wir werden oft dazu gebracht zu glauben, Migration belaste die Ressourcen des Landes, aber Steve Jobs war der Sohn eines syrischen Migranten." Und weiter: "Apple ist das profitabelste Unternehmen auf der Welt - und es existiert nur, weil ein junger Mann aus Homs reingelassen wurde." Jobs' biologischer Vater, Abdulfattah "John" Jandali, war nach dem Zweiten Weltkrieg in die Vereinigten Staaten emigriert.

Das Graffito wurde an eine Wand des Camps für Flüchtlinge in Calais gesprüht, das "Dschungel" genannt wird und zu einem Symbol für das Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik geworden ist. Das neue Werk ist Teil einer Reihe von Graffiti und Aktionen des Künstlers, die die gegenwärtige Lage von Flüchtlingen im Fokus haben: Während eines Aufenthalts in Calais besprühte Banksy mehrere Wände rund um den französischen Hafen mit ähnlichen Motiven.

Im Sommer hatte Banksy in seinem "Dismaland", einer Parodie auf die Disney-Freizeitparks, überladene Miniatur-Flüchtlingsboote präsentiert. Die Reste des inzwischen geschlossenen Anti-Vergnügungsparks werden weiterverwertet - als Bauholz für Flüchtlingsunterkünfte.

skr

Steve Jobs, Sohn eines Migranten <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/steve-jobs-graffiti-von-banksy-ein-kommentar-zur-fluechtlingskrise-a-1067445.html>

**Load-Date:** December 24, 2015

---

End of Document



[Wann die Bundeswehr helfen darf - und wann nicht;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-wann-darf-die-  
bundeswehr-helfen-wann-nicht-a-1059924.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-wann-darf-die-bundeswehr-helfen-wann-nicht-a-1059924.html)

SPIEGEL ONLINE

02. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 851 words

**Byline:** Vanessa Steinmetz

**Highlight:** Mehr als 300.000 unbearbeitete Asylanträge stauen sich in Deutschland, die Bundeswehr schickt Hunderte Mitarbeiter zur Unterstützung in die Ämter. Doch entscheiden dürfen sie nicht, nur einfache Aufgaben übernehmen. Was ist da los?

## Body

---

"Das Land kann darauf zählen, dass die Bundeswehr unterstützt." Diesen Satz sagte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vor wenigen Wochen im Interview mit dem SPIEGEL - als Antwort auf die Kritik, ihr Ministerium bleibe in der Flüchtlingskrise in Deutschland zu passiv.

Doch so einfach ist das mit der Unterstützung nicht, der Einsatz der Bundeswehr im Inneren wird streng reglementiert. Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit es das Grundgesetz ausdrücklich zulässt, so steht es im Artikel 87a GG.

Demnach wird ein solcher Einsatz erst dann gerechtfertigt, wenn der Bestand des Landes oder eines Bundeslands konkret gefährdet ist. Eine solche Lage aber liege bei der Flüchtlingskrise nicht vor, stellt das Verteidigungsministerium klar.

Hoheitliche oder polizeiliche Aufgaben dürfen die Streitkräfte deshalb derzeit nicht übernehmen.

Dokumente scannen, Akten anlegen

Eine deutsche Behörde, die Unterstützung dringend braucht, ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Dort stapeln sich seit Wochen die Asylanträge, über die entschieden werden muss. Derzeit sind mehr als 300.000 noch unbearbeitet.

Schnelle Hilfe sollten zusätzliche Kräfte aus der Bundeswehr leisten. 555 Soldaten sowie 20 zivile Bundeswehrmitglieder wurden dorthin geschickt. Möglich ist das durch den Artikel 35 des Grundgesetzes, wonach sich alle Behörden des Bundes und der Länder gegenseitig Rechts- und Amtshilfe leisten.

Wann die Bundeswehr helfen darf - und wann nicht <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-wann-darf-die-bundeswehr-helfen-wann-nicht-a-1059924.htm....>

Doch über die Asylanträge entscheiden dürfen die Bundeswehrkräfte nicht. Dabei handelt es sich eben um eine hoheitliche Aufgabe, von der alle Soldaten nach Artikel 87a ausgeschlossen sind. Stattdessen wird das Bundeswehrpersonal im Sekretariat oder vor Ort bei der Registrierung der ankommenden Flüchtlinge eingesetzt, wie das Bamf mitteilt.

Zu ihren Aufgaben gehört demnach, die Personalien der Migranten aufzunehmen, deren Identität festzustellen, Dokumente zu scannen und Vor-Akten anzulegen, wie die Behörde weiter ausführt.

Schulungen sind aufwendig

Unklar ist aber, warum das Bamf nicht die zivilen Bundeswehrkräfte im gehobenen Dienst für einen Entscheider-Posten schult und dort einsetzt. "Das (...) zivile Bundeswehrpersonal kann, soweit die fachlichen und rechtlichen Voraussetzungen im Einzelfall gegeben sind, grundsätzlich für alle Tätigkeiten des Bamf verwendet werden", heißt es dazu aus dem Verteidigungsministerium.

Stattdessen aber werden sie im Lagezentrum eingesetzt und planen den Einsatz der Bundeswehrsoldaten und anderer Teams. Der Grund: Die Schulungen zu Entscheidern wären extrem aufwendig, sagt ein Bamf-Sprecher.

Es gibt allerdings Bereiche außerhalb der administrativen Aufgaben, für die von der Leyens Ministerium Ressourcen freigemacht hat:

Unterbringung: Bisher hat die Bundeswehr in rund 70 Kasernen und Standortübungsplätzen Platz für etwa 30.000 Flüchtlinge gemacht. Helfer: Rund 4000 Bundeswehrangehörige stehen in Rufbereitschaft als "helfende Hände" bereit. Material: Neben Zelten, Betten und mobilen Röntgengeräten stellt die Bundeswehr auch Verpflegung zur Verfügung. Sanitäter: Die Bundeswehr hat 164 Sanitäter entsandt.

Seit Kurzem ist dazu noch ein Einsatz von Bundeswehdrohnen an der deutsch-österreichischen Grenze im Gespräch. Der CDU-Verteidigungsexperte Henning Otte forderte in der "Celleschen Zeitung", damit die Grenzsicherung zu unterstützen. Militärische Drohnen gelten als Luftfahrzeuge und dürfen im deutschen Luftraum nur in bestimmten Gebieten nach Anmeldung gestartet werden. Otte schlägt vor, im Zweifelsfall eine Gesetzesänderung anzustreben.

Bereits im September hatte der Reservistenverband seine Mitglieder in einem Schreiben dazu aufgefordert, in der Flüchtlingskrise zu helfen - und damit die Bundeswehr zu unterstützen. Wer zu den "helfenden Händen" zählen möchte, müsse allerdings einen vollständig aufgebauten Impfschutz vorweisen. Der Vorsitzende des Reservistenverbands in Hessen, Volker Stein, warf der Bundeswehr laut "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vor, "überbordende bürokratische Hemmnisse" bei der Flüchtlingskrise aufgebaut zu haben.

Das sieht Hans-Peter Bartels anders. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags sagte SPIEGEL ONLINE, die rechtlichen Hürden würden in diesem Fall nicht auf der Seite der Bundeswehr aufgebaut. Es gebe viele in der Bundeswehr, die Hilfe leisten wollten, davon aber ausgeschlossen werden würden. So fordert das Bamf vor allem Einsatzkräfte mit niedrigem Dienstgrad an, Offiziere sind demnach nicht gefragt. Eine schlüssige Erklärung dafür gibt es nicht.

Bartels weiter: "Wenn Ministerin von der Leyen von maximaler Kulanz bei der Unterstützung in der Flüchtlingskrise spricht, rate ich auch der ganzen Bundesverwaltung zu maximalem Pragmatismus." Zusammengefasst: Die Hilfe der Bundeswehr in der Flüchtlingskrise ist stark eingeschränkt - durch das Grundgesetz wie durch bürokratische Hürden. Konkrete Hilfe leisten die Streitkräfte bereits als "helfende Hände" oder bei der Unterbringung und Versorgung. Behörden wie das Bamf benötigen ebenfalls Hilfe, rufen aber nur ein Teil davon ab.

Wann die Bundeswehr helfen darf - und wann nicht <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-wann-darf-die-bundeswehr-helfen-wann-nicht-a-1059924.htm....>

---

End of Document

[Die Illusion von der Flüchtlingsformel:  
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-oekonomen-  
diskutieren-in-berlin-ueber-die-fluechtlingsformel-a-1071916.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-oekonomen-diskutieren-in-berlin-ueber-die-fluechtlingsformel-a-1071916.html)

SPIEGEL ONLINE

14. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 1034 words

**Byline:** David Böcking

**Highlight:** In der **Flüchtlingskrise** wird viel Stimmung mit Zahlen gemacht. Doch bei einer Debatte mit Wirtschaftsminister Gabriel bekennen sich Deutschlands Top-Ökonomen zu den Grenzen ihrer Rechenkünste. Manche sprechen lieber über Gefühle.

## Body

---

Oft waren es Zahlen, die in den vergangenen Monaten die Debatte über **Migration** befeuert haben: 1,1 Millionen **Flüchtlinge** sind im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen. Ein Sechstel von ihnen gab bei Befragungen einen Uni- oder Hochschulabschluss an. Einen Überschuss von 12,1 Milliarden Euro hat der Finanzminister gerade für die Kosten ihrer Integration zurückgelegt.

Ökonomen beschäftigen sich hauptberuflich mit Zahlen. Deshalb werden sie gerne zur **Flüchtlingskrise** befragt, deren mögliche Folgen die Deutschen zunehmend hitzig diskutieren. Am Mittwochabend gingen die Fragen an die versammelte Ökonomen-Prominenz des Landes: Unter dem Motto "Zukunft - nur mit Zuwanderung?" debattierten die Chefs der wichtigsten Wirtschaftsforschungsinstitute in Berlin. Geladen hatte die Leibniz-Gemeinschaft, in der sich knapp 90 deutsche Forschungseinrichtungen organisiert haben.

Für Kontroversen bürgte dabei schon die Teilnahme von Hans-Werner Sinn und Marcel Fratzscher. Der scheidende Ifo-Chef Sinn sagt wegen der Flüchtlinge Verteilungskämpfe vorher. Fratzscher dagegen, Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), sieht die Neubürger als große Chance, in die Milliarden investiert werden sollten.

Gabriel, der Migrationshardliner

Und dann hatten die Veranstalter auch noch Wirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel gewinnen können. Der SPD-Chef präsentiert sich seit den Übergriffen in der Kölner Silvesternacht als Migrationshardliner, fordert schnellere Abschiebungen und eine Wohnortpflicht. Gabriel kam zu spät für seinen eigentlichen Auftritt, nahm stattdessen an der Ökonomen-Debatte teil und legte sich mit Sinn ebenso an wie mit der moderierenden ARD-Börsenjournalistin Anja Kohl, die ihn für seinen Geschmack zu oft unterbrach. "Wenn Sie mich einladen, dann haben Sie das Pech, dass ich reden will."

Die Illusion von der Flüchtlingsformel [http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-oekonomen-diskutieren-in-berlin-ueber-die-fluechtlingsformel-a-107....](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-oekonomen-diskutieren-in-berlin-ueber-die-fluechtlingsformel-a-107...)

Mitteilungsbedürftig waren auch die Institutschefs, die das Flüchtlingsthema ähnlich stark zu beschäftigen scheint wie viele Normalbürger. Wer sich aus der Kombination von Wirtschaftsforschern und Wirtschaftsminister aber klare Antworten zu den wirtschaftlichen Folgen der Migration gewünscht hatte, der wurde enttäuscht. Eine Art Flüchtlingsformel wurde nicht verkündet.

Das liegt auch daran, dass den Forschern bis heute viele Informationen zu den Flüchtlingen fehlen. "Die Datenlage ist nicht besonders gut", sagte Clemens Fuest, derzeit noch Leiter des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung und bald Sinns Nachfolger am Ifo. Allzu konkrete Kosten-Nutzen-Rechnungen könnten vor diesem Hintergrund nur enttäuschen, warnte Christoph Schmidt, Chef der Wirtschaftsweisen und des RWI-Instituts. "Das Ökonomische muss da tatsächlich auch seine Grenzen erkennen."

"Einen Sack von Problemen"

Das heißt natürlich nicht, dass es gar keine Zahlen gibt. So widersprach niemand Sinn, als dieser die Prognosen der kurzfristigen jährlichen Kosten auf 12 bis 20 Milliarden Euro bezifferte. Nur der meinungsfreudige Ifo-Chef leitete aus solchen Zahlen aber ab, die Flüchtlingswelle bedeute "so oder so einen Sack von Problemen".

Denn eines lässt sich selbst mit den besten Daten kaum vorhersagen: Wie gut und schnell die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft und damit auch in den Arbeitsmarkt gelingt. Es war wohl kein Zufall, dass gerade der in Wien geborene US-Amerikaner Dennis Snower, Chef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, dabei an die Rolle der Einheimischen erinnerte. Wenn diese den Flüchtlingen nicht vertrauten, könne deren Integration nicht gelingen. "Die Zuneigung ist entscheidend für das Gelingen dieses Projekts."

Von Gefühlen sprach auch Gabriel - allerdings von negativen, die er bei den Deutschen fürchtet. Nichts sei gefährlicher als der Vorwurf: "Für die Flüchtlinge tut ihr alles, für uns nicht." Mehrere der Ökonomen erklärten solche Gegensätze jedoch für unberechtigt. So wies DIW-Chef Fratzscher darauf hin, die Investitionen in Schulen und andere öffentliche Infrastruktur seien schon vor der Flüchtlingswelle niedrig gewesen. "Das ist nichts Neues."

Vorbild Kanada?

Wenig Unterstützung gab es allerdings auch für Migrationseuphoriker, welche in qualifizierten Zuwanderern eine Art Allheilmittel für Deutschlands alternde Gesellschaft sehen. Im Gegensatz zu den USA ziehe Deutschland derzeit viele Menschen an, die weniger die Chance auf Aufstieg als auf schnelle Sozialleistungen locke, warnte Reint Gropp, Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle. Er plädierte dafür, Migranten über ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild auszuwählen.

Von solch qualifizierter Zuwanderung unabhängig muss Deutschland weiter Flüchtlinge aus humanitären Gründen aufnehmen - darin waren sich die Wissenschaftler einig. Sinn forderte jedoch zum wiederholten Mal ein Ende der "Illusion, dass hier die Chefärzte aus Aleppo kommen". Viele Flüchtlinge beherrschten nicht einmal die Grundrechenarten. Der Ifo-Chef verwies auf Angaben aus Bayern, wonach 70 Prozent der Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und Irak ihre Berufsausbildung wieder abbrechen.

Die von Sinn zitierten Zahlen beziehen sich allerdings auf einen einzigen Jahrgang der Handwerkskammern München und Oberbayern. Deren Hauptgeschäftsführer hat bereits angekündigt, man erwarte durch verbesserte Betreuung der Flüchtlinge in Zukunft eine deutlich höhere Abschlussquote.

Debatte um Migranten-Gettos

Dass Sinns eindeutige Prognosen nicht immer auf ganz so eindeutiger Empirie beruhen, zeigte sich auch an anderer Stelle. Auf die Frage, ob in Deutschland Migranten-Gettos drohten, antwortete er, die gebe es doch längst. Nicht nur ganz Offenbach zähle dazu, sondern auch Köln-Deutz und Berlin-Kreuzberg.

Tatsächlich liegt der Migrantenanteil von Deutz mit 29 Prozent deutlich niedriger als in vielen anderen Kölner Stadtteilen. In Teilen Kreuzbergs hat jeder zweite einen Migrationshintergrund, was nichts daran ändert, dass der Stadtteil seit Jahren enormen Zuzug aus aller Welt verzeichnet. Und so erlaubte sich Sinns Nachfolger Fuest den

Die Illusion von der Flüchtlingsformel <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-oekonomen-diskutieren-in-berlin-ueber-die-fluechtlingsformel-a-107....>

Hinweis: "Nicht Köln-Deutz, Hans-Werner, sondern Köln-Kalk ist das Getto." Und der in Berlin ansässige DIW-Chef Fratzscher merkte an: "Kreuzberg ist ein sehr nettes Getto."

**Load-Date:** January 14, 2016

---

End of Document

[Das Ende der Lebenslüge;  
http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fluechtlinge-das-ende-der-lebensluege-a-1071077.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fluechtlinge-das-ende-der-lebensluege-a-1071077.html)

SPIEGEL ONLINE

11. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 2279 words

**Byline:** Annette Langer

**Highlight:** Wie schauen Philosophen auf die Flüchtlingskrise? Erstaunlich realistisch, wie eine Umfrage unter 27 Denkern ergab. Die Zeit der Illusionen sei vorbei, sagt der Initiator. Die Deutschen müssten sich endlich erwachsen mit Migration auseinandersetzen.

## Body

---

Wolfram Eilenberger ist Philosoph, Publizist und Chefredakteur des "Philosophie Magazins". Die Zeitschrift hat 27 Denker zu einzelnen Aspekten von Migration und Integration befragt, vier Antworten lesen Sie weiter unten. Was denkt Eilenberger selbst über die aktuellen Herausforderungen der Flüchtlingskrise?

**SPIEGEL ONLINE** : Geschätzt eine Million Flüchtlinge sind 2015 aus den Krisengebieten der Welt nach Deutschland gekommen. Was hat sich verändert?

Eilenberger : Wir sind am Ende der zentralen Lebenslüge einer ganzen Generation von Europäern angelangt. Ich bin jetzt 43 Jahre alt. Wie viele andere habe ich mir vorgemacht, das konkrete Leid, das in den Ländern des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas den Alltag von Milliarden Menschen prägt, ließe sich für die kommenden Jahrzehnte lebensweltlich auf Distanz halten. Wir hegten die Illusion eines Kerneuropas als mauerloser Paradiesgarten in einer Welt des Elends. Damit ist es vorbei.

**SPIEGEL ONLINE** : Sie haben die jetzige Situation mit dem Mauerfall 1989 verglichen.

Eilenberger : Ja, weil die Flüchtlingsbewegungen geopolitisch gesehen eine vergleichbar grundlegende Neuordnung bedeuten. Damals wurde der Warschauer Pakt brüchig, heute ist es die EU, die an der Flüchtlingsfrage zu zerbrechen droht. Wir haben anzuerkennen, dass die europäischen Anrainer das Verhalten Deutschlands derzeit als eigenmächtig und anmaßend wahrnehmen. Selbst die skandinavischen Länder distanzieren sich vom Kurs der deutschen Regierung mit Grenzsicherungen und Kontrollen. Das ist eine extrem kritische Situation. Und wir stehen erst am Anfang der großen Migrationsbewegungen nach Europa.

**SPIEGEL ONLINE** : Die massiven sexuellen Übergriffe auf Frauen mutmaßlich durch Migranten in Köln sorgen für Fassungslosigkeit und Wut. Hat die heftige Reaktion auch mit einer Urangst vor dem Fremden zu tun?

Eilenberger : Hier werden jahrhundertealte Angstmuster bedient: Der muslimische Mann aus dem Osten, die Vergewaltigungsangst, das sind Topoi, die in der europäischen, auch deutschen Selbstbeschreibung seit Langem vorhanden sind und jetzt zum Schwingen gebracht werden. Wir sehen am Beispiel von Köln aber auch, was passiert, wenn Ordnungssysteme an ihre Bewältigungsgrenzen geraten. Städte, die so benennbar schlecht regiert werden wie eben Köln oder auch Berlin, sind anfälliger für solche Eskalationen und Steuerungsverluste.

SPIEGEL ONLINE : Müssen wir um ein friedliches Miteinander bangen?

Eilenberger : Ich finde, unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen zwölf Monaten als außerordentlich resilient, aktivierungsfähig und selbstmobilisierend gezeigt. Möglich, dass man in 20 Jahren sagt: Das war ein Wunder! Es ist sehr viel Gutes getan worden, auf das man stolz sein kann. Viele Helfer haben erkannt, dass der Staat nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen kann. Also haben sie sich selbst organisiert in Netzwerken. Es regiert überwiegend ein guter Wille im Kantschen Sinne. Das hat mich positiv überrascht. Andererseits zweifle ich, ob und wie diese tätige Empathie stabilisierbar sein wird. Wir reden hier ja von Prozessen, die Jahrzehnte des Einsatzes und der Fürsorge erfordern.

SPIEGEL ONLINE : Glauben Sie, dass es bei einigen Helfern auch ein Moment der Erlösung gab, eine Abwendung von der sinnentleerten Konsum-, hin zu einer Willkommenskultur, die Erfüllung durch Selbstlosigkeit versprach?

Eilenberger : Ganz sicher gab es einen positiven Einbruch des Menschlichen, der für viele auch sinnstiftend und damit lebensintensivierend wirkte. Doch bleibt es problematisch, Fremde in diesem Sinne als Mittel der eigenen Selbstfindung zu preisen.

SPIEGEL ONLINE : Was ist schlimm daran, wenn Flüchtlingshilfe identitätsstiftend ist?

Eilenberger : Die Ankommenden sollten nicht als Mittel zum Zweck wahrgenommen werden, weder demographisch, ökonomisch noch zur Selbstrealisierung. Aus einer Kantschen Perspektive ist der Flüchtling erst einmal ein Zweck an sich. Es geht nicht darum, was die Menschen für uns leisten können, sondern, wie wir ihnen helfen können. Weil die meisten von ihnen vorrangig eins brauchen: Schutz vor konkreter Verfolgung und lebensbedrohender Not. Darin besteht ja auch der eigentliche Kerngedanke des Asylgesetzes.

SPIEGEL ONLINE : Sie haben für die aktuelle Ausgabe des "Philosophie Magazins" 27 Denker zu einzelnen Aspekten der Flüchtlingsdebatte befragt. Cap-Anamur-Flüchtlingsretter Rupert Neudeck, 1945 selbst aus Danzig geflohen, schreibt, das "Geschenk der Deutschen" müsse durch eigene Anstrengungen der Flüchtlinge beantwortet werden. Wer sich dem Deutschunterricht, Reinigungs- oder Hilfsdiensten verweigere, solle abgeschoben werden.

Eilenberger : Rupert Neudeck hat jahrzehntelange Erfahrung mit Flüchtlingen. Was er vorschlägt, verdient Beachtung. Mich ärgert es, dass solche alltagsvernünftigen Vorschläge, die für beide Seiten einen Gewinn darstellen, allzu leicht in eine rechte Ecke gestellt werden. Das ist kontraproduktiv.

SPIEGEL ONLINE : Welche Fähigkeiten sind denn jetzt gefragt?

Eilenberger : Die Ernsthaftigkeit, der Situation realistisch ins Auge zu sehen, ein erwachsenes Gespräch zu führen, das sich von Verherrlichung und Dämonisierung gleichermaßen fernhält. Und der Wille, die Anstrengung als eine gesamtgesellschaftliche anzunehmen. Das bedeutet auch, ein neues Bild von dem Land zu entwickeln, in dem wir in Zukunft leben wollen.

SPIEGEL ONLINE : Was meinen Sie mit "erwachsen"?

Eilenberger : Schauen Sie sich an, was in den sozialen Netzwerken geschieht: Gerade die Flüchtlingsthematik wird von einer infantilen Diskurskultur beherrscht, von wechselseitigen Unterstellungen, Häme, Beschuldigung, naiver Besserwisserei und Verhärtung. Fast alles, was sachlich nötig wäre, gerät in diesen Sandkastenlogiken aus dem Blick. Es wäre ein erwachsener Anfang, sich zunächst eine grundlegende Perplexität einzugestehen. Wir



bewegen uns derzeit alle auf schwankendem Grund. Das erfordert eine besondere Wachheit und Gelenkigkeit, gerade in Bezug auf eigene Überzeugungen. Es erfordert die Bereitschaft, Unrecht zu haben.

Im Folgenden lesen Sie vier Beiträge von Denkern aus dem "Philosophie Magazin":

Welches sind die Erfolgsindikatoren, die uns in 20 Jahren sagen lassen können: "Ja, wir haben es geschafft?"

Für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen gibt es eigentlich keinen anderen Indikator als die erfolgreiche Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen. Das heißt: Im Erfolgsfall merkt man gar nichts. Schließlich ist es ein Merkmal von funktionierenden Einwanderungsgesellschaften, dass die Herkunft und Migrationsgeschichte der Gesellschaftsmitglieder im Alltag keine Rolle spielt - im Unterschied zu Gesellschaften, deren Selbstbild stark an eine (vermeintlich) biologische Identität gekoppelt ist.

Um es einfach zu sagen: Auf die Idee, dass jemand, der aus Anatolien eingewandert ist, kein Amerikaner sei, würde ein Amerikaner nicht kommen. In Deutschland, das sich lange geweigert hat, das Selbstbild eines Einwanderungslandes anzunehmen, gilt dagegen noch dessen Enkelin als eine Person "mit Migrationshintergrund".

Darüber hinaus sollte man endlich aufhören, Gegenwart in Zukünfte hochzurechnen. Gesellschaften sind nie stabil und soziale Entwicklungen nie linear. Um Demokratie widerstandsfähig zu machen, muss man aufhören, jegliches unerwartetes Geschehen als "Krise" zu deuten, und stattdessen mit einem permanenten Gestaltwandel der Gesellschaft und damit auch einem Wandel der jeweiligen Anforderungen zu rechnen lernen. Gerade das legt jeweils die Wahl robuster Strukturen nahe und lässt Moden als das erscheinen, was sie sind: Moden nämlich. Ein Erfolgsindikator für eine stabile Demokratie in 20 Jahren wäre mithin, wenn Bürgergesellschaft wie Politik der Maxime folgen: "Don't believe the hype!"

Welche Faktoren lassen Angst vor dem Fremden in Hass auf den Fremden umschlagen?

Angst und Hass sind zwei grundverschiedene menschliche Reaktionsweisen, die sich so ohne weiteres gar nicht in einen Zusammenhang bringen lassen. In der Angst steckt ein Fluchtreflex auf eine als gefährlich empfundene Situation.

Hass hat Anlässe, die aber nicht als Grund für die Hassreaktion anzusehen sind. Wenn ich hasse, mache ich mich stark gegenüber einer anderen Person, die ich bedrohen, verunglimpfen oder auf sonstige Weise niedermachen kann. In der Regel ist dieser Andere aber kein konkreter Anderer, sondern ein konzeptioneller Anderer wie die Muslime, die Juden oder die Ungläubigen. Im Hass stärke ich meinen Selbstwert durch gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit.

Woher kommt dieser Hass? Augenscheinlich aus dem Gefühl eines verunsicherten, angegriffenen oder erschütterten Selbstwertgefühls. Daher liegen die Gründe des Hasses nicht im Erleben von Angst, sondern in Erfahrungen von Degradierung, Ignorierung oder gezielter Sabotage der eigenen Person. Genau dies haben mein Kollege Ernst-Dieter Lantermann und ich bei einer Gruppe von Verbitterten in der deutschen Mittelklasse wiedergefunden. Diese Menschen stellen sich als hochgebildet dar, besitzen eine starke Überzeugung ihrer Kompetenzen und ihres Engagements und sehen sich als weltoffen an. Aber wenn sie heute etwas von einer Willkommenskultur gegenüber Fremden hören, können sie ihren Hass kaum zügeln. Sie sind nämlich von dem Gefühl beherrscht, dass sie aufgrund von Bedingungen, die sie selbst nicht kontrollieren konnten, unter ihren Möglichkeiten geblieben sind.

Wie kann Integration gelingen?

Eine Integration kann nur gelingen, wenn sie vom ersten Tag des Betretens deutschen oder europäischen Bodens vorbereitet wird. Jeder, der in eine Erstaufnahme hineinkommt, muss ein Papier in die Hand bekommen in seiner Muttersprache. In dem Papier wird klar gesagt: Dieses Geschenk der Deutschen, dass man erst mal ohne Bezahlung eine Unterkunft, einen Schlafplatz und eine Vollversorgung plus Taschengeld bekommt, muss durch

eigene Anstrengungen im Asylheim beantwortet werden. Man erwartet die Teilnahme an allen Veranstaltungen im Heim. Der Deutschunterricht muss besucht werden, es muss in den ersten Tagen fleißig Deutsch gelernt werden.

Es müssen alle Arbeiten im Haus oder Heim von den Flüchtlingen erledigt werden, auch die Toilettenreinigung. Es müssen kommunale Arbeitsdienste, auch ohne Bezahlung, geleistet werden. Ein solches Papier muss nach Lektüre unterschrieben werden. Es gibt wenige Fälle, in denen sich Flüchtlinge nicht bereitfinden, den Deutschunterricht zu besuchen. Dann muss ihnen gesagt werden, dass sie in diesem Fall wieder abgeschoben werden. Und das muss auch sofort durchgeführt werden.

Jeder Mensch lebt durch Tätigsein. Das schlimmste Hindernis der Integration sind die Untätigkeit und Passivität, zu denen das deutsche Asylbewerbersystem nicht nur neigt, sondern die es verfügt. Die Menschen, die hier auf ihr Einleben warten, dürfen bis zu 17 Monate nichts tun, dürfen sich außerhalb der Bannmeile ihres Ortes nicht bewegen. Sie werden geradezu stillgestellt. Das ist für die Entfaltung der Selbstorganisation und die Integration von Menschen in unsere Gesellschaft schmerzlich hinderlich.

Über die Sorge der jüdischen Gemeinden, die Ankunft muslimischer Flüchtlinge werde den Antisemitismus in Deutschland verschärfen:

Meine Antwort wird utopisch klingen, aber manchmal helfen nur utopische Antworten. Ich glaube, man sollte die Sorgen (von Teilen) der jüdischen Gemeinschaft sehr ernst nehmen - ernst genug, um daraus eine Gelegenheit zur Aussöhnung in mehrerlei Hinsicht zu machen.

Es liegt auf der Hand, dass arabische Diktaturen seit vielen Jahren auf eine alte Strategie zum Machterhalt setzen: Sie einigen ihre Untertanen, indem sie einen äußeren Feind heraufbeschwören. Böartige Propaganda gegen den Staat Israel und gegen Juden im Allgemeinen zählt in weiten Teilen der muslimischen Welt zur Medien- und Schulbuchnormalität. Ebenso liegt auf der Hand, dass sich der Staat Israel in den vergangenen 15 Jahren so weit nach rechts und in Richtung Rassismus bewegt hat, dass oppositionelle Israelis mittlerweile das Wort "Faschist" als angemessene Bezeichnung für manche Mitglieder der Regierung betrachten.

Dem Rest von uns - Juden außerhalb Israels und Nichtjuden, die für Israels Recht auf ein Leben in Frieden eintreten, aber ohne eine ersprießliche Lösung für die Palästinenser keine Möglichkeit zum Frieden sehen - kommt der Konflikt zunehmend ausweglos vor.

Kann nun die Flüchtlingskrise ein Anlass zu neuer Hoffnung sein? Viele Juden setzen sich dafür ein, dass jüdische Gemeinden Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan mit offenen Armen empfangen. Das religiöse Gebot dazu findet sich im dritten Buch der Thora: "Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott." (Levitikus 19, 34) Und wenn wir in eine weit jüngere Vergangenheit zurückblicken, sollten jene, deren Eltern und Großeltern von den Nazis, wenn sie Glück hatten, nur ins Exil gezwungen wurden, doch eine besondere Sensibilität für das Leid von Menschen haben, die vor Krieg und Fanatismus aus ihrer Heimat fliehen müssen.

Strategisch betrachtet wäre eine Willkommenskultur vonseiten der jüdischen Gemeinden Europas ein gutes Gegenbild zu den antisemitischen Klischees, die viele Flüchtlinge - wie viele andere Menschen auch - verinnerlicht haben. Auf diese Weise könnte der Kreislauf von Furcht und Hass zwischen der jüdischen und der muslimischen Welt durchbrochen werden.

**Load-Date:** January 11, 2016

**"Jeder muss wissen, was in Auschwitz passiert ist";  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/de-maiziere-zu-integration-von-fluechtlingen-jeder-muss-wissen-was-in-auschwitz-passiert-ist-a-1086088.html>**

SPIEGEL ONLINE

08. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 384 words

**Byline:** vks/dpa

**Highlight:** 12:26:00 Respekt, Höflichkeit und Hilfsbereitschaft: Das erwartet Bundesinnenminister de Maizière von **Asylbewerbern** in Deutschland. Dazu bringt er den Begriff der deutschen Leitkultur wieder ins Spiel.

## **Body**

---

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat in einem Interview die deutsche Leitkultur verteidigt. "Je selbstsicherer, je selbstbewusster wir in unserer Freiheit, unserer Kultur, unserer Herkunft sind, umso eher sind wir imstande, tolerant zu sein und Integration gelingen zu lassen", sagte der CDU-Politiker den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland.

Er erwarte, "dass alle, die hier leben wollen, die deutsche Kultur kennen und unsere Grundwerte akzeptieren. Jeder sollte wissen, was in Auschwitz passiert ist und jeder sollte das Existenzrecht Israels akzeptieren", sagte er weiter. "Jeder sollte unsere Kultur, unsere großen Dichter, unsere Architektur kennen." Zur deutschen Leitkultur zählt der CDU-Politiker drei weitere Eigenschaften: "Von jedem erwarte ich Respekt, Höflichkeit und Hilfsbereitschaft".

Am Freitag stellte der Minister dann neue Zahlen zu Asylsuchenden in Deutschland vor. Demnach wurden im ersten Quartal dieses Jahres deutlich weniger Asylsuchende registriert. Waren es im letzten Quartal 2015 noch fast eine halbe Million Menschen, die vom sogenannten Easy-System des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) erfasst wurde, waren es zwischen Januar und März 2016 nur noch 170.000.

De Maizière führt das unter anderem auf die geschlossene Balkanroute zurück. Aber auch das Abkommen zwischen der EU und der Türkei werde Auswirkungen auf die Zahlen haben. Kritik an dem Flüchtlingsdeal wies er zurück: "Auch wenn wir jetzt einige Wochen ein paar harte Bilder aushalten müssen, unser Ansatz ist richtig". Mit den Abschiebungen aus Griechenland in die Türkei solle Schleppern das Geschäftsmodell entzogen werden. Jeder Flüchtling, der einen Asylantrag stelle, solle von den griechischen Behörden ein individuelles Verfahren erhalten.

Internationale Hilfsorganisationen und die Opposition im Bundestag kritisieren den Umgang mit den Flüchtlingen scharf - sowohl was deren Festhalten in Griechenland angeht als auch mit Blick auf die Lage in der Türkei. Grünen-Politikerin Claudia Roth sagte: Wer sage, man müsse die Bilder von den Abschiebungen ertragen, der sei

"Jeder muss wissen, was in Auschwitz passiert ist" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/de-maiziere-zu-integration-von-fluechtlingen-jeder-muss-wissen-was-....>

"zynisch". Wenn Präsident Recep Tayyip Erdogan sage, die Syrer würden in seinem Land geschützt und nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt, dann "reicht das nicht aus".

vks/dpa

**Load-Date:** April 8, 2016

---

End of Document

## Orbán lobt Merkels Verdienste um Europa

SPIEGEL ONLINE

20. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 288 words

**Byline:** Christoph Titz

**Highlight:** Ungarns Regierungschef Orbán lobt Angela Merkel überschwänglich für ihre Europapolitik. In der Flüchtlingsfrage sei man unterschiedlicher Ansicht - sein Land zeige aber "europäische Solidarität pur".

### Body

---

Zuhause ein rechtspopulistischer Polterer, gibt sich Viktor Orbán im Ausland eher zahm: Ungarns Ministerpräsident lobt trotz seiner aggressiven Rhetorik in der Flüchtlingspolitik das Engagement von Bundeskanzlerin Angela Merkel für Europa. Merkel habe "unschätzbare Verdienste", sagte Orbán in einem Zeitungsinterview.

Europa habe zehn schwere Jahre hinter sich, von der Finanz- und Flüchtlingskrise bis zum Konflikt mit Russland wegen der Ukraine, sagte Orbán der "Passauer Neuen Presse". Ohne Merkel "hätte Europa keine guten Antworten geben können, ohne sie wäre Europa schwächer gewesen. Ganz egal, welche politische Diskussion wir im Moment auch führen: Diese Tatsache muss anerkannt werden."

Orbán rechtfertigte die Abschirmung der EU-Außengrenze gegen Flüchtlinge als "europäische Solidarität pur", die Ungarn zeige. "Die Außengrenzen Europas müssen von den jeweiligen Ländern geschützt werden. Das ist die Grundlage für die Bewegungsfreiheit innerhalb Europas", fügte Orbán hinzu.

Ungarn tue "nichts weiter, als europäisches Recht, europäische Vereinbarungen zu erfüllen". Es sei "eine absurden politische Welt, wenn derjenige attackiert wird, der seine Pflicht erfüllt". Das Eigenlob verband Orbán mit Kritik an Griechenland: Hätten die Griechen "ihre Außengrenze geschützt, wäre es nicht zur Migrationskrise gekommen".

Die europäische Flüchtlingspolitik sieht vor, dass Zehntausende in Griechenland und anderen EU-Ländern ankommene Asylbewerber nach bestimmten Quoten gerecht auf Europäische Union verteilt werden. Die Beteiligung an diesem System lehnt Ungarn kategorisch ab. Deutschland wird ab November jeden Monat 500 syrische Kriegsflüchtlinge aus Griechenland einfliegen.

cht/dpa

**Load-Date:** October 20, 2016

---

End of Document

**"Die Gesetze macht bei uns nicht der Prophet";**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylgesetz-thomas-de-maiziere-verteidigt-aenderungen-a-1055631.html>**

SPIEGEL ONLINE

01. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 543 words

**Byline:** kev/dpa/Reuters

**Highlight:** Schnellere Abschiebungen und Sachleistungen statt Bargeld: Das Asylgesetz soll verschärft werden. Innenminister de Maizière hat die Pläne im Bundestag verteidigt. Sein CDU-Parteifreund Strobl griff zu drastischen Worten.

## Body

---

Der Bundestag debattiert über die geplanten Asylrechtsverschärfungen - und die Union schickt deutliche Warnungen an Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive: Wer abgelehnt werde und kein Recht auf Duldung habe, "muss unser Land verlassen", sagte Innenminister Thomas de Maizière.

Sein Parteikollege, CDU-Vize Thomas Strobl, formulierte noch schärfer. An Flüchtlinge aus dem Westbalkan gewandt sagte er: "Verkauft nicht euer Haus und euer Auto, um den Schlepper und den Schleuser bezahlen zu können. Wir werden euch schnell wieder zurückschicken, und ihr werdet schnell wieder da sein, wo ihr hergekommen seid, nur ihr werdet noch ärmer sein."

Das Gesetzespaket , über das der Bundestag in erster Lesung diskutiert, sieht unter anderem vor, Albanien, das Kosovo und Montenegro als weitere "sichere Herkunftsstaaten" einzustufen, um Asylbewerber von dort schneller abzuweisen. Schutzsuchende sollen künftig deutlicher länger als bisher in Erstaufnahmestellen bleiben und dort möglichst nur Sachleistungen bekommen. Die Auszahlung von Geld soll nur einen Monat im Voraus möglich sein. In bestimmten Fällen sind auch deutliche Leistungskürzungen vorgesehen.

Hilfsorganisationen und Migrationsforscher kritisieren den restriktiven Kurs scharf. Mit einer Entscheidung wird Mitte Oktober gerechnet.

De Maizière forderte von den Zuwanderern eine "Anerkennungskultur" - sie müssten die "Rechts- und Wertekultur" in Deutschland akzeptieren. Dazu gehöre auch, sich nicht zu prügeln. Am Mittwoch hatte es in einer Flüchtlingsunterkunft erneut eine Massenschlägerei gegeben .

Parteikollege Strobl sagte, "die Gesetze macht bei uns in Deutschland nicht der Prophet, die macht bei uns in Deutschland das Parlament".

"Die Gesetze macht bei uns nicht der Prophet" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylgesetz-thomas-de-maiziere-verteidigt-aenderungen-a-1055631.html>

"Es geht im Moment nicht anders"

Der Innenminister verteidigte die Verschärfungen im Gesetz. Angesichts des großen Flüchtlingsandrangs müsse die Politik auch harte Entscheidungen treffen, sagte de Maizière. "Im September sind so viele Flüchtlinge nach Deutschland gekommen wie seit Jahrzehnten nicht mehr in einem einzigen Monat." Das bisherige Asylsystem sei auf diesen Andrang nicht eingestellt gewesen. Die Flüchtlingskrise sei eine enorme Herausforderung. "Wir werden Mut, Geduld und Ausdauer brauchen."

Er räumte ein, manche Flüchtlingsunterkunft sei überfüllt und nicht angenehm, aber alle Verantwortlichen gäben sich große Mühe. "Es geht im Moment nicht anders." De Maizière rief alle Beteiligten auf, mit Schuldzuweisungen und Schwarzer-Peter-Spielen aufzuhören. Bund, Länder und Kommunen müssten die Probleme gemeinsam lösen, sagte er. Schutzbedürftige müssten "voll angenommen" werden, so der Minister. "Sie werden unsere Nachbarn und Mitarbeiter sein."

Die Grünen kritisierten Politiker der Union wie CSU-Chef Horst Seehofer, sie würden Vorbehalte gegen Flüchtlinge bestärken. "Wer Ressentiments schürt, der gefährdet den inneren Frieden mutwillig", sagte Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt. Namentlich nannte sie Bayerns Ministerpräsidenten, aber auch die CDU-Vizechefin und Spitzenkandidatin bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, Julia Klöckner. Diese habe "mit ein paar markigen Sprüchen gegen Muslime, und zwar pauschalster Art", Wahlkampf gemacht: "Das ist billig, das ist gefährlich."

kev/dpa/Reuters

**Load-Date:** October 1, 2015

---

End of Document



**[SPD und Grüne streiten über Umgang mit Balkan-Flüchtlingen;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-vom-balkan-gruene-und-spd-streiten-ueber-konzepte-a-1046199.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-vom-balkan-gruene-und-spd-streiten-ueber-konzepte-a-1046199.html)**

SPIEGEL ONLINE

31. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 588 words

**Byline:** mxw/dpa/AFP

**Highlight:** Der Streit um den richtigen Umgang mit **Flüchtlingen** vom Balkan erhitzt die Gemüter: Sollen weitere Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden? Vor allem die Grünen sind in dieser Frage gespalten.

## Body

---

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hatte sich zuletzt offen für die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer gezeigt - doch der Widerstand in seiner Partei wächst: "Herkunftsländer können nicht nach politischer Lust und Laune für sicher erklärt werden", sagte der Grünen-Innenexperte Volker Beck den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Auf dem Westbalkan gebe es noch Verfolgung.

Ähnlich äußerte sich Fraktionschef Anton Hofreiter. Er sagte dem Sender HR-Info, zunächst müsse man "darüber streiten, sind das überhaupt sichere Herkunftsstaaten? Jetzt ist die Rede vom Kosovo, was für viele Menschen schlichtweg kein sicherer Herkunftsstaat ist." Wenn Menschen in Deutschland kein Asyl bekämen, bedeute das nicht, dass sie nicht verfolgt würden, so Hofreiter: Notwendig sei die Schaffung "vernünftiger legaler Einwanderungsmöglichkeiten".

Parteichef Cem Özdemir sagte zu der Debatte, er teile die Einschätzung von Kretschmann und der Co-Parteichefin Simone Peter, "dass die Situation für viele Menschen auf dem Balkan, insbesondere für die dort lebenden Roma und Sinti, nicht akzeptabel ist". Die Grünen forderten deshalb von der Bundesregierung, "dafür zu sorgen, dass die Situation vor Ort besser wird", sagte Özdemir den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Bedenken gegen die Pläne, weitere Staaten zu sichere Herkunftsländern zu erklären, äußerte auch der SPD-Vize Ralf Stegner. "Ich glaube, dass diese formalen Dinge nichts nützen", sagte er der Nachrichtenagentur dpa. "Das Problem steigender Flüchtlingszahlen kann man nicht so eben mit einem Federstrich regeln."

Notwendig sei ein rascher Kompromiss beim Einwanderungsgesetz, zudem müsse sich die Bundesregierung stärker einbringen: "Die Flüchtlingsfrage ist kein regionales, sondern ein nationales Problem", sagte er. Darüber hinaus brauche es auch eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik: "Die EU muss dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten ihre Leute anders behandeln - wie zum Beispiel die Roma in Rumänien oder Bulgarien - und diese Menschen gar nicht erst flüchten müssen."

## SPD und Grüne streiten über Umgang mit Balkan -Flüchtlingen

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-vom-balkan-gruene-und-spd-streiten-ueber-konz....>

Die Politiker stellen sich damit gegen Pläne, nach Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina weitere Balkanstaaten als sogenannte sichere Herkunftsländer einzustufen ( Mehr über das Konzept der sicheren Herkunftsländer lesen Sie hier. ) Asylanträge aus diesen Ländern werden in der Regel abgelehnt, da eine politische Verfolgung ausgeschlossen wird.

In der Sache sind sich die von SPD und Grünen regierten Länder dabei weitgehend einig mit CSU: Sie wollen die vielen Asylbewerber, die vom Westbalkan nach Deutschland kommen, möglichst schnell wieder loswerden. Auch den drastischen Mitteln wie Zeltlagern direkt an den Flüchtlingsrouten, die Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer in Erwägung zieht, sind sie dabei nicht immer abgeneigt.

Hintergrund der Debatte ist unter anderem, dass die zahlreichen Flüchtlinge aus den Westbalkan-Staaten die Kommunen belasten und Kapazitäten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) binden. Die Behörde kommt mit der Bearbeitung der Fälle aus Krisenregionen wie Syrien nicht mehr nach ( Mehr über die Flüchtlinge vom Balkan lesen Sie hier. )

Nach Angaben des BAMF kamen von den insgesamt rund 190.000 Asylanträgen in Deutschland seit Anfang des Jahres rund 78.000 aus Staaten des Westbalkan. Nur ein Bruchteil der Anträge aber wird bewilligt - darum will die Bundesregierung ihre Asylverfahren möglichst schnell durchziehen und die abgelehnten Bewerber zurückschicken.

mxw/dpa/AFP

**Load-Date:** July 31, 2015

---

End of Document

[Eine grenzwertige Diskussion; http://www.spiegel.de/kultur/tv/hart-aber-fair-mit-frank-plasberg-zu-uebergriffen-in-koeln-eine-grenzwertige-diskussion-a-1071531.html](http://www.spiegel.de/kultur/tv/hart-aber-fair-mit-frank-plasberg-zu-uebergriffen-in-koeln-eine-grenzwertige-diskussion-a-1071531.html)

SPIEGEL ONLINE

12. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR / TV

**Length:** 1112 words

**Byline:** Christoph Twickel

**Highlight:** Welche Konsequenzen drohen Deutschland nach den Angriffen in der Silvesternacht? Darüber wollte Frank Plasberg mit seinen Gästen sprechen. Am Ende blieb man als Zuschauer fassungslos zurück - was vor allem an Kristina Schröder lag.

## Body

---

Zur Sendung: Die Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln<sup>29357</sup> haben in Deutschland - und weltweit - für große Aufregung gesorgt. In der Talkshow von Frank Plasberg ging es am Montagabend unter anderem darum, wie ehrlich die Aufarbeitung wird und welche Folgen der Vorfall für die Asylpolitik in Deutschland haben wird. Thema der Sendung: "Die Schande von Köln - was sind die Konsequenzen?"

Konkurrierende Fassungslosigkeiten. Man weiß nicht so richtig, worüber man sich mehr aufregen soll. Darüber, dass in Köln und anderen deutschen Großstädten in der Silvesternacht Dutzende Männer in bislang ungekannter Massivität Frauen bedrängt haben? Oder darüber, wie der Umstand, dass diese Männer wohl 'nordafrikanisch' oder 'arabisch' ausgesehen haben und dass unter ihnen Asylbewerber gewesen sind, in eine bislang ungeahnte Pegidaisierung der Republik mündet?

Alice Schwarzer erklärt das "Unbehagen" der Pegida-Anhänger für berechtigt, Ex-Ministerin Kristina Schröder (CDU) taucht mit ihrem Tweet über die "gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen in der muslimischen Kultur" aus der Versenkung auf. Einen riesigen Schwall triumphal-rassistischer Gewaltphantasien gegenüber Flüchtlingen kübeln Deutsche dieser Tage über die sozialen Netzwerke und in die Kommentarspalten der Onlinemedien.

Zu ersterem - der sexualisierten Gewalt in der Silvesternacht - hatte "Hart aber fair" keine wesentlich neuen Erkenntnisse beizutragen. Eine junge Frau mit dem Pseudonym "Anja Meier" berichtete nüchtern und gefasst von den Grabschereien, den Beleidigungen und von der Ausweglosigkeit, in der sie und andere Frauen sich am Kölner Hauptbahnhof befanden. Auch weigerte sie sich, die Taten mit der Herkunft der Männer in Verbindung zu bringen. "Ist mir egal, woher die kommen", sagte sie.

Die Hysterie ist ausgebrochen

Eine grenzwertige Diskussion <http://www.spiegel.de/kultur/tv/hart-aber-fair-mit-frank-plasberg-zu-uebergreifen-in-koeln-eine-grenzwertige-diskussion-a-1071531.h...>

Ein ehrenwerter Vorsatz. Doch die Herkunft der Männer ist dieser Tage eben der Fetisch, um den seit Neujahr nicht mehr nur die Pegida- und AfD-Gefolgschaft herumtanzt. Die Hysterie ist ausgebrochen, weil man in den Ereignissen der Silvesternacht endlich den unwiderlegbaren Beweis dafür in den Händen zu halten glaubt, dass Männer aus mehrheitlich muslimischen Ländern tendenziell einer "Vorstellung von Männlichkeit" anhängen "die mit Gewalt verknüpft ist", wie es Ex-Familienministerin Schröder in der Plasberg-Runde ausdrückte.

Richtig Fahrt nimmt diese Hysterie auf, wenn sie mit der Verschwörungstheorie gepaart ist, es gebe in Deutschland ein politisch-mediales Gutmenschen-Kartell, welches die Wahrheit durch Verschleierung und Beschönigung unterdrückt.

"Schwieriger als die deutsche Einheit"

Kronzeuge für diese These war bei Plasberg der Polizeigewerkschafts-Chef Rainer Wendt. Pauschal erklärte er die Tatsache, dass in Polizeiberichten Ethnien und Migrationshintergrund oftmals nicht erwähnt werden, zur Kuscherei vor politischer Korrektheit. In "Erfüllung einer politischen Erwartungshaltung, die gezüchtet wird" hätte die deutsche Polizei ihre Sprachregelungen abgemildert. "Man darf nach Köln immerhin sagen: Da sind auch ein paar Ganoven dabei", so der Polizeigewerkschafter.

Heribert Prantl entgegnete, Kriminalarbeit habe strafrechtlich relevantes Vokabular zu benutzen und Taten nicht zu interpretieren. "Ehrenmord ist kein juristischer Begriff", so der Innenpolitik-Chef der "Süddeutschen Zeitung". Ein korrektes Argument, aber für die aufgeheizte Debatte fast ein bisschen zu rechtsstaatlich-trocken.

Die anwesenden SPD- und Grünen-Politikerinnen begegneten dem Verschleierungs- und Beschönigungs-Vorwurf wahlweise mit Dementi oder mit dem Bekenntnis zur Härte des Rechtsstaats. "Bei uns wird ja erfasst, wenn Straftaten von Ausländern begangen werden", beteuerte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Grünen-Politikern Renate Künast forderte besser vorbereitete Polizeieinsätze und größere Anstrengungen bei Integrationsmaßnahmen. Die Herausforderung der Flüchtlingskrise sei "schwieriger als die deutsche Einheit".

Woher kommen diese Fantasien?

"Kein seriöses Medium verschweigt, was hier passiert ist", warf Prantl ein. Man hätte sich gewünscht, dass jemand in der Runde die Verschleierungsthese des neuen Rechtspopulismus als das auseinandernimmt, was sie ist: eine wahnhaftige Konstruktion. Die deutsche Öffentlichkeit verschweigt und beschönigt Integrationsprobleme, Übergriffe migrantischer Jungmänner und Frauenunterdrückung in islamischen Gesellschaften?

Wo leben die Leute, die so was herbeifantasieren? Offensichtlich nicht in dem Land, in dem von Sarrazins "Deutschland schafft sich ab", Buschkowskys "Neukölln ist überall" oder Kirsten Heisigs "Das Ende der Geduld" noch jedes Buch, das prominent gegen zu viel Toleranz und Multikulti wettet, zum Millionenseller und Gegenstand monatelanger Debatten auf allen Kanälen geworden ist.

Der orientalische Macho, das unterdrückte Kopftuchmädchen, die religiös geprägte Parallelgesellschaft: Seit vielen Jahren sind diese Angstfiguren ein allgegenwärtiger Topos der deutschen Öffentlichkeit, wenn es um Migration geht. Und damit das nicht unerwähnt bleibt: Auch seriöse, differenzierte fundamentalismuskritische Positionen sind reichlich zu lesen - deutsche Medien drucken täglich Artikel von Wissenschaftlern, Frauenrechtlerinnen und andern Aktivisten aus der arabischen Welt und Deutschland selbst.

Grenzwertige Diskussion

Mit ihrer Suada, das Thema muslimische Männergewalt werde "tabuisiert", bekam Kristina Schröder frenetischen Applaus vom Studio-Publikum. Hinter der Verschwörungstheorie steht etwas anderes, wie die Zuschauerkommentare zeigten, die Plasbergs Sidekick Brigitte Büscher mit betretenem Gesicht vorlesen musste. "Wer vor einem deutschen Gericht landet, hat sein Gastrecht verloren", schrieb einer. "Grenzen dicht - mehr sag ich nicht", ein anderer. Kommentare, aus denen der Wunsch spricht, angesichts der Flüchtlingskrise rechtsstaatliche Prinzipien über Bord zu werfen.

Eine grenzwertige Diskussion [http://www.spiegel.de/kultur/tv/hart-aber-fair-mit-frank-plasberg-zu-uebergreifen-in-koeln-eine-grenzwertige-diskussion-a-1071531.h....](http://www.spiegel.de/kultur/tv/hart-aber-fair-mit-frank-plasberg-zu-uebergreifen-in-koeln-eine-grenzwertige-diskussion-a-1071531.h...)

Folgerichtig warf Plasberg zum Ende der Sendung noch die Obergrenze für Flüchtlinge in die Diskussionsrunde. Eine Forderung, die - so Prantl - "sinnlos ist und Erwartungshaltungen weckt, die nicht erfüllt werden können". Jedenfalls nicht, wenn sich Deutschland an der Genfer Flüchtlingskonvention orientiert und am Recht auf Asyl festhalten will.

Kristina Schröder will das offensichtlich nicht mehr. Angesichts der Aussicht, dass die von Horst Seehofer (CSU) geforderte Obergrenze von 200.000 Flüchtlingen in diesem Jahr schon zu Ostern erreicht sein könnte, erklärte die CDU-Politikerin: Wenn das nicht funktioniere, müsse man "wieder über nationale Grenzen" nachdenken.

**Load-Date:** January 12, 2016

---

End of Document

[Tsipras bittet Merkel um Personal;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-tuerkei-deal-griechenland-  
bittet-angela-merkel-um-hilfe-a-1083617.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-tuerkei-deal-griechenland-bittet-angela-merkel-um-hilfe-a-1083617.html)

SPIEGEL ONLINE

22. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 472 words

**Byline:** als/sef/dpa

**Highlight:** 14:02:00 Künftig sollen irreguläre Flüchtlinge in die Türkei zurückgeschickt werden - aber dafür braucht es viele Beamte. Griechenlands Premier Tsipras meldete sich nun in der Sache bei Angela Merkel.

## Body

---

Griechenland benötigt für die Umsetzung des Flüchtlingspakts der EU mit der Türkei dringend Personal. Das bekräftigte der griechische Regierungschef Alexis Tsipras in einem Telefonat mit Kanzlerin Angela Merkel.

Tsipras hatte in den vergangenen Tagen gesagt, dass sein Land mindestens 2300 Experten brauche, darunter Dolmetscher, Sicherheitsleute und Asylexperten.

Der am Sonntag in Kraft getretene EU-Flüchtlingsdeal mit der Türkei sieht vor, dass Ankara irregulär nach Griechenland gelangte Flüchtlinge zurücknehmen muss. Ab Anfang April werden sie zwangsweise in die Türkei zurückgebracht, nur wer nachweisen kann, dass er in der Türkei verfolgt wird, darf bleiben. Im Gegenzug soll die EU für jeden abgeschobenen Syrer einen syrischen Flüchtling aus der Türkei auf legalem Wege in die EU einreisen lassen - bis zu einer Obergrenze von 72.000 Menschen.

Schleusern das Handwerk legen

Am Montag waren die ersten türkischen Verbindungsoffiziere nach Griechenland gekommen. Tausende EU-Beamte, spezialisiert auf Sicherheitsaufgaben und Asylverfahren, werden noch erwartet. Genau darauf zielte Tsipras' Telefonat mit Merkel ab.

Deutschland hat zudem gemeinsam mit Frankreich bereits Bereitschaft signalisiert, jeweils 600 Beamte nach Griechenland zu entsenden, darunter Polizeibeamte der EU-Grenzschutzagentur Frontex sowie Asylexperten.

Einer griechischen Regierungssprecherin zufolge betonte Tsipras in dem Telefonat mit Merkel zudem, es müsse Druck auf die Türkei ausgeübt werden, den Schleusern das Handwerk zu legen. Auch der Nato-Einsatz in der Ägäis müsse verstärkt werden, hieß es.

Tsipras bittet Merkel um Personal <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-tuerkei-deal-griechenland-bittet-angela-merkel-um-hilfe-a-1083617.html>

Kritik erntete der Flüchtlingsdeal vom Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR. Die Registrierungszentren für Flüchtlinge in Griechenland seien durch die Vereinbarung mit der Türkei zu geschlossenen "Hafteinrichtungen" geworden. Das UNHCR schränke daher seine Aktivitäten in den sogenannten Hotspots auf den griechischen Inseln ein, hieß es am Dienstag. Dies entspreche der Politik des UNHCR, zwangsweise Inhaftierungen abzulehnen.

Das Flüchtlingshilfswerk hatte bereits am Montag mitgeteilt, dass es den von ihm bislang gewährleisteten Transport von Flüchtlingen von der Küste und der Hauptstadt Mytilin zum Aufnahmelaager Moria stoppe. Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen derweil teilte mit, dass sie ihre Arbeit in Moria im Laufe des Dienstags einstellen werde.

In diesem Hotspot werden seit Inkrafttreten des Flüchtlingspakts am Sonntag die neu ankommenden Flüchtlinge und Migranten festgehalten. "Frauen, Kinder, ganze Familien dürfen dort nun nicht mal mehr ihre Baracken verlassen. Wenn das keine Haftanstalt ist, was ist es dann?", sagte ein Sprecher der Organisation. Bisher hatten die Teams von "Ärzte ohne Grenzen in dem Auffanglager die hygienische und medizinische Versorgung" übernommen.

als/sef/dpa

**Load-Date:** March 22, 2016

---

End of Document

**Hunderte Flüchtlinge brechen aus Aufnahmelager aus;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-hunderte-migranten-fliehen-aus-aufnahmelager-a-1051482.html>**

SPIEGEL ONLINE

04. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 739 words

**Byline:** ler/dpa/Reuters/AFP

**Highlight:** In Ungarn machen sich Hunderte **Flüchtlinge** zu Fuß auf einen Treck gen Westen. 300 Menschen flohen aus einem Aufnahmelager, auch vom Bahnhof in Budapest ist eine große Gruppe losgezogen.

## Body

---

Per Zug gibt es für **Flüchtlinge** in Ungarn derzeit kein Vorwärtskommen. Tausende Menschen sitzen in Budapest vor dem Bahnhof fest. Andere sind in Aufnahmelagern untergebracht - wo sie nicht bleiben wollen. Jetzt versuchen es Hunderte zu Fuß Richtung Österreich und Deutschland.

Am späten Vormittag sind rund 300 **Flüchtlinge** aus dem Erstaufnahmelager Röszke in Ungarn geflohen. Die Menschen hätten den Zaun des Lagers im Süden des Landes an der Grenze zu Serbien gegen 11.30 Uhr überwunden, erklärte die Polizei. Es habe "zwei Wellen" gegeben, die **Flüchtlinge** seien dann in Richtung einer nahen Autobahn gerannt. Der Grenzübergang Röszke sei vorübergehend für den Einreiseverkehr geschlossen worden, "um Unfälle zu vermeiden". Nach den **Flüchtlingen** werde gesucht.

Weitere rund 2300 Flüchtlinge drohen laut Polizei in dem Lager ebenfalls mit dem Ausbruch. Die Migranten wollen das Lager verlassen, wenn ihre Forderungen nicht innerhalb von zwei Stunden erfüllt werden. Noch ist allerdings nicht bekannt, wie die Forderungen lauten. Die Polizei kündigte an, ihre Einsatzkräfte zu verstärken.

Dutzende weitere Flüchtlinge brachen aus einem Aufnahmelager bei Bicske aus.

Auch vom Bahnhof in Budapest aus begaben sich am Freitag Hunderte Migranten zu Fuß auf die Weiterreise. Sie wollten nach Österreich, berichtete der Reporter. Die Grenze ist von der Hauptstadt rund 175 Kilometer entfernt.

Am Wochenende hatte das Land einen 175 Kilometer langen Stacheldrahtzaun an der Grenze zu Serbien fertiggestellt. Damit sollen über die Westbalkanroute kommende Menschen an der unkontrollierten Einreise gehindert werden.

Am Budapester Ostbahnhof stoppten die Behörden Flüchtlinge tagelang, um ihre Weiterreise nach Österreich und Deutschland zu unterbinden. Sie ließen dann aber doch Tausende Menschen die Züge besteigen, bevor sie weitere Ausreisen wieder verhinderten.



Hunderte Flüchtlinge brechen aus Aufnahmelager aus <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-hunderte-migranten-fliehen-aus-aufnahmelager-a-1051482.html>

### Appell an den ungarischen Botschafter

Die Bundesregierung forderte Ungarn erneut auf, sich an europäische Vereinbarungen im Umgang mit Flüchtlingen zu halten. Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) habe am Morgen mit dem ungarischen Botschafter telefoniert, um ihm die deutsche Position zu erläutern, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Man setze darauf, dass auch Ungarn "als Teil der westlichen Wertegemeinschaft seinen rechtlichen und humanitären Verpflichtungen ebenso gerecht werden wird wie Deutschland".

An der Rechtslage ändere sich auch dadurch nichts, dass Deutschland zurzeit keine syrischen Flüchtlinge nach Ungarn zurückschicke, sagte Seibert. Ungarn habe die Pflicht, Flüchtlinge ordnungsgemäß zu registrieren, zu versorgen und die Asylverfahren nach EU-Standards durchzuführen. Ein Sprecher des Auswärtigen Amts verwies darauf, dass Ungarn wie alle anderen EU-Staaten zudem an völkerrechtliche Vorgaben der Genfer Flüchtlingskonvention gebunden ist.

Das ungarische Parlament beschloss am Mittag ein Gesetz, das die Strafen für illegale Grenzübertritte verschärft. Zudem wurde die Einrichtung sogenannter Transitzone in Grenznähe beschlossen. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán warnte am Freitag erneut vor den Folgen des Flüchtlingsstroms nach Europa. Ungarn werde sich an die Umsetzung der EU-Regeln halten, sagte er mit Blick auf Tausende Flüchtlinge, die in seinem Land auf eine Weiterreise nach Deutschland hoffen. Wenn Deutschland Visa für Flüchtlinge ausstelle, dürften sie ausreisen. Allerdings wollten sich viele nicht in Ungarn registrieren lassen und dürften daher nicht weiterreisen.

Am Bahnhof von Bicske 40 Kilometer außerhalb von Budapest weigern sich weiterhin 500 Flüchtlinge, aus ihrem Zug auszusteigen. Die Behörden hatten den Zug am Donnerstag zunächst in Budapest in westliche Richtung abfahren lassen, bei Bicske dann aber gestoppt, um die Flüchtlinge von dem Bahnhof auf Auffanglager in Ungarn zu verteilen, statt sie zur österreichischen Grenze fahren zu lassen.

Die Einwanderer werfen der ungarischen Regierung vor, sie in eine Falle gelockt zu haben. Die Mehrheit von ihnen weigerte sich am Freitag, Wasser und Essen von den Polizisten anzunehmen, berichteten Journalisten vor Ort. Die Polizei sprach von "passivem Widerstand" seitens der Flüchtlinge.

Video: Bericht über die Situation am Bahnhof von Bicske

Allein in den letzten 24 Stunden trafen in dem Land mehr als 3000 neue Flüchtlinge ein. Das teilte die Polizei in Budapest mit. Elf Schlepper seien im selben Zeitraum festgenommen worden.

ler/dpa/Reuters/AFP

**Load-Date:** September 4, 2015

**Bayern und Baden-Württemberg nehmen Neuankömmlingen Geld ab;  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayern-und-baden-wuerttemberg-polizei-nimmt-fluechtlingen-bargeld-ab-a-1073089.html>**

SPIEGEL ONLINE

21. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 555 words

**Byline:** cht/dpa

**Highlight:** Wie in der Schweiz und in Dänemark nehmen süddeutsche Behörden **Flüchtlingen** bis auf einen kleinen Betrag ihr Vermögen ab. Sie werden damit nicht anders behandelt als Hartz-IV-Empfänger.

## Body

---

**Flüchtlinge** müssen bei der Einreise in mehrere europäische Länder ihr Bargeld an Polizisten abgeben. Als Dänemark im Dezember diese Regel einführte, gab es Proteste. Nun zeigt sich, dass nicht nur Dänen und Schweizer, sondern auch deutsche Polizisten einreisenden **Flüchtlingen** ihr Geld abnehmen können.

Bis auf einen Selbstbehalt von 750 Euro kann etwa in Bayern das Vermögen konfiziert werden, teilte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann auf Anfrage der "Bild"-Zeitung mit. Das sei der Fall, wenn "ein Erstattungsanspruch gegen die Person besteht oder erwartet wird". Wie oft Bayerns Polizei davon Gebrauch macht, sagte Herrmann nicht.

In Baden-Württemberg liegt der Selbstbehalt laut dem Bericht mit 350 Euro noch niedriger. Die 1000 Franken, welche die Schweiz Flüchtlingen belässt, nehmen sich dagegen fast großzügig aus. Im Dezember 2015 sollen Flüchtlingen in Baden-Württemberg durchschnittlich ein vierstelliger Betrag abgenommen worden sein. Deutsches Recht erlaubt es, dass Asylsuchende wie Empfänger staatlicher Sozialleistungen zuerst ihr eigenes Vermögen aufbrauchen müssen.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), sagte der "Bild"-Zeitung: "Wer bei uns einen Asylantrag stellt, muss vor der Hilfgewährung grundsätzlich sein Einkommen und Vermögen aufbrauchen." Dazu zähle auch der Familienschmuck. Özoguz ergänzte: "Auch wenn sich manche Vorurteile hartnäckig halten: Als Asylbewerber hat man es mitnichten besser als ein Hartz-IV-Empfänger."

Asylbewerber haben es "nicht besser als ein Hartz-IV-Empfänger"

Bundesinnenminister Thomas de Maizière kündigte an, dass an den deutschen Grenzen auf unbestimmte Zeit weiter kontrolliert werden soll. "Ich sehe keinen Zeitpunkt voraus, wo wir das beenden können", so de Maizière gegenüber dem MDR. Unterdessen haben die Balkanländer Mazedonien, Serbien und Kroatien angekündigt, ihrerseits mit Grenzsicherungen auf die in Österreich eingeführte Flüchtlingsobergrenze von 37.500 Menschen

Bayern und Baden-Württemberg nehmen Neuankömmlingen Geld ab  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayern-und-baden-wuerttemberg-polizei-nimmt-fluechtlingen-....>

im Jahr 2016 zu reagieren. Sie lassen nur noch Migranten durch, die als Zielland Deutschland oder Österreich angeben.

Sloweniens Außenminister Karl Erjavec sagte, sein Land müsse die Zahl der Durchreisenden den Vorgaben der Zielländer Österreich oder Deutschland anpassen. Für Deutschland existiert eine Obergrenze bisher nicht. Lediglich CSU-Chef Horst Seehofer hatte die Zahl von 200.000 Menschen in 2016 ins Spiel gebracht. Die Bundesregierung will von einer Obergrenze aber bislang nichts wissen.

Die SPD wirft dem Koalitionspartner CSU vor, mit Dauerkritik an der Kanzlerin und "Scheinlösungen" in der Flüchtlingskrise das rechte Spektrum zu stärken. Die CSU vermittele den Eindruck, man könne einfach einen Schalter umlegen und den Zustrom begrenzen: "Das zahlt direkt auf das Konto der Rechtsradikalen und Rechtspopulisten ein", sagte SPD-Parteivize Ralf Stegner.

Zwar sei auch die SPD mit der Arbeit der Bundeskanzlerin unzufrieden. "Wir kritisieren sie aber nicht von rechts." Die CSU sei in der Regierung derzeit nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. "Es macht doch keinen Sinn, öffentlich ständig über Plan B, C oder D zu spekulieren. Wir müssen gemeinsam Antworten finden." Zur in Österreich beschlossene Obergrenze sagte Stegner, sie sei kein Vorbild für Deutschland.

cht/dpa

**Load-Date:** January 21, 2016

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuwanderung-nach-deutschland-kaum-willkommenskultur-im-osten-a-1021807.html>

SPIEGEL ONLINE

06. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 721 words

**Byline:** Peter Maxwill Chris Kurt

**Highlight:** Wächst die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland? Wie steht es um die viel beschworene Willkommenskultur? Eine neue Studie zeigt: Die Deutschen selbst halten sich für weltoffen - fordern aber von Zuwanderern: Passt euch gefälligst an.

## Body

---

In keiner anderen Stadt zeigt sich das deutsche Dilemma in Sachen Willkommenskultur so deutlich wie in Dresden: Tausende Menschen zogen vor einer Woche durch das Stadtzentrum und solidarisierten sich mit Asylbewerbern. Drei Tage später marschierten wieder Menschenmassen durch die sächsische Hauptstadt, wieder ging es um Flüchtlinge - doch diesmal musste die Polizei verhindern, dass Pegida-Anhänger auf ein Flüchtlingscamp vor der Semperoper losgingen.

Dresden steht für die Uneinigkeit der Deutschen in dieser Frage: Wie soll die Bundesrepublik mit den derzeit etwa 630.000 Flüchtlingen im Land umgehen - und wie mit den Tausenden, die hierher ziehen wollen? Dass dieses Thema nicht nur die Gesellschaft spaltet, sondern auch im geografischen Sinne das ganze Land, zeigt eine repräsentative Emnid-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung (wie die Daten erhoben wurden, lesen Sie im Infokasten unter diesem Text).

Die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung im Überblick:

Sechs von zehn Deutschen finden, dass Zuwanderer hierzulande freundlich empfangen werden, 2012 meinte das nur jeder zweite Befragte. Insgesamt hat die Willkommenskultur in der Wahrnehmung der Deutschen deutlich gewonnen. Ähnlich zufrieden sind auch die Migranten in Deutschland: 68 Prozent der befragten Zuwanderer fühlen sich von staatlichen Stellen willkommen geheißen - vor drei Jahren waren es gerade mal 57 Prozent. Die Aufgeschlossenheit gegenüber Einwanderern und Asylbewerbern wächst insgesamt - allerdings nur in Westdeutschland: In den neuen Ländern ist die Tendenz gegenläufig zum Bundestrend. Die große Mehrheit der Deutschen will, dass die Bundesrepublik noch attraktiver für Zuwanderer wird. Dafür fordern 82 Prozent der Befragten spezielle Hilfen für Migranten auf Arbeitsämtern (2012: 68 Prozent), 76 Prozent befürworten eine leichtere Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse (2012: 69 Prozent) und 54 Prozent der Deutschen würden gegen die Benachteiligung von Einwanderern am liebsten mit Gesetzen vorgehen.

Deutsche halten sich für tolerant <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuwanderung-nach-deutschland-kaum-willkommenskultur-im-osten-a-1021807.html>

Mehr als die Hälfte der Deutschen will zudem die rechtliche Grundlage für Zugezogene verbessern: 56 Prozent der Befragten befürworten eine Erleichterung der Einbürgerung (2012: 44 Prozent) und 62 Prozent wollen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Einwanderer aus anderen Ländern (2012: 55 Prozent).

In der Frage, ob Einwanderung nutzt oder schadet, ist Deutschland nach wie vor gespalten: Zwar sehen viele Menschen Vorteile für die Ansiedlung internationaler Firmen (68 Prozent), für ein interessanteres Leben in Deutschland (67 Prozent) oder die demografische Entwicklung (60 Prozent) - aber die Mehrheit der Befragten fürchtet durch Zuwanderung auch Probleme in Schulen (61 Prozent), eine Belastung des Sozialstaats (64 Prozent) und soziale Spannungen zwischen Einwanderern und Einheimischen (63 Prozent). Ostdeutsche sind dabei erheblich skeptischer als Westdeutsche:

Das Interesse an fremden Kulturen hat offenbar deutlich zugenommen: Vier von fünf Deutschen wünschen sich von Einwanderern, dass sie mehr von ihrer jeweils eigenen Kultur vermitteln - 2012 wollten das nur 69 Prozent der Befragten.

Zugleich ist der Wunsch nach der Integration von Zugezogenen deutlich gewachsen: 97 Prozent der Befragten finden, dass Einwanderer sich um ein gutes Zusammenleben mit Deutschen bemühen sollten (2012: 88 Prozent) und vier von fünf fordern mehr soziales Engagement von ihnen (2012: 72 Prozent). Drei Viertel der Deutschen erwarten schließlich von Einwanderern, sich an die deutsche Kultur anzupassen.

In einem Punkt sind sich West- und Ostdeutsche offenbar einig: Sie unterschätzen den demografischen Wandel. Laut einer Prognose des Statistischen Bundesamtes von 2009 würde Deutschlands Bevölkerung ohne Zuwanderung bis 2060 um ein Viertel schrumpfen - von rund 80 auf dann 60 Millionen Menschen. Dass eine restriktive Zuwanderungspolitik auch eine solche Schrumpfkur mit sich brächte, glaubt aber gerade mal jeder fünfte Deutsche.

Zusammengefasst: Die Deutschen halten sich für aufgeschlossen gegenüber Flüchtlingen und Einwanderern - allerdings vor allem in Westdeutschland. Zugenommen hat das Interesse an der Kultur von Zuwanderern, zugleich ist aber vielen Menschen die Anpassung von Migranten an die deutsche Kultur wichtiger.

**Load-Date:** March 19, 2015

## **So leben Migranten in Deutschland;**

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/oecd-studie-so-leben-migranten-in-deutschland-a-1041715.html>

SPIEGEL ONLINE

02. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 631 words

**Byline:** vek

**Highlight:** Welche Chancen haben **Migrantenkinder** in der Schule? Wie weit kommen sie auf dem Arbeitsmarkt? Die OECD und die EU haben Daten aus mehreren Staaten verglichen. In den meisten Punkten schneidet Deutschland schlecht ab.

## **Body**

---

Der Bundestag diskutiert an diesem Donnerstag über eine Verschärfung des **Asylrechts**. Doch wie steht es wirklich um die Integration von Einwanderern in Deutschland? Eine neue Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der EU-Kommission könnte Aufschluss geben.

Der Titel der Untersuchung: "Indikatoren von Zuwanderung 2015". Ein überraschendes Ergebnis: Einwanderer konnten in Deutschland immer besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. In anderen Bereichen jedoch besteht noch großer Aufholbedarf.

Untersucht wurden Daten zur Bildung, Gesundheit, zu den Wohnverhältnissen sowie zur Einkommens- und Arbeitsmarktsituation von Zuwanderern und Zuwandererkindern. Verglichen wurden die Mitglieder der OECD, also nicht nur europäische Länder, sondern etwa auch die USA, Mexiko, Neuseeland oder Israel.

Das sind die zentralen Ergebnisse:

Beim Thema Bildung müsste Deutschland laut der Studie mehr für Kinder von Zuwanderern tun: Nur jeder Sechste verfügt über einen Hochschulabschluss oder Meisterbrief, bei den Unter-35-Jährigen ohne Migrationshintergrund ist es hingegen jeder Dritte. Im OECD-Vergleich liegt die Bundesrepublik damit hinten. Bildung trotz schwieriger familiärer Verhältnisse? Für Migrantenkinder sieht es dabei deutlich schlechter aus als für Kinder deutscher Eltern. Nur vier Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind in der Schule leistungstark, unter denjenigen ohne bringen es immerhin 13 Prozent zu guten Noten. Auch hier fällt die Bundesrepublik im Ländervergleich ab: 13 Prozent der Zuwandererkinder zählen in Europa zu den leistungstärksten Schülern. Gute schulische Leistungen trotz Migrationshintergrund: Bei der Lesekompetenz lagen Kinder von Einwanderern 2012 noch fast zweieinhalb Jahre hinter ihren Mitschülern ohne Migrationshintergrund. Diese Lücke hatte sich 2012 zu mehr als der Hälfte geschlossen. Wer zwar in Deutschland geboren wurde, aber

So leben Migranten in Deutschland <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/oecd-studie-so-leben-migranten-in-deutschland-a-1041715.html>

Kind von Migranten ist, hat Nachteile auf dem Arbeitsmarkt: Der Anteil arbeitsloser Migrantenkinder war 2013 mit 15 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei denjenigen, deren Eltern im Inland geboren sind. OECD-weit war diese Diskrepanz deutlich niedriger. Schlechtere Chancen trotz guter Ausbildung: Selbst wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund einen höheren Bildungsabschluss erreichen, finden sie nur schwierig einen Job. Die Beschäftigungsquote von Migrantenkindern mit Hochschulabschluss liegt sieben Prozentpunkte unter der von denjenigen ohne Migrationshintergrund. Bei den Niedrigqualifizierten gibt es hingegen keine Differenz. Zu demselben Ergebnis war im vergangenen Jahr bereits der zehnte Regierungsbericht über die "Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland" gekommen. Daraus folgt laut OECD-Studie: 28 Prozent aller hoch qualifizierten erwerbstätigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind überqualifiziert für ihre Jobs. Vor allem im öffentlichen Sektor sind Jugendliche mit Migrationshintergrund stark unterrepräsentiert: EU-weit arbeitet dort jeder Fünfte, in Deutschland sind es gerade einmal sieben Prozent. Das ist laut der Studie besonders kritisch, da dieser Bereich in anderen Ländern als starker Motor für Integration funktioniert. Wohlstand oder Armut? In Europa besitzen Migranten viel seltener ihre Wohnungen oder Häuser als Nicht-Migranten. In Deutschland ist diese Differenz im OECD-Vergleich am geringsten.

Zu einer etwas optimistischeren Einschätzung war Anfang Juni der Brüsseler Thinktank "Migration Policy Group" gelangt. Demnach verzeichnet Deutschland immerhin einige Erfolge in der Integrationspolitik. So war die Bundesrepublik in die Top Ten der besten Integrationsländer aufgestiegen und erreichte von 100 möglichen Punkten 61.

vek

**Load-Date:** July 2, 2015

**Uno kritisiert Ungarn als kaltblütig und fremdenfeindlich;  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-kritisiert-ungarn-als-kaltbluetig-und-fremdenfeindlich-a-1053486.html>**

SPIEGEL ONLINE

17. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 530 words

**Byline:** vek/Reuters/AP

**Highlight:** "Schockierend" findet er, was in Ungarn mit Flüchtlingen geschieht: Der Chef der Uno-Menschenrechtsbehörde hat das EU-Land scharf kritisiert - es zeige fremdenfeindliches und antimuslimisches Verhalten.

## Body

---

Der Umgang Ungarns mit Flüchtlingen an seinen Grenzen verstößt den Vereinten Nationen zufolge gegen internationales Recht.

Der Chef der Uno-Menschenrechtsbehörde, Zeid Ra'ad Al Hussein, spricht von fremdenfeindlichen und antimuslimischen Sichtweisen innerhalb der ungarischen Regierung. Er sei entsetzt, sagte Hussein: "Die Bilder von Frauen und jungen Kindern, die an Ungarns Grenze mit Serbien mit Tränengas und Wasserwerfern angegriffen wurden, sind wirklich schockierend."

Ungarns Vorgehensweise sei "kaltblütig und in manchen Fällen illegal", sagte Hussein mit Blick auf die Zugangssperren für Flüchtlinge und Migranten: Fremdenfeindlichkeit und antimuslimische Ansichten schienen in der amtierenden ungarischen Regierung verankert zu sein.

Der rechtskonservative Ministerpräsident Viktor Orbán bleibt bei dem Abschottungskurs seines Landes. "Ein Land, das seine Grenzen nicht schützen kann, ist kein Land", betonte er neulich auf der Botschafterkonferenz seines Außenministeriums. Bis Dienstag hatte Ungarn 170.000 registrierte Flüchtlinge passieren lassen. Danach kamen wegen des Grenzzauns, der neuen Notstandsgesetze und der faktischen Aushebelung des Asylrechts kaum noch Flüchtlinge durch Ungarn.

Über die Türkei und Griechenland suchen nach wie vor Zehntausende den Weg aus Syrien, Afghanistan oder den Lagern des Libanon Richtung Westeuropa :

Nach Ungarn hat auch Kroatien die Einreise von Schutzsuchenden drastisch eingeschränkt. "Wir können keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen", kündigte Innenminister Ranko Ostojic an. Zwischen Mittwoch und Donnerstag kamen nach kroatischen Angaben 6500 Hilfesuchende ins Land. Am Grenzort Tovarnik versuchten mit Helmen ausgerüstete Bereitschaftspolizisten drängelnde Menschen unter Kontrolle zu bringen. Sie hatten versucht, Plätze



Uno kritisiert Ungarn als kaltblütig und fremdenfeindlich <http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-kritisiert-ungarn-als-kaltbluetig-und-fremdenfeindlich-a-105...>

in bereitgestellten Bussen zu ergattern. Auch Slowenien schloss eine Passage für Flüchtlinge aus. Das Land liegt auf der Route nach Österreich und Deutschland. Slowenien will Asylbewerber selbst beherbergen oder wieder zurückschicken. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union wollen am Mittwoch zu einem Sondergipfel zur Flüchtlingskrise zusammenkommen. Dies teilte EU-Ratspräsident Donald Tusk auf Twitter mit. Das "informelle Sondertreffen" soll laut einer Ankündigung des Europäischen Rats am Mittwoch um 18 Uhr beginnen. Bisher konnten die EU-Innenminister nicht klären, wie die Verteilung von 120.000 Asylsuchenden in Europa ablaufen soll. Vor allem osteuropäische Staaten wehren sich gegen die Aufnahme der Flüchtlinge. In Deutschland verstärkte die Bundespolizei die Kontrollen auch an der Grenze zu Tschechien. Am Sonntag waren bereits Kontrollen an der österreichischen Grenze eingeführt worden. Bislang seien im Grenzgebiet zu Tschechien vier mutmaßliche Schleuser festgenommen worden, sagte ein Polizeisprecher. Die Bahnstrecke Salzburg-München blieb in beiden Richtungen gesperrt. Dies galt auch für den Nahverkehr über die österreichische Grenze in dieser Region. In den vergangenen Tagen waren die Flüchtlinge vor allem in Zügen über Österreich nach Deutschland eingereist. Trotz Grenzkontrollen kamen am Mittwoch über 7000 Asylbewerber an.

vek/Reuters/AP

**Load-Date:** September 18, 2015

---

End of Document

[Flüchtlingskrise stützt deutsche Wirtschaft;  
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-fluechtlingshilfe-  
wirkt-wie-konjunkturprogramm-a-1056740.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-fluechtlingshilfe-wirkt-wie-konjunkturprogramm-a-1056740.html)

SPIEGEL ONLINE

08. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 553 words

**Byline:** nck/Reuters/dpa

**Highlight:** Die hohen Flüchtlingszahlen stützen nach Einschätzung führender Ökonomen das Wachstum in Deutschland. Für die Versorgung der Flüchtlinge pumpe der Staat Milliarden in die Wirtschaft, mit denen neue Arbeitsplätze geschaffen würden.

## Body

---

Wie gut und schnell Deutschland die Flüchtlinge in den kommenden Jahren integrieren und in Arbeit bringen kann, ist ungewiss. Aktuell aber bringen sie Wachstum. Nach Ansicht des Chefs des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, wirken die hohen Flüchtlingszahlen nach Ansicht des Chefs wie ein "kleines Konjunkturprogramm". "Denn der Staat pumpt jetzt viele Milliarden für die Versorgung der Flüchtlinge in die Wirtschaft", sagte Hüther der "Rheinischen Post".

"Diese Ausgaben versickern nicht im Ausland, sondern schaffen im Inland neues Geschäft und neue Arbeitsplätze", sagte der Chef des arbeitgebernahen Instituts. Auch Dekabank-Chefvolkswirt Ulrich Kater sagte der Zeitung, wegen der milliardenschweren Mehrausgaben für Flüchtlinge seien "einige wenige Zehntelpunkte zusätzliches Wachstum" für die Jahre 2015 und 2016 zu erwarten.

Ob die Zuwanderung langfristig ein wirtschaftlicher Erfolg werde, hänge davon ab, ob möglichst viele junge Flüchtlinge in Arbeit kämen, sagten die Ökonomen. Der unerwartete Konjunkturimpuls durch die Flüchtlingskrise wirkt den Ökonomen zufolge negativen Effekten aus dem Ausland entgegen. Vor allem das schwächere Wachstum in China und anderen Schwellenländern bremse die exportabhängige deutsche Industrie.

Nahles appelliert an die Wirtschaft

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) rief die Wirtschaft dazu auf, sich noch stärker für die Integration junger Zuwanderer in den Arbeitsmarkt einzusetzen. "Die Politik baut bestehende bürokratische Hürden ab, wo es Sinn macht, und unterstützt bei Spracherwerb, Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Qualifizierung", sagte Nahles. "Auch die Unternehmen leisten ihren Beitrag in vielen Fällen vorbildlich - aber ich wünsche mir, dass viele bei der Ausbildung noch stärker auf junge Menschen mit Migrationshintergrund setzen."

Flüchtlingskrise stützt deutsche Wirtschaft <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-fluechtlingshilfe-wirkt-wie-konjunkturprogramm-a-1056740.html>

Der schwarz-rote Koalitionsausschuss hatte im September beschlossen, für die Flüchtlingshilfe im Bundeshaushalt 2016 drei Milliarden Euro bereitzustellen und weitere drei Milliarden Euro an Länder und Kommunen zu geben.

#### Weltbank sieht Migration als Chance

Die Weltbank geht davon aus, dass die Wanderungsbewegung von Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten in wohlhabendere Weltregionen in den nächsten Jahrzehnten nicht abreißen wird. Weil die Weltbevölkerung weiter altert und die Zahl der Kinder stagniert, biete das große Chancen. "Wenn man es politisch richtig macht, kann diese Ära des demografischen Wandels ein Motor des wirtschaftlichen Wachstums sein", sagte der Präsident der Weltbank-Gruppe, Jim Yong Kim am Mittwoch in Lima. In der peruanischen Hauptstadt halten Weltbank und Internationaler Währungsfonds vom 9. Oktober an ihre gemeinsame Jahrestagung ab.

Wenn es Ländern mit alternder Bevölkerung gelänge, Flüchtlinge und Migranten in die Volkswirtschaft zu integrieren, könnten alle profitieren. "Die meisten Hinweise belegen, dass Migranten hart arbeiten und über Steuern mehr leisten, als sie über Sozialsysteme konsumieren", sagte Jim Yong Kim.

Mehr als 90 Prozent der Armut in der Welt verteile sich auf arme Länder mit einer jungen schnell wachsenden Bevölkerung. Gleichzeitig werden drei Viertel des Wachstums in wohlhabenderen Staaten erzielt, wo wesentlich weniger Kinder geboren werden und die Zahl der Alten stark steigt.

nck/Reuters/dpa

**Load-Date:** October 8, 2015

---

End of Document

[Mehr als 600 Menschen aus Seenot gerettet;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-mehr-als-600-fluechtlinge-  
von-sinkendem-schiff-gerettet-a-1047104.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-mehr-als-600-fluechtlinge-von-sinkendem-schiff-gerettet-a-1047104.html)

SPIEGEL ONLINE

07. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 564 words

**Byline:** kry/AFP/dpa

**Highlight:** Es war eine der gefährlichsten Rettungsaktionen, seit Hilfskräfte im Mittelmeer im Einsatz sind: Alle Insassen eines sinkenden Flüchtlingsbootes sind nun in Sicherheit. Die Suche nach den Opfern vom Vortag geht weiter.

## Body

---

Bei einer riskanten Rettungsaktion auf dem Mittelmeer sind am Donnerstag mehr als 600 Bootsflüchtlinge gerettet worden - damit konnte ein folgenschweres Unglück wie am Vortag verhindert werden. 613 Menschen, darunter viele Kinder, konnten laut italienischer Küstenwache gerettet werden.

Am Mittwoch war ein Flüchtlingsboot rund 25 Kilometer vor der libyschen Küste gekentert, nachdem sich Rettungsboote genähert hatten. Schiffe der italienischen Küstenwache, Marine und andere Rettungskräfte suchen derzeit nach Überlebenden. 373 Menschen konnten bereits gerettet und nach Sizilien gebracht werden. Mehr als 200 Menschen werden noch vermisst.

Die jüngste Rettungsaktion galt einem völlig überladenen Flüchtlingsboot, das aus Libyen gestartet war. "Wir haben gerade unseren gefährlichsten und kompliziertesten Rettungseinsatz beendet", teilten die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen und die maltesische Organisation Moas in der Nacht zum Freitag über den Kurznachrichtendienst Twitter mit.

Die Helfer der Schiffe "Phoenix" und "Bourbon Argos" konnten den Angaben zufolge das Boot vor dem Kentern bewahren, indem sie die Insassen, die schwimmen können, davon überzeugten, ins Wasser zu springen und sich an aufblasbaren Bojen festzuhalten.

Der US-Journalist Christopher Miller, der seit einer Woche an Bord der "Phaenix" ist, beschrieb bei Twitter die Panik unter den Flüchtlingen. Dennoch hätten zwei Männer dabei geholfen, zuerst die Frauen und Kinder an Bord in Sicherheit zu bringen. Die Geretteten hätten "Geschichten der Prüfungen und des Krieges" hinter sich. "Sie haben schon viele Dinge überlebt, bevor sie ihr Leben auf dem Mittelmeer riskierten", schrieb Miller. "Und ihre Reise endet damit nicht: In Europa angekommen erwarten sie neue Herausforderungen."

Mehr als 600 Menschen aus Seenot gerettet <http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-mehr-als-600-fluechtlinge-von-sinkendem-schiff-gerettet-a-1047104.htm....>

Die Flüchtlinge hätten vor Angst geschrien, berichtete Ärzte ohne Grenzen. Nun seien sie aber alle in Sicherheit. Sie kamen der Organisation zufolge aus Syrien, Eritrea, Bangladesch und vielen anderen Ländern. Ärzte ohne Grenzen und Moas beteiligen sich seit April an den Rettungseinsätzen vor der Küste Libyens.

Auch die Deutsche Marine ist im Mittelmeer im Einsatz: Die Fregatte "Schleswig-Holstein" und der Tender "Werra" helfen bei der Seenotrettung der Flüchtlinge. Die Besatzung hat bisher mehr als 2000 Flüchtlinge gerettet.

Pro Asyl fordert sichere Fluchtwege für Migranten

Angesichts der neuen Unglücke hat die Organisation Pro Asyl die Europäische Union aufgefordert, Flüchtlingen regelte und sichere Passagen nach Europa zu ermöglichen. Unter den Flüchtlingen auf dem Mittelmeer seien viele Menschen, die Anspruch auf Schutz hätten, wenn sie europäisches Territorium erreichten, sagte der stellvertretende Geschäftsführer von Pro Asyl, Bernd Mesovic. Kein Syrer würde beispielsweise den gefährlichen Fluchtweg auf unsicheren Booten über das Mittelmeer wählen, wenn es sichere Passagen gäbe.

Zusammengefasst: In der Nacht ist es erneut zu einem Bootsunglück mit Flüchtlingen im Mittelmeer gekommen - die Insassen konnten jedoch erfolgreich in Sicherheit gebracht werden. Die Rettungskräfte bezeichneten den Einsatz als den "gefährlichsten" und "kompliziertesten". Die Suche nach den rund 200 Vermissten des Unglücks vom Vortag geht unterdessen weiter. Die Organisation Pro Asyl hat angesichts der jüngsten Vorfälle sichere Fluchtrouten nach Europa gefordert.

kry/AFP/dpa

**Load-Date:** August 7, 2015

**"Dann sollte de Maizière zurücktreten";  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/de-maiziere-spd-bringt-ruecktritt-ins-spiel-a-1053823.html>**

SPIEGEL ONLINE

20. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 492 words

**Byline:** jok/dpa

**Highlight:** Die SPD verliert in der **Flüchtlingsfrage** die Geduld mit Thomas de Maizière. Parteivize Stegner fordert, der Innenminister müsse endlich das Problem der langen **Asylverfahren** angehen - sonst bleibe nur der Rücktritt.

## **Body**

---

Der Koalitionspartner erhöht den Druck auf Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und fordert nun sogar seinen Rücktritt, falls die **Asylverfahren** nicht beschleunigt werden. "Die Geduld mit dem Bundesinnenminister schwindet", sagt der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner in der "Bild am Sonntag".

Stegner weiter: "Statt das Asylrecht zu schleifen, muss de Maizière endlich die Asylverfahren beschleunigen, wie das Länder und Kommunen seit vielen Monaten fordern."

De Maizière hatte sich im aktuellen SPIEGEL für ein neues europäisches Asylrecht ausgesprochen, das die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland begrenzen soll. Man könne sich in Europa zwar nicht abschotten, so der Minister. "Wir können aber auch nicht alle Menschen aus Krisengebieten und alle Armutsflüchtlinge, die nach Europa und nach Deutschland möchten, aufnehmen." (Das komplette Interview mit de Maizière finden Sie hier.)

Der Minister setzte sich für feste Flüchtlingskontingente in Europa ein. Wenn die ausgeschöpft sind, will de Maizière sogar politisch Verfolgte in ihre Heimatregionen zurückschicken. Man müsse dann eben sicherstellen, dass sie in der Region, aus der sie kommen, sicher und ohne Verfolgung leben könnten.

Für viele in der SPD ist de Maizière mittlerweile zum Problemfall geworden, die Genossen werfen ihm in der Flüchtlingskrise Unvermögen vor. Parteivize Stegner: "Wenn er bei diesem Kernproblem weiter versagt, reicht es nicht, wenn nur der Bamf-Chef abtritt. Dann sollte de Maizière als verantwortlicher Minister zurücktreten."

Am Donnerstag hatte der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Manfred Schmidt, seinen Posten geräumt - nach wochenlanger Kritik an seiner Behörde. Schmidt gab an, er trete aus "persönlichen Gründen" ab. Kritiker der Opposition - aber auch aus den Reihen der Union und vom Koalitionspartner SPD - vermuten hinter der Personalentscheidung jedoch einen Winkelzug des Innenministers.

"Dann sollte de Maizière zurücktreten" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/de-maiziere-spd-bringt-ruecktritt-ins-spiel-a-1053823.html>

Die jüngste Kritik am Minister im Überblick:

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt nannte Schmidts Abgang ein "klassisches Bauernopfer". Die politische Verantwortung für das Chaos im Amt liege im Bundesinnenministerium, de Maizière müsse "jetzt endlich seinen Job machen". Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Stephan Weil monierte, die von de Maizière vor Monaten versprochenen zusätzlichen 2000 Mitarbeiter für das Bamf reichten "schon längst nicht mehr aus". De Maizière will dieses Problem unter anderem in den Griff bekommen, indem er Beamte aus dem Ruhestand zurückholt. Laut "Bild am Sonntag" sind bisher 220 Pensionäre dem Aufruf gefolgt. Auch in der CSU gibt es Unmut über den Minister - wenn auch bislang nur intern. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer gehörte am Dienstagabend zu jenen Länderchefs, die beim Treffen im Kanzleramt in Berlin deutliche Kritik an der Haltung des Bundes äußerten - und damit natürlich auch de Maizière meinten.

jok/dpa

**Load-Date:** September 20, 2015

---

End of Document

**"Wer vor Bomben flieht, den schockieren diese Umstände nicht";  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-fluechtlinge-werden-durch-grenzschliessung-nicht-abgeschreckt-a-1080156.html>**

SPIEGEL ONLINE

01. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 492 words

**Byline:** sun/Reuters/AFP

**Highlight:** Tausende **Flüchtlinge** sitzen an der griechisch-mazedonischen Grenze fest, hausen in dünnen Zelten, haben kaum zu essen. Laut Bundeskanzlerin Merkel werden trotzdem weitere Menschen folgen.

## Body

---

Die schlimme Lage an der griechischen Grenze zu Mazedonien wird nach Ansicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel die **Flüchtlinge** nicht abschrecken: "Wer vor den Bomben auf Aleppo flieht oder vor den Mördern des IS, den schockieren auch die Umstände in Griechenland nicht", sagte Merkel der Zeitung "Volksstimme".

Wegen der weitgehenden Schließung der Balkanroute durch Österreich und weitere Länder sitzen am griechisch-mazedonischen Grenzübergang Idomeni rund 7000 Flüchtlinge unter miserablen Bedingungen fest. Mazedonien schickte nach dem Tränengaseinsatz am Montag mehr Soldaten und Polizisten an seine Grenze.

Merkel forderte erneut "dauerhafte" Lösungen, "die nicht einseitig etwas festlegen, was andere Länder dann ertragen müssen". Beim EU-Treffen am 7. März werde die Lage bewertet und das weitere Vorgehen festgelegt, sagte sie der "Volksstimme". Ihr Ziel blieben "gesamteuropäische Beschlüsse".

Der "Politik des Durchwinkens" in andere Länder erteilte sie aber eine Absage. Die aktuelle Krise müsse vor Ort gelöst werden. Die griechische Regierung will zur Versorgung der Flüchtlinge fast eine halbe Milliarde Euro Nothilfe von der EU.

Merkel warf Athen vor, nicht wie vereinbart bis Ende 2015 50.000 Plätze für Flüchtlinge geschaffen zu haben, um die Umsiedlung und Verteilung in Europa zu erleichtern.

Merkel attackiert Flüchtlingspolitik der Grünen und der SPD

Innenpolitisch versuchte sich Merkel angesichts des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg von den Grünen und der SPD zu distanzieren. Sie warf den Parteien bei einer CDU-Veranstaltung in Freiburg vor, eine bessere Betreuung schutzbedürftiger Flüchtlinge zu verhindern, indem sie die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer verschleppten.



"Wer vor Bomben flieht, den schockieren diese Umstände nicht"

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-fluechtlinge-werden-durch-grenzschliessung...>

In Bezug auf die Balkanstaaten sagte Merkel, weil Sozialdemokraten und Grüne monatelang eine Einstufung als sicher verhindert hätten, müsse man sich in Deutschland auch heute noch um viele Migranten von dort kümmern, die am Ende kein Bleiberecht hätten.

Allerdings haben auch Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten ein Recht auf ein faires Asylverfahren. Der Arbeitsaufwand beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) verringert sich durch Anträge, die wegen der Herkunft aus sicheren Herkunftsländern "offensichtlich unbegründet" sind, nur geringfügig.

Trotzdem machte Merkel es der SPD zum Vorwurf, dass sie auch die geplante Einstufung der drei nordafrikanischen Länder Algerien, Marokko und Tunesien aus Rücksicht auf die rot-grün regierten Bundesländer verhindere. "Das ist genau das Verschleppen, das Kraft kostet - was letztlich dann auch Kraft kostet beim Schutz derer, die wir wirklich schützen müssen."

Die CDU in Baden-Württemberg hat in den vergangenen Tagen verstärkt den grünen Ministerpräsidenten Windfried Kretschmann angegriffen. Hintergrund ist, dass Grüne und CDU in Umfragen vor der Landtagswahl am 13. März fast gleichauf liegen.

sun/Reuters/AFP

**Load-Date:** March 2, 2016

---

End of Document

[Sicherheitsbehörden spielen Grenzsturm-Szenario auf dem Balkan durch;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-behoerden-bereiten-sich-auf-balkan-grenzsturm-vor-a-1061743.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-behoerden-bereiten-sich-auf-balkan-grenzsturm-vor-a-1061743.html)

SPIEGEL ONLINE

08. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 413 words

**Byline:** vek

**Highlight:** Die Flüchtlinge kommen derzeit immer schneller über den Balkan nach Mitteleuropa. Deswegen warnen die Sicherheitsbehörden laut einem Bericht vor "Panik und Chaos" an den Grenzen.

## Body

---

In einem internen Lagebild der Sicherheitsbehörden werden bei Grenzsicherungen der Balkanstaaten ein "Stürmen der Grenzen" und "Panik und Chaos" erwartet. Das berichtet "Die Welt" und beruft sich auf ein vertrauliches Papier "Illegale Migration" des "Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrums illegale Migration" (Gasim), einer Kooperation von Bundesnachrichtendienst, Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundespolizei, das Auswärtige Amt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Die Behörden warnen davor, dass die Flüchtlinge derzeit immer schneller über den Balkan nach Mitteleuropa kommen. Auch mit einer Zunahme der Anzahl wird gerechnet. In dem Bericht werde ein "Stürmen der Grenzen" als Szenario genannt. Eine "Sackgasse" auf der Balkanroute ohne europäische Unterstützung könne laut Einschätzung der Behörden "Panik und Chaos bei Migranten und Behörden auslösen".

Im Fall von gleichzeitigen Grenzsicherungen in Mazedonien, Serbien, Kroatien, Slowenien und Ungarn wäre das "organisierte Weiterreichen" der Migranten entlang der Balkanroute unterbrochen. Laut Lagebild käme das "griechische System der Drehtür" dann "zum Erliegen". Die humanitäre Lage würde sich weiter verschlechtern.

Laut Lagebild müsse Griechenland eine wichtigere Rolle übernehmen und Rückführungen in die Türkei durchführen. Bei einem Rückstau könnten Flüchtlinge auch per Frachter ("Ghostships") nach Italien gelangen.

In der vergangenen Woche hatte Kanzlerin Angela Merkel bereits vor militärischen Auseinandersetzungen gewarnt, sollte Deutschland die Grenze zu Österreich für Flüchtlinge schließen. Mit Blick auf die Erfahrungen mit dem ungarischen Zaunbau an der Grenze zu Serbien sagte Merkel: "Es wird zu Verwerfungen kommen." Es gebe heute auf dem westlichen Balkan zum Teil schon wieder solche Spannungen, dass sie jüngst um eine Konferenz zur Balkanroute gebeten habe, sagte Merkel am Dienstag. Sie wolle nicht, dass dort wieder militärische Auseinandersetzungen notwendig werden.

Sicherheitsbehörden spielen Grenzsturm-Szenario auf dem Balkan durch  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-behoerden-bereiten-sich-auf-balkan-g....>

Laut den Zahlen der Vereinten Nationen von Anfang vergangener Woche sind weiterhin Tausende Flüchtlinge auf der Balkanroute unterwegs. In Slowenien seien von Sonntag bis zum frühen Montagmorgen 8500 Schutzsuchende angekommen, berichtete die Nachrichtenagentur STA unter Berufung auf die Polizei. Weiter südlich erreichten allein in den ersten Stunden des Montags rund 3500 neue Flüchtlinge Kroatien, meldete das Innenministerium.

vek

**Load-Date:** November 9, 2015

---

End of Document

**Fähren sollen Flüchtlinge nach Griechenland holen;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/buergermeister-von-lesbos-faehren-sollen-fluechtlinge-holen-a-1060502.html>**

SPIEGEL ONLINE

31. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 709 words

**Byline:** abl/dpa-AFX

**Highlight:** Angesichts Hunderter ertrunkener **Flüchtlinge** fordert der Bürgermeister von Lesbos den Einsatz von Fähren. **Flüchtlinge** sollten sicher von der Türkei nach Griechenland fahren können.

## Body

---

Hunderttausende **Flüchtlinge** aus Syrien, Afghanistan, Iran und dem Irak haben in diesem Jahr Lesbos passiert. Und zugleich starben Hunderte bei dem Versuch, von der türkischen Küste aus die griechischen Inseln in der Ägäis zu erreichen. Spyros Galinos, Bürgermeister von Lesbos, fordert daher, dass künftig Fähren **Flüchtlinge** direkt und sicher aus der Türkei nach Griechenland bringen sollen.

Solange die EU nicht den geeigneten Druck auf die Türkei ausübe, den **Flüchtlingszustrom** zu kontrollieren, bleibe keine andere Möglichkeit, als diese Menschen zur Registrierung mit Fähren auf seine Insel zu bringen, damit sie nicht im Meer ertränken. "Wir müssen dieses Verbrechen beenden", sagte Galinos der Athener Zeitung "Kathimerini". Die Leichenhallen der Insel seien voll mit Opfern, hieß es.

Jugendorganisationen und Bürgerinitiativen forderten wiederum die Regierung in Athen auf, die Landesgrenze Griechenlands zur Türkei entlang des Flusses Evros (türkisch: Meriç) zu öffnen. Dann müssten die Flüchtlinge nicht mehr die gefährliche Überfahrt unternehmen.

Küstenwache fürchtet stärkeren Flüchtlingsansturm

Die Parteijugend der linken Regierungspartei Syriza forderte, dass auch ein etwa zehn Kilometer langer Zaun an der türkisch-griechischen Grenze niedergerissen wird. Auch die Regionalgouverneurin der Inseln der Nordägäis, Christina Kalogirou (Konservative Partei Nea Dimokratia), rief die Regierung auf, sich angesichts der schlimmen Lage auf den Inseln die Öffnung der Landesgrenze (zur Türkei) zu überlegen.

Bislang lehnt die Regierung unter Alexis Tsipras dies ab. Der für die Migration zuständige stellvertretende Minister Ioannis Mouzalas hatte am Vortag im griechischen Fernsehen erklärt, dies sei "in dieser Phase aus technischen Gründen nicht möglich".

Fähren sollen Flüchtlinge nach Griechenland holen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/buergermeister-von-lesbos-faehren-sollen-fluechtlinge-holen-a-1060502.ht...>

Sicherheitsexperten in Athen gehen davon aus, dass eine Öffnung der rund 200 Kilometer langen Landesgrenze zur Türkei zu einem noch stärkeren Flüchtlingsansturm führen könnte. Dies würde zu einer dramatischen Erhöhung des Flüchtlingszustroms in Richtung Westeuropa über die Balkanroute führen, sagte ein Offizier der Küstenwache der Deutschen Presse-Agentur am Samstag. "Und das will ja keine Regierung in Westeuropa", fügte er hinzu.

Am Samstag ist es nach griechischen Medienberichten erneut zu Unglücken in der Ägäis gekommen. Vor der Insel Lesbos kenterten zwei Flüchtlingsboote. Am Morgen konnte die Küstenwache nach dem Kentern des ersten Bootes 35 Menschen aus den Fluten retten, später sank ein zweites Boot mit etwa 150 Flüchtlingen an Bord. Starker Wind sorgte in der Region für hohe Wellen, berichtete das Staatsradio weiter. Rettungsmannschaften der Küstenwache und Fischer mit ihren Booten suchen im Meer nach den Verunglückten, hieß es.

Aus Protest gegen das Flüchtlingsdrama haben Mitglieder und Sympathisanten der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) am Samstagmorgen in Athen zwei große Transparente an der Mauer der Akropolis aufgehängt: "Stoppt dieses Verbrechen jetzt". Die Kommunisten machen die EU und die Nato verantwortlich für das Drama.

In den vergangenen zwei Tagen waren in der Ägäis 48 Flüchtlinge und Migranten, unter ihnen auch 31 Kinder, ums Leben gekommen. Damit sind in den ersten zehn Monaten 2015 bereits 3329 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, mehr als im gesamten Jahr 2014 (3279 Tote), wie die Internationale Organisation für Migration (IOM) mitteilte. Nach IOM-Angaben erreichten 724.228 Migranten und Flüchtlinge Europa über das Mittelmeer. Viele Flüchtlinge kommen aus Syrien, wo seit viereinhalb Jahren ein Bürgerkrieg tobt. Die meisten wollen nach Deutschland.

Am Mittwoch erstmals Flüchtlinge nach Luxemburg

Die von der EU beschlossene Umverteilung von knapp 160.000 Flüchtlingen aus Italien und Griechenland läuft in der kommenden Woche auch bei den Griechen an. Erstmals soll am kommenden Mittwoch eine nicht näher genannte Zahl von Migranten aus Griechenland nach Luxemburg gebracht werden, berichtete am Samstag die Zeitung der Regierungspartei Syriza, "Avgi", unter Berufung auf Regierungskreise.

Die EU hatte im Vormonat die Umverteilung der Flüchtlinge beschlossen, die Umsetzung dieses Programms lief bisher nur schleppend an. Aus Italien wurden bereits knapp 90 Migranten in skandinavische Staaten gebracht.

abl/dpa-AFX

**Load-Date:** October 31, 2015

[Brandstifter von Escheburg erhält Bewährungsstrafe;  
http://www.spiegel.de/panorama/justiz/brandstiftung-in-  
fluechtlingsunterkunft-escheburg-taeter-erhaelt-bewaehrungsstrafe-a-  
1033220.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/brandstiftung-in-fluechtlingsunterkunft-escheburg-taeter-erhaelt-bewaehrungsstrafe-a-1033220.html)

SPIEGEL ONLINE

11. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / JUSTIZ

**Length:** 238 words

**Highlight:** Er wollte verhindern, dass Migranten in seine Nachbarschaft ziehen - da legte der Finanzbeamte Feuer in einer Flüchtlingsunterkunft. Jetzt hat ihn das Landgericht Lübeck zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

## Body

---

Nach der Brandstiftung in einer noch unbewohnten Flüchtlingsunterkunft hat das Landgericht Lübeck einen Finanzbeamten zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Der 39-jährige Angeklagte hatte vor Gericht gestanden, am 9. Februar in Escheburg bei Hamburg Feuer in einer Doppelhaushälfte gelegt zu haben. Damit wollte er laut eigenen Angaben verhindern, dass am nächsten Tag irakische Flüchtlinge in seiner unmittelbaren Nachbarschaft einziehen.

Der Angeklagte entschuldigte sich vor Gericht für seine Tat. Die Folgen für das Dorf Escheburg, seine Familie und ihn selbst seien ihm damals nicht bewusst gewesen.

Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer eine Bewährungsstrafe von eineinhalb Jahren gefordert. Es handele sich um eine fremdenfeindliche Tat - auch wenn dem Angeklagten keine rechte Gesinnung nachgewiesen werden konnte.

Die Verteidigung hatte eine milde Strafe gefordert, aber keinen konkreten Antrag gestellt. Sie hielt dem 39-Jährigen zugute, dass er die Brandstiftung nicht geplant, sondern aus einem spontanen Entschluss heraus begangen habe. Der Finanzbeamte habe am Tatort so viele Spuren hinterlassen, dass er auch gleich zur Polizei hätte gehen können, so der Verteidiger.

Zuletzt waren in Deutschland mehrfach Asylunterkünfte in Brand gesteckt worden, etwa in Vorrä (Bayern), Tröglitz (Sachsen-Anhalt) und Limburgerhof (Rheinland-Pfalz).

ala/dpa

**Load-Date:** June 10, 2015

Brandstifter von Escheburg erhält Bewährungsstrafe <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/brandstiftung-in-fluechtlingsunterkunft-escheburg-taeter-erhaelt-bewaeh....>

---

End of Document

## **Taliban-Minister beantragte in Deutschland Asyl**

SPIEGEL ONLINE

16. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 258 words

**Byline:** Christoph Schult

**Highlight:** Die Behörden haben nach Informationen des SPIEGEL offenbar verhindert, dass sich ein Ex-Top-Kader der Taliban mit falschem Pass nach Deutschland einschleicht. Der Mann war in Frankfurt aufgegriffen worden.

### **Body**

---

Vor wenigen Wochen landete nach SPIEGEL-Informationen ein Mann mit einer Lufthansa-Maschine aus der saudischen Hauptstadt Riad in Frankfurt am Main. Er versuchte, mit einem gefälschten Pass die Grenzkontrolle zu passieren. Als der falsche Ausweis aufflog, beantragte er für sich und seine Familie **Asyl**.

Bei der Prüfung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) kam heraus, wer der Mann wirklich ist: Abdul Rauf Mohammed diente während der Taliban-Herrschaft in Afghanistan zeitweise als Gesundheitsminister, mehrmals soll er sich zwischen 1996 und 2001 auch mit Osama Bin Laden getroffen haben.

Um die Jahrtausendwende gelangte er über Pakistan nach Norwegen, wo er Asyl beantragte und auch bekam. Mohammed behauptete damals, mit der Taliban-Führung in Streit geraten zu sein und stellte sich als Kritiker der afghanischen Islamisten dar.

Mit den Jahren im norwegischen Exil radikalisierte sich Mohammed jedoch offenbar. Er dementierte zwar, dass er junge Muslime in der Hauptstadt Oslo radikalisiert habe, wurde jedoch 2011 von den dortigen Behörden verwarnt. 2014 stuften die norwegischen Sicherheitsbehörden Mohammed schließlich als Sicherheitsrisiko ein und verwiesen ihn des Landes.

Vor diesem Hintergrund lehnte das Bamf sein Asylbegehren im Schnellverfahren ab. Das Verwaltungsgericht Frankfurt bestätigte den Bescheid am 15. November. Kurze Zeit später wurde Mohammed, der während der Prüfung den Frankfurter Flughafen nicht verlassen durfte, nach Saudi-Arabien zurückgeschickt. Von dort flog er offenbar zurück nach Afghanistan.

**Load-Date:** December 16, 2016



[Bürgermeister warnt vor Blutvergießen;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechische-insel-kos-krawalle-unter-  
fluechtlingen-a-1047618.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechische-insel-kos-krawalle-unter-fluechtlingen-a-1047618.html)

SPIEGEL ONLINE

11. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 358 words

**Byline:** kry/AP/dpa

**Highlight:** Die Ankunft Tausender Flüchtlinge überfordert die griechischen Behörden. Auf der Insel Kos sind Kämpfe unter Migranten ausgebrochen. Sicherheitskräfte setzten Feuerlöscher und Schlagstöcke ein.

## Body

---

Im kleinen Stadion der griechischen Insel Kos ist es nach Berichten von Augenzeugen zu Schlägereien zwischen Migranten gekommen. Rund 1500 Flüchtlinge hatten sich am Morgen für die Registrierung angestellt - dann eskalierte die Lage.

Sicherheitskräfte versuchten, die Krawalle unter Kontrolle zu bringen und setzten Feuerlöscher und Schlagstöcke gegen die Flüchtlinge ein. Auch Polizisten wurden den Angaben zufolge angegriffen.

Auf der Insel Kos herrschen seit Wochen chaotische Zustände. Hunderte Migranten kommen täglich von der wenige Seemeilen entfernten türkischen Küste. Hilfsorganisationen, der Staat und die Bevölkerung sind überfordert und offenkundig schlecht organisiert. Ähnlich ist die Situation auf zahlreichen anderen Inseln im Osten der Ägäis.

Der Bürgermeister von Kos, Giorgos Kyritsis, wandte sich verzweifelt an die Regierung in Athen: Auf der Insel könne es zu einem Blutvergießen kommen, wenn nicht sofort Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung getroffen würden, hieß es in einem Schreiben.

Auf Kos seien mehr als 7000 Migranten angekommen. Man könne mit dem "Problem" nicht mehr fertig werden. "Ich warne davor, die Gefahr eines Blutvergießens ist real", erklärte Kyritsis. Der Brief wurde heute in der griechischen Presse veröffentlicht. Viele Griechen fühlen sich vom Rest Europas mit dem Flüchtlingsproblem allein gelassen.

Wie Reporter vor Ort berichteten, blockierten Migranten am Dienstagmorgen die Küstenpromenade des Hauptortes der Insel. Sie forderten lautstark Papiere, um die Insel verlassen und weiter nach Mitteleuropa reisen zu können.

Drastischer Anstieg der Flüchtlings-Zahlen

Bürgermeister warnt vor Blutvergießen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechische-insel-kos-krawalle-unter-fluechtlingen-a-1047618.html>

Allein seit Montag habe die griechische Küstenwache nach eigenen Angaben 329 Flüchtlinge in sieben einzelnen Rettungsaktionen vor der Küste aufgegriffen. Zu diesen Zahlen kommen die Zuwanderer, die es auf eigene Faust an die Küsten der Inseln schaffen und sich von dort auf den Weg zu den Registrierungsstellen machen.

Rund 124.000 Flüchtlinge haben die griechischen Inseln seit Beginn des Jahres erreicht - fast 750 Prozent mehr als im Vorjahr, wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) angibt.

kry/AP/dpa

**Load-Date:** August 12, 2015

---

End of Document

**[Abschottung Schwedens erschwert Pendlern den Alltag;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-schweden-kontrolliert-die-grenze-pendler-haben-das-nachsehen-a-1070299.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-schweden-kontrolliert-die-grenze-pendler-haben-das-nachsehen-a-1070299.html)**

SPIEGEL ONLINE

04. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 433 words

**Byline:** heb/dpa

**Highlight:** Schweden kontrolliert seit Montag die Ausweise aller Reisenden, die aus Dänemark kommen. Weniger Flüchtlinge sollen so ins Land gelangen. Der dänische Premier Løkke Rasmussen echauffiert sich über seine Nachbarn.

## Body

---

Die Grenze zwischen Schweden und Dänemark wird wieder streng kontrolliert. Erstmals seit 1954 wird seit Montagmorgen jeder überwacht, der ins Land einreist. Wer mit Fähren, Zügen, Bus, Auto oder Flugzeug nach Schweden kommt, muss seinen Ausweis vorzeigen. Verkehrsunternehmen dürfen nur noch Reisende mitnehmen, die gültige Papiere haben. Ansonsten drohen ihnen hohe Strafen. Ein entsprechendes Gesetz hatte das Parlament im Dezember verabschiedet.

Zuvor hatte es nur Stichproben an der Grenze gegeben. Polizisten kontrollieren insbesondere die Brücke über den Öresund zwischen Kopenhagen und Malmö.

Mit dem Schnellzug über die Meerenge dauert die Fahrt eigentlich nur rund eine halbe Stunde, doch nun wird die Reise mehr Zeit beanspruchen. Auf der Strecke verkehren keine direkten Züge mehr: Auf dem Weg nach Schweden müssen Reisende umsteigen und dabei ihre Ausweise vorzeigen.

Zehntausende Menschen pendeln jeden Tag über die Öresundbrücke oder nehmen eine der Fähren zwischen Dänemark und Schweden. Die meisten nehmen den Zug. Sie müssen sich nun in Geduld üben. Mindestens eine Stunde mehr Zeit müssen Reisende einplanen, wenn sie eine der Fähren nehmen, hieß es am Montagmorgen.

Mit den Kontrollen will die schwedische Regierung die Zahl der ins Land kommenden Flüchtlinge begrenzen. Bisher hatte das Land eine großzügige Asylpolitik betrieben, kam aber angesichts der stark steigenden Zahl der einreisenden Migranten nach eigenen Angaben an seine Grenzen. Anfang November kamen noch rund 10.000 Migranten ins Land, Schweden will die Zahl nun auf 1000 bis 2000 Menschen senken.

Wer schreckt am meisten ab?

Abschottung Schwedens erschwert Pendlern den Alltag [http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-schweden-kontrolliert-die-grenze-pendler-haben-das-nachse....](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-schweden-kontrolliert-die-grenze-pendler-haben-das-nachse...)

Dänemark kritisiert die Regierung des Nachbarlandes. Nach einer falschen Flüchtlingspolitik reiße die Regierung in Stockholm jetzt eine zusammengewachsene Region auseinander, sagte der dänische Premier Løkke Rasmussen. Seine liberale Minderheitsregierung wird seit Monaten von den Rechtspopulisten hergetrieben.

Rasmussen drohte in seiner Neujahrsansprache ebenfalls mit Grenzkontrollen: "Zum ersten Mal seit den fünfziger Jahren muss man jetzt am Öresund seinen Ausweis vorzeigen. Das zeigt, was auf dem Spiel steht. Das kann dazu führen, dass wir Grenzkontrollen zu Deutschland einführen müssen." Dies hätte dann Auswirkungen in Deutschland, befürchtet wird, dass dann Tausende Flüchtlinge dort stranden könnten.

Menschenrechtler kritisieren die Abschottungspolitik der nordischen Staaten scharf: Flüchtlinge könnten sich durch die Ausweiskontrollen abschrecken lassen und versuchen andere Wege zu finden, um nach Schweden zu gelangen - etwa mit dem Boot über die Ostsee.

heb/dpa

**Load-Date:** January 4, 2016

---

End of Document

[Länder und Bund streiten über Flüchtlinge;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-laender-verlangen-mehr-geld-vom-bund-a-1025767.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-laender-verlangen-mehr-geld-vom-bund-a-1025767.html)

SPIEGEL ONLINE

26. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 699 words

**Highlight:** Wer zahlt für die vielen Asylbewerber? Die Länder werfen dem Bund vor, den Flüchtlingsstrom kleinzureden, und verlangen mehr Geld. Außerdem müssen Flüchtlinge Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen.

## Body

---

Berlin - Immer mehr Flüchtlinge strömen nach Deutschland, Zehntausende sind im vergangenen Jahr vor Krieg und Terror in Syrien und dem Irak geflohen. 2015 werden es wahrscheinlich noch mehr werden.

Die Länder verlangen deshalb nun vom Bund mehr Hilfe. "Wir sind der Meinung, dass das eine gesamtstaatliche nationale Herausforderung für unser Land ist", sagte Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) in Berlin nach einer Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesländer. "Hier ist besonders der Bund gefordert, diese Situation nicht kleinzureden, sondern diese Situation ernst zu nehmen", fügte Woidke, derzeit Vorsitzender der Ministerpräsidenten-Konferenz, hinzu.

Die Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer forderten demnach eine Verkürzung der Asylverfahren sowie mehr finanzielle Hilfe für Kommunen und Länder etwa für Unterbringung und Sprachkurse. Dabei gehe es um "strukturelle", nicht nur wie bisher um "punktuelle" Hilfe, sagte Woidke. Der Bund unterschätze die Lage in den Ländern und Kommunen. "Was wir erwarten, ist eine dauerhafte Planbarkeit des Bundes an den Kosten." Dies sei Voraussetzung dafür, dass Integration gelinge.

### Länder fordern mehr Integrationsangebote für Flüchtlinge

Die Länder fordern den Bund zudem auf, rechtliche Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Asylbewerber, sich in Deutschland zurechtfinden können. Junge Flüchtlinge, die sich in einer Ausbildung befinden, müssten diese auch beenden können. Dafür müsse der Bund die "notwendigen rechtlichen Veränderungen schaffen", sagte Woidke.

Die Integrationsminister beschlossen dazu am Donnerstag in Kiel einen Forderungskatalog. In ihm verlangen sie von der Bundesregierung, ein Wohnungsbauprogramm für Asylsuchende zu entwickeln und zu bezahlen. Außerdem wollen die Ressortchefs, dass der Bund über die Angebote der Länder hinaus ein eigenes Angebot an

Länder und Bund streiten über Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-laender-verlangen-mehr-geld-vom-bund-a-1025767.html>

Sprachkursen für Flüchtlinge sicherstellt. Die Teilnahme von Asylsuchenden und Geduldeten an Integrationskursen soll gesetzlich verankert werden.

Die Beschlüsse seien ganz überwiegend einstimmig gefallen, sagte der Vorsitzende der Ministerkonferenz, Schleswig-Holsteins Innenminister Stefan Studt (SPD). Die Konferenz habe wie keine davor deutlich gemacht, dass es in diesem Politikfeld in zentralen Fragen kaum noch parteipolitische Unterschiede gebe, sagte NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (SPD).

Asylanträge stauen sich unbearbeitet

Länder und Bund schätzen die künftigen Flüchtlingszahlen unterschiedlich ein: Einige Länder rechnen damit, dass im laufenden Jahr bundesweit etwa 500.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen könnten. Dagegen geht die Bundesregierung bislang von gut 300.000 Menschen aus. Auch dies wären aber über 50 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Länder fordern deshalb auch mehr Personal für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, damit der Berg von 184.000 Asylanträgen schneller bearbeitet werden können. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), stellte keine Erhöhung in Aussicht, räumte aber ein, dass die Verfahren zu lange dauerten. Die 650 neuen Stellen beim Bundesamt seien noch nicht alle besetzt. Derzeit dauert es durchschnittlich 5,6 Monate bis ein Asylantrag entschieden ist.

Bislang hat der Bund den Ländern für dieses und kommendes Jahr insgesamt eine Milliarde Euro für die Versorgung von Flüchtlingen zugesagt. Die Länder sehen darin einen Tropfen auf den heißen Stein. Woidke rechnete vor, dass sein Land für dieses Jahr für die Versorgung von Flüchtlingen 160 Millionen Euro eingeplant habe - vom Bund erhalte Brandenburg 15 Millionen Euro.

Deutschland nimmt unter den Industrienationen am meisten Flüchtlinge auf - im vergangenen Jahr waren es mehr als 170.000. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl indes liegt Schweden vorne.

Zusammengefasst: Es kommen immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland - die Länder fühlen sich mit den Kosten allein gelassen und werfen dem Bund vor, das Problem kleinzureden. Außerdem verlangen die Länder, dass Flüchtlinge besser integriert werden, auch auf dem Arbeitsmarkt. Dafür seien auch rechtliche Änderungen nötig.

anr/AFP/dpa

**Load-Date:** April 18, 2015

**[Politiker wollen Christen und Muslime getrennt unterbringen;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-christen-und-muslime-getrennt-unterbringen-a-1054931.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-christen-und-muslime-getrennt-unterbringen-a-1054931.html)**

SPIEGEL ONLINE

27. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 564 words

**Byline:** wal/hpi

**Highlight:** Werden Christen in deutschen Flüchtlingsheimen von konservativen Muslimen drangsaliert? Politiker und Verbände behaupten das - und verlangen eine getrennte Unterbringung.

## Body

---

Führende Unionspolitiker machen sich für eine getrennte Unterbringung von christlichen und muslimischen Flüchtlingen stark. Grund hierfür sind Berichte über zunehmende Angriffe auf Christen in deutschen Flüchtlingsheimen. Der ehemalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte der "Welt am Sonntag": Es sei "traurig, dass eine Unterbringung der Flüchtlinge getrennt nach Herkunftsregion offensichtlich nötig ist".

Friedrich, der nun stellvertretender Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag ist, sagte: "Wir müssen von Anfang an klarmachen, dass wir die Regeln unseres freiheitlichen Rechtsstaats überall und konsequent durchsetzen." Er forderte die muslimischen Verbände auf, "den Respekt vor unserer Rechtsordnung und Kultur von den zu uns kommenden Muslimen einzufordern. Wir dürfen nicht defensiv sein". Auch der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder (CDU), erklärte: "Die muslimischen Verbänden sollten sich von Übergriffen auf Christen klar distanzieren."

Der Vorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, forderte ebenfalls in der "Welt am Sonntag" einen besseren Schutz von Christen, Jesiden und anderen religiösen Minderheiten in Asylunterkünften. "Der Islam gehört zu Deutschland, Islamismus dagegen eindeutig nicht", sagte er. Toleranz dürfe nicht als Schwäche missverstanden und ausgenutzt werden.

Ähnlich argumentiert auch Ali Ertan Toprak, Vorsitzender der Kurdischen Gemeinden in Deutschland. Es könne nicht angehen, dass Asylbewerber "andere Minderheiten diskriminieren und angreifen", sagt er. "Solche Leute haben ihr Asylrecht in Deutschland verwirkt. Menschen, die vor Unterdrückung geflohen sind, dürfen nicht in Deutschland um ihr Leben fürchten."

Gewaltausbruch in Suhl

## Politiker wollen Christen und Muslime getrennt unterbringen

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-christen-und-muslime-getrennt-unterbringen-a-....>

In den vergangenen Monaten hat es immer wieder Berichte von Konflikten zwischen Flüchtlingen unterschiedlicher Religionszugehörigkeiten gegeben. In Suhl eskalierte Ende August ein Streit mit mutmaßlich religiösem Hintergrund in einer Flüchtlingsunterkunft so sehr, dass es zu 17 Verletzten kam, darunter sechs Polizisten.

Konkrete Zahlen, wie häufig es zu ähnlichen Konflikten kommt, gibt es jedoch nicht. Das liegt unter anderem daran, dass die Religionszugehörigkeit von Flüchtlingen meist nicht erfasst wird. Ohne entsprechende Sprachkenntnisse kann das Personal in den Heimen die Ursachen für Streitereien oft auch nicht erkennen. Özdemir plädiert deshalb auch für eine Sensibilisierung aller haupt- und ehrenamtlichen Helfer in den Flüchtlingsunterkünften "für Anzeichen von religiöser und politischer Unterdrückung - egal woher sie stammt".

Das einzige Bundesland, das derzeit versucht, Flüchtlinge getrennt nach Herkunft unterzubringen, ist Thüringen. Das hat Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) nach dem Gewaltausbruch in Suhl entschieden. "Wir achten auf eine konflikt sensible Unterbringung und versuchen, Menschen aus unterschiedlichen Ländern auf verschiedene Stockwerke oder eigene Unterkünfte zu verteilen", sagte Thüringens Justiz- und Migrationsminister Dieter Lauinger (Grüne). "Das ist in der derzeitigen Krisensituation nur eingeschränkt möglich, wir wollen es aber ausbauen, sobald der Zuzug wieder geordnet abläuft."

Eine Trennung nach Religionen hält er jedoch für falsch. Gerade intensiv religiöse Muslime müssten lernen, mit anderen Religionen zu leben.

Video über Notunterkünfte: So werden Flüchtlinge untergebracht

wal/hpi

**Load-Date:** September 27, 2015



## Warum abgelehnte Asylbewerber nicht immer abgeschoben werden

SPIEGEL ONLINE

25. Juli 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 559 words

**Byline:** Vera Kämper

**Highlight:** Der Angreifer in Ansbach war ein Flüchtling, dessen Asylantrag abgelehnt worden war. Trotzdem wurde er in Deutschland geduldet. Die rechtlichen Hintergründe.

### Body

---

Wieder ist es zu einer blutigen Attacke in Deutschland gekommen: Am späten Sonntagabend hat ein abgelehnter Asylbewerber einen Sprengsatz im bayerischen Ansbach gezündet. Der Angreifer starb, zwölf weitere Menschen wurden verletzt, drei von ihnen schwer.

Der mutmaßliche Täter war trotz seines abgelehnten Asylantrags in Deutschland geduldet. Mit diesem Status ist er keine Ausnahme. Was sind die rechtlichen Hintergründe?

Es gibt verschiedene Gründe, warum eine Abschiebung ausgesetzt wird, zum Beispiel,

Der 27-Jährige, der die Explosion in der Menschenmenge vor dem Eingang zu einem Musikfestival auslöste, war nach derzeitigem Ermittlungsstand ein Mann aus Syrien. Vor zwei Jahren habe er Asyl in Deutschland beantragt, der Antrag sei aber vor einem Jahr abgelehnt worden, so der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU). Der Mann wurde geduldet, weil in das Bürgerkriegsland in der Regel nicht abgeschoben wird.

Der Grund für die Ablehnung des Asylantrags ist laut Herrmann noch unbekannt. Dies soll im Laufe des Tages mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geklärt werden.

Die Duldung ist kein richtiger Aufenthaltstitel, aber ein Nachweis, dass man sich nicht illegal in Deutschland aufhält. Tausende Menschen leben seit vielen Jahren nur mit Duldung in der Bundesrepublik. Sie haben sich hier eingelebt, Jugendliche haben ihren Schulabschluss gemacht. Die häufig über Jahre immer wieder verlängerten Duldungen sind für die Betroffenen oft sehr belastend: Sie können ihr Leben nicht planen, nur unter bestimmten Bedingungen arbeiten oder sich frei in Deutschland bewegen.

Auf diese Situation hat die Große Koalition im vergangenen Jahr reagiert. Künftig sollen Ausländer, die seit Langem in Deutschland leben und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen - rund 30.000 Menschen könnten schätzungsweise davon profitieren.

Die Zahl derer, deren Asylgesuch negativ beschieden wurde und die trotzdem noch in Deutschland leben, ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Dabei leben in Bayern und Sachsen-Anhalt verhältnismäßig

## Warum abgelehnte Asylbewerber nicht immer abgeschoben werden

wenige abgelehnte Asylbewerber. Laut unserer Grafik lebten im vergangenen Jahr in Bayern 4335 Asylbewerber, deren Anträge 2014 abgelehnt wurden.

Das Motiv des Tatverdächtigen von Ansbach sei noch unklar, teilte Herrmann in der Nacht zum Montag mit. Der Mann sei bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten. Außerdem habe er schon zweimal versucht, sich das Leben zu nehmen und sei deswegen in psychiatrischer Behandlung gewesen.

Es müsse ermittelt werden, ob er nur sich oder auch andere Menschen mit in den Tod nehmen wollte. Inwieweit die Tat islamistischem Terror zuzuordnen sei, müssten die Ermittlungen zeigen, so Herrmann.

Trotz der gerade erst begonnen Ermittlungen forderte der bayerische Innenminister bereits Konsequenzen: "Wir müssen sehen, dass neben vielen Flüchtlingen mit schlimmen Schicksalen auch Leute in unser Land kommen oder gekommen sind, die eine echte Gefahr für die Sicherheit der Menschen in unserem Land darstellen. Das können wir nicht hinnehmen." Es müssten "konsequente weitere Wege" beschritten werden, so Herrmann.

Bereits seit mehreren Wochen steht fest, dass das bayerische Kabinett bei einer Klausur am Tegernsee das Thema Sicherheit diskutieren wird.

vek/dpa

**Load-Date:** July 25, 2016

---

End of Document

[Europa streitet über Kurs in der Flüchtlingsfrage:  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-europa-streitet-ueber-  
kurs-a-1051145.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-europa-streitet-ueber-kurs-a-1051145.html)

SPIEGEL ONLINE

03. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 541 words

**Byline:** kev/AFP/dpa

**Highlight:** Eine internationale Behörde? Quoten zur Verteilung der Zuwanderer? Oder einfach abriegeln? Die EU-Länder diskutieren, wie sie mit den Flüchtlingen umgehen sollen. Klar wird dabei vor allem eines: Europa ist gespalten.

## Body

---

Am Wochenende wollen die EU-Außenminister zusammenkommen, um unter anderem über die Flüchtlingskrise zu beraten. Sicher ist: Es gibt genügend Gesprächsbedarf. Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn hat nun eine europäische Flüchtlingsbehörde gefordert. "Wir brauchen europäische Prozeduren", sagte er der "Süddeutschen Zeitung". Luxemburg hat derzeit die EU-Präsidentschaft inne.

Das zwar "europäisch ausgerichtete, aber national verwaltete" Asylsystem führe zu "unglaublichen Diskrepanzen bei den Verfahrenslängen und Anerkennungsquoten", so Asselborn. Sein Vorschlag: Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) in Malta solle künftig dafür sorgen, dass EU-weit die gleichen Standards beim Umgang mit den Flüchtlingen angewendet werden. Notwendig seien dann auch eine europäische Gerichtsinstanz und internationale Grenzbeamte, die im Krisenfall an den Außengrenzen eingesetzt werden könnten.

Deutschland, Frankreich und Italien hatten laut einem Medienbericht am Mittwoch gemeinsam Reformen in der europäischen Asylpolitik angemahnt. Wie die Nachrichtenagentur dpa unter Berufung auf ein Papier für die Beratungen am Wochenende berichtet, drängen die Länder unter anderem auf eine "größere Solidarität" unter den EU-Mitgliedsländern und eine "gerechtere Verteilung" von Flüchtlingen in Europa.

Lettland, Litauen und Slowakei wollen keine Quote

Lettland, Litauen und die Slowakei sperren sich allerdings weiter gegen verpflichtende EU-Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen. "Quoten halten keine Migranten auf, sie verhindern nicht, dass sie in Lkw oder auf Schiffen umkommen", sagte der slowakische Außenminister Miroslav Lajcak der "Bild"-Zeitung. "Unsere bisherige Erfahrung zeigt, dass diese Menschen nicht in die Slowakei kommen und bleiben wollen." Sie wollten weiter nach Deutschland, Großbritannien und Schweden.

Europa streitet über Kurs in der Flüchtlingsfrage <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-europa-streitet-ueber-kurs-a-1051145.html>

Der litauische Außenminister Linas Linkevicius äußerte sich ähnlich. "Pflichtquoten lösen nicht das Problem. Wir wollen denen helfen, die um ihr Leben fürchten und vor Krieg fliehen, aber nicht denen, die nur besser leben wollen", sagte er dem Blatt. Sein lettischer Kollege Edgars Rinkevics forderte, bei der Verteilung der Flüchtlinge stärker zu berücksichtigen, "was jedes Land leisten kann".

Ungarn rechtskonservativer Regierungschef Viktor Orbán verteidigte in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" die umstrittene Flüchtlingspolitik seines Landes und den Bau eines Zauns an der Grenze zu Serbien mit den Worten: "Wer überrannt wird, kann niemanden aufnehmen." Orbán rügte die "verfehlte Einwanderungspolitik" der EU und den mangelnden Schutz ihrer Außengrenzen. "Deshalb ist der Zaun, den wir Ungarn bauen, wichtig. Wir machen das nicht aus Spaß, sondern weil er notwendig ist."

Orbán kommt heute nach Brüssel, um Hilfe zu erbitten. Geplant sind Treffen mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker. Nach Kommissionsangaben will Ungarn acht Millionen Euro Nothilfe zur Versorgung ankommender Flüchtlinge erhalten. Brüssel hatte Ungarn ermahnt, in der Krise europäisches Recht einzuhalten. So müssten alle ankommenden Flüchtlinge mit Fingerabdrücken registriert werden.

kev/AFP/dpa

**Load-Date:** September 3, 2015

---

End of Document